

**6. ordentlicher  
Landes-  
parteitag  
27. Juni 1981  
in Köln  
Messe  
Congress-  
Centrum**

**Protokoll  
Eröffnungsreden  
Wahlergebnisse  
Beschllossene  
Anträge  
Presseecho**

**Verantwortung  
für unser Land**

**SPD**

**NRW**



Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Nordrhein-Westfalen - Elisabethstr. 3 - 4000 Düsseldorf 1  
Redaktion und Zusammenstellung: Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer  
Druck: Otto Müller - Angermunder Straße 179 - 4100 Duisburg 29 - Telefon (02 03) 76 18 08

---



Antje Huber, MdB, stellvertretende Landesvorsitzende, eröffnet den Landesparteitag.

## **INHALTSVERZEICHNIS**

Seite

<b>1. Eröffnung und Begrüßung;</b>	3
<b>2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages</b>	9
a) Wahl des Präsidiums	
b) Wahl der Mandatsprüfungskommission	
c) Wahl der Zählkommission	
d) Bestätigung der Antragskommission;	
<b>3. Beschlußfassung über</b>	10
a) Tagesordnung	
b) Geschäftsordnung;	
<b>4. Grundsatzreferat: „Sozialdemokraten in der Verantwortung“     Johannes Rau;</b>	12
<b>5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes     Rainer Maedge,</b>	19
<b>b) Bericht der Kontrollkommission     Karl Mirus;</b>	
<b>6. Aussprache zu 4. und 5.;</b>	24
<b>7. Bericht der Mandatsprüfungskommission;</b>	26
<b>8. Behandlung der Anträge</b>	27
a) zur Satzung des Landesverbandes,	
b) übrige Anträge und Entschlieûungen;	
<b>9. Wahlen</b>	56
a) des Landesvorsitzenden	
b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden	
c) der Beisitzer	
d) der Landeskontrollkommission	
e) eines Mitglieds des Parteirates;	
<b>10. Schlußwort.</b>	57
<b>Presseecho</b>	59

---

# 1. Eröffnung und Begrüßung

## Eröffnung durch Antje Huber, MdB, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende

„Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ich begrüße Euch alle zum 6. Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Köln.

Wir sind zweifellos in einer Zeit zusammengetreten, in der wir nicht nur mit anderen politischen Gruppen ringen, sondern auch innerhalb unserer Partei uns über Themen auseinandersetzen, die wir unbeschadet des Standpunktes, den der einzelne hat, alle miteinander für wesentlich halten. Die Friedensdiskussion hat neue Dimensionen erfahren und interessiert besonders die jungen Leute. Die Energiediskussion ist nach wie vor kontrovers. Arbeitsplatzprobleme und die Erhaltung einer breiten sozialen Sicherung trotz der sich abzeichnenden Haushaltskürzungen in Bund und Land werden uns beschäftigen, und nicht nur das, sondern auch Wohnungsprobleme, Schulfragen und anderes mehr, wie die Anträge zeigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mehr als sonst wird heute das ganze Land, werden darüber hinaus auch alle politisch Interessierten in der Bundesrepublik und über die Grenzen hinaus auf uns schauen, auf unsere Beschlüsse, aber auch auf die Art unserer Auseinandersetzung. Deshalb läßt uns deutlich machen, daß wir im

Interesse unserer Bürger uns fair und ehrlich auseinandersetzen und um die notwendigen Entscheidungen ringen, während die Opposition über unsere Schwierigkeiten frohlockt, die doch die Schwierigkeiten von Problemen sind, für die die Opposition Lösungen nicht hat. Die Bürger erwarten heute keine billigen Patentlösungen von uns, sondern redliche Aussagen, mit denen sie etwas anfangen und auf die sie vertrauen können. Nach den Ereignissen der letzten Zeit ist die Verantwortung, die die sozialdemokratische Politik in diesem Lande verkörpert, sicher noch gewachsen. Und dieses Bewußtsein wird unseren Parteitag prägen.

Ich begrüße alle Delegierten und eine Reihe von Gästen und möchte einige namentlich begrüßen.

Es ist unter uns der Oberbürgermeister dieser Stadt, Norbert Burger.

Ich begrüße den Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, John van Nes Ziegler, und zahlreiche Abgeordnete aus Bund, Ländern und Europa.

Ich begrüße den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Hans-Jürgen Wischnewski, und unseren Schatzmeister Fritz Halstenberg sowie mehrere Mitglieder des Parteivorstandes.

Ich begrüße Karl Liedtke als Vorsitzenden des Parteirates und den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks NRW, Siegfried Bleicher.

Es sind noch eine ganze Reihe von Vertretern der Einzelgewerkschaften unter uns. An ihrer Spitze begrüße ich den 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, eine Reihe von ausländischen Gästen

zu begrüßen – aus Israel, Indonesien und Luxemburg. Ich nenne hier den stellvertretenden Vorsitzenden unserer luxemburgischen Genossen, Aly Schroeder.

Ich begrüße die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Arnsberg und Detmold, zahlreiche Vertreter von Verbänden und uns befreundeten Organisationen, die Absolventen der Parteihochschule der SPÖ in Wien und ich begrüße die Vertreter der Presse.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie zu jedem Parteitag ist es uns auch heute eine Ehrenpflicht, derer zu gedenken, die uns in den letzten zwei Jahren verlassen haben. Stellvertretend für alle nenne ich namentlich:

Conrad Ahlers, ehemaliger Sprecher der Bundesregierung, Abgeordneter, Intendant der Deutschen Welle,

Maria Berns, Landtagsabgeordnete in schweren Anfangsjahren,

Luise Albertz, Oberbürgermeisterin von Oberhausen, Mitglied des Parteivorstandes,

Wilhelm Dopatka, Oberbürgermeister von Leverkusen,

Dietrich Keunen, langjähriger Oberbürgermeister in Dortmund, auch Mitglied des Bundestages,

Willy Könen, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, langjähriger Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Niederrhein, Mitglied des Vorstandes im Niederrhein und Unterbezirk Düsseldorf,

Kurt Koblitz, Mitglied des Bundestages, Bezirksvorsitzender der AfA im Bezirk Mittelrhein,

Paul Manowski, Mitglied der IG Metall und Vorkämpfer für unsere gerechte Sache,

Heinz Schmidt, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bürgermeister von Brackwede.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, Ihr habt Euch zum Andenken dieser Toten, die viel für uns getan haben, erhoben. Ich danke Euch.

Der 6. Ordentliche Landesparteitag ist eröffnet."

Im weiteren Verlauf des Landesparteitages galt ein herzlicher Gruß des Präsidiums der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, den Vertretern des Diplomatischen Corps und dem neugewählten Bundesvorsitzenden der GdP, Günter Schröder.

Im Rahmen der Zusammenfassung der Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. richtete Johannes Rau herzliche Willkommensgrüße an Anke Brunn.

### **Grußwort Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln**

„Verehrte Gäste, liebe Genossinnen, liebe Genossen,

als Oberbürgermeister dieser Stadt freue ich mich, Euch heute hier zur Eröffnung des 6. Ordentlichen Landesparteitages der SPD in Nordrhein-Westfalen im neuen Kongreßzentrum der Kölner Messe begrüßen zu können.

Ein Landesparteitag in Köln unterstreicht sicherlich auch die Bedeutung, die die SPD der rheinischen Metropole, die in aller Bescheidenheit die größte, älteste und geschichtsträchtigste Stadt des Landes ist, beimißt.

Eigentlich müßte ich jetzt die Stadt Köln darstellen, hervorheben, anpreisen als die Stadt des Karnevals und des zu Recht berühmten, zu Unrecht berüchtigten Kölner Klüngels, als bedeutenden Wirtschafts- und Handelsplatz, als immer noch eine der bedeutendsten Industriestädte der Bundesrepublik, als Dienstleistungszentrum

von Rang, z.B. mit Hauptsitz von 50 Versicherungsgesellschaften und zahlreichen Verbänden, als Sitz mehrerer Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen, als Standort vieler aus dem internationalen Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenkender Messen, als verkehrsreichsten Eisenbahnknotenpunkt, als Stadt, die in ihren Mauern lebendiges Theater und in ihren Museen ein Schaufenster der Weltkunst mit einer Übersicht über alle Strömungen der europäischen und außereuropäischen Kunst bietet, als Universitätsstadt seit dem Jahre 1388, und nicht zuletzt – und dies sage ich mit besonderem Stolz – als eine Stadt, die bereits sechs Gesamtschulen hat und zwei weitere demnächst einrichten wird.

Wie gesagt, dies alles will ich nicht näher darstellen, sondern ich will von den Hauptsorgen dieser großen Stadt sprechen, die ja auch die Sorgen anderer Großstädte sind.

Problem Nr. 1: Ebenso wie wichtige Städte im Ruhrgebiet haben wir in Köln eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. 30.000 Kölner Bürger sind ohne Arbeit; das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 7,5%. Zwei Drittel der Arbeitslosen sind ungelernt, allein 9.000 Arbeitslose sind ausländische Arbeitnehmer. Arbeitsamt, Rat, Verwaltung, Gewerkschaften und Kölner Wirtschaft versuchen gemeinsam, der Arbeitslosigkeit vor Ort entgegenzuwirken. Aber realistisch betrachtet sind diese Möglichkeiten nur begrenzt. Bund und Land müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem durch eine aktive Strukturpolitik und wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen in zukunftsorientierten Bereichen schaffen.

Große Sorgen macht uns auch die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten, auch hier in der Großstadt Köln. Trotz gewaltiger Anstrengungen von Bund, Land und Kommune sind heute wieder 19.000 Wohnungssuchende in der Stadt registriert.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und vor allem die kommunalen Finanzen sind Sorgen, die die Großstädte bewe-

gen. Sicherlich sind sich alle Parteien dieser Sorge bewußt, jedoch erwarten die Wähler, daß sich vor allem die SPD als die klassische Großstadtspartei dieser Sorgen annimmt.

Gestattet mir deshalb als Oberbürgermeister der größten Stadt des Landes, ohne daß ich Euren Beratungen vorgreifen will, einige Anmerkungen speziell zur Wohnungspolitik und zur Lage der städtischen Finanzen zu machen.

Das soziale Grundrecht auf eine angemessene Wohnung in einem lebenswerten Wohnumfeld zu sichern, ist für sozialdemokratische Kommunalpolitiker in den Städten in den nächsten Jahren eine Aufgabe von höchster Priorität. Notwendig sind die Ankerbelung des sozialen Wohnungsbaus, das Eingehen auf neue Formen des Wohnungsbaus, ich nenne Stichworte wie Selbsthilfe und Belebung des Genossenschaftsgedankens, den Kampf gegen die Spekulation bei den Altbauwohnungen, den Kampf gegen die Spekulation mit Grund und Boden. Hier sind die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung und des Landes ausdrücklich anzuerkennen: Immerhin konnte im Jahre 1981 trotz finanzieller Engpässe im Landeshaushalt die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungseinheiten erheblich aufgestockt werden. In den Ballungszentren haben wir uns aber auch Hilfe von der Bundesregierung erhofft und leider gilt es heute festzustellen, daß die Beschlüsse des Kabinetts vom 27. Mai für uns Kommunalpolitiker vor Ort enttäuschend sind.

Die vielen Wohnungssuchenden in unseren Städten, die zum größten Teil Wähler der SPD sind und erheblich zu den Wahlerfolgen des letzten Jahres beigetragen haben, erwarten von der SPD einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den Ballungszentren. Wir müssen daher nochmals mit Nachdruck ein Sofortprogramm für den Bau von Sozialwohnungen in den Ballungszentren fordern und erwarten, daß die SPD-Bundestagsfraktion diese wichtigste wohnungspolitische Forderung auch in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner doch noch durchsetzt.

## 1. Eröffnung und Begrüßung

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt mich ein letztes Wort zu den Finanzen sagen. Gesunde Finanzen sind die Voraussetzung für erfolgreiche Politik in den Städten, das ist eine Binsenweisheit. Die Finanzsituation der Städte ist jedoch außerordentlich prekär. Der Arbeitskreis Steuerschätzung rechnet für 1981 für den Bund noch mit Einnahmesteigerungen von um 3%, für die Länder um 2%, für die Gemeinden wird dagegen ein Rückgang der Steuereinnahmen um 1,5% erwartet. Dies bedeutet, daß wir Leistungen für die Bürger streichen müssen und ab 1983 gar stehen die Städte des Landes mit dem Wegfall von 523 Mio. DM Spitzenausgleichszahlung für die Lohnsummensteuer vor unlöslichen Finanzproblemen.

Ich fordere deshalb für die Städte dieses Landes mit Nachdruck, daß der Spitzenausgleich auch nach 1982 weitergeführt werden muß, und zwar wie bisher außerhalb des Steuerverbundes. Sonst sehen sich die Gemeinden nicht mehr in der Lage, ihre notwendigen sozialstaatlichen Aufgaben zum Wohle der Bürger weiterhin wahrzunehmen. Ich habe gesehen, daß ein entsprechender Initiativantrag eingebracht wird, und ich empfehle ihn Eurer wohlwollenden Beratung.

Die Streichung der ertragsunabhängigen Lohnsummensteuer hat sich als eine schwerwiegende Fehlentscheidung erwiesen. Denjenigen, die jetzt auch noch leichtfertig und unverantwortlich dem Abbau der Gewerbesteuer das Wort reden, rufen die Kommunalpolitiker zu: „Hände weg von der Gewerbesteuer!“ Einen weiteren Eingriff in das System der Gemeindesteuern werden wir sicherlich nicht kampflos hinnehmen.

Die Städte erkennen an, daß auch das Land bei abnehmenden Einnahmen Maßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ergreifen muß. Ich warne aber davor, die Haushaltskonsolidierung von Bund und Ländern auf dem Rücken der Gemeinden zu betreiben.

Wir erwarten vom Bund und vom Land, daß zunächst die Leistungsgesetze, die den Kommunen zusätzliche Lasten auferlegen, überprüft werden. Vor al-



Delegierte des Bezirks Niederrhein.

lem erwarten wir eine für die Großstädte gerechtere Verteilung der Landeszuweisungen im Finanzausgleich. Sicherlich, und dies gilt es uneingeschränkt anzuerkennen, hat das Land mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz einen wichtigen Schritt zur Stärkung der kommunalen Finanzhoheit getan. Besonders zu begrüßen sind die Aufhebung der Hebesatzverordnung und die überproportionale Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Gleichwohl sind bei der Reform des Verteilungssystems für die Schlüsselzuweisungen 1981 die großen Städte schlecht weggekommen: die kreisangehörigen Gemeinden haben 1981 insgesamt 200 Mio. DM mehr Schlüsselzuweisungen bekommen als 1980, die kreisfreien Städte nur 70 Mio. DM. Ich will hier keine falschen Fronten schaffen. Ich sage dies nur, weil ich glaube, daß die SPD sich darüber klar sein muß, daß ihre Hauptkraftquellen nach wie vor in den großen Städten lagen und liegen und daß diese Quellen nicht versiegen dürfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal den Orientierungsrahmen '85 in Erinnerung rufen, der in der politischen Praxis der SPD in der Vergangenheit sicherlich unverdientermaßen etwas in Vergessenheit geraten ist. Dort haben die Sozialdemokraten bereits 1975 festgestellt: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewältigung der großstädtischen Probleme ist eine erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung der Großstädte, die mit einer spürbaren Erweiterung eines eigenen Handlungsspielraumes zu verbinden ist!“

Noch einmal: Wenn ich die Großstädte so hervorhebe, so tue ich das deshalb, weil gerade die Großstädte das Rückgrat für sozialdemokratische Wahlerfolge sind; aus ihnen hat die SPD stets ihre besondere Kraft gezogen. Lange bevor die SPD im Land und im Bund Regierungsverantwortung übernehmen konnte, war sozialdemokratische Kommunalpolitik in den Städten wirksam. Eine erfolgreiche, vom Bürger geschätzte Kommunalpolitik war die Grundlage für das Vertrauen der Wähler, die Grundlage für das Werben um die Übertragung der Verantwortung in Bund und Land. Heute müssen wir leider feststellen, daß mancherorts dieses Vertrauen geschwunden ist, in den großen Dienstleistungszentren, in München, Frankfurt, Stuttgart, zuletzt auch in Berlin, wo wir empfindliche Schlappen hinnehmen mußten.

Hier gilt es, um neues Vertrauen bei den Bürgern zu werben. Dies ist in den Städten in erster Linie Aufgabe der Kommunalpolitiker vor Ort. Dies ist aber auch eine Aufgabe der Landespolitik, die mithelfen muß, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik zu schaffen.

Ihr habt für den Parteitag das Motto gewählt „Verantwortung für unser Land“. Verantwortung für unser Land bedeutet aber auch und gerade „Verantwortung für unsere Gemeinden, Verantwortung für unsere Städte“ und in diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag von ganzem Herzen eine erfolgreiche Arbeit und Euch einen guten Aufenthalt in Köln.“

### **Schriftliches Grußwort Günter Schlatter, Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein**

„Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen!

Herzlich willkommen im SPD-Bezirk Mittelrhein, dem südlichen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem rund 50.000 Sozialdemokraten zu Hause sind.

Wer in Köln oder in der großräumigen Umgebung geboren und groß geworden ist, weiß, daß es sich hier zu leben lohnt.

Diese Aussage gilt ebenso für das Aachener Revier. Die Attraktivität des mittelrheinischen Bereiches wird auch dadurch deutlich, daß er als einziger in Nordrhein-Westfalen eine positive Wanderungsbilanz hat.

Das heißt: Die Bürger wollen hier wohnen – und sie wollen natürlich auch versorgt sein.

Das bringt neue Aufgaben mit sich: Für die Gemeinde wie auch für die ganze Region. Die ausreichende Versorgung mit Energie auf der einen Seite, der Schutz der Umwelt auf der anderen Seite, sind die großen Themen, die uns besonders beschäftigen. Die Politik „Weg vom Öl“ verdient gerade auch im Rheinland, wo die Braunkohle zu Hause ist, unsere volle Unterstützung. Vorrang für Kohle – ja! Nutzung neuer Energietechnologien und neuer Energienutzungsverfahren – ja! Aber ebenso eindeutig möchten wir, daß unsere Lebensumwelt so geschützt und erhalten bleibt, daß es sich auch weiterhin lohnt, hier zu wohnen und zu arbeiten.

Die Bürger im Rheinland wissen, daß ihre Interessen ohne Unterstützung des Landes und des Bundes nicht gesichert werden können. Das gilt vor allem für die Arbeitsplätze. Die Zahl der Arbeitslosen im Regierungsbezirk

Köln liegt deutlich über den Vergleichszahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund. Es wird großer politischer Anstrengungen bedürfen, um für ein ausreichendes Angebot an neuen Arbeitsplätzen zu sorgen.

Denn wenn es in den Städten und Gemeinden unserer Region um die Interessen der arbeitenden Menschen geht, dann findet man uns Sozialdemokraten entschlossen und geschlossen.

Das gilt für den Mittelrhein – und das gilt für unser Land.

Die Sozialdemokraten in Mittelrhein sind in den letzten Jahren um eine „rheinische Profilierung“ bemüht, was ja mehr ist als Karneval und Klüngel. Es macht Sinn, die rheinische Prägung von Gesellschaft und Kultur in die Arbeit einer politischen Partei einzubeziehen.

Auch damit gewinnen wir ein Stück Bürgernähe.

Dem Parteitag wünsche ich im Namen der mittelrheinischen Sozialdemokraten erfolgreiche Beratungen und gute Beschlüsse.“

### **Grußwort Dieter Blumenberg, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Köln**

„Liebe Genossinnen und Genossen, in Vertretung unseres Unterbezirksvorsitzenden, des Genossen Rainer Maedge, der sicher in seiner Funktion als Landesgeschäftsführer hier noch sprechen wird, überbringe ich dem Landesparteitag die Grüße des Unterbezirks Köln.

Wir freuen uns, daß erstmalig seit der Gründung der Landesorganisation ein Parteitag in Köln stattfindet. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei hat viele Berührungspunkte zu dieser Stadt. August Bebel wurde in Köln-Deutz, nicht weit von dieser Tagungsstätte, geboren und hat sicherlich die entscheidenden Eindrücke zu seinem politischen Handeln hier erhalten.

Männer wie Wilhelm Sollmann, Hans Böckler, Willi Eichler haben hier das Fundament zu unserer heutigen politischen Arbeit gelegt. Heinz Kühn, Robert Görlinger, Theo Burauen, Hans-Jürgen Wischniewski und John van Nes Ziegler möchte ich stellvertretend nennen für alle die Genossinnen und Genossen, die die SPD zur führenden Kraft in dieser Stadt gemacht haben.

Genossinnen und Genossen, unser Oberbürgermeister hat die Probleme, die wir in einer Großstadt haben, ausführlich dargelegt, so daß ich mich auf das Grußwort beschränken kann.

Der neugewählte Unterbezirksvorstand hat sich vorgenommen, auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen in unserer Stadt an der Weiterentwicklung einer menschenwürdigen Gesellschaft zu arbeiten und die erreichte Lebensqualität für alle Bürger zu sichern und auszubauen.

Durch unsere politische Arbeit wollen wir die rückläufige Zustimmung für die Sozialdemokratie auch in den Großstädten und in den Dienstleistungszentren auffangen und in eine engagierte Zustimmung der Bürger umwandeln. So wollen wir die Wahlen 1984 und 1985 gewinnen und für den demokratischen Sozialismus werben. Leistungen für Köln sind jedoch nur zu erbringen, wenn die Kölner Sozialdemokraten geschlossen und solidarisch handeln.

In diesem Sinne hoffen wir, daß die Beratungen dieses Parteitages deutlich machen, daß wir als Sozialdemokraten in der Lage sind, schwierige Aufgaben dieser Tage zu lösen.

Wir wünschen dem Parteitag erfolgreiche Beratungen und einen guten Verlauf!“

## **Schriftliches Grußwort der Arbeiterwohlfahrt Landesarbeits- gemeinschaft Nordrhein- Westfalen**

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen!  
In der Überzeugung – die wir mit Euch  
teilen –, daß soziale Probleme weitge-  
hend lösbar sind und soziale Un-  
gleichheiten überwunden werden  
können, möchten wir dem 6. Ordentli-  
chen Landesparteitag einen guten  
Verlauf wünschen.

Die Verantwortung für die Mitglieder  
unserer Organisationen, die tägliche  
Einsicht in vielfältige ungelöste soziale  
Probleme drängt uns zur Bitte, bei den  
Beratungen des Parteitages die, „die  
am Rande stehen“ nicht zu vergessen.  
Unsere gesellschaftspolitischen Ziele,  
die weitere Ausgestaltung des demo-  
kratischen und sozialen Rechtsstaates,  
die Verhinderung der Diskriminie-  
rung sozialer, körperlich und seelisch  
Behinderter sind nur auf den Grundla-  
gen Eurer politischen Entscheidungen  
zu verwirklichen. Hilfe zur Selbst-  
hilfe, moderne Sozialarbeit oder mit-  
bürgerliche Verantwortung benötigen  
den politischen und materiellen Rah-  
men Eurer Beschlüsse.

Die im Mai 1980 erreichte absolute  
Mehrheit ist in Zeiten geringer wer-  
dender finanzieller Möglichkeiten für  
uns sowohl Anlaß als auch gemeinsa-  
me Verpflichtung, politische Entschei-  
dungen für „alle Menschen unseres  
Landes“ zu erbitten.

Als der Verband der Freien Wohlfahrts-  
pflege, der sich dem demokratischen  
Sozialismus verpflichtet fühlt und in  
der langen Tradition der demokrati-

schen Arbeiterbewegung steht, wün-  
schen wir Euch in solidarischer Ver-  
bundenheit Mut, Weitblick und Ent-  
schlußkraft, damit die von Euch über-  
nommene „Verantwortung für unser  
Land“ in praktische Politik umsetzbar  
wird.

In diesem Sinne unsere Hoffnungen,  
guten Wünsche und ein herzliches  
Glückauf zum 6. Parteitag.

Arbeiterwohlfahrt  
Bezirk Östliches Westfalen  
Dr. Eberhard Munzert  
Vorsitzender

Erwin Düker  
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt  
Bezirk Westliches Westfalen  
Ernst Knäpper  
Vorsitzender

Eugen Krautscheid  
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein  
Paul Saatkamp  
Vorsitzender

Wolfgang Sauermilch  
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Mittelrhein  
Vincenz Moritz  
Vorsitzender  
Rainer Brückers  
Geschäftsführer“

## **Schriftliches Grußwort der Israelischen Arbeiterpartei, Bezirk Tel Aviv-Jaffo**

„Lieber Johannes  
liebe Freunde,  
ich bedaure sehr, daß ich der Einla-  
dung, mich an Eurem Parteitag zu be-  
teiligen, leider nicht nachkommen  
kann.

Wie Euch bekannt ist, befinden wir uns  
in diesen Tagen im Endstadium des  
Wahlkampfes zur Knesset, der sehr  
hart ist. Wir setzen alle unsere Kräfte  
ein, um gute Wahlergebnisse zu errei-  
chen und es dem Arbeiterblock zu er-  
möglichen, wieder der entscheidende  
Faktor bei der Regierungsbildung  
mit dem rechten Likudblock ein für al-  
lemal einen Riegel vorzuschieben.

Gerade in diesen schweren Tagen, in  
denen die Beziehungen zwischen der  
Bundesrepublik Deutschland und Is-  
rael im Schatten der letzten Ereignisse  
stehen, wäre es besonders wichtig,  
unsere Stellungnahme ausführlich  
dem Parteitag zu unterbreiten, und  
das im Rahmen der guten und intensi-  
ven Partnerschaft zwischen der SPD  
in Nordrhein-Westfalen und der Arbei-  
terpartei Bezirk Tel Aviv-Jaffo, welche  
beide Seiten seit 1974 pflegen und die  
auf festen Fundamenten begründet  
ist. Aber leider ist es mir jetzt nicht  
möglich zu kommen, und ich nehme  
an, daß Ihr Verständnis dafür habt.

Wir verurteilen aufs Schärfste die un-  
gezügelten Ausbrüche des Minister-  
präsidenten Menachem Begin. Dies-  
bezüglich möchte ich eindeutig fest-  
stellen, daß die überwältigende Mehr-

heit der Arbeiterbewegung wie auch große Teile der israelischen Bevölkerung im allgemeinen sich eindeutig von der Kollektivverurteilung des deutschen Volkes, wie sie in den Worten von Begin zum Ausdruck gekommen ist, distanzieren.

Dagegen sind wir der Auffassung, daß es eine kollektive Verantwortung der Deutschen gegenüber den Überlebenden des Holocaust gibt.

Wir wissen, daß die SPD im allgemeinen und Du und Deine Genossen in

Nordrhein-Westfalen im besonderen unsere Sache tatkräftig unterstützt habt und immer mit uns solidarisch gewesen seid. Besonders möchten wir Eure Unterstützung der Vermeidung von deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien betonen und Euch nochmals für Eure eindeutige Stellungnahme diesbezüglich danken.

Wir hoffen und sind sicher, daß trotz der augenblicklichen Spannungen die solidarischen Beziehungen zugun-

sten beider Seiten auch weiterhin in verstärktem Maße fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen guten und erfolgreichen Parteitag.

Mit freundlichen Grüßen

Eliahu Speiser, Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei Bezirk Tel Aviv-Jaffo."

Im weiteren Verlauf des Landesparteitages galt ein herzlicher Gruß des Präsidiums der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, den Vertretern des Diplomatischen Corps und dem neugewählten Bundesvorsitzenden der GdP, Günter Schröder.

Im Rahmen der Zusammenfassung der Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. richtete Johannes Rau herzliche Willkommensgrüße an Anke Brunn.



Gäste des Parteitages.

---

# 2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages



## Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

### a) die Mitglieder des Präsidiums

Karl-Josef Denzer  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Dieter Haak  
Bezirk Westliches Westfalen  
Ursula Kraus  
Bezirk Niederrhein  
Helga Schmedt  
Landesvorstand  
Jürgen Wilhelm  
Bezirk Mittelrhein



### b) die Mitglieder der Mandats- prüfungskommission

Max Archimowitz  
Landeskontrollkommission  
Wolfgang Brinkmann  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Erika Demtröder  
Bezirk Westliches Westfalen  
Erwin Hüsken  
Bezirk Westliches Westfalen  
Hans Kalkbrenner  
Bezirk Mittelrhein/  
Landeskontrollkommission  
Cornelia Lotte  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Karl Mirus  
Landeskontrollkommission

Wilfried Mittelberg  
Landeskontrollkommission  
Helmut Spathmann  
Bezirk Niederrhein  
Eva Staudacher  
Bezirk Niederrhein  
Johannes Veith  
Bezirk Mittelrhein  
Rainer Verhoeven  
Landeskontrollkommission

### c) die Mitglieder der Zählkommission

Anneliese Dether  
Bezirk Niederrhein  
Gerhild Dillbohner  
Bezirk Niederrhein  
Ulrich Ewering  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Günter Galla  
Bezirk Westliches Westfalen  
Klaus Hebell  
Bezirk Westliches Westfalen  
Hans-Peter Juretzki  
Bezirk Mittelrhein  
Roland Katzy  
Bezirk Niederrhein  
Manfred Lucas  
Bezirk Mittelrhein  
Dieter Meurer  
Bezirk Mittelrhein  
Ruth Nabel  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Karl-Heinz Nentwig  
Bezirk Westliches Westfalen

Günter Tiemann  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe

### d) Als Mitglieder der Antrags- kommission wurden bestätigt:

Franz-Josef Antwerpes  
Landesvorstand  
Franz Bender  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Friedhelm-Julius Beucher  
Bezirk Mittelrhein  
Ingeborg Friebe  
Bezirk Niederrhein  
Jörg Grahl  
Bezirk Niederrhein  
Erich Heckelmann  
Bezirk Niederrhein  
Heinz Menzel  
Bezirk Westliches Westfalen  
Erhard Nagel  
Bezirk Mittelrhein  
Jürgen Saft  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Heinrich Tiekötter  
Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Günter Topmann  
Bezirk Westliches Westfalen  
Hans Urbaniak  
Bezirk Westliches Westfalen  
Klaus Wengst  
Bezirk Mittelrhein  
Fritz Ziegler  
Landesvorstand  
Christoph Zöpel  
Landesvorstand

# 3. Beschlußfassung über

## a) Tagesordnung und b) Geschäftsordnung

### Nachstehende Tagesordnung wurde angenommen:

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages
  - a) Wahl des Präsidiums
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Zählkommission
  - d) Bestätigung der Antragskommission;
3. Beschlußfassung über
  - a) Tagesordnung
  - b) Geschäftsordnung;
4. Grundsatzreferat: „Sozialdemokraten in der Verantwortung“, Johannes Rau;
5.
  - a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge,
  - b) Bericht der Kontrollkommission, Karl Mirus;
6. Aussprache zu 4. und 5.;
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
8. Behandlung der Anträge
  - a) zur Satzung des Landesverbandes,
  - b) übrige Anträge und Entschlüsse;
9. Wahlen
  - a) des Landesvorsitzenden
  - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
  - c) der Beisitzer
  - d) der Landeskontrollkommission
  - e) eines Mitglieds des Parteilates;
10. Schlußwort.





Delegierte des Bezirks Ostwestfalen-Lippe

## Nachstehende Geschäftsordnung wurde einstimmig beschlossen:

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (§ 9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:
  - der Landesvorsitzende,
  - die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen,
  - die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.Wahlen zum Landesvorstand sind geheim. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativanträge. Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (15. Mai 1981) nicht absehbar war. Antragsschluß für Initiativanträge und Wahlvorschläge ist der 27. Juni 1981, 11.30 Uhr. Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur an Schluß der Debatte zulässig.

# 4. Grundsatzreferat „Sozialdemokraten in der Verantwortung“ Johannes Rau

„Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

unser letzter ordentlicher Landespartei- tag war am 16. Juni 1979. Damals waren wir sechs Tage nach einer Wahl, in die wir viel Mühe investiert und aus der wir nicht die Ergebnisse erhalten hatten, die wir uns erhofft hatten. Damals lag die erste Europawahl hinter uns. Wir waren betroffen, daß es uns nicht gelungen war, das Thema Europa über die Rampe zu bringen. Aber wir mußten auf dem Parteitag am 16. Juni 1979 Akzente setzen, Schwerpunkte aufzeigen, Programmpunkte entscheiden, die uns fähig machen sollten zu einer Auseinandersetzung, die ihren Höhepunkt fand in den beiden Daten des vergangenen Jahres, dem 11. Mai und dem 5. Oktober. Hätte damals, am 16. Juni 1979, eine Wahlprognose stattgefunden, dann hätte diese Wahlprognose anders, schlechter ausgesehen als das Wahlergebnis vom 11. Mai. Die Landtagswahl hat natürlich im Mittelpunkt der zweijährigen Arbeit des Landesvorstandes gestanden, und sie hat uns einen Erfolg gebracht, wie wir ihn in der Geschichte unseres Landes bis dahin nicht kann-



ten. Aber leider ist das Gedächtnis oft kurz. Ich will damit sagen, daß es immer wieder Situationen gibt, für jeden einzelnen von uns, für den, der Verantwortung trägt und für den, der Verantwortung delegiert als Wähler, bei denen uns solche Daten wie der 11. Mai und der 5. Oktober nicht so deutlich vor Augen stehen.

Der Bürger, der Wähler, um dessen Vertrauen wir werben, ist ja ohnehin nicht immer so wie wir ihn uns malen und wie wir von ihm reden. Sein Interesse an uns ist partiell, sein Interesse an uns richtet sich nach dem, was wir sagen und was wir tun und ob zwischen dem, was wir sagen und dem was wir tun, Differenzen sichtbar

werden. Und so gibt es dann für jeden Sozialdemokraten gelegentlich die Stunde am Abend, vielleicht vor dem Fernsehschirm, wo er etwas sieht und etwas wahrnimmt und stolz sagen möchte: Ich bin dabei, das ist meine Partei, das ist meine Sache, ich bin stolz darauf, Sozialdemokrat zu sein. Aber es gibt ja auch die anderen Abende und die anderen Stunden, wo man nur feststellt, daß es irgendwo nicht weitergeht oder nicht in die richtige Richtung geht, und wo der eine und der andere dann sich verkriechen möchte, oder der eine oder andere sagen möchte: Das ist nicht die Partei, die ich gemeint habe und für die ich stehen möchte. Das ist der Widerspruch, in dem wir uns gegenwärtig befinden und den auszusprechen nötig ist, wenn der Landesparteitag das erbringen soll, was wir von jedem Parteitag erwarten –, daß nämlich Menschen wieder auf den Weg gebracht werden, andere dazuzuholen zur guten Sache der Sozialdemokraten. Das soll dieser Parteitag auch bringen.

Er soll das auch bringen in einer bundespolitisch schwierigen Situation, in der wir manchmal den Eindruck haben, daß der Wind uns ins Gesicht bläst, in der wir in gelegentlichen kleinen Zirkeln darüber reden, ob der Wind uns wohl umwirft oder ob wir ihm standhalten. Da gilt es, Kurskorrekturen vorzunehmen, aber es gilt auch, Vergewisserungen eingeschlagener Kurse zu betreiben. Mir geht es darum, daß wir nicht vergessen: Wenn wir heute hier zusammen sind, dann reden wir in einer Situation, in der schon entschieden ist, daß wir die Verantwortung tragen, und in der muß nun darüber entschieden und immer wieder entschieden werden, wie wir unsere Verantwortung tragen.

Das sage ich, weil viele, auch viele der Jüngeren nicht mehr wissen und viele der Älteren vielleicht inzwischen vergessen haben, was das für eine zwanzigjährige Plackerei war, bis die Sozialdemokraten regierten. Das war nicht selbstverständlich. Das war 1949 und 1953 und 1957 und 1961 ein anderer Abend vor dem Fernsehschirm als die beiden im letzten Jahr, und das waren

Abende, da war man der Meinung: Wir sind eingemauert in einem Turm, und es gibt eine Politik, in der werden Sozialdemokraten ausgesperrt von der politischen Verantwortung in Bonn und Düsseldorf. Und es galt, diese Aussperrung zu brechen. Das ging nur, weil Hunderttausende für die Sache der Sozialdemokraten standen und nicht mutlos wurden und nicht aufhörten, von den Sorgen des Bürgers zu reden, und weil sie darauf verzichtet haben, immer ihre eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Daß wir Verantwortung tragen, ist entschieden worden am 11. Mai und am 5. Oktober.

Wie wir Verantwortung tragen, das muß jeden Tag neu diskutiert und entschieden werden. Wir Nordrhein-Westfalen hatten einen Slogan, der hieß: „Damit NRW sozial und der Frieden sicher bleibt“, und ich denke, das war mehr als eine Erfindung der Plakate. Das war ein Programm für fünf Jahre Arbeit, und dieses Programm war es wert, es durchzusetzen in den Auseinandersetzungen vor dem 11. Mai und vor dem 5. Oktober. Es faßt am besten zusammen, worum es geht: Unser Land soll sozial, der Friede soll sicher bleiben. Wenn das unser Auftrag ist, wenn es das ist, was wir den Wählern versprochen haben und was die Wähler uns deshalb abverlangen können, dann brauchen wir das streitige Gespräch, dann brauchen wir die Auseinandersetzung darum, wie man in einer weltwirtschaftlich gewandelten Situation eine solche Aufgabe löst. Aber wir brauchen vor allen Dingen den Mut, bei diesen beiden Themen zu bleiben. Denn diese beiden Themen umgreifen gleichzeitig die Interessen derer, die uns besonders vertrauen und um deren Vertrauen wir besonders werben.

Sozial – das heißt: Diese Partei will eine Arbeiterpartei bleiben, und diese Partei will für alle die eintreten, die in Abhängigkeit leben und deren Abhängigkeit gemildert werden muß. Das hat konkrete Auswirkungen. Das heißt: Auch wenn wir in einer weltwirtschaftlich veränderten Situation sparen müssen, auch wenn wir sagen, daß man von diesem Sparen keine

Gruppe ausnehmen kann, dann bleibt unser Auftrag, dafür zu sorgen, daß sozial gerecht gespart wird und daß nicht immer die Arbeitnehmer diejenigen sind, die die Zeche allein zu zahlen haben.

Friede, der sicher bleiben soll, heißt: Das streitige Gespräch führen und nach dem streitigen Gespräch Entscheidungen treffen, denen den Rücken stärken, denen wir Verantwortung übertragen haben. Nicht Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen. Auch das muß dieser Parteitag bekräftigen.

Koalitionen haben ihren Preis. Das weiß ich aus 14 Jahren sozial-liberaler Koalition in Düsseldorf. Es ist schöner, allein zu regieren. Aber wenn man nicht allein regieren kann, wenn man die Koalition braucht, dann muß in der Koalition deutlich bleiben, wer für welche Bürger eintritt, und dann müssen Sozialdemokraten unverwechselbar sein und bleiben, auch bei den Haushaltsberatungen 1982.

Im Augenblick lesen wir jeden Tag einen neuen Vorschlag. Wir werden heute diese Vorschläge nicht entscheiden können. Wir werden heute auch nicht darüber zu entscheiden haben, ob die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages unser richtiger Ansatz ist. Ich habe da meine Zweifel.

Ich habe meine Zweifel vor allen Dingen deshalb, weil wir auch den Arbeitnehmern zusätzliche Belastungen nur dann zumuten können, wenn die anderen auch dran sind – die Selbständigen, die Unternehmer und die, die kein Arbeitsplatzrisiko haben; da muß verteilt werden. Nicht aus Rache, nicht weil wir was gegen die haben, sondern weil die Verlässlichkeit unserer Politik das Thema ist, und weil die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr wissen sollen, wer für ihre Sache steht: Wir stehen für sie. Wir sprechen das aus in einer schwieriger gewordenen Situation, in einer Situation, in der unser erstes Ziel, unser unaufgebbares Ziel, das Ziel, das die Geschichte der Sozialdemokraten begleitet, seit es sie gibt, nämlich Vollbeschäftigung, Recht auf Arbeit für jeden, nicht erreichbar scheint.

Wir haben als nordrhein-westfälische SPD Beiträge zu diesem Thema geleistet. Ich erinnere an das, was wir in Duisburg, in Herne und in Bochum zum Thema „schrittweise Arbeitszeitverkürzung“ gesagt haben. Ich bringe das in Erinnerung. Und ich bringe in Erinnerung, daß wir in den letzten Monaten durchaus im Streit, durchaus mit Meinungsverschiedenheiten, auch darüber gesprochen haben, ob es nicht zumutbar ist, daß wir besondere Anforderungen an die Solidarität derer stellen, die kein Arbeitsplatzrisiko haben. Das hat nichts zu tun mit dem Ausgrenzen einer Gruppe, sondern das hat damit zu tun, daß wir, wenn wir leisten wollen, was unser Auftrag ist, die Solidarität aller brauchen und zwar in der Praxis und nicht nur auf den Kongressen.

Liebe Freunde, es gibt inzwischen Hunderte von Zeitungsartikeln über die Frage, wie weit denn die SPD diskutieren und wann denn die Diskussion ein Ende haben müsse. Da ist von Zerrissenheit die Rede. Da gibt es den Ruf nach Geschlossenheit. Ich will diesem Thema nicht ausweichen. Ich meine, wenn in einer Partei gestritten wird, wenn es in einer Partei harte Auseinandersetzungen gibt, dann spricht das nicht gegen diese Partei, sondern es spräche gegen diese Partei – und da sind selbstkritische Bemerkungen nötig –, wenn man bei unserem Streit die Menschen nicht mehr wiederfände, um deren Sorgen wir streiten, für die wir Lösungsvorschläge bringen müssen. Die Partei war immer dann stark, wenn in ihren Diskussionen deutlich wurde, daß wir uns gegenseitig übertreffen wollen an schöpferischen Ideen für umsetzbare Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Bürger. Und die Partei war immer dann schwach, wenn man den Eindruck hatte: Wo die Zusammenkommen, sind die so mit sich selber beschäftigt, daß unsere Sorgen nicht mehr stattfinden.

Ich wiederhole einen Satz, den ich schon einmal gesagt habe: Eine Partei ist krank, die ihre führenden Funktionäre so beschäftigt mit Sitzungen und Gremien und Arbeitsgruppen, daß von Montagmorgen bis Sonntagabend die

Gefahr einer Begegnung mit Wählern nicht mehr besteht. Ich rede also keiner falschen Harmonielehre das Wort. Ich rede nicht das Wort dem Einheitsbrei der Meinung. Aber ich rede das Wort der offenen Diskussion, an deren Ende die geschlossene Haltung stehen muß, damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für den Bürger annehmbar sind. Denn unsere Annehmbarkeit, die ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.

Wir müssen davon sprechen, wie die politischen Parteien der Herausforderung unserer Zeit begegnen, ohne daß wir den Versuch machten, ein einheitliches Menschenbild zu schaffen. Das gibt es nicht, und das können wir nicht leisten. Dazu sind politische Parteien nicht da.

Aber politische Parteien sind wohl dazu da, Strömungen und Stimmungen zu verstehen und auf sie zu antworten. Zu den Strömungen und den Stimmungen, die ich feststelle, gehört, daß immer mehr Menschen, auch immer mehr junge Menschen an uns die kritische Frage stellen, ob wir eigentlich außer Standpunkten auch noch Horizonte haben, ob wir auch noch Perspektiven haben, ob wir auch noch Hoffnung vermitteln können oder ob Angst das Thema der achtziger Jahre sein muß. Ich rede jetzt nicht von den Begegnungen der letzten Woche, vielleicht ist im Laufe der Aussprache noch Gelegenheit dazu. Aber ich rede davon, daß wir uns auseinandersetzen müssen mit der Frage, wie das eigentlich kommt, daß nach 200 Jahren des Fortschritts, nach 200 Jahren der Technikanbetung auf einmal Menschen bereit sind, auszusteigen, den Fortschritt zu beschreiben, Angst vor der Technik zu haben, wegzulaufen vor der Chance, ihr Leben zu erproben und ihr Leben zu leisten. Darüber müssen wir miteinander sprechen. Wir haben das getan, als wir in dem von Norbert Burger schon einmal zitierten und nach meiner Überzeugung zu Unrecht vergessenen Orientierungsrahmen gesagt haben: „Der demokratische Sozialismus verspricht weder ein Paradies auf Erden und die Lösung aller menschlichen

Probleme, noch ist er der fertige Plan einer neuen Gesellschaftsordnung. Er verbürgt sich vielmehr darin, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erkämpfen, zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“. Hierin liegt der tiefere Grund dafür, daß der Sozialismus eine dauernde Aufgabe ist und bleiben wird.

Im Orientierungsrahmen lesen wir auch: „Wir müssen uns daher freihalten von jedem dogmatischen Fortschrittsglauben, gleichgültig, ob er aus traditionellen Überzeugungen oder aber nur auf der Gewöhnung an die stetige Erhöhung des materiellen Lebensniveaus in der Nachkriegszeit beruht. Freilich besteht auch kein Grund zu Untergangspessimismus, wenn wir bereit sind, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen.“

Das ist, was wir Menschen zu sagen haben, die nicht bei uns sind, die noch nicht bei uns sind, und die wir gewinnen möchten für den Ausstieg aus der Angst, für die Bereitschaft zum Engagement, für die Wahrnehmung in unseren Städten und Gemeinden. Das ist dann sehr viel kleine Münze. Diese kleine Münze kann aber Stabilität erreichen. Wir sollten auch von diesem Parteitag aus deutlich machen, bei all den Diskussionen, die wir miteinander zu führen und dann zu Ende zu bringen haben, daß wir die Partei des Gesprächs, die Partei der Diskussion, aber dann auch die Partei des gemeinsamen Handelns sind.

Es wird viel zu sagen und zu diskutieren sein über das, was Friedens- und Entspannungspolitik bedeutet. Ich will hier mit aller Deutlichkeit und ich füge hinzu, mit großer Betroffenheit, sagen: Bei allem Reden und Streiten über die Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei über den richtigen Weg zum Frieden, bedrückt mich am meisten, warum es eigentlich den Streitpunkt des Friedens überhaupt in einer Partei nicht gibt, die sich als Sammlung der Christen versteht. Warum wird in der CDU nicht gestritten über den richtigen Weg zum Frieden? Warum nimmt sie nicht auf, was es an Sorgen und Ängsten gibt, damit sie zu Antworten kommt? Warum ist in der

CDU bei aller Notwendigkeit der Geschlossenheit, und zwar der Geschlossenheit nach der Diskussion, Geschlossenheit statt Diskussion festzustellen? Wenn sich eine große Partei den Fragen aller Generationen verweigert, dann ist das nicht mehr Sache dieser einen Partei, dann leidet das ganze Volk. Wir müssen alle auffordern, die Diskussion zu suchen und nach der Diskussion geschlossen zu handeln. „Damit der Friede sicher bleibt“, haben wir gesagt. Wir haben damit etwas ausgesprochen, was in die Widersprüche unserer Zeit hineingehört.

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.“ Dieser Satz steht im Godesberger Programm, und der folgende steht auch darin: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die die nationalen Landesverteidigungen ablösen wird.“ Das heißt, wir haben uns des Weges zu vergewissern, den wir in der Friedens- und Entspannungspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten gegangen sind, und den wir seit über elf Jahren öffentlich verantworten. Wir haben damals, bevor wir diese Sätze ins Programm schrieben, leidenschaftliche Diskussionen gehabt. Für uns ist das Ringen um den richtigen Weg zum Frieden nicht ein plötzlicher Ernstfall in der Parteigeschichte, sondern uns begleitet diese Diskussion schon lange. Das Godesberger Programm wieder einmal zu lesen, das kann man anraten. „Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselt und sich jetzt vor den Folgen fürchtet. Der Mensch fürchtet, gewarnt durch die Zerstörungskriege und Barbareien seiner jüngsten Vergangenheit, daß in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung ausgelöst werden kann“, so steht es in dem beschlossenen Text. Aber es steht

auch das andere darin, und das ist die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und den Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt; daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er sich an die internationale Rechtsordnung hält, das Mißtrauen zwischen den Völkern lindert. Das haben wir miteinander gesagt. Diese Hoffnung unserer Zeit, die Zielrichtung dieser unserer Hoffnung muß wieder deutlich gemacht werden als Inhalt unserer Friedenspolitik, einer Friedenspolitik, die nicht gekennzeichnet werden kann mit den einfachen Linien, sondern die eine differenzierte Struktur hat. Wir haben beides gelernt: Der Abbau des Mißtrauens zwischen den Völkern ist mühselig. Das Verhandeln über Rüstungsabbau und Rüstungskontrolle ist mühselige Plackerei. Die Erkenntnisse über die Begrenzung der Rohstoffversorgung, der Rohstoffverfügung, über Grenzen wirtschaftlichen Wachstums, sind Tatsachen, die Folgen für den Ost-West-Ausgleich, für das Nord-Süd-Gefälle haben, was immer mehr junge Menschen bedrückt, weil sie den Eindruck haben, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Aber wer diese Bilder zeichnet, wer diese differenzierten Spuren darstellt, der darf dann auch von Fortschritten reden, der darf dann stolz sein auf die Ostpolitik mit Gewaltverzicht, die Willy Brandt begonnen und Helmut Schmidt fortgeführt hat, und der darf sich nicht vor den jungen Bürgern verstecken.

Darf man in einer Zeit des kurzen Gedächtnisses daran erinnern, wie die Politik denn bis zum Jahre 1967 aussah, die eine Politik der Hallstein-Doktrin und der Abschrottung war, und was wir heute an nachbarlichen Ost-West-Beziehungen haben, an Kontakten der Menschen und Bürger, an Informationen über die jeweiligen Teile der Welt – bei aller Spannung und bei aller Spaltung?

Darf man daran erinnern, und muß man nicht daran erinnern, daß unsere

Politik der Friedenssicherung und der Kriegsverhütung in einer politisch gewandelten, in einer von Interessengegensätzen geschüttelten Welt keine Rückkehr zur Politik des „kalten Krieges“ sein darf? Wir erinnern uns ja an das, was geschehen ist. Ich brauche nur ein paar Beispiele zu nennen: die Cuba-Krise und die Wandlung der chinesischen Politik, den Vietnamkrieg, den Einmarsch in die CSSR, die uns immer noch bedrückende Krise im Nahen und Mittleren Osten.

Diether Posser hat gestern im Gespräch darauf hingewiesen: Seit 1945 hat es 128 Kriege auf der Welt gegeben. Diese Welt ist nicht die friedliche Welt. Der Weg ist lang bis zur Sicherung des Friedens. Aber wir können und wir müssen dankbar dafür sein, daß wir in einem Teil der Welt leben können, in dem seit 1945, seit dem schrecklichen Zusammenbruch auch aufgrund unserer Politik, kein Krieg stattgefunden, keine militärische Auseinandersetzung stattgefunden hat. Und wir müssen weitergehen in eine Richtung, die das sichert. Jungen Menschen müssen wir sagen: Wir leben mit diesem fundamentalen Widerspruch, mit diesem ständigen Gegeneinander von Angst und Hoffnung, von Furcht und Erwachen. Wir wollen den Rüstungswettlauf beenden. Wir wollen die Ursachen von Krieg und Gewalt anpacken und wir ringen miteinander um den besten Weg.

Wir haben uns in den letzten Wochen in vielen, vielen Stunden bemüht, einen wirklich für alle tragbaren, einen konsensfähigen Text zu finden. Wir machen solche Anstrengungen, weil wir glauben: Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig, daß sie unsere Politik erkennen, daß wir mit ihnen unsere Politik diskutieren. Und nach meinem Eindruck ist diese Diskussion chancenreich. Ich habe soeben davon gesprochen, daß die Union sich diesem Thema verweigert. Mit ihr wird weder gerechnet, noch geredet. Wir weichen nicht aus. Aber wir fügen hinzu zu dem Wort von der neuen Friedensbewegung: Die Friedenspartei der Geschichte unseres Volkes ist die Sozialdemokratische

Partei. Wir machen uns das nicht leicht, wir werden existenzielle Fragen nicht aus Machterhaltungsgründen einfach unterdrücken. Aber hier wird auch nicht einer Gegenkultur nachgelaufen. Hier wird kein Sturmlauf gegen angebliche Erstarrung mitgemacht, sondern hier werden Menschen gefragt, ob sie nicht mitmachen wollen bei dieser Friedensarbeit, unsere Integrationskraft wahrlich herauszufordern – keine falsche Integration, kein Nachlaufen und kein Nachplappern, wohl aber das aufmerksame Achten auf die jungen Menschen, die politisch opponieren, die uns als Partner wichtiger sind als die Angepaßten oder die, die nur an ihrer eigenen Selbstverwirklichung interessiert sind.

Ich würde gern, auch aus aktuellem Anlaß, bei dieser Gelegenheit zu mancherlei Demonstration, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, zum Glück nicht einmal zuerst in Nordrhein-Westfalen, das eine noch aussprechen: Die jungen Leute, die demonstrieren, auch die jungen Leute, die glauben, Hausbesetzungen seien ein politisches Mittel, dürfen und sollten nicht vergessen, daß diejenigen, die das Eigentum vieler Menschen schützen, diejenigen, die bei Demonstrationen Ordnung zu sichern haben, nicht irgendwelche Bullen sind, sondern ihre früheren Klassenkameraden.

Über Sozialpflichtigkeit des Eigentums brauchen wir uns Sozialdemokraten ja wohl nicht gegenseitig zu belehren. Und wenn man unsere Anträge liest, und wenn man das, was wir bisher zu dem Thema gesagt haben, kennt, dann weiß man: Daß mit Wohnungen spekuliert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, den keiner so verabscheut wie wir Sozialdemokraten. Das muß deutlich sein: Eigentum ist sozial verpflichtet. Das steht im Grundgesetz, und wir können junge Menschen nicht von der Leuchtkraft des Grundgesetzes überzeugen, „das sowieso manche eher für eine Fessel halten als für ein großes Angebot“, wie Gustav Heinemann gesagt hat, wenn die Sozialpflichtigkeit des Eigentums beim Heizen von Wohnungen und beim Leerstehenlassen der Wohnungen ständig schnöde miß-



braucht wird. Und da füge ich hinzu, Genossinnen und Genossen: Das gilt nicht nur für Kapitalisten, das gilt auch für Behördenchefs, auch für kommunale Behörden. Wir Sozialdemokraten sollten uns auch darin von anderen unterscheiden, daß wir ohne Ansehen der Person Mängel aufzeigen, auch wenn die Mängel bei uns selber liegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich von dem Konflikt der Generationen spreche, wenn ich davon überzeugt bin, daß das Herauskommen aus den Gräben zwischen Älteren und Jüngeren die eigentliche Herausforderung der achtziger Jahre ist, dann meine ich, müssen wir bedenken: Zwischen den führenden Politikern und den jungen Leuten, die jetzt aufbegehren, liegen oft dreißig Lebensjahre. Es ist eine Wandlung unserer Kultur, des Lebensgefühls, unserer Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in drei Jahrzehnten, die der einzelne nicht so empfindet, die aber in der Gesprächsunfähigkeit und in der oft festzustellenden Ratlosigkeit deutlich wird. Da kommt es darauf an, daß wir als Sozialdemokraten deutlich machen: Wir kämpfen für Freiheit und Entfaltung des einzelnen, aber nicht auf Kosten anderer. Wir haben das Wohl des Ganzen im Auge, wir wollen gesellschaftspolitisch denken, und das heißt für uns auch, den Satz aus dem Godesberger Programm wie-

der ernst zu nehmen, „daß nur eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft dem Menschen den Weg in seine Freiheit öffnet“. Wir sind nicht von gestern, wir suchen Lösungen für morgen, und wir wollen darüber mit den Bürgern reden.

Wer Lösungen für morgen sucht, kann den Fragen von heute nicht ausweichen. Eine der bedrängendsten und bedrückendsten Sorgen ist für mich die Krise in der europäischen Stahlindustrie. Die stellt die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen vor fast unlösbare Probleme. Wir schulden Betriebsräten und Gewerkschaften Dank dafür, daß sie in einer Situation, in der die Unternehmer sich zerstritten haben, in der freiwillige Vereinbarungen nicht mehr zustandekommen konnten und in der der Kampf aller gegen alle ausgebrochen ist, kühlen Kopf bewahrt haben. Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt. Wir werden nicht zulassen, daß im Vorbeigehen gewissermaßen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bei diesem Vernichtungskampf unter die Räder kommen. Aber wir werden auch ganz deutlich sagen, wo wir die Verantwortung für die inzwischen eingetretene Lage sehen: bei den Unternehmen, bei der europäischen Stahlindustrie, bei der Europäischen Kommission und bei der Bundesregierung. Europa, Genossinnen und Genossen, ist doch keine Schönwetterangelegenheit.

#### 4. Grundsatzreferat „Sozialdemokraten in der Verantwortung“, Johannes Rau

Jetzt muß sich für die Arbeitnehmer an der Ruhr, die wir damals zu den Wahlen geholt haben, erweisen, ob die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mehr ist als eine Vereinigung zur Förderung von Politiker- und Beamtentourismus.

Die Methode: immer neue Sitzungen immer weniger Entscheidungen, ist für die Stahlarbeiter bei uns unzumutbar. Was da am Donnerstag entschieden wurde, hat uns enttäuscht, denn der Subventionswettbewerb ist nicht gebremst worden. Ich wiederhole hier: Wir werden uns unserer Verantwortung, das heißt auch unserem Anteil, nicht entziehen. Aber es darf nicht nach der Melodie gehen, das Land zahlt und in Europa ändert sich gar nichts. Das würde Arbeitsplätze noch stärker gefährden. Jetzt müssen die Unternehmenskonzepte sorgfältig geprüft werden, dann müssen gemeinsam mit der Bundesregierung die Entscheidungen fallen. Die Gewerkschaft muß an diesen Entscheidungsprozessen von Anfang an beteiligt sein. Da bin ich zuversichtlich, daß es zu einer vernünftigen Lösung kommt.

Genossinnen und Genossen, die wirtschaftliche Lage in unserem Land ist nicht einfach. Die nächsten Jahre werden schwierig. Es gibt kaum Zuwachs an Produktion und an Einkommen, den man verteilen könnte, und deshalb werden die Verteilungskämpfe schwieriger. Es wird Druck geben auf dem Arbeitsmarkt. Die weltwirtschaftlichen Verflechtungen, die Exportabhängigkeit, die bei geringerem Ölverbrauch dennoch feststellbare Ölpreisexplosion, das alles macht uns Sorgen.

Sorgen macht uns, daß wir mit einer amerikanischen Hochzinspolitik zu leben haben, die unsere mittelständischen Unternehmen in Mitleidenschaft zieht. Wir brauchen eine andere Zinspolitik in Europa. Aber auch wenn wir jetzt die Konsolidierung des Haushalts, auch wenn wir die Schwierigkeit unter Rücknahme des Zuwachses an Verschuldung als Thema der nächsten Wochen und Monate haben, ist dies kein Grund zum Pessimismus. Wir können vertrauen in die Leistungskraft

unseres Landes. Wenn wir nötige Beschränkungen erreichen und dann wieder neue Freiräume zu politischem Handeln finden, dann werden wir die Probleme meistern.

Die außenpolitische Lage, in der wir das tun wollen, ist schwierig. Es gibt eine Zahl internationaler Krisenherde, die uns beunruhigt. Die Entwicklung in Polen macht uns Sorge. Der Konflikt im Mittleren Osten hat uns in den letzten Wochen bedrückt. Immer wieder hatten wir den Eindruck, die Entspannungspolitik ist gefährdet, die Friedens- und Abrüstungsdiskussion kam international nicht in Gang. Deshalb reden wir vom Vorrang für Verhandlungen. Und wer den Vorrang für Verhandlungen wirklich will, der muß auch deutlich sagen, wo Verbündete sind. Verbündete, von denen wir manchmal sogar sagen, sie wären unsere Freunde. Da muß auch ein offenes Wort gesagt werden. Das heißt: Vieles von dem, was uns amerikanische Beamten gelegentlich und in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermutigung, sondern bringt Irritationen. Sie sollten mal mit einer Stimme reden. Ich bin Hans-Jürgen Wischnewski dankbar dafür, daß er das in diesen Tagen noch einmal deutlich gesagt hat. Wir können mit solchen amerikanischen Büchmanns, mit solchen Zitatensammlungen, nicht politisch agieren. Wir brauchen eine klare Linie, und wir brauchen verlässliche Aussagen innerhalb des Bündnisses, damit das Gespräch, damit die Auseinandersetzung mit dem Partner realistisch und berechenbar stattfindet.

Ich habe davon gesprochen, daß wir uns verstehen müssen als Partei, die Arbeitnehmer erreicht und vertritt, die die junge Generation verstehen möchte. Es gibt Themen, die interessieren beide. Da gibt es die Frage, wie unsere Städte bewohnbar gemacht und bewohnbar gehalten werden können. Da gibt es Probleme, die mit dem Wohnungsmangel zusammenhängen, da gibt es die Fragen des Arbeitsmarktes, die uns bedrängen. Da wiederholen wir,

was wir vor dem 11. Mai gesagt haben: In schwierigen Zeiten braucht man mehr Solidarität und nicht weniger. Das gilt auch für befreundete Organisationen.

Mit den Gewerkschaften haben wir ein paar Kontroversen gehabt. So waren wir manchmal in der Rolle des Tarifpartners, des Arbeitgebers. Daraus hat sich gelegentlich ein Konflikt ergeben. Das wurde in Solidarität besprochen und ausgehalten. Nach diesem Gespräch sage ich deshalb: Für Sozialdemokraten ist es unverzichtbar, daß wir mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Sie sind mit uns die Anwälte der Arbeitnehmer. Wir wollen die Zusammenarbeit noch verstärken und zum Beispiel ein paar Schritte gemeinsam mit Hamburg und Bremen für eine Sicherung der Montanmitbestimmung tun, damit nach den sechs Jahren deutlich wird: Das ist kein Auslaufgesetz. Wir bleiben bei der Montanmitbestimmung.

Eine absolute Mehrheit zu haben, heißt, sie zu nutzen, nicht sie auszunutzen. Das heißt: Augenmaß bei Reformen, das heißt: bereit sein zu Perspektiven, und das heißt auch – ich habe das auf dem Bezirksparteitag Niederrhein im vergangenen Jahr im Mai gesagt –, auch stellvertretend für die fünf Prozent zu handeln, die nicht uns gewählt, aber unsere Koalition gewollt haben.

Die werden wir beim nächsten Mal unmittelbar brauchen, damit sie keine Umwege gehen müssen, wenn sie Sozialdemokraten in der Regierung haben wollen.

Harte und solide Arbeit bringt wenig Schlagzeilen. Da kann man nur versuchen, die Schneisen zu schlagen und in der Politik deutlich zu machen: Wir setzen die Schwerpunkte nach den Gesichtspunkten, wo die Zukunft ist. Und das tut unser Haushalt. Deshalb haben wir im Technologieprogramm und bei der rationalen Energieverwendung die Mittel verstärkt. Deshalb haben wir überproportionale Steigerungsraten für den Bergbau und für die Energiewirtschaft. Deshalb haben wir dreißig Prozent unserer Ausgaben für die bessere Ausbildung der jungen Menschen, weil eine gute

Ausbildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist.

Darum bleibt auch die Bildungspolitik ein Thema, dem wir uns zuwenden. Wir tun das auf eine Weise, die manche irritiert hat. Im Augenblick liegen die Irritationen auf einer ganz anderen Ebene: Die CDU weiß nicht, wohin sie gehen soll. Wir raten: Kommt aus der Sackgasse, sagt Jazur Gesamtschule, denn unser dreigliedriges Schulwesen braucht die Ergänzung und die Veränderung durch die Gesamtschule als Regelschule und als Angebotsschule, und deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt und in der Fraktion und im Ausschuß verabschiedet, der das, was wir vor der Wahl versprochen haben, zugesagt. Jetzt fragen wir die CDU: Will sie weiter jahrelangen Streit? Sie kann ihn haben. Wir können mit unserer Mehrheit verabschieden und wir werden mit unserer Mehrheit verabschieden. Aber wir fragen danach, ob das denn wirklich so gehen soll, daß die Gesamtschule, in anderen Ländern als Versuch seit Jahrzehnten bewährt, bei uns die Sache der Mehrheit sein soll, ob sie nicht eine Sache des ganzen Landes werden kann? Dazu laden wir ein.

Liebe Freunde, viele Fragen, die in einem solchen Bericht anzusprechen wären, will ich heute nicht mehr vortragen, damit wir Raum haben zu Diskussionen und Gesprächen. Deshalb will ich das, was wir im Haushalt für das Jahr 1982 zu tun haben, jetzt nicht darstellen in dem Entscheidungsprozess, in dem wir uns befinden.

Ich will vielmehr an das erinnern, was ich am Anfang gesagt habe: Wir stehen ein für die uns anvertrauten Bürger, und weil wir dafür einstehen, wenden wir uns gegen die fast zur Mode gewordenen Kritik am sozialen Netz. Wir reden über möglichen Mißbrauch. Aber wir reden über Mißbrauch, damit das soziale Netz hält und nicht als Vorwand dafür, daß das soziale Netz abgeschafft oder noch weiter durchlöchert wird.

Und wir reden über das soziale Netz und über die Mißbräuche auch auf der anderen Seite, auch bei den Unternehmern, die Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, die die Pensionierung mit 59 Jahren selbst bei leitenden Angestellten längst zu einem Trick gemacht haben. Darüber muß dann auch einmal gesprochen werden.

Energiepolitik, die ich nur gestreift habe, ist nicht mehr so im Streit, wie sie das gewesen ist. Sie ist deshalb nicht im Streit, weil wir Sozialdemokraten, seit wir uns zu Landesparteitagen versammeln, eine behutsame, eine erkennbare, eine auf dem Vorrang der Kohle beruhende Energiepolitik betreiben. Dabei wollen wir bleiben. Da leisten wir etwas für die ganze Bundesrepublik und fragen die Länder, wann sie endlich einmal mitfinanzieren wollen, daß wir die sichere heimische Energie „Kohle“ bereitstellen?

In den nächsten Monaten wird es Auseinandersetzungen geben um die Medienpolitik. Auch dazu haben wir im Godesberger Programm einen Satz gesagt, der heute gilt wie damals: „Rundfunk und Fernsehen müssen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter behalten, sie müssen freiheitlich demokratisch geleitet und gegen Interessentendruck gesichert sein.“ Ich finde es unbegreiflich, daß die gleiche Partei, die immer sagt, Familienpolitik wäre ihr erstes Thema, dann, wenn die Industrie es will, nichts anderes im Sinne hat, als jede Menge zusätzliche Fernsehprogramme privat finanziert in die Familien zu bringen.

Wir sollten uns mit der CDU mehr beschäftigen als mit uns selbst. Wir sollten der CDU nicht erlauben, vor den großen Fragen auszuweichen. Wir sollten ihr nicht gestatten, liberale Mäntelchen umzuhängen und in Wirklichkeit die alte Politik mit neuen Schläuchen zu verkaufen. Wir sollten kontroverse Diskussionen da suchen, wo die Unterschiede sind, und wir

sollten uns der Gemeinsamkeit freuen, da wo wir sie entdecken können – ohne von unserer Grundsatzüberzeugung abzuweichen.

Wenn wir an die Arbeit der nächsten Jahre gehen, dann tun wir es als Menschen, denen die Glaubwürdigkeit der Politik der erste Auftrag und der erste Prüfstein ist. Dann tun wir es als Menschen, die in vielen Jahren gezeigt und erlebt haben: Man kann entstehende Vertrauenslücken immer wieder schließen, wenn man beim Bürger ist und wenn Basis nicht irgendein Wort ist, auf das man sich beruft, sondern die Quelle, von der man selber herkommt und von der man sich nicht abschneiden läßt.

Wir brauchen eine neue Vertrauensarbeit in der Partei. Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir Gemeinschaft durch Organisation ersetzt haben. Wir brauchen wieder mehr Gemeinschaftsgefühl, und wir brauchen auch wieder mehr Gemeinschaftserlebnisse in der Partei. Vielleicht sollten wir miteinander einen Versuch machen. Vielleicht sollten wir miteinander als Partei jährlich unseren Nordrhein-Westfalen-Tag feiern, um zu zeigen, daß wir zusammengehören, und daß wir die Familien zu uns bitten, und daß wir miteinander nicht nur arbeiten und diskutieren, sondern auch miteinander feiern können.

Wir wollen Geschlossenheit nach der Diskussion zeigen. Das macht uns nicht zur geschlossenen Gesellschaft, sondern macht uns zu einer politischen Kraft, die bereit ist, die Herausforderungen der Zeit anzunehmen, die selbstbewußt ist, ohne arrogant zu sein, die gelassen reagiert, ohne stur zu werden. Dann sind wir Menschen, die in diesem größten Bundesland Vertrauen ausstrahlen und gewinnen und die damit die Politik stützen, für die Helmut Schmidt und Willy Brandt in Bonn stehen und wir bei uns im Land. So wollen wir an die Arbeit gehen.“

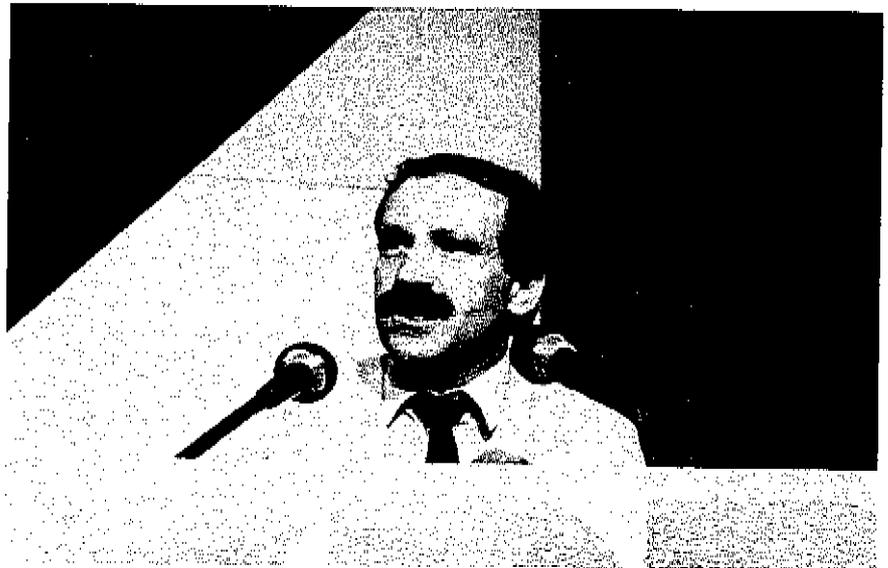
---

# 5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Rainer Maedge

„Liebe Genossinnen und Genossen, Johannes Rau hat es deutlich gemacht: Wir stehen in der politischen Pflicht, den Wahlkampfslogan, mit dem wir am 11. Mai 1980 zur Landtagswahl angetreten sind: „Wählen gehen, damit NRW sozial und der Frieden sicher bleibt“, einzulösen, ihn in reale Politik umzusetzen. Das heißt: Politik für Arbeitnehmer und Politik zur Sicherung des inneren und äußeren Friedens. Das sind – auf einen knappen Nenner gebracht – die Aufgaben, die vor uns liegen.

Die Voraussetzungen dafür, daß wir auf Landesebene diese politischen Aufgaben jetzt parlamentarisch verantwortlich lösen können, sind in der abgelaufenen Wahlperiode des Landesvorstandes geschaffen worden.

Kein Zweifel: Vorbereitung, Durchführung und auch die notwendige Nacharbeit des Landtagswahlkampfes war der Schwerpunkt in den vergangenen zwei Jahren. Hierüber und über weitere Maßnahmen des Landesvorstandes und seiner Gremien im Berichtszeitraum legt der schriftliche Tätigkeitsbericht Rechenschaft ab.



In geraffter Form will ich diesen Bericht ergänzen, denn die aktuelle politische Lage verlangt mehr einen Blick in die Zukunft, die politisch perspektivische Diskussion, weniger nach einem Blick zurück.

Die Zukunft ist unsere Aufgabe, aber um zu planen, bedarf es der Funda-

mente im Erfahrenen, und darauf will ich hier hauptsächlich eingehen.

Genossinnen und Genossen, die Schaffung des Landesverbandes hat sich in seiner Konzeption und Aufgabenstellung, in seinen Gremien und beschlußfassenden Organen grundsätzlich bewährt. Er hat seinen Platz

## 5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

gefunden im aufeinander abgestimmten, sich ergänzenden Konzept mit den Unterbezirken, den Bezirken und dem Parteivorstand in Bonn.

Der Landesverband ist notwendig, um sozialdemokratische Landespolitik in der Partei vorzubereiten, sie zu formulieren und in ihr zu vermitteln. Ein wirksamer Landtagswahlkampf ist ohne ihn kaum vorstellbar. Schließlich – auch das ist nicht zu vergessen – sind die Aufgaben: ständige – auch kritische – Begleitung der Arbeit von Landtagsfraktion und Landesregierung sowie die Vermittlung von SPD-Positionen auch außerhalb von Wahlkämpfen gegenüber der Öffentlichkeit.

Organisations-, Bundes- und Europapolitik sind den Bezirken und deren nachfolgenden Gliederungen sowie dem Parteivorstand vorbehalten. Für den Bereich der Kommunalpolitik leistet der Landesverband – insbesondere bei den Wahlkämpfen – flankierend Hilfestellung, im übrigen muß in diesem Zusammenhang auf die SGK verwiesen werden.

An dieser formulierten und anerkannten Aufgabenstellung des Landesverbandes sollte nicht gerüttelt werden, dies ist auch bei den umfassenden Vorarbeiten zur Überarbeitung und Ergänzung der Landessatzung, über die wir heute noch diskutieren und beschließen werden, zum Ausdruck gebracht worden.

Genossinnen und Genossen, vier Wahlkämpfe in nur knapp 16 Monaten haben die Parteiorganisation und insbesondere natürlich auch die vielen Wahlhelfer stark strapaziert. Der Landesverband wurde hierbei erstmals besonders gefordert bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen durch umfangreiche Argumentationshilfen, durch Werbemittelangebote, durch Referentenvermittlung, aber auch durch eine zentral eingesetzte ZaS mit über 27 Regionalausgaben.

Ich glaube, daß die grundsätzlich getroffene Entscheidung, den Kommunalwahlkampf an den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten auszurichten, also dezentral zu führen, richtig war. Deshalb war es auch sehr schwierig, die Zeitung am Sonntag als zentrales

Werbemittel einzusetzen. Trotz des hohen organisatorischen und finanziellen Aufwandes konnten die Regionalausgaben nur begrenzt auf lokale Ereignisse und Notwendigkeiten eingehen, wie dies an und für sich wünschenswert gewesen wäre. Deshalb kann ich nicht empfehlen, bei künftigen Kommunalwahlen die ZaS erneut zentral einzusetzen.

Das gute Ergebnis der Landtagswahl soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die im Wahlkampf gemachten Erfahrungen für die Zukunft zwingend erscheinen lassen, Wahlkämpfe viel langfristiger, viel gründlicher, viel umfassender vorzubereiten. Wir haben es als schwerwiegenden Nachteil empfunden, daß wir in die letzte Landtagswahl mit einer relativ kurzfristigen Vorbereitungszeit gehen mußten. Nach jeder Wahl wird zwar allgemein darüber diskutiert und es herrscht auch allgemeine Einigkeit darüber, daß die Ergebnisse gründlich auszuwerten seien, aber seien wir ehrlich: passieren tut das selten. Auch hier: die vorangegangenen Wahlen sind nur unzulänglich ausgewertet und nachgearbeitet worden. Deshalb war vieles im Landtagswahlkampf zwar nach bestem Wissen und Gewissen, aber mehr nach politischem Instinkt, denn nach gründlicher Analyse eingestieft worden.

Die Hilfe, die wir bei der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes auch außerhalb unseres Landes gefunden haben, hat uns vieles erleichtert. Dafür habe ich zu danken. Ausdrücklich erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang Fritz Halstenberg, der heute hier unter uns ist und der uns trotz großer Schwierigkeiten beim Parteivorstand in Bonn sehr konkret geholfen hat. Für die Bonner aber war es sicher gut angelegtes Geld, denn die Landtagswahl hat die Stimmung vor der Bundestagswahl geprägt, und ihr Ergebnis war sicherlich auch Ansporn im Bundestagswahlkampf.

Eine Dokumentation über den Landtagswahlkampf ist Euch bereits vor längerer Zeit vorgelegt worden. Hinzu kommt noch eine ergänzende interne Dokumentation, die uns bei der Vorbereitung des nächsten Landtags-

wahlkampfes helfen soll. Zwar ist die Kritik am Landtagswahlkampf – wohl vor allem wegen des guten Ergebnisses – sehr klein geblieben, aber manchmal sind wir allzusehr geneigt, unsere Kritik an der Wahlkampfführung mit Schlagwörtern wie „Agenturwahlkampf“ oder „Waschmittelwahlkampf“ zusammenzufassen. Meist entlarvt sich dies als hohles Gerede und Nörgelei, denn bessere Alternativen werden nur selten aufgezeigt. Wir sind stolz darauf, hier in Nordrhein-Westfalen eben keinen Agenturwahlkampf geführt zu haben: alle politischen Grundaussagen des Wahlkampfes unterlagen unserer Beschlußfassung und Steuerung. In jeder Phase waren wir Herr der Wahlkampfführung, und die Strategie ist ausschließlich in den dafür gebildeten Gremien des Landesverbandes mit der Wahlkampfleitung festgelegt worden. Die Agentur, die sicherlich auch gute Arbeit geleistet hat, war für uns lediglich umsetzende Instanz, die wir in jeder Phase des Wahlkampfes kontrollieren und steuern konnten.

Mir lag sehr daran, auf diesen Sachverhalt und diesen Tatbestand einmal deutlich hinzuweisen.

Natürlich war auch bei diesem Landtagswahlkampf der finanzielle Einsatz sehr hoch. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, daß wir die einzige der im Landtag vertretenen Parteien, mit Einschluß der FDP, waren, die ein Wahlkampfabkommen abgeschlossen hatten, die inzwischen auch öffentlich Rechenschaft über die Wahlkampfkosten abgelegt hat.

Bei den hohen Kosten ist aber zu bedenken, daß die großen Kostenblöcke, wie ZaS, die ja auch im nächsten Landtagswahlkampf wieder erscheinen soll, Zeitungsanzeigen, Rundfunk- und Fernsehspots und Großflächenwerbung festliegen. Darauf kann auch meines Erachtens in Zukunft nicht verzichtet werden. Die Landtagswahl im Jahre 1985 findet nach der nächsten Bundestagswahl statt. Wir in NRW können nicht darauf bauen, daß der Parteivorstand uns dann wieder finanziell helfen wird. Das wird, so glaube ich, von Bonn und von Fritz Halstenberg genauso ge-

## 5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

sehen. Aber Genossinnen und Genossen, ob es uns paßt oder nicht: Viele unserer Wähler müssen auch optisch auf die Bedeutung der Landtagswahl im Jahre 1985 hingewiesen werden. Wir müssen bereits jetzt die Finanzierung des Wahlkampfes sichern. Landesverband und Bezirke werden sich in diesem Zusammenhang außerordentlich engagieren müssen. Wir können diese Entscheidung nicht auf das Jahr 1984 verschieben.

Zum Bundestagswahlkampf ist anzumerken, daß der Landesverband entsprechend seiner Aufgabenstellung unterstützende Arbeit leistet. Die Verantwortung für die Vorbereitung und die Durchführung lag naturgemäß beim Parteivorstand bzw. den Bezirken. Der Landesverband hat personelle und argumentative Hilfe geleistet, wo immer dies gefordert war.

Genossinnen und Genossen, wir haben uns inzwischen auch auf die neue Situation mit der absoluten Mehrheit im Landtag und der alleinigen Regierungsverantwortung gut eingestellt. So hat sich das Verhältnis des Landesverbandes zur Fraktion und zur Landesregierung sehr kooperativ, aber einem vernünftigen politischen Selbstverständnis entsprechend und auch aufgabenabgrenzend, entwickelt. Es gibt kein falsches Konkurrenzverhältnis, weil die Kompetenzverteilung klar abgegrenzt ist.

Aus den Erkenntnissen und Ergebnissen der Arbeit der vergangenen bei-

den Jahre ergeben sich für mich folgende drei Schwerpunkte für die Arbeit des Landesverbandes in den kommenden Jahren:

1. Solidarische, wenn notwendig auch kritische Begleitung der Arbeit von Landtagsfraktion und Landesregierung bei der Verwirklichung des Wahlprogramms;
2. Straffung der Arbeit des Landesverbandes durch Lichtung des Gremienwildwuchses;
3. Langfristige Vorbereitung der Wahlkämpfe 1984/85.

Von der Notwendigkeit der konsequenten Verwirklichung unserer Wahlversprechen hat Johannes Rau schon gesprochen. Die Wähler haben uns am 11. Mai 1980 mit der absoluten Mehrheit versehen, und so gab es die Chance für eine Regierungserklärung, die in der Kontinuität unserer Programmatik steht.

Wir sind in den Landtagswahlkampf gegangen mit einer Leistungsbilanz, die überschrieben war „Leistung für unser Land“. Wir erarbeiteten ein Programm „Politik für unser Land“ und einen Handlungsrahmen „Handeln für unser Land“. Nicht nur dieser Landesparteitag, sondern auch unser Handeln in den nächsten Jahren, steht unter dem Motto „Verantwortung für unser Land“. Was wir dabei auch unter schwierigen Bedingungen zu leisten vermögen, was konkret meßbar sein wird, ist letztlich für den Wähler ent-

scheidend. Forderungs-Hitlisten, das Ersetzen einer unerfüllten Forderung durch eine noch weitergehende, verändert bestehende Zustände nicht. Keiner wird uns 1985 seine Stimme wegen besonders wohlklingender Formulierungen oder noch so schöner Formeln geben. Wir werden daran gemessen werden, was wir konkret geleistet haben. Dabei ist es die Aufgabe der Partei, ihre Beschlußfassungen und Diskussionen an realistischen Überlegungen, an vorhandenen Bedingungen zu orientieren und dadurch erst die Umsetzung von artikuliertem, politischem Willen zu ermöglichen. Das ist meines Erachtens der richtige Weg, den Konsens zwischen Partei und umsetzenden Mandatsträgern dauerhaft, und darauf kommt es an, zu sichern.

Die Partei muß Forum für offene Diskussionen sein. Die Einbeziehung realistischer Weitsicht schon in den Meinungsbildungsprozess erhält die Wirksamkeit der Partei als glaubwürdiger Vorreiter und Perspektivengeber. Wir sind darauf angewiesen. Die entsprechende Unruhe muß die Partei dabei ertragen. Hier liegt ihr Sinn im demokratischen Prozess der Willensbildung, hier muß sie Nervenkraft und Geduld bewahren. Die Diffamierung von inhaltlichen Kontroversen als Zerrissenheit darf uns nicht kopfscheu machen und zu nervösen Fehlreaktionen verleiten. Aber gegenseitige Toleranz im Meinungsbildungsprozess setzt auch voraus, daß sich jeder, noch nicht wissend, ob er letztlich zur Mehrheit oder zur Minderheit gehören wird, darauf verlassen kann, daß das gemeinsam erarbeitete Ergebnis von allen getragen, vertreten und auch zur Geltung gebracht wird. Die Bereitschaft zu gegenseitiger Toleranz in der Diskussion wird nur erhalten bleiben, wenn alle davon ausgehen können, daß am Ende Geschlossenheit im Handeln steht. Den Stein der Weisen hat niemand. Richtschnur ist deshalb die Mehrheitsentscheidung. Dieses Prinzip muß durchgesetzt bleiben. Es ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit in den nächsten Jahren.

Genossinnen und Genossen, in den vielen Gremien des Landes-



Delegierte des Bezirkes Westliches Westfalen.

## 5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes, Rainer Maedge

verbandes wurde engagiert und konkret an der Weiterentwicklung unserer politischen Vorstellungen gearbeitet. Mit der Amtsperiode dieses Landesvorstandes, also heute, endet auch die Beauftragung der Kommissionen, Ausschüsse, Gesprächskreise und Arbeitsgruppen. Denjenigen, die bisher darin aktiv mitgearbeitet haben, soll von hier aus ausdrücklich und herzlich gedankt werden.

Es gibt allerdings eine Reihe von Anzeichen, die den Verdacht begründen, daß in zu vielen Gremien, Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen in unnötig geringen Abständen getagt wurde. In unserem Verzeichnis sind rd. 1.000 Namen und Anschriften von Genossinnen und Genossen enthalten, die in Arbeitsgremien auf Landesebene mitwirken. Es sind nicht allein finanzielle Erwägungen, wenn ich dringend rate, den Wildwuchs von Kommissionen unverzüglich zu lichten: Wer seine Freizeit einbringt, um in unserer Partei und für unsere Partei zu wirken, hat einen Anspruch darauf, daß dies auch effizient organisiert, sinnvoll vorbereitet und vor allem mit nachvollziehbarer Wirkung geschieht. Dies scheint mir bei der jetzt erreichten Anzahl und Größe der dem Landesvorstand zuarbeitenden Gremien nicht mehr gewährleistet. Hier muß eine Straffung einsetzen. Der neu zu wählende Landesvorstand muß wieder zurückgreifen können auf zuarbeitende und umsetzende Arbeitsgruppen, die nur für ein bestimmtes Thema eingerichtet und nach erfolgtem Auftrag aufgelöst werden.

Die vor uns liegenden Anforderungen sind für die Partei und ihren Apparat eine große Herausforderung. In der Organisation kann und muß einiges verbessert werden. Auf die Problematik der Vorbereitung der Wahlkämpfe habe ich schon hingewiesen. Wahlkampfplanung und -vorbereitung wird zunehmend zu einer hohen Management-Anforderung. Wahlstrategische Überlegungen können immer weniger mit dem sogenannten „Finger-im-Wind“ oder der berühmten „Nase“ angestellt werden; die Planungsinstrumente werden immer differenzierter und der Anspruch an die Qualität der

Zuarbeit für die politisch Verantwortlichen in den Gremien immer höher. Hier liegt eine Hauptaufgabe für die Tätigkeit des Landesbüros. Dazu muß es aber auch personell und sachlich ausgestattet sein, das heißt konkret: Die inzwischen bewährte Konzeption, Arbeitsteilung und Zusammensetzung muß gesichert bleiben. Die politisch Verantwortlichen im Landesvorstand bedürfen auch – das muß einmal deutlich gesagt werden – professioneller Zuarbeit.

Im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften, die schon immer ein sehr unbefangenes Verhältnis zu ihrem Apparat hatten, die ihn pflegten, ausbauten und hochwertig besetzten, tut sich die Partei im Umgang mit ihren Hauptamtlichen noch immer schwer. Allzusehr wird Professionalisierung der Parteiarbeit als anrüchlich bezeichnet. Wer sie fordert, setzt sich häufig dem Verdacht aus, er wolle die demokratischen Gremienstrukturen durch die, wie man sagt „Machenschaften der Hauptamtlichen“ unterlaufen. Dabei ist genau das Gegenteil richtig für eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung. Nur ein hochqualifizierter, spezialisierter und auch gut ausgestatteter Parteiapparat ist in der Lage, durch zuarbeitende und auch nacharbeitende Tätigkeiten den politischen Willen der ehrenamtlich besetzten Gremien und Mandatsträger voll zur Geltung zu bringen. Die Konservativen haben, was den Ausbau der organisatorischen Kraft betrifft, uns zwischenzeitlich erreicht und teilweise sogar überholt.

Ich bin zuversichtlich, daß der neue Bundesgeschäftsführer unserer Partei, Peter Glotz, energisch daran mitwirken wird, dies zu ändern, und ich bin sicher, daß die vom Landesvorstand gefällten Personalentscheidungen die weitere Arbeit des Landesbüros sichern werden, damit die Aufgaben, den kommenden Anforderungen gerecht, bewältigt werden können.

Das hohe inhaltliche Niveau der Serviceleistungen muß beibehalten bleiben, denn das Serviceangebot an die Gliederungen der Partei in Form einer gut vorbereiteten inhaltlichen Zuarbeit hat sich bewährt. Der während des

Landtagswahlkampfes konzipierte innerparteiliche Informationsdienst soll beibehalten bleiben und schon jetzt wird das Landesbüro mit den Vorbereitungen der Landtagswahl 1985 beginnen müssen. Die wahlfreien Jahre bieten dazu eine Chance. Sie bieten eine Chance zur gründlichen Bestandsaufnahme der Parteiarbeit und zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Jahre 1983 bis 1985.

Bereits ab Ende 1983 wird die Partei wieder durch Wahlkämpfe gefordert sein. Den Einstieg und Auftakt bieten dabei die für Mitte 1984 geplanten Europawahlen. Danach geht es für uns schon sehr schnell in die Kommunalwahl und in die Bundestagswahl. Das, was wir also in den Jahren 1981 und 1982 gemeinsam mit den Bezirken zur Vorbereitung dieser Wahlkämpfe erarbeiten, wird dann auf dem Prüfstand stehen.

Inzwischen haben wir vier konkrete Projekte, die der Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes dienen, zum Teil schon in der Durchführung. Die Parteigliederungen werden einbezogen und gründlich beteiligt, das kann ich zusichern. Die Umsetzung und die Diskussion in der Partei sollen dann ab Herbst 1982 beginnen.

Genossinnen und Genossen, es ist klar, daß solche Projekte nachhaltige Unterstützung aller erfordern, wenn sie erfolgreich sein sollen. Deshalb bitte ich Euch schon jetzt nachdrücklich um Eure Unterstützung und um Eure Hilfe.

Damit möchte ich zum Schluß kommen und mich gleichzeitig von Euch aus der Funktion als hauptamtlicher Landesgeschäftsführer verabschieden. Ich möchte mich bei allen meinen Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro und in den Bezirken und Unterbezirken sehr herzlich bedanken für die konstruktive Mitarbeit, für die Zusammenarbeit und auch für das stets kollegiale Verhältnis. Meinem Nachfolger in diesem Amt wünsche ich für die zukünftige Arbeit alles Gute. Ich bin sicher, er hat die Voraussetzungen für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.“

# 5. b) Bericht der Kontrollkommission Karl Mirus

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bericht der Kontrollkommission gehört nicht gerade zu den mit Spannung erwarteten Höhepunkten eines Parteitages. Dennoch ist er mehr als satzungsgemäße Pflicht, mehr als ein unverbindliches Ritual. Er ist in diesem Fall das Ergebnis von zwölf Sitzungen der Kontrollkommission, bei denen sehr gründlich die Finanzabwicklung im Landesverband geprüft wurde.

Die Aufgaben der Kontrollkommission gehen über die Prüfung der Korrektheit abgewickelter Geldgeschäfte hinaus. Zu ihren Aufgaben zählt es, den buchhalterischen Soll-Ist-Vergleich zu beachten und mitzuwirken an realistischen Finanzplanungen. Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist dann eine politische, wenn sie auf der Basis der Beschlüßlage unserer Partei die Prioritäten eines sinnvollen Mitteleinsatzes ebenfalls mit beachtet und beurteilt.

Während des Berichtszeitraums war natürlich die finanzielle Abwicklung der Wahlkampfmaßnahmen Schwerpunkt. Dem Landesgeschäftsführer Rainer Maedge, der an nahezu allen Sitzungen der Kontrollkommission teilnahm, ist – wie den anderen Kollegen der Geschäftsführung des Landesbüros – vorbildliche Korrektheit, Sparsamkeit und im Sinne politischer Prioritätensetzung zielgerichtete Mittelverwendung zu bescheinigen.

Die buchhalterischen Arbeiten in Ver-

bindung mit der finanziellen Abwicklung, für die im Landesbüro Monika Müller verantwortlich ist, sind ebenfalls vorbildlich durchgeführt worden. Wir konnten die Buchhaltung immer lückenlos kontrollieren, die Kontenführung war korrekt und übersichtlich und die Jahresabschlüsse wurden termingerecht und einwandfrei vorgelegt. Ratschläge und Hinweise, die wir aus unserer Prüftätigkeit der finanziellen Unterlagen entwickelten, fanden im Landesbüro bereitwillige Beachtung.

Meine Kollegen und ich zählen es zu unseren Aufgaben, in beratendem und anregendem Sinne ein möglichst wirtschaftliches und effizientes Finanzgebaren des Landesverbandes zu sichern. Der wirtschaftliche Mitteleinsatz ist auch erklärter Wille des gesamten Landesvorstandes. Dies paßt in die Zeit, denn nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch auf allen Ebenen der Partei ist Sparsamkeit das Gebot der Stunde.

Besonders am Herzen liegt es uns aber, im Rahmen vorausschauender Planung schon jetzt eindringlich zu appellieren, für den nächsten Landtagswahlkampf die notwendigen Rücklagen zu schaffen und abzusichern.

Wie Rainer Maedge einleuchtend erklärte, wird auch bei einer geänderten Wahlkampfkonzeption der nächste Landtagswahlkampf mit Sicherheit nicht billiger zu haben sein als der jetzige. Der Landtagswahlkampf

1985 wird nach der Bundestagswahl stattfinden, und es ist realistisch, anzunehmen, daß wir dann – zumindest finanziell – auf unsere eigene Kraft bauen müssen.

Die Geschäftsführung des Landesverbandes hat dem Landesvorstand eine mittelfristige Finanzplanung bis zu dem Termin der nächsten Wahl vorgelegt. Wir von der Kontrollkommission sehen uns dieser Planung verpflichtet und werden an ihrer Einhaltung mitwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich zum Abschluß ausdrücklich bei meinen Kollegen der Kontrollkommission für die geleistete Arbeit und Zusammenarbeit bedanken. Da sind Rainer Verhoeven, Max Archimowitz, Hans Kalkbrenner und Wilfried Mittelberg, da ist aber auch Monika Müller, und da sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbüros, denen mein Dank gilt.

Wie Ihr meinem mündlichen und schriftlichen Bericht entnehmen werdet, ist der Antrag, den Landesvorstand und die Geschäftsführung zu entlasten, wohlbegründet. Die Kontrollkommission stellt also den Antrag, dem Landesvorstand und der Geschäftsführung die Entlastung zu erteilen.

Ich danke für Eure Geduld.“

**Dem Antrag der Landeskontrollkommission, Landesvorstand und Landesgeschäftsführung zu entlasten, wurde bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig stattgegeben.**

# 6. Aussprache

## **Die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. wurden diskutiert. Johannes Rau nahm dazu abschließend Stellung.**

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich für die Diskussionsbeiträge zum Bericht bedanken und möchte gleichzeitig um Verständnis dafür bitten, daß eine einstündige Rede nicht alle Akzente und nicht alle Bereiche vollständig und manche wichtigen Bereiche gar nicht ansprechen kann. Ich habe während der Rede Teile weggelassen, obwohl sie mir wichtig waren, weil mein Eindruck war, daß man der Partei auch dadurch einen Dienst tun kann, daß man seine Rede begrenzt und mehr Raum für Diskussionen schafft, auch wenn man dabei auf bestimmte wichtige Schwerpunkte verzichten muß.

Freilich glaube ich, daß ein paar Mißverständnisse ausgeräumt werden müssen, und mir ist wichtig, daß das auch vor den Wahlen, die wir heute hier haben, geschehen kann.

Ich möchte dem Parteitag sagen, daß mich die Vorwürfe, ich hätte durch öffentliche Erklärungen die Diskussion des Parteitages vorstrukturiert, nicht treffen. Wenn das zu rügen

ist, daß ein Landesvorsitzender vor dem Parteitag sagt: „Wir kommen zusammen, um dem Bundeskanzler den Rücken zu stärken, und wir kommen zusammen, um noch mehr Geschlossenheit zu zeigen als bisher...“, dann stimmt was nicht, denn das ist unser Auftrag und dazu sind wir alle gewählt. Ich jedenfalls verstehe meinen Auftrag so. Ich verstehe ich nicht so, daß ich an Formulierungen kleben müßte. Und wenn Heike Peters gestern die ganze Zeit dabeigewesen wäre bei der Diskussion im Landesvorstand, dann hätte sie die Chance gehabt, zu sehen, welche Veränderungsvorschläge ich selber eingebracht habe und zu wievielen Veränderungsvorschlägen ich Ja gesagt habe. Nur, wenn dann ein Satz eingebracht wird, der das Gegenteil dessen sagen will, was der Gesamtantrag sagt, dann sage ich: Nein, das ist nicht mehr veränderbar. Heike, so war die Situation im Landesvorstand, und deshalb sprechen wir hier darüber.

Ich bin der Auffassung, daß der Doppelbeschluß, der so viele Menschen im Lande ärgert, bewegt, stört und manche in Angst versetzt, daß dieser Doppelbeschluß, der kein Aufrüstungsbeschluß ist, sondern ein Doppelbeschluß, daß der die einzige Chance ist, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, und deshalb bin ich dafür. Ich bin dafür als jemand, der nicht nur Sympathien für die Friedensbewegung hat, sondern der eigene Freunde hat, die da mitmachen und für die das eine Gewissensentscheidung ist, da mitzumachen. Und damit das hier klar ist: Über die Rechte zur Wehrdienstverweigerung braucht man einen Mann wie Diether Posser oder auch mich nicht zu belehren. Und für Pazifismus und für Straffreiheit und die entsprechenden Gesetze haben wir uns eingesetzt, speziell auch Diether Posser und ich, da war das in der SPD

noch gar nicht üblich, sich dafür einzusetzen. Nur steht im Godesberger Programm das Ja zur Landesverteidigung und das Ziel der Abrüstung, und deshalb bin ich dagegen, daß wir irgendjemanden ausgrenzen. Das gilt für die Wehrdienstverweigerer wie auch für diejenigen, die ihren Wehrdienst leisten. Beide haben Anspruch auf Solidarität.

Noch einmal zu dem Vorwurf der Vorgaben. Vorgaben ja, aber keine Vorgaben in dem Sinne, daß ich sage: das darf beschlossen werden und das darf nicht beschlossen werden. Aber doch wohl so, daß der gewählte Landesvorsitzende sagen kann, die und die Linie kann ich mittragen und die kann ich vorschlagen. Aber ich muß auch sagen können: da kann ich nicht mehr mitgehen. Das werde ich tun, das werde ich auch bei den Anträgen tun und das werden andere kontrovers tun. Dazu sind wir hier zusammen. Da habe ich kein Mandat, dem anderen zu sagen, wie er stimmen soll. Aber ich habe doch das Recht, zu sagen, was ich für richtig halte. Das ist meine Pflicht. Ihr würdet doch sagen, der taucht ja weg, wenn der das nicht sagt.

Ich bin der Meinung, daß wir im nächsten Halbjahr vor schwierigsten Verhandlungen stehen, und man muß mal nur die Namen derer sagen, die da an einen Tisch kommen müssen, um zu wissen, was das heißt. Da muß man die Entwicklung der französischen Politik sehen. Schließlich haben wir dort drei Sonntage mit sozialistischen Siegen gehabt. Das hätte ich gern heute morgen auch noch gesagt, wie wir uns darüber freuen, daß das gelungen ist. Aber Mitterand hat nicht gesagt: jetzt aber weg mit dem Doppelbeschluß. Freunde, die außen- und verteidigungspolitische Linie von Mitterand sollen sich alle einmal angucken, damit wir wissen, was hier in Europa geschieht und was in Entwicklung ist.

## 6. Aussprache zu 4. und 5.

Und da kann ich nur sagen: Ich will, daß Helmut Schmidt gestärkt durch seine Partei in die Verhandlungen geht und auf Verhandlungen drängt. Und ich will auch, daß Willy Brandt am Mittwoch, wenn er in Moskau Gespräche führt, Gespräche, nicht Verhandlungen, daß er auch die Linie kennt, die seine und auch meine Linie ist und eine Linie, die ich nicht frei erfunden habe, sondern die auf dem Parteitag in Berlin 85 Prozent der Delegierten hinter sich gebracht hat nach mehreren schwierigen, bis in die Nächte gehenden Gesprächen. Deshalb lasse ich über Modalitäten mit mir reden, einige sprechen ja noch miteinander. Aber ich sage: Wir müssen Kurs halten, und ich sage: Ich weiß, wie schwer das ist, und deshalb habe ich einen so langen Abschnitt über Friedenspolitik in meiner Rede gehabt, damit nicht der Eindruck entsteht, den auch manche Redner hier entwickelt haben, als sei draußen die Friedensbewegung und hier die Vorbereitung zur Wiederaufrüstung. Freunde, das ist nicht die Lage. Einige haben gesagt, wo sie enttäuscht sind, wo sie verbittert sind, einige sogar wütend. Nur, Freunde, bevor Ihr über etwas wütend seid, oder bevor Ihr Euch in die Resignation treiben laßt, macht das, was ich gelegentlich den Pastoren auch empfehle: Die Texte lesen, bevor man die Predigt schreibt. Dann werdet Ihr nämlich feststellen, wir haben einen Gesamtschul-Gesetzentwurf, – um es einmal an diesem Beispiel zu zeigen –, der ist nicht nur von der Landtagsfraktion einstimmig gebilligt, das heißt auch mit meiner Stimme, auch mit der der AfB-Bundes- und -Landesvorsitzenden, sondern der stimmt auch mit dem überein, was wir im Wahlprogramm und in der Regierungserklärung gesagt haben. Reine Lehre ist noch was anderes, reine Lehre wollte ich nicht. Ich wollte mehr Gesamtschulen. Aber jetzt ist die CDU in der Frage, wo sie denn hin will und nicht wir, denn wir haben eine klare Position, und wir haben das richtige Gesetz, und das soll man dann auch mal sagen, daß wir das haben. Und dann wollen wir das auf den Weg bringen. Dann

wollen wir der Gesamtschule endlich einmal die Chance geben, die die bürgerlichen Parteien dieser Schulform seit Jahrzehnten verweigert. Nicht ein Naturschutzpark für Gesamtschulen, nicht Privilegien für Gesamtschulen, sondern fachgerechte, angemessene, den pädagogischen Zielen der Gesamtschule entsprechende Bedingungen. Das ist gemeint.

Und dann füge ich hinzu, was ich im Landtagswahlkampf gesagt habe. Ich habe im Landtagswahlkampf in über 200 Versammlungen gesagt: Was auf den Schildern steht, das Gymnasium muß bleiben, das finde ich gut, das muß nur ergänzt werden. Es muß heißen: Das Gymnasium muß bleiben und die Gesamtschule muß kommen. Diese Linie halte ich für richtig. Ich halte es für ganz falsch, den öffentlichen Eindruck zu erwecken, Sozialdemokraten wären Leute, die genau in dem Augenblick das Gymnasium abschaffen, wo Arbeiterkinder die Chance haben, auf das Gymnasium zu gehen oder auf die Gesamtschule, je nachdem, wie sie es wollen. Das wollen wir erreichen.

Ich gebe Maria Jammes zu, daß das Thema Frauen, das sie angesprochen hat, von mir zu wenig, das heißt gar nicht, behandelt worden ist. Frage der Mitarbeit der Frauen. Aber Maria Jammes sollte dann zugeben, daß es eine Fülle von Aktivitäten gibt, auch Aktivitäten von mir bis hin zu der Ankündigung des Frauenberichts in der vorletzten Plenarsitzung des Landtags, in dem ich versuche, diese Dinge voranzutreiben. Nur wenn Du dann den „Delegiertenkörper“, so nennt man das ja wohl – ich meine jetzt nicht die einzelnen Delegierten, siehst und daraus Deine Schlüsse ziehst, Maria: Die Delegierten habe ich nicht ausgesucht, sondern das ist eine Situation, die muß sich im Unterbezirk und im Ortsverein ändern und darüber habe ich nun wirklich in Hunderten von Versammlungen und Gesprächen geredet, und ich habe den Eindruck, daß ich da meinen Beitrag geleistet habe. Nicht nur, indem mein Wahlkreis so neu zugeschnitten ist,

daß jetzt Ursula Kraus aus Wuppertal mit im Landtag und hier im Präsidium ist, worüber ich mich freue, sondern auch in den vielen Bezirken und Unterbezirken, in denen ich zu dem Thema gesprochen habe. Ich gebe zu, wir haben da Defizite. Ich gebe zu, wir müssen noch nacharbeiten, und deshalb habe ich die Mahnung von Dir als Erinnerung verstanden. Ich gestehe, daß ich nicht weiß, warum wir im Bericht nicht das offenbar Beschlossene, nämlich einen speziellen Bericht über Frauen in den Mandaten auf den Ebenen der Partei, haben. Es kann sein, daß das ein Versäumnis ist. Laßt mich Euch nochmals sagen, was ich in einem Pressegespräch gesagt habe, und ich habe den Landesvorstandsmitgliedern die Texte geschickt: Ich bin dagegen, daß alle Äußerungen zum Doppelbeschluß auf die Frage hin geprüft werden, wie Kanzlermah und wie Kanzlerfern sie sind. Ich bin dagegen. Nur, wer glaubt, der emanzipatorische Charakter eines Parteitages würde durch Widerspruch zur Linie des Kanzlers deutlich, der hat nach meiner Meinung ein falsches Bild von Emanzipation. Wir müssen da auf Nebenmann denken.

Und jetzt laßt mich ein persönliches Wort zum Abschluß sagen. Ich hoffe, das andere war deutlich genug, aber auch das persönliche Wort will ich deutlich sagen. Ich habe hier nicht zu begrüßen und es sind auch hier viele besonders begrüßt worden. Aber ich möchte noch jemanden zusätzlich begrüßen, weil er mir lieb und wert ist und weil die ganze Partei zu danken hat. Ich meine die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Anke Brunn, die wir nach Berlin gegeben haben. Da man bei mir immer sagt, das seien alles Bibelworte, will ich Euch sagen, was mir eben einfiel – es ist gar kein Bibelwort, sondern es ist von einem Siegerländer. Heinrich Jung-Spilling hat einmal gesagt: „Selig sind die, die da Heimweh haben, denn sie werden nach Hause kommen.“ Man kann das sehen, wie man will. Jedenfalls: Dein Zuhause ist auch immer hier bei uns, und wir freuen uns, daß Du da bist.“

# 7. Bericht der Mandatsprüfungskommission

## Karl Mirus erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

„Der Delegiertenschlüssel wurde am 4. Februar 1981 den Bezirken auf der Bemessungsgrundlage der abgerechneten Beitragsquartale IV/79 sowie I, II und III/80 wie folgt mitgeteilt:

Westliches Westfalen	147
davon anwesend	147
mit Mitgliedsbuch	139
ohne Mitgliedsbuch	8
Ostwestfalen-Lippe	30
davon anwesend	30
mit Mitgliedsbuch	30
Mittelrhein	52
davon anwesend	52
mit Mitgliedsbuch	50
ohne Mitgliedsbuch	2
Niederrhein	71
davon anwesend	71
mit Mitgliedsbuch	70
ohne Mitgliedsbuch	1
Landesvorstand	18
davon anwesend	18
mit Mitgliedsbuch	17
ohne Mitgliedsbuch	1

Von den insgesamt 318 Stimmberechtigten sind somit 12 ohne Mitgliedsbuch erschienen. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, den Landesparteitag zu befragen, ob die ohne Mitgliedsbuch Erschienenen stimmberechtigt sein sollen.“

Der Landesparteitag stimmte dem Antrag auf Stimmberechtigung der anwesenden 318 Delegierten und Mit-

gliedern des Landesvorstandes zu. Ergänzend teilte Karl Mirus auf Anfrage des Landesparteitages den Anteil der weiblichen Stimmberechtigten mit:

Westliches Westfalen	25
Ostwestfalen-Lippe	6
Mittelrhein	2
Niederrhein	14
gesamt:	47 (16%).



Delegierte des Bezirks Mittelrhein.

# 8. Behandlung der Anträge

## Antragsspiegel Antragsgruppe A – Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Energiepolitik

<u>A/1</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzungen aus dem Landesparteitag.
<del>A/2</del>	Erledigt durch Annahme des Antrages A/7.
<u>A/3</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<del>A/4</del>	Erledigt durch Annahme des Antrages A/1.
<u>A/5</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<del>A/6</del>	Zusammengefaßt mit Antrag A/7 und erledigt durch Annahme des Antrages A/7.
<u>A/7</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzung aus dem Landesparteitag.
<del>A/8</del>	Ziff. 1, 2., 4., 5., 6. und 7. erledigt durch Annahme des Antrages A/7. Ziff. 3. Überweisung als Material an den SPD-Landesvorstand NRW. Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW (Org.).
<u>A/9</u> //	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion (Org.).
<u>A/10</u> //	Durch Nachfolgeprogramm erledigt.
<del>A/11</del>	Annahme (Org.).
<u>A/12</u>	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion (Org.).
<u>A/13</u> //	Annahme mit der Neufassung der Ziff. 4 durch den Landesparteitag. Ziff. 3 Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion.
<u>Initiativ-Antrag 9</u>	

Der Landesparteitag folgte auch entsprechend der angenommenen Geschäftsordnung dem Vorschlag des Präsidiums, § 9 der neuen Landessatzung (Antrag H/1) mit sofortiger Wirkung vor Eintritt in die Wahlen in Kraft zu setzen.

Die Beschlußfassung des Parteitages, die Anträge 1 bis 4 der Antragsgruppe C, die Anträge 11 bis 23 der Antragsgruppe E, die Anträge 1 bis 5 der Antragsgruppe F, die Anträge 1 bis 3 der Antragsgruppe G, den Antrag 2 der Antragsgruppe H und

die Anträge 1 bis 12 der Antragsgruppe J zur Sachbefassung an den Landesausschuß zu überweisen, erfolgte auf Vorschlag des Präsidiums.

## 8. Behandlung der Anträge

### Antragsspiegel Antragsgruppe B –

#### Wohnungs- und Städtebaupolitik

<del>B/1</del>	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzungen aus dem Landesparteitag. Vom Antragsteller zurückgezogen.
<del>B/2</del>	
<del>B/3</del>	Annahme als Material zu Antrag B/1 in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzungen aus dem Landesparteitag.
<del>B/4</del>	Annahme als Material zu Antrag B/1 in der Fassung der Antragskommission.
<del>B/5</del>	Annahme als Material zu Antrag B/1.
<del>B/6</del>	Annahme als Material zu Antrag B/1 in der Fassung der Antragskommission. Ziff. 4 Ablehnung.
<del>B/7</del>	Ablehnung.
<del>B/8</del>	Ablehnung.
<del>B/9</del>	Ablehnung.
<u>Initiativ-Antrag 1</u>	Annahme.
<u>Initiativ-Antrag 5</u>	Annahme mit Ergänzung aus dem Landesparteitag.

~~D/9~~

~~D/10~~

~~D/11~~

D/12

Erledigt durch Annahme des Antrages D/1.

### Antragsspiegel Antragsgruppe E – Bildungspolitik

<u>I/2</u>	Annahme.
<del>E/1 bis E/10</del>	Erledigt durch Annahme Antrag I/2.
E/11 bis E/23	Überweisung zur Sachbefassung an den SPD-Landesausschuß.

### Antragsspiegel Antragsgruppen F, G, H (mit Ausnahme H/1) und J

Überweisung zur Sachbefassung an den SPD-Landesausschuß.

H/1 Annahme (einstimmig).

### Antragsspiegel Antragsgruppe C –

#### Gesellschafts- und Sozialpolitik

C/1 bis C/4 Überweisung zur Sachbefassung an den SPD-Landesausschuß.

### Antragsspiegel Antragsgruppe D –

#### Friedens- und Sicherheitspolitik

D/1 in der geänderten Fassung	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<del>D/2</del>	Erledigt durch Annahme des Antrages D/1.
<del>D/3</del>	Teilweise Übernahme in Antrag D/1.
<u>D/4</u>	Annahme.
<del>D/5</del>	Ablehnung.
<del>D/6</del>	Erledigt durch Annahme des Antrages D/4.
<del>D/7</del>	Ablehnung.
<del>D/8</del>	Ablehnung.

Anmerkung: Über die Beschlußfassung des Landesausschusses über die ihn überwiesenen Anträge wird das Protokoll über den 6. Ordentlichen Landesparteitag im Informationsdienst des SPD-Landesvorstandes ergänzt.

## Wortlaut der beschlossenen Anträge

Antragsgruppe A –

Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Energiepolitik

Antrag-Nr.: A/1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betreff: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

### 1. Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Es gehört zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Arbeit für alle, das bleibt die erste und wichtigste politische Aufgabe. Deshalb hat die SPD in Nordrhein-Westfalen in ihrem Landtagswahlprogramm festgestellt: „Es ist Aufgabe des Staates, durch Vollbeschäftigungspolitik Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dies gilt auch bei den neuen Herausforderungen der Technik. Die CDU will sich dieser Verantwortung entziehen.“

Die SPD in Nordrhein-Westfalen bekräftigt die Grundsätze für sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik, die sie 1977 beschlossen und 1979 bestätigt hat:

- Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Beseitigung von Wachstumshemmnissen und Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.
- Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der beruflichen Qualifikation.

Die SPD Nordrhein-Westfalen hat bereits 1977 zu den Ursachen der tiefgreifenden Beschäftigungsschwierigkeiten Stellung genommen. Im Beschluß des Landesparteitages von 1977 heißt es: „Die Analyse der Wirtschaftsentwicklung macht deutlich, daß die Beschäftigungsschwierigkeiten nicht vorrangig auf konjunkturelle Ursachen, sondern auf eine mittel- bis längerfristige Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zurückzuführen sind.“

### 2. Ursachen der

#### Wachstumsverlangsamung

Die SPD NRW hat in ihrem Parteitagebeschuß zur Arbeitsmarktpolitik 1977 festgestellt:

„Ursachen für die tiefgreifenden Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Verlangsamung des Wachstums in allen Industriestaaten sind Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Bedarfsättigungen, Restriktionen aufgrund ungelöster Umweltprobleme, Restriktionen aufgrund von Infrastruktur-Engpässen, mangelhafte Umsetzung von Bedürfnissen in kaufkräftige Nachfrage, insbesondere im Dienstleistungsbereich und bei sozialen Diensten.“

Die Verlangsamung des Wachstums der kaufkräftigen Nachfrage steht in einem Mißverhältnis zur unvermindert schnellen Entwicklung des arbeitssparenden technischen

Fortschritts (Arbeitsproduktivität) und zu dem in den nächsten Jahren steigenden Angebot an einheimischen Arbeitskräften (geburtstarke Jahrgänge, zunehmende Tendenz zur Berufstätigkeit der Frau). Wenn die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Arbeitszeit nicht gesteuert wird, dann ist eine weitere Erhöhung der Arbeitslosenquote unvermeidlich.“

Diese Analyse ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre im wesentlichen bestätigt worden; ihre Elemente dürften auch die 80er Jahre bestimmen. Deutlich erkennbar ist, daß

- die Verteuerung der Energie- und Rohölpreise und der Preise anderer Rohstoffe die spürbarste Folge weltwirtschaftlicher Veränderung ist,
- Defizite des Wohnens und der Stadtstrukturen insbesondere in Ballungsgebieten entscheidende Engpässe der Infrastrukturausstattung darstellen,
- nur eine begrenzte Zunahme von Arbeitsplätzen im tertiären Bereich zu erwarten ist und
- neue technologische Entwicklungen, z. B. in der Mikroelektronik, einerseits unverzichtbar sind, andererseits jedoch Arbeitsplätze gefährden können.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland vor allem infolge der gestiegenen Ölrechnung und anderer starker Einfuhrverteuerungen ein hohes Leistungsbilanzdefizit verzeichnet und dieses abbauen muß und sich dabei zusätzlich den Auswirkungen einer auf Inflationsbekämpfung ausgerichteten Hochzinspolitik anderer Industrieländer nicht entziehen kann. Das gegenwärtige Leistungsbilanzdefizit und die Hochzinspolitik in anderen Industrieländern haben bewirkt, daß die DM nicht nur gegenüber dem Dollar in den letzten Monaten beträchtlich an Wert verloren hat. Dies hat die Einfuhren zwar verteuert und unsere Bemühungen um mehr Preisstabilität erschwert, zugleich aber die Exportsituation und die Position inländischer Produkte gegenüber Importen verbessert.

Das ungewöhnlich hohe Zinsniveau im Inland belastet Investitionen, behindert das Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde ist eine Zinssenkung anzustreben. Die damit verbundenen außenwirtschaftlichen Gefahren, die zu einer Abwertungsspirale führen könnten, sind durch Kapitalverkehrskontrollen abzuwehren.

Die Bundesrepublik, und hier insbesondere Nordrhein-Westfalen als industrielles Kernland, ist darüber hinaus von speziellen strukturellen Auswirkungen der globalen Wachstumsverlangsamung betroffen. Es gilt deshalb, die Strukturen der Wirtschaft vor allem den weltwirtschaftlichen Veränderungen anzupassen, sie zu modernisieren und neue Wachstumsfelder zu erschließen.

Grundlage für eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage bleibt eine beschäftigungsorientierte Politik des qualitativen Wachstums, auf die Wirtschafts-, Konjunktur-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik hinzuwirken haben.

### 3. Bisherige Maßnahmen

Diesen Grundsätzen und Erkenntnissen ist sozialdemokratische Politik im Bund und vor allem in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Möglichen gefolgt. Zu erwähnen sind insbesondere:

- das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes mit einem Auftragsvolumen von rd. 20 Mrd. DM von 1977 bis 1981
- die Beschäftigungsprogramme des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung
- Wirtschaftsförderungsprogramme zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, z.B. Technologieförderung, Mittelstandsförderung, regionale Wirtschaftsförderung
- die von den Gewerkschaften ausgehandelten Arbeitszeitverkürzungen und andere arbeitszeitverkürzende Maßnahmen, z.B. Herabsetzung von Altersgrenzen und verbesserte Möglichkeiten der Teilzeitarbeit.

Besonders konsequent ist Nordrhein-Westfalen der hier dargelegten beschäftigungspolitischen Linie gefolgt. Das „Ruhrprogramm“, das für die Jahre 1980 bis 1985 ein Investitionsvolumen von 6,9 Mrd. DM vorsieht, folgt der Erkenntnis, daß Engpässe im Umweltbereich und in der Infrastruktur beseitigt werden müssen, um Wachstumsvoraussetzungen in alten Industrieregionen zu schaffen. Nordrhein-Westfalen fördert den Städte- und Wohnungsbau stärker als alle anderen Bundesländer zusammen.

Folge dieser beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein Anstieg der Nettokreditaufnahme beim Bund und bei den Ländern. Dieser Anstieg ist in Nordrhein-Westfalen besonders hoch. Er ist bewußt hingenommen worden, um in Nordrhein-Westfalen keine stärkeren Beschäftigungseinbrüche zuzulassen.

Dieser Anstieg der Nettokreditaufnahme wurde durch den bis 1978 zu verzeichnenden Leistungsbilanzüberschuß erleichtert. Aber auch für die 80er Jahre muß weiterhin mit einem großen Bedarf an Staatsausgaben zur Lösung der Beschäftigungsprobleme gerechnet werden. Die negative Leistungsbilanzentwicklung darf den Vorrang dieser wichtigen Aufgabe nicht beeinträchtigen.

### 4. Wirtschafts- und Finanzpolitik Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Beseitigung von Wachstumshemmnissen

Zur Förderung eines qualitativen Wachstums ist es unumgänglich, die öffentlichen Haushalte in Zukunft noch mehr als bisher zugunsten von Zukunftsinvestitionen und investitionsfördernden Maßnahmen umzustrukturieren.

Dabei sind sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene und verteilungspolitisch gerechte Anhebung und auch eine Überprüfung von Transferzahlungen/Subventionen geeignete Ansatzpunkte.

Den Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung muß international abgestimmt mit einer Stärkung

der Kaufkraft der Entwicklungsländer und mit Produktionsumstellungen in den Industrieländern begegnet werden. Dauerhafte Importrestriktionen gegenüber Entwicklungsländern sind abzulehnen. Die Produktionsumstellungen erfordern in der Bundesrepublik insbesondere eine Förderung neuer Technologien und für Nordrhein-Westfalen die Forcierung des Technologie-Programms Wirtschaft. Orientierungshilfen liefern dabei u.a. sektorale Strukturanalysen, wie sie die Strukturberichterstattung von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten für die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Die Analysen sind auszubauen.

Wachstumshemmnisse aufgrund ungelöster Umweltprobleme müssen durch gezielte private und öffentliche Umweltschutzinvestitionen abgebaut werden. Durch die Herabsetzung von Umweltbelastungen durch bestehende Betriebe kann in den Ballungszentren die Möglichkeit zu neuen Industrieansiedlungen erweitert werden.

Überdies stellen Umweltschutzinvestitionen selbst einen Beitrag zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar. Angesichts der Schärfe des Arbeitsmarktproblems kommt es darauf an, den notwendigen Anpassungsprozeß durch staatliche Hilfen zu unterstützen. Dabei sind solche Maßnahmen besonders wirksam, die der unmittelbaren Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, die uns unabhängig von einzuführenden Rohstoffen, insbesondere von der Öleinfuhr, machen und/oder unsere Volkswirtschaft mit dem Ziel einer besseren internationalen Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auf diese Weise kann auch das Leistungsbilanzdefizit wirksam verringert werden. Neben den bereits eingesetzten Instrumenten der Wirtschaftsförderung ist es erforderlich, daß der Staat für Zukunftsprojekte initiativ wird.

Ansätze dazu gibt es in den Bereichen

- Umweltqualität
- Lebensqualität der Städte
- neue Technologien bei Energie und Rohstoffen.

Im Rahmen dieser auf Vollbeschäftigung gerichteten Strukturpolitik werden konkrete Programme etwa zum Ausbau der Fernwärme, aber auch des Wohnungsbaus notwendig sein. In diesem Zusammenhang wird auch das 6,3-Mrd.-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau begrüßt.

Besonders geeignet scheinen der SPD in Nordrhein-Westfalen Maßnahmen, die die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen hat und die teilweise von der Bundesregierung übernommen worden sind. Die SPD in NRW fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, bei den parlamentarischen Beratungen an ihrer Linie gegenüber dem Koalitionspartner festzuhalten, bei der

- Beschleunigung des Ausbaues von Fernwärmenetzen, Förderung ölsubstituierender industrieller Anlagen, Bau von Blockheizkraftwerken
- Fortsetzung des Energie-Sparprogramms. In Zukunft sollen besonders Maßnahmen, die erhebliche Mengen

Wichtige inhaltliche Korrektur  
zum Protokoll des 6. Ordentlichen Landesparteitages der SPD in NRW  
am 27. Juni 1981 in Köln

---

Der vorletzte Satz der ersten Spalte auf Seite 30 muss lauten:

"Dabei sind sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene und verteilungspolitisch gerechte Anhebung der Steuerquote und auch eine Überprüfung von Transferzahlungen/Subventionen geeignete Ansatzpunkte".

(Bitte Unterstreichung beachten.)

## 8. Behandlung der Anträge

an Energie einsparen, gefördert werden, z. B. Wärmepumpen oder Solartechnik

- Förderung von je 30.000 Wohneinheiten für zwei Jahre im sozialen Wohnungsbau.
- Zur Modernisierung unserer Wirtschaft und zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit sind der Ausbau bedarfsorientierter elektronischer Kommunikationssysteme, Anwendung neuer umweltschonender Produktionsverfahren und Arbeitsbedingungen, Umsetzung energiesparender Systeme, Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs dringend erforderlich. Daneben soll kleinen und mittleren Unternehmen durch Investitionszuschüsse die Einführung neuer Technologien erleichtert werden.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen wird insbesondere zu beachten sein, daß sie nicht durch bürokratische Übersteuerung verzögert werden.

In diesem Zusammenhang ist es für die öffentliche Hand ein verstärkt zu verfolgendes Ziel, ihre Investitionstätigkeit zu verstetigen.

Ergänzt werden muß diese Politik durch die begleitende Entwicklung eines umfassenden Programms zur Kontrolle und Abfederung der Folgen des technischen Fortschritts auf dem Arbeitsmarkt und auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes.

Die Einführung neuer Technologien muß darüber hinaus als gesellschaftspolitisches Problem gewichtet und gegebenenfalls kontrolliert werden.

Der Auftrag zur Anpassung an die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und zur Abfederung des technischen Fortschritts richtet sich vor allem auch an die Unternehmen in ihrer gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung.

### 5. Arbeitsmarktpolitik

#### Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der beruflichen Qualifikation

Die dauerhafte Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit macht Arbeitszeitverkürzungen weiterhin erforderlich. Hierzu sind Maßnahmen, wie die weitere schrittweise Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, die Novellierung des Bundesurlaubsgesetzes, die Einführung des Bildungsurlaubs für alle Arbeitnehmer und die Änderung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel des Verbotes übermäßiger Mehrarbeit geeignete Mittel. Die Erreichung der 35-Stunden-Woche bleibt ein wichtiges beschäftigungspolitisches Ziel der SPD Nordrhein-Westfalens. Dafür sind neue Versuche und Modelle zu entwickeln. Schwarzarbeit und illegale Leiharbeit müssen wirkungsvoller bekämpft werden.

Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen muß ausgebaut werden. Dabei muß gesichert sein, daß nicht ein Vollzeit Arbeitsplatz durch verschärften Leistungsdruck in einen Teilzeitarbeitsplatz umgewandelt wird.

Es gibt weiterhin einen Bedarf an Arbeitsplätzen im sozialen Dienst. Darauf ist vor allem zu achten, wenn Personal umgesetzt wird.

Die SPD Nordrhein-Westfalen hält zur vollen Nutzung des volkswirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive für erforderlich. Qualifizierung, Umschulung, Weiterbildung heißt die Devise. Facharbeiterengpässe müssen vermieden werden. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte zusätzliche Mittel bereitstellen, um 30.000 zusätzliche Teilnehmer an Qualifizierungskursen zu fördern.

Die Programme zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und für befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten aufgestockt werden.

Besondere Anstrengungen werden, gerade angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, für die berufliche Eingliederung jüngerer Arbeitnehmer notwendig sein:

- Die Programme der Landesregierung zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit müssen fortgesetzt werden. Dabei sollte auch die Altersgrenze vereinheitlicht werden. Die Programme sollten auch auf ehemalige Drogenabhängige und entlassene Strafgefangene ausgeweitet werden.
- Die Landesverwaltung muß ihr Angebot an Ausbildungsplätzen trotz der finanziellen Restriktionen erhöhen.
- Die privaten und öffentlichen Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, freie Ausbildungsplätze zu melden.
- Bildungsmaßnahmen zur Qualifizierung junger Menschen lösen das Beschäftigungsproblem allein nicht. Worauf es ankommt, ist die berufliche Eingliederung Ausgebildeter. Hier dürfen die privaten und öffentlichen Arbeitgeber nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden.
- Diese Eingliederung muß durch Verstärkung des Fortbildungsangebotes nach dem Ende der Ausbildung erleichtert werden.

Die SPD Nordrhein-Westfalen hält Maßnahmen zur Sicherung älterer Arbeitnehmer für erforderlich:

- der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer muß verstärkt werden
- der Übergang auf die Altersruhe sollte langsam vorbereitet werden. Deshalb müssen ältere Arbeitnehmer von einem bestimmten Zeitpunkt an von der Voll- auf Teilzeitarbeit übergehen können. Hierzu sind entsprechende Tarifabkommen und sozialrechtliche Regelungen zur Vermeidung von Nachteilen bei der Altersversorgung notwendig.

Frauen und Mädchen werden am Arbeitsmarkt zum Teil immer noch benachteiligt:

- Die erfolgreich laufenden Modellversuche und Programme zur Integrierung von Frauen in die Arbeitswelt sollen fortgesetzt werden.
- Es ist ein Programm zu entwickeln, das Frauen, die aus verschiedensten Gründen vorübergehend aus dem Berufsleben ausscheiden mußten, die berufliche Wiedereingliederung ermöglicht.

Darüber hinaus sind weitere Initiativen notwendig:

- Nach Nichtigkeitserklärung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht muß eine Regelung gefunden werden, die eine wirksame Ausbildungsplatzförderung unter Einschluß der regionalen Wirtschaft ermöglicht und ein ausreichendes Angebot bedarfsgerechter Ausbildungsplätze sichert.

Die Berufsforschung muß verstärkt werden, damit besonders unter dem Aspekt der neuen Technologien die Ausbildung der Jugendlichen so gestaltet wird, daß sie den geänderten Qualifikationsanforderungen entspricht.

Antrag-Nr.: A/3

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betreff: Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen

Die zukünftige Entwicklung heimischer Energiequellen – insbesondere der deutschen Steinkohle – muß Vorrang haben. Kohle ist die wichtigste nationale Energiereserve. Deshalb bleiben Bundesregierung und Landesregierungen aufgefordert, kontinuierlich die dazu erforderlichen Zielsetzungen für die Entwicklung und Nutzung der heimischen Energieträger auszuarbeiten.

Sozialdemokratische Energiepolitik hat stets eine umweltverträgliche Energieversorgung gefordert. Deshalb unterstützt der Landesparteitag die Absichten und Maßnahmen der Landesregierung zur Kraftwerksanierung und zur Luftreinhaltung.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zeichnen sich für eine Fortsetzung dieser Politik als Schwerpunkte für Partei, Landesregierung und Landtagsfraktion ab:

### 1. Energiesparen

Ein sparsamer Umgang mit Energie muß im Mittelpunkt aller Anstrengungen der Energiepolitik stehen. Rationellerer Einsatz und bessere Ausnutzung von Primär- bis Endenergie sind unverzichtbare Beiträge zur Ölsubstitution wie zur verantwortungsbewußten Verwendung anderer endlicher Energieträger.

Zentraler Ansatzpunkt ist dabei eine bessere Ausnutzung der Energieträger vor allem bei der Erzeugung von Strom und Wärme. Auch beim Verbrauch von Energie in Industrie und Gewerbe, in öffentlichen Gebäuden, im Haushalt und im Verkehr können energiesparende Maßnahmen zu einer erwünschten Verminderung der Endenergienachfrage führen.

Die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestages hat zur Einsparung von Primärenergie einen Katalog von 62 Vorschlägen vorgelegt. Die Landesregierung hat, soweit dies in ihrer Zuständigkeit liegt, diese Anregungen bereits aufgegriffen. Parlamente und Regierungen von Bund und Ländern bleiben aufgefordert, diese Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen und entsprechende weitere Initiativen zu ergreifen.

Die Vorschläge der Enquete-Kommission sind nicht nur an Bund und Länder, sondern auch an Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen, an Industrie und Gewerbe

sowie an die Verbraucher gerichtet. So ist letztlich jedermann angesprochen, Beiträge zur Energieeinsparung zu leisten. Dabei müssen vor allem folgende Ziele erreicht werden:

- verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Koppelung auf der Basis von Steinkohle, Müll und Biogas
- vorrangiger Ausbau der Fernwärme in Ballungsgebieten im Rahmen integrierter Versorgungskonzepte und im Sinne einer optimalen Energieversorgung
- Nutzung der Sonnenenergie und Umweltwärme durch Einsatz von Wärmepumpen vorzugsweise in ländlichen Gebieten und beim Aufbau kleinerer Inselnetze zur Nahwärmeversorgung
- Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen in der Industrie
- Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs von Geräten in Haushalt und Industrie
- Rationeller Einsatz von Energie im Verkehr u.a. durch
  - weitere Förderung des Ausbaus der Nahverkehrssysteme
  - Reduzierung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs durch konstruktive Maßnahmen und verbrauchsanzweigende Geräte
- Verminderung der Raumwärmeverluste durch Maßnahmen zur Gebäudedämmung
- Aufbau eines Energieinformationssystems zur Beratung bei der optimalen Anwendung der verschiedenen Energieformen durch Hersteller, Handwerker und Anwender.

Der Parteitag begrüßt die Ankündigungen der Landesregierung, im Herbst dieses Jahres ein Energiesparprogramm vorzulegen.

Landesvorstand und Landtagsfraktion werden aufgefordert, Vorbereitung und Durchführung dieses Energiesparprogramms zu unterstützen.

### 2. Weg vom Öl

Auch wenn der Energiebedarf in den hochindustrialisierten Ländern langsamer zunimmt oder stagniert, ist weltweit mit einem steigenden Energiebedarf zu rechnen. Die Entwicklungsländer werden im Maße der Verbesserung ihrer Wirtschafts- und Lebensverhältnisse den Weltenergiemarkt stetig stärker in Anspruch nehmen müssen und dabei gerade auch auf das Öl als Energiequelle angewiesen sein. Angesichts der letztlich begrenzten Ölvorräte läßt ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt künftig weitere erhebliche Preissteigerungen für das Gut Mineralöl befürchten.

Aufgrund der Ölabhängigkeit der Bundesrepublik bedeutet dies zum einen, daß steigende Anteile des Bruttosozialproduktes an die ölproduzierenden Länder abgegeben werden müssen bzw. daß Einkommen und Devisenbilanz zunehmend belastet werden. Zum anderen werden damit die Notwendigkeiten von Geld- und Realtransfers zugunsten devisen- und einkommensschwacher Entwicklungsländer verschärft.

Aufgabe der Energiepolitik ist es, diese Belastungen, die durch politische Unwägbarkeiten zusätzlich kompliziert werden, abzubauen. Dieses Ziel kann nur durch verstärkte Bestrebungen zur Verringerung der Abhängigkeit vom Öl erreicht werden. Dazu sind weitsichtige Entscheidungen und Investitionen erforderlich, die zu einem situationsbezogenen und problemgerechten Ausbau der Energieerzeugung und ihrer optimalen Nutzung beitragen. Die Maßnahmen zur Sicherung einer ölunabhängigen Energieversorgung lassen sich nur mit einem erheblichen Einsatz von Investitionsmitteln und Arbeitskräften realisieren. Deshalb bietet eine Politik, die „weg vom Öl“ strebt, die Chance, die beiden derzeit wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele: Erlangung der Vollbeschäftigung und Sicherung der Energieversorgung miteinander zu verbinden.

### 3. Weiterentwicklung der Kohle-Vorrang-Politik

Die Veränderungen des Weltenergiemarktes haben die Notwendigkeit der Kohle-Vorrang-Politik bestätigt.

Die jahrelangen Bemühungen der SPD Nordrhein-Westfalen, der Landesregierung und der Landtagsfraktion haben dazu geführt, daß im Verstromungsbereich der Absatz von bis zu 47,5 Mio t/a heimischer Steinkohle bis 1995 gesichert ist. Dies konnte durch die Vereinbarung zwischen dem Steinkohlenbergbau und der Elektrizitätswirtschaft sowie durch die Änderung des zweiten und dritten Verstromungsgesetzes erreicht werden. Der Landesparteitag erkennt die Bemühungen der Elektrizitätswirtschaft zur Sicherung des Steinkohleabsatzes an.

Die zur Realisierung des Verstromungsvertrages erforderlichen Kohlekraftwerke müssen jetzt gebaut werden. Das Land hat dazu mit dem Landesentwicklungsplan VI Standortangebote gesichert; die Landesregierung hat die Genehmigungsverfahren soweit wie möglich beschleunigt und wird das auch in Zukunft tun. Zur Zeit befinden sich in Nordrhein-Westfalen Steinkohlekraftwerke mit einer Kapazität von 2.500 MW im Bau (Bergkamen A, Werne-Stockum K, Werdohl-Elverlingsen und Voerde A).

Für vier weitere Kraftwerke mit 3.600 MW (Bergkamen B, Ibbenbüren, Dorsten, Voerde B) liegen alle erforderlichen Genehmigungen vor; die Versorgungswirtschaft wird aufgefordert, mit den Baumaßnahmen sofort zu beginnen.

Für zwei weitere Kraftwerke mit 2.250 MW (Aldenhoven-Siersdorf, Castrop-Rauxel, Werne-Stockum L) liegen rechtsbeständige Vorbescheide vor, die Genehmigungsverfahren sind von den Unternehmen allerdings bisher nicht weitergeführt worden. Die Versorgungswirtschaft wird aufgefordert, die entsprechenden Verfahren zügig voranzutreiben.

Daneben sind für zehn Kraftwerke Genehmigungsverfahren eingeleitet worden, für die rechtsbeständige Bescheide noch nicht vorliegen (Petershagen-Lahde, Herne, Lünen, Düsseldorf, Hückelhoven, Gelsenkirchen-Scholven A und Marl-Hüls). Damit könnte eine zusätzliche Kapazität von 4.250 MW geschaffen werden. Die Versorgungswirtschaft und die Landesregierung werden aufgefordert, Hemm-

nisse, die einem rechtskräftigen Abschluß der Genehmigungsverfahren entgegenstehen, auszuräumen.

Insgesamt muß erreicht werden, daß zusätzlich zu den bereits im Bau befindlichen Steinkohlekraftwerken mit einer Kapazität von 2.500 MW noch mindestens Steinkohleblöcke mit einer Kapazität von 5.000 bis 6.000 MW kurz- und mittelfristig errichtet werden. Mit einer solchen Kapazität von 7.500 bis 8.500 MW könnte der Bedarf für die 80er Jahre zunächst gedeckt werden. Zur Sicherung des Absatzes heimischer Steinkohle sind darüber hinaus die Bemühungen zu verstärken, daß auch in anderen Bundesländern Steinkohlekraftwerke errichtet werden.

Ein zusätzlicher Absatzmarkt bietet sich der Steinkohle bei der Fernwärmeversorgung durch Heizkraftwerke. Die Versorgung von etwa 25 % der Wohnungen in Nordrhein-Westfalen mit Fernwärme erfordert den Zubau von Heizkraftwerken mit einer Gesamtkapazität von etwa 3.000 bis 4.000 MW. Damit würden allein in den Heizkraftwerken rd. 7 Mio t Steinkohle verfeuert. Eine energiesparende und umweltfreundliche Energienutzung der Steinkohle verlangt, daß veraltete Anlagen außer Betrieb genommen und durch neue Kraftwerke ersetzt werden. Die Landesregierung hat dafür im Kraftwerksanierungsprogramm Mittel bereitgestellt.

Kohle-Vorrang-Politik verlangt einen mittel- und langfristigen Ausbau der Kapazität im Steinkohlenbergbau in technischer und personeller Hinsicht.

Insbesondere müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um neue Bergwerke zu errichten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Anstrengungen durch Verstärkung ihrer Hilfen im Bergarbeiter-Wohnungsbau zu unterstützen.

### 4. Vorrang für die Fernwärme

Die heutigen technischen Möglichkeiten und heutige Wirtschaftlichkeitsüberlegungen haben zur Entwicklung einer Vielzahl unterschiedlicher Methoden der Fernwärmeerzeugung geführt: Kraft-Wärme-Koppelung, insbesondere auf Steinkohlebasis, industrielle Abwärmenutzung sowie Müllverwertung, Blockheizkraftwerke, Großwärmepumpe. Diese technologische Vielseitigkeit und das Zusammenfassen verschiedener Systeme zu einem integrierten Gesamtsystem werden die zukünftige Entwicklung der Fernwärme bestimmen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hatte bereits 1979 auf ihrem Parteitag eine vermehrte Anwendung von Fernwärme gefordert. Sie unterstützt die jüngsten Initiativen der Landesregierung zum Ausbau der Fernwärmeversorgung.

Der zeit- und geldaufwendige Ausbau der Fernwärmeversorgungsanlagen verlangt ein schrittweises Vorgehen im Sinne der Inselstrategie. Vorhandene und neue Fernwärmegebiete müssen mit Fernwärmeschienen untereinander verbunden werden und Anlagen mit Abwärme in diese Fernwärmeschienen eingebunden werden. Der Einsatz öffentlicher Mittel zur Fortsetzung der Inselstrategie sollte

- beim Aufbau neuer Fernwärmeversorgungsnetze die Unwirtschaftlichkeit in der Anfangsphase auffangen, um die Anschlußbewegung zu forcieren,
- bei Verdichtung bereits bestehender Fernwärmenetze schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen nur in besonderen Fällen erfolgen und
- der Förderung von Fernwärmeschienen dienen, die bestehende Inselnetze verbinden und die zum Teil bestehende Diskrepanz zwischen Anfall von Abwärme auf hohem Temperaturniveau und Bedarf an Fernwärme im Verbraucherbereich mindern.

Landesregierung und Landtagsfraktion werden gebeten, die Prüfung aller finanzwirtschaftlichen, steuerlichen, rechtlichen sowie planerischen Anreizmöglichkeiten und Hemmnisse vorzunehmen, im Sinne eines verstärkten Ausbaus der Fernwärmeversorgung zu verbessern bzw. entsprechende Initiativen gegenüber Bund und anderen Ländern zu ergreifen.

### 5. Örtliche Versorgungskonzepte

Die SPD Nordrhein-Westfalen hat bei ihrem Parteitag in Herne 1979 die Entwicklung lokaler Energieversorgungskonzepte gefordert. Sie hat sich dabei davon leiten lassen, daß durch abgestimmte Energieversorgungsplanungen der örtlichen und regionalen Ebene ein sinnvolles Zusammenwirken von Strom, Gas, der Nutzung des wirtschaftlichen Fernwärmepotentials auf der Basis von Kraft-Wärme-Koppelung, der industriellen Abwärme sowie anderer Energieträger unterstützt werden kann. Damit ließe sich zugleich eine bessere Ausnutzung des Primärenergieeinsatzes erreichen.

Die Landesregierung hat diese Forderungen aufgegriffen und alle Städte und Gemeinden des Landes gebeten, bestehende Planungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten in Abstimmung mit anderen Beteiligten auszuschöpfen, um den Notwendigkeiten einer rationellen Energieverwendung auf örtlicher Ebene Rechnung zu tragen. Dabei wird ausdrücklich auf die Bedeutung der Fernwärme hingewiesen und Unterstützung bei der Erarbeitung von örtlichen Versorgungskonzepten angeboten.

Die kommunale Seite und die Versorgungswirtschaft haben Grundsätze für die Aufstellung von Versorgungskonzepten beschlossen.

Die Entwicklung örtlicher Versorgungskonzepte kann von Städten und Gemeinden im Rahmen ihrer Planungshoheit kurzfristig in Angriff genommen werden. Dabei bietet die Landesregierung Zuschüsse zu den Planungskosten an. Der Landesparteitag begrüßt diese Maßnahmen.

Besonderheiten der Siedlungsstruktur und örtliche Diskrepanzen zwischen Wärmeangebot und Wärmenachfrage können es im Einzelfall sinnvoll erscheinen lassen, örtliche Konzepte zu regionalen Versorgungskonzepten zusammenzufassen. Für den Interessenausgleich sind die Gemeinden dabei auf Beratung und Hilfen der Landesregierung angewiesen.

Darüber hinaus erscheint es zur gegenseitigen Unterstützung der kommunalen Seite und zur Vergrößerung der Transparenz energiewirtschaftlicher Daten sinnvoll, wenn die Gemeinden im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen jährlich einen Bericht über die energiewirtschaftliche Entwicklung in ihrem Bereich vorlegen würden. Diese Berichte sollten von der Landesregierung in einem Landesenergiebericht zusammengefaßt und für die energiepolitische Diskussion in Gemeinden, Land und Bund nutzbar gemacht werden.

Örtliche und regionale Versorgungskonzepte sind Instrumente kommunaler Planung im Rahmen der Selbstverwaltung. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Gemeinden zu erörtern und landesweit zu klären, welche Verbindlichkeit aufgestellte Versorgungskonzepte haben könnten und sollten bzw. auf welche Weise diese Konzepte durchgesetzt werden können.

### 6. Erweiterung der Standortplanung

Primärenergieersparnis, Fernwärmeversorgung und dezentrale Versorgungskonzepte fordern ein grundsätzliches Überdenken der Standortplanung und Größenstruktur zukünftiger Kraftwerke. Der unverzichtbare Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung verlangt eine engere Verzahnung von Kraftwerks- und Siedlungsplanung.

In die Standortplanung zukünftiger Kraftwerke müssen folgende Kriterien einfließen:

- Beitrag zur Primärenergieeinsparung und Ölsubstitution
- Umweltbedingungen
- Wirtschaftlichkeit und Finanzbedarf
- Grad der Übereinstimmung von Angebots- und Abnahmepotential
- Sicherheit der Versorgung
- Akzeptanz der Standortplanung.

Eine entsprechende Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes erschiene sinnvoll.

Für die künftige Kraftwerkgrößenstruktur ist von Bedeutung, daß im Rahmen der Inselstrategie zum Ausbau der Fernwärmeversorgung auch kleinere Heizkraftwerke mit Kapazitäten, die unter 100 MW liegen, geeignet sind.

Die rationellere Ausnutzung der Energie durch eine dezentrale Strategie der Versorgung, die örtlichen und regionalen Besonderheiten Rechnung trägt, erfordert eine Erfassung der Abwärme- und Wärmenutzungspotentiale. Die Landesregierung wird gebeten, diese Potentiale in Katastern zu erfassen, der Überprüfung des Landesentwicklungsplanes VI zugrunde zu legen und für die Ausarbeitung oder Initiierung örtlicher/regionaler Versorgungskonzepte zur Verfügung zu stellen.

Daraus abgeleitete Überlegungen zur Standortplanung sollten auf örtlicher, regionaler und Landesebene parallel angestellt und von der Landesregierung koordiniert werden. Dazu gehört auch, daß die Landesregierung ihre Bemühungen fortsetzt, daß gefundene und gesicherte Standorte in überschaubaren Zeiträumen genehmigungs-

rechtlich realisiert werden können und daß die planenden Unternehmen sich entsprechend zu ihren Absichten erklären, damit die Vorhaltung von Standorten nicht zu einer Blockierung alternativer Nutzungen führt, die zügiger in Angriff genommen werden könnten.

Die Landesregierung sollte prüfen, ob und in welcher Form die Abstimmung und Festlegung von Prioritäten beim Ausbau von Kraftwerken verbessert werden könnte.

Der Landesentwicklungsplan VI als Angebots- und Standortsicherungsplan ist dementsprechend, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Kraft-Wärme-Koppelung, zu überprüfen. Daneben bedürfen auch die örtlichen und regionalen Versorgungskonzepte der landesplanerischen Flankensicherung.

Bei der Standortplanung für Kohleveredlungsanlagen sind die gleichen Kriterien zu berücksichtigen wie bei der Kraftwerksplanung. Im Sinne einer Verbesserung der Umweltbedingungen sollen Braunkohleveredlungsanlagen dem Tagebau folgen.

Mit der Kohle-Vorrang-Politik ist eine Stabilisierung und Kapazitätserweiterung des Bergbaus verbunden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik ist die Förderung von Kohle mit einer gleichzeitigen Förderung von taubem Gestein – sog. Bergen – verbunden. Dem Grunde nach muß es Ziel sein, die zutage geförderten Berge wieder unter Tage zu verbringen oder einer anderweitigen Verwendung zuzuführen. Dies läßt sich aus verschiedenen Gründen, die auch abhängig sind von den jeweiligen bergbaulichen Verhältnissen, aber nur längerfristig und unter zum Teil erheblichen Kosten erreichen. Dementsprechend ist es erforderlich, vorsorglich Standorte vor anderweitiger Nutzung zu sichern, die – soweit unumgänglich – für die oberirdische Aufschüttung von Bergematerial in Betracht kommen.

Diese Standortvorsorge kann nach dem Subsidiaritätsprinzip unter Berücksichtigung örtlicher wie regionaler Aspekte in der Regionalplanung erfolgen. Dabei ist es erforderlich, auch Standorte zu finden, die der Nordwanderung des Bergbaus Rechnung tragen und außerhalb der gegenwärtigen Bergbaugebiete liegen.

Unabhängig von der Standortvorsorge ist es unverzichtbar, die alternative Verbringung bzw. den Unter-Tage-Versatz von Bergematerial zu forcieren, um den Problemdruck längerfristig zu verringern.

### 7. Kernenergie

Die SPD Nordrhein-Westfalen bekräftigt ihren Beschluß vom Parteitag in Herne 1979, wonach die behutsame Politik der Landesregierung auf dem Gebiet der Kernenergie, die um alle damit verbundenen Risiken weiß, unterstützt wird. Der Parteitag ist sich dabei – wie 1979 – bewußt, daß zur Zeit weder eine Entscheidung für den beschleunigten Ausbau der Kernenergie noch eine Entscheidung für den endgültigen Verzicht auf Kernenergie vertretbar ist. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muß diese Optionen offenhalten und darf sie nicht durch einseitige Entscheidungen verbauen.

Die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ hat in ihren energiepolitischen Handlungsempfehlungen darauf hingewiesen, daß es im Zeitraum bis 1990, in dem sowohl der Übergang zu einem stärkeren Kernenergieausbau als auch der langfristige Verzicht auf Kernenergie offengehalten werden soll, erforderlich sei, die nukleare Option auch versorgungs- und industriepolitisch zu erhalten. Dabei sollte allerdings die Sicherheit absoluten Vorrang haben. Danach sollte der Zubau von Leichtwasserreaktoren im Rahmen des Bedarfs möglich sein, andererseits sollte durch diese Zubaumöglichkeit die ernsthafte und glaubhafte Wahrnehmung von Energieeinsparungen nicht behindert werden.

Was dies für Nordrhein-Westfalen bedeutet, hat die SPD in ihrem Programm zur Landtagswahl 1980 dargelegt:

„Beim Einsatz der Kernenergie hat für die Sozialdemokraten die Sicherheit absoluten Vorrang. Wir werden in Nordrhein-Westfalen den Bau neuer Kernkraftwerke zur Stromerzeugung nur genehmigen, wenn andere Energieträger nicht zur Verfügung stehen. In Nordrhein-Westfalen können Kohlekraftwerke gebaut werden. Deshalb besteht für unser Land zur Zeit kein Bedarf an neuen Kernkraftwerken.“

Die bereits bisher betriebenen Kernkraftwerke müssen wir sicher entsorgen. Neue können nur in Betrieb gehen, wenn die Entsorgung gelöst ist. Aus gesamtstaatlicher Verantwortung ist Nordrhein-Westfalen bereit, seinen Beitrag dazu durch den Bau eines Zwischenlagers zu leisten. Wir sagen aber deutlich: Zwischenlager sind keine Endlager, sie dürfen nur beschickt werden, wenn feststeht, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung gebracht werden.“

Dies hat die Landtagsfraktion der SPD in ihrem Antrag vom 28. April 1981 bestätigt, wenn sie sagt:

„Die vorrangige Verwendung heimischer Kohle bedeutet in der Elektrizitätsversorgung den zügigen Bau genehmigter und im Genehmigungsverfahren befindlicher Kohlekraftwerke. Auch wenn diese in Betrieb gegangen sind, ist die Notwendigkeit einer zusätzlichen Nutzung der Kernenergie nicht auszuschließen.“

Also ist die Genehmigung eines neuen Kernkraftwerkes nur möglich, wenn alle Fragen des Standortes, der Sicherheit und der Entsorgung im förmlichen Verwaltungsverfahren geklärt sind.

Im übrigen wird der Beschluß vom Parteitag in Herne 1979 bekräftigt, wonach die Landesregierung ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten muß.

Dies bedeutet den Weiterbau vor allem des Hochtemperaturreaktors mit dem Ziel der Gewinnung nuklearer Prozesswärme und damit der Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle. Das Genehmigungsverfahren für den Schnellen Brüter (SNR 300) soll entsprechend dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ weitergeführt werden.

Antrag-Nr.: A/5  
Antragsteller: Bezirk Westliches Westfalen  
Betreff: Beschäftigungspolitisches  
Aktionsprogramm 1981

Auf der Grundlage ihrer wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Beschlüsse fordert die SPD in NRW nachstehendes beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm 1981:

1. In der Geld- und Kreditpolitik müssen alle Anstrengungen auf eine Senkung des Zinsniveaus gerichtet werden. Wenn keine weltweite Zinssenkungsrunde erreicht werden kann, sollte die Bundesbank den Mut aufbringen, allein mit einer spürbaren Senkung der Leitzinsen voranzugehen. Möglicher Kapitalflucht ist mit Kapitalverkehrskontrollen zu begegnen.
2. In der Finanzpolitik muß das vom Finanzplanungsrat für Bund, Länder und Gemeinden gesetzte Ziel der Begrenzung des Ausgabenzuwachses 1981 auf 4 % aufgegeben werden, um zusätzliche beschäftigungswirksame Aufgaben zu ermöglichen.  
Bei der Beurteilung der finanzpolitischen Erfordernisse ist die unterschiedliche Zunahme der Nettokreditaufnahmen in Bund und Land zu berücksichtigen.  
Insbesondere ist erforderlich:
  - geplante Investitionen gemäß § 6 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vorzuziehen,
  - bei der vorläufigen Haushaltsführung die Begrenzung der Ausgabensätze aufzuheben,
  - die vorgesehenen Kürzungen bei Investitionen gezielt rückgängig zu machen,
  - im Bundeshaushalt Finanzmittel für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen bereitzustellen,
  - zur Belebung der Bautätigkeit Wohnungsbauförderprogramme für Ballungsgebiete mit besonderem Wohnungsmangel durchzuführen,
  - verstärkte Investitionen bei der Bundesbahn und im öffentlichen Personennahverkehr zu finanzieren,
  - den Fernwärmeausbau zu beschleunigen.
3. In der Arbeitsmarktpolitik müssen zusätzliche Mittel für beschäftigungsschaffende Maßnahmen eingesetzt werden. Dadurch können Mittel, die sonst zur Zahlung von Arbeitslosengeld eingesetzt werden müssen, wert- und beschäftigungsschaffend eingesetzt werden.

Es gilt vor allem:

- zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (z. B. Einarbeitungszuschuß, Lohnkostenzuschuß, Eingliederungsbeihilfe) zu ergreifen,
- im Bereich der sozialen Dienste weitere Dauerarbeitsplätze einzurichten,
- die Förderungsmaßnahmen für besonders benachteiligte Personengruppen wie Frauen, ältere Arbeitnehmer, Schwerbehinderte und minderqualifizierte Arbeitnehmer voll einzusetzen,
- arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen vor allem Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen zukommen zu lassen,
- die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente durch stärkere Einbeziehung der Betriebs- und Personalräte in das Antrags- und Bewilligungsverfahren für Fördermaßnahmen sowie Stärkung der Selbstverwaltung auf örtlicher Ebene zu verbessern,
- eine Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte aus Gründen größerer Beitragsgerechtigkeit sowie zur Verbreiterung der Finanzierungsbasis der Arbeitsmarktpolitik einzuführen.

4. Die Lohnpolitik muß zur Stärkung der Massenkaufkraft beitragen, damit ein Rückgang der privaten Nachfrage vermieden wird, der die Rezession weiter vertiefen würde.

Antrag-Nr.: A/7  
Antragsteller: Bezirk Niederrhein  
Betreff: Programm zur Sicherung der deutschen  
Stahlstandorte

1. Die Lage der deutschen Stahlindustrie hat sich dramatisch zugespitzt. Das Versäumnis der deutschen Unternehmer zur Anpassung und Umstrukturierung ist hier ebenso eine Ursache wie die erneute weltwirtschaftliche Abschwächung 1980/81, aber auch die verstärkte Subventionierung der Stahlproduktion in wichtigen EG-Partnerländern. Die Stahlindustrie in der Bundesrepublik ist bereits seit der Weltrezession 1974/1975 einem ständigen harten Anpassungsdruck mit hohen Beschäftigungseinbußen ausgesetzt, der nicht nur vorübergehende konjunkturelle, sondern darüberhinaus auch tiefgreifende strukturelle Ursachen hat, wie
  - weltweite Dämpfung der mittelfristigen Wachstumsaussichten wegen ständiger Öl- und Rohstoffverteuerungen (Verringerung der Auslastung der Rohstahlkapazitäten in der Bundesrepublik von 88,1 % in 1974 auf 62,7 % in 1980),
  - weltweite Überkapazitäten im Stahlbereich wegen starker Ausweitung der Produktion in Japan, in den Ostblockstaaten und in den Entwicklungsländern, die die Schwelle zur Industrialisierung bereits überschritten haben (Rückgang des deutschen Anteils an Weltstahlerzeugung von 7,5 % in 1970 auf 5,9 % in 1980),
  - Preisunterbietung durch Billigpreisländer (nicht kostendeckende Stahlpreise, starker Preisverfall in der Bundesrepublik seit zweitem Vierteljahr 1980).
2. Die weltweiten Überkapazitäten von schätzungsweise 300 Mio. t pro Jahr sind die eigentlichen Ursachen der Stahlkrise. Mit ausschlaggebend für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Stahlindustrie sind aber auch beträchtliche Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG, die sich in den Jahren 1980/81 noch erheblich verschärft haben. So haben Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien ihrer Stahlindustrie im Zeitraum 1975 bis 1980 Staatshilfen in Höhe von rd. 37,5 Mrd. DM

gewährt. Dabei wurden die Hilfen weniger für eine Modernisierung und Anpassung der Kapazitäten an veränderte weltwirtschaftliche Daten als vielmehr zur reinen Verlustabdeckung gezahlt.

Durch die Subventionierung in diesen Ländern ergibt sich eine durchschnittliche Kostenbelastung bei der Walzstahlerzeugung pro Tonne und Jahr (Ja/to) von 104 DM in der Zeit von 1975 bis 1980 mit zuletzt eher noch steigender Tendenz. Diese Subventionspolitik führte zu einer Konservierung von auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähigen veralteten Anlagen und teilweise sogar noch zu einer Kapazitätsausweitung.

3. Die deutsche Stahlindustrie ist durch ein Zusammenwirken dieser Ursachen in eine existenzbedrohende Lage mit schwerwiegenden Auswirkungen für die Beschäftigung bei der Stahlerzeugung und Weiterverarbeitung geraten. Andere Wirtschaftszweige in den Regionen mit Stahlstandorten werden hierdurch in Mitleidenschaft gezogen. Dies vermindert die Beschäftigungschancen auch außerhalb des Stahlbereichs. Es besteht durchaus die Gefahr, daß die deutsche Stahlindustrie, die im Gegensatz zu unseren EG-Partnern über einen hohen Produktivitätsstand (qualifizierter Facharbeiterstamm), Verkehrs- und rohstoffbedingte Standortvorteile (Verbund mit Kohle), sowie eine große Verbrauchernähe (70 % der Weiterverarbeitung liegen im Umkreis von 100 km von Stahlstandorten) verfügt und vom Stand der Technik auf der Welt nur noch von Japan übertroffen wird, in den nächsten Jahren weitgehend vom Markt verschwindet, wenn nicht schnell und wirksam geholfen wird.
4. Der vom Europäischen Rat am 3. März 1981 anvisierte Beschluß, wonach erst nach dem 1. Juli 1983 keine weiteren staatlichen Beihilfeprogramme zugunsten der Stahlindustrie in den EG-Ländern mehr eingeführt werden sollen, ist völlig unzureichend und daher entschieden abzulehnen. Gefordert werden muß vielmehr eine sofortige Beendigung des Subventionswettlaufs in der EG oder eine staatliche Gleichstellung der deutschen Stahlindustrie mit ihren Konkurrenten in der Gemeinschaft; gegebenenfalls durch eine zeitlich befristete Erhebung einer Grenzausgleichsabgabe und eine Investitionsförderung zur Verbesserung der Produktionsverfahren.

Der Beschluß der EG-Wirtschaftsminister vom 26. März 1981, staatliche Subventionen an einen Abbau nicht mehr wirtschaftlicher Kapazitäten zu knüpfen, stellt zwar einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Er reicht aber bei weitem nicht aus, um die Benachteiligung der deutschen Stahlwirtschaft im Kern zu beseitigen. Schließlich haben sich die Minister nicht auf einen für alle verbindlichen Zeitpunkt für den vollständigen Subventionsabbau einigen können. Die überwiegend privatwirtschaftlich organisierte Stahlindustrie in der Bundesrepublik kann auf Dauer den Konkurrenzkampf gegen die Staatskassen anderer Länder nicht bestehen.

Die Bemühungen in der EG, die bis zum 30. Juni 1981 auf dem Stahlmarkt geltenden Zwangsregelungen wieder durch ein System freiwilliger Vereinbarungen abzulösen und neben Produktions- auch Lieferquoten mit in die Regelungen einzubeziehen, werden nachdrücklich unterstützt. Die deutschen Stahlunternehmen werden aufgefördert, konstruktiv am Zustandekommen von Eurofer II mitzuwirken. Durch freiwillige Vereinbarungen kann ein wesentlicher Beitrag zu überschaubar und kalkulierbaren Preis-Mengen-Verhältnissen auf dem europäischen Stahlmarkt und damit zu einer Erlösstabilisierung geleistet werden. Dies setzt allerdings voraus, daß sich alle Unternehmen auch tatsächlich an diese Abmachung halten und sie nicht unterlaufen. Kostendeckende Preise sind eine Grundvoraussetzung für eine dauerhafte Besserung der Lage in der Stahlwirtschaft. Freiwillige Vereinbarungen über Produktions- und Liefermengen allein können jedoch nicht für geordnete Marktverhältnisse sorgen, wenn in den einzelnen EG-Ländern nach wie vor erhebliche Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der Subventionspraktiken bestehen und dies selbst im nachhinein noch negative Folgen für die Auftrags- und Beschäftigungslage in der deutschen Stahlindustrie hat.

5. Die bisherigen Wettbewerbsverzerrungen haben in den einzelnen Stahlstandorten zu arbeitsmarktmäßig unterschiedlich starken und politisch unakzeptablen Belastungen geführt. Es werden daher wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie und zur sozialen Flankierung des notwendigen strukturellen Anpassungsprozesses gefordert. Dabei geht es z.B. um eine Förderung der Stahlstandorte Dortmund, Bochum, Witten, Hattingen, Hagen, Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Siegen. Zum Beispiel sind in Dortmund von Hoesch/Estel, Bundes- und Landesregierung und der Stadt Dortmund wegen hoher Sonderbelastungen (Kapazitätsabbau, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote, Konzentration der Produktionsstätten) besondere Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze sofort erforderlich.
6. Die Eisen- und Stahlindustrie und die von Anpassungsschwierigkeiten betroffenen Unternehmen werden zu enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft aufgefordert und aufgefordert, so schnell wie möglich Vorschläge für eine Umstrukturierung des Produktionsprogramms und der Produktionsverfahren sowie für eine soziale Flankierung der von notwendigen Anpassungen betroffenen Arbeitnehmer vorzulegen, damit klar wird, wie und zu welchen Bedingungen die Stahlstandorte die Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Dabei muß vor allem deutlich gemacht werden,
  - in welchen Bereichen und in welchem Umfang zukünftige Absatzchancen gesehen werden,
  - welche Produktionsverfahren zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit besonders geeignet sind und

## 8. Behandlung der Anträge

in welchem Umfang Investitionen durchgeführt werden müssen,

- welchen Beitrag die Unternehmen selbst zur sozialen Flankierung von Anpassungen leisten können; möglicherweise durch Zurverfügungstellung von betriebs-eigenem Gelände für Neuansiedlungen.

Die Erhaltung der Standorte ist in erster Linie eine Aufgabe der Unternehmensleitungen selbst. Eine einseitige Verlagerung der Unternehmensrisiken auf den Staat kann auch mit Blick auf die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte nicht in Betracht kommen.

7. Der Staat kann und soll aber die notwendige Umstrukturierung der Stahlindustrie durch zeitlich befristete Hilfen wirksam unterstützen. In diesem Zusammenhang geht es im Kern vor allem um folgende Sofortmaßnahmen:

- a) Fortführung und Aufstockung des Stahlforschungsprogramms des BMFT als Bestandteil eines umfassenden Technologieprogramms zur Modernisierung der Stahlwirtschaft und weitere Investitionshilfen je nach der Unternehmenslage und den regionalen Standortbedingungen zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Ausgleich von staatlich bedingten Wettbewerbsverzerrungen in der EG. Dabei stehen der Einsatz höherwertiger Technologien und die Förderung innerbetrieblicher Umstrukturierungen im Vordergrund. Bloße Erhaltungssubventionen sind zu vermeiden, weil sie Arbeitsplätze auf Dauer nicht sichern können.

Die betroffenen Bundesländer werden aufgefordert, die Maßnahmen gemeinsam mit dem Bund zu finanzieren. Die Maßnahmen sind zeitlich zu befristen und vom Umfang her zu begrenzen. Es wird eine Rückzahlbarkeit der staatlichen Hilfen für den Fall vereinbart, daß die begünstigten Unternehmen nach erfolgter Umstrukturierung wieder mit Gewinn arbeiten. Voraussetzung für die von Fall zu Fall zu gewährenden staatlichen Hilfen ist ein kooperatives Verhalten der Stahlunternehmer bei der Durchsetzung freiwilliger Vereinbarungen von Produktionsregelungen auf dem Stahlmarkt und ein Mitwirken an einem umfassenden Umstrukturierungsprogramm. Voraussetzung ist ferner, daß auch die einzelnen Unternehmen ein Zukunftskonzept vorlegen, aus dem ersichtlich wird, daß in Zukunft staatliche Hilfen überflüssig werden können.

- b) Gemeinsame Auflegung eines Sonderprogramms von Bund und Ländern für Stahlstandorte gemäß der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit beträchtlichen Arbeitsmarktproblemen für arbeitsplatzschaffende Investitionen außerhalb der Stahlindustrie (aber einschließlich der Weiterverarbeitung von Stahl).

Das Sonderprogramm ist zeitlich zu befristen und soll

- eine 8,75%ige Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz und

- ergänzende Investitionszuschüsse von Bund und Ländern (hälftig) bis zu einem Höchstsatz von insgesamt 20 % bei den betrieblichen Errichtungen und 15 % bei den Erweiterungen (im Höchstsatz ist die Investitionszulage enthalten) enthalten.

Am 14. April 1981 hat die Bundesregierung vor dem Planungsausschuß von Bund und Ländern für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eine Gleichbehandlungserklärung abgegeben. Hiernach sind z.B. in Dortmund und auch in anderen Stahlstandorten ähnliche strukturelle Maßnahmen wie im Saarland möglich, wenn als Folge des Anpassungsprozesses der Stahlindustrie eine gleichartige und gleichgewichtige Situation eintritt, die dort zu einem Sonderprogramm geführt hat und sich zeigt, daß das entsprechende Land allein zur Schaffung der nötigen Anzahl von Ersatzarbeitsplätzen nicht in der Lage ist.

- c) Der von Strukturanpassungen besonders in Mitleidenschaft gezogene Stahlstandort Dortmund ist nur dann zu erhalten, wenn Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, die sicherstellen, daß die Metallurgie in Dortmund auf den neuesten Stand der Technik gebracht wird. In diesem Zusammenhang muß intensiv geprüft werden, ob, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen Bund und Land gemeinsam eine zumindest teilweise Vorfinanzierung notwendiger Investitionen zur Umstrukturierung unterstützen können. Dies setzt allerdings die Vorlage eines in sich geschlossenen Umstrukturierungskonzepts voraus, das auch dem Anspruch einer dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze im Dortmunder Raum gerecht wird. Hoesch wird daher aufgefordert, so schnell wie möglich ein solches Konzept vorzulegen, in dem die Investitionsabsichten nach Umfang, Art und Zeitpunkt verbindlich erklärt und aus dem das für die Zukunft in Aussicht genommene Produktionsprogramm ersichtlich wird. Vorfinanzierungshilfen sollten mit der Verpflichtung einer anteiligen Rückzahlung für den Fall gekoppelt werden, daß das Unternehmen in Zukunft wieder mit Gewinn arbeitet. Der Bund erklärt in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, die Hoesch für die technologische Modernisierung und den Umweltschutz bereits zugesagten Investitionsmittel von 120 Mio. DM auch weiterhin zur Verfügung zu stellen. Auch NRW bringt seinen Anteil von 120 Mio. DM weiterhin ein.

- d) Der Bund erklärt sich definitiv bereit, zur Verbesserung der Standortbedingungen für die Industrie des östlichen Ruhrgebietes den Bau der Schleuse Henrichenburg unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Beginn und das mutmaßliche Ende der Bauzeit werden zeitlich festgelegt.

- e) Der Bundesminister für Arbeit und Soziales prüft zusammen mit den Ländern und der Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeiten für einen noch stärker

## 8. Behandlung der Anträge

konzentrierten Einsatz von Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung vor allem in den Bereichen Umschulung, Fortbildung und Erwerb neuer Qualifizierungen in den von besonders hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Standorten.

- f) Der Bund setzt sich in Brüssel zur sozialen Flankierung notwendiger Umstrukturierungen im Stahlbereich für eine Ausweitung der Mittel und des Kreises der Begünstigten für Sozialpläne nach Art. 56 EGKS-Vertrag ein. Bei den zusätzlich erforderlichen Mitteln sollten sich die EG mit 10 % und der nationale Bereich mit 90 % beteiligen. Auf den Beschluß des Europäischen Rates vom 3. März 1981, wonach geeignete soziale Maßnahmen ergriffen werden, damit nicht „bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern nicht zu rechtfertigende Lasten auferlegt werden“, wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich Bezug genommen.

8. Der Umfang der in der deutschen Stahlindustrie festzustellenden Fehlentwicklung und ihrer Folgewirkungen weit über diesen wichtigen Wirtschaftsbereich hinaus machen zusätzliche Anstrengungen der betroffenen Unternehmen und den sofortigen Einsatz einer zeitlich befristeten staatlichen Investitionsförderung erforderlich, die mit Auflagen an die Unternehmen verbunden werden muß.

Die Stahlunternehmen liegen überwiegend in ohnehin mit besonderen Strukturproblemen konfrontierten Regionen und stellen dort zumeist auch den Hauptanteil der Arbeitsplätze. Wenn es in den Stahlstandorten nicht gelingt, zumindest einen wesentlichen Teil der Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern, so hat das verheerende Folgen für die gesamte Region und für die weitere Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik. Die Eisen- und Stahlwirtschaft und die IG Metall werden daher aufgefordert, so schnell wie möglich mit der Bundes- und den beteiligten Landesregierungen Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, zu einer einheitlichen Lagebeurteilung und zu einem aufeinander abgestimmten wirtschaftspolitischen Verhalten zur Lösung der Stahlkrise zu kommen.

9. Neben den kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen sind gleichfalls auf die Arbeitszeit zielende Maßnahmen zu ergreifen. So ist das Rentenalter für Arbeiter, die 15 Jahre lang in Schichtarbeit überwiegend in Heißbetrieben (z.B. an Hochöfen) tätig waren, auf 55 Jahre herabzusetzen. Die wöchentliche Arbeitszeit in der Stahlindustrie ist von 40 Stunden auf 35 Stunden herabzusetzen.

Initiativ-Antrag: 9

Antragsteller: 6. Ordentlicher Landesparteitag  
Betreff: Sicherung der Arbeitsplätze und Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit in der Stahlindustrie

Die SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Landtagsfraktion sowie die Landesregierung NRW werden aufgefordert, zur

Sicherung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens sowie zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit alle rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Insbesondere fordert der Landesparteitag NRW:

1. Die Landesregierung hat die Kriterien für die Festlegung der Stahlstandorte schnellstens vorzulegen und dem Planungsausschuß für die Gemeinschaftsaufgaben vorzulegen.
2. Die Landesregierung soll bis Ende 1981 festlegen, welche finanziellen Leistungen von seiten des Landes möglich sind, um die Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten bzw. zu sichern.
3. Landes- und Bundesregierung müssen durch geeignete Maßnahmen einen freiwilligen Abbau bestehender Überkapazitäten erleichtern.

Die Beschlüsse des EG-Ministerrates vom 25. Juni 1981 zeigen, daß nur durch eigene staatliche Maßnahmen die Sicherung der Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie möglich ist.

Die jetzt bis 1985 erlaubte Subventionspolitik in den anderen europäischen Stahlländern bedeutet eine weitestgehende Vernichtung der Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie.

Antrag-Nr.: A/12  
Antragsteller: OV Dortmund-Süd  
Betreff: Modellversuch zum 6-Stunden-Arbeitstag  
Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen der Projekte zur Humanisierung der Arbeit Modellversuche zur Einführung des sechsständigen Arbeitstages für Arbeitnehmer durchzuführen.

Durch arbeitswissenschaftliche Untersuchungen soll zunächst geklärt werden, wie weit in den Betrieben die Einführung des 6-Studentages bewerkstelligt werden kann. Sodann soll eine hinreichende Anzahl von Betrieben unterschiedlicher Branchen für die Durchführung des Versuchs gewonnen werden.

Im Verlauf der Untersuchung muß mit untersucht werden, welche Auswirkungen der 6-Stunden-Arbeitstag auf Gesundheitszustand und Familiensituation der beteiligten Arbeitnehmer hat.

Gegenstand der Modellvorhaben und Untersuchungen sind u.a. die Fragen:

- a) wie entwickelt sich die Arbeitsproduktivität,
- b) wie weit wirkt sich die im 6-Studentag wahrscheinlich steigende Produktivität auf die Bezahlung der Arbeitnehmer aus,
- c) welche Änderung der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation ist notwendig, um den Arbeitnehmern den 6-Studentag zu gewähren.

### Antragsgruppe B – Wohnungs- und Städtebaupolitik

Antrag-Nr.: B/1  
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW  
Betreff: Wohnungs- und Städtebaupolitik  
in Nordrhein-Westfalen in den 80er Jahren

#### A Aufgaben sozialdemokratischer Wohnungspolitik in den 80er Jahren

Die Wohnung hat für ein menschenwürdiges Leben in einer solidarischen Gesellschaft besondere Bedeutung. Deshalb ist die Sicherung und Verbesserung der Wohnungsversorgung wie in der Vergangenheit eine vorrangige Aufgabe vorausschauender sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik.

Eine gute und bezahlbare Wohnung in einem menschengerechten Wohnumfeld ist das Ziel.

Von den bereits nach heutigem Erkenntnisstand deutlich feststellbaren regionalen Unterversorgungen in den Verdichtungsgebieten sind insbesondere untere und mittlere Einkommensgruppen betroffen.

Fest steht, daß in den Teilmärkten, die für untere und mittlere Einkommensgruppen in Verdichtungsgebieten zugänglich sind, eine Angebotsausweitung nur durch gezielte staatliche Subventionen zu erreichen ist. Deshalb bleibt der soziale Wohnungsbau eine staatliche Aufgabe, bis die Zahl der angebotenen Wohnungen die Nachfrage deutlich übersteigt.

Der anhaltende starke Zusatzbedarf an Wohnungen wird vor allem ausgelöst durch

- geburtenstarke Jahrgänge
- zunehmende Zahl kleiner Haushalte
- gestiegenen Wohnflächen und -Ausstattungsanspruch
- wachsende Wohnungsnachfrage ausländischer Arbeitnehmer.

Dieser Wohnungsmangel kann und muß in den 80er Jahren beseitigt werden.

Rückblickend erweist es sich als Fehler, daß entgegen sozialdemokratischen Vorstellungen Mitte der 70er Jahre der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau zu stark zurückgenommen wurde. Deshalb sind die jetzt in Nordrhein-Westfalen erkennbaren verstärkten Anstrengungen von sozialdemokratischer Landesregierung und Landtagsfraktion zu begrüßen.

Die Leistungen im ersten Jahr alleiniger sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen können sich sehen lassen.

So werden 1981 in Nordrhein-Westfalen 3300 Sozialmietwohnungen zusätzlich gefördert. Dadurch erhöht sich das Gesamtvolumen des Wohnungsbauprogramms 1981 auf 23300 Wohnungen. Dies ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung.

In den 80er Jahren müssen jedoch nicht nur zusätzlich Wohnungen gebaut werden. Gleichzeitig müssen Änderungen im Förderungssystem vorgenommen werden, insbesondere um das Problem der Mietverzerrung und Fehlsubventionierung zu lösen.

Zusätzliche Sozialmietwohnungen sind in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland zu bauen, dies gilt auch schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen. Eine höhere Beteiligung des Bundes ist notwendig.

Die Auslastung der Bauwirtschaft ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen und zur Preisdämpfung zu verstetigen. Deshalb sind die Voraussetzungen für ein Mehrjahresprogramm zu schaffen.

#### B Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer Wohnungspolitik

Das System des sozialen Wohnungsbaues hat sich bewährt. Es muß auf der Grundlage des bereits Erreichten geführt und weiterentwickelt werden.

Die Wohnung ist nur ein begrenzt marktfähiges Gut, der Markt kein geeignetes Instrument zur Lösung sozialer Probleme. Der soziale Wohnungsbau darf daher nicht marktwirtschaftlichen Prinzipien geopfert werden.

Grundsätze und Ziele einer sozialdemokratischen Wohnungsbaupolitik sind:

##### 1. Der soziale Mietwohnungsbau in Verdichtungsgebieten hat höchste Priorität

Der soziale Mietwohnungsbau hat in den Bedarfsschwerpunkten der Verdichtungsgebiete aus versorgungs- und sozialpolitischen Gründen höchste Priorität. Deshalb ist der Einsatz der staatlichen Förderung auf diese Gebiete schwerpunktmäßig zu konzentrieren.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen sich neben dem Land auch der Bund und ebenso die Gemeinden ihrer bestehenden Verantwortung bewußt werden und verstärkt Anstrengungen unternehmen.

##### 2. Ausreichende Wohnraumversorgung zu tragbaren Mieten ist sicherzustellen

Ziel der staatlichen Wohnungspolitik ist die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung, die sich nicht aus eigener Kraft mit Wohnraum versorgen können. Dazu gehören insbesondere auch durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer vor allem in Verdichtungsgebieten. Dies schließt die besondere Förderung von Zielgruppen

## 8. Behandlung der Anträge

ein, die besonders am Wohnungsmarkt benachteiligt sind, wie kinderreiche Familien.

Dabei ist es notwendig, die Prioritäten des Mitteleinsatzes für diese Gruppen im Interesse einer bedarfsgerechten Ausgewogenheit einer ständigen Überprüfung auch unter regionalen Gesichtspunkten zu unterziehen.

Die Mieten und Belastungen müssen insbesondere auch für durchschnittlich verdienende Arbeitnehmerhaushalte tragbar sein. Sie müssen sich am Wohnwert der Wohnung und an den Einkommensverhältnissen orientieren.

### 3. Die Kreditpolitik muß den Wohnungsbau entlasten

Die Preisentwicklung im Wohnungsbau und die derzeitige Hochzinspolitik erschweren eine sozialgerechte Wohnungspolitik. Zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des sozialen Wohnungsbaues bedarf es daher einer Kreditpolitik, die den Wohnungsbau von den nicht mehr vertretbaren, zu hohen Zinsen entlastet; anderenfalls sind zur Lösung der Finanzierungsprobleme weitere Staatsausgaben erforderlich.

### 4. Die Eigentumsförderung ist familiengerecht und einkommensabhängig auszugestalten

Durch eine einkommensabhängige und familiengerechte Ausgestaltung der Eigentumsförderung ist sicherzustellen, daß auch kinderreiche Familien mit durchschnittlichem Einkommen ein Eigenheim bauen oder erwerben können.

Die Eigentumsquote ist insbesondere in den städtischen Verdichtungsgebieten nach wie vor noch zu gering. Es ist daher notwendig, die staatlichen Finanzhilfen zur Bildung von Eigentum zugunsten unterer und mittlerer Einkommensgruppen umzuschichten und stärker als bisher auf diese Bedarfsschwerpunkte zu konzentrieren.

Gleichzeitig müssen die staatlichen Finanzhilfen – direkte Subventionen und steuerliche Anreize – nach sozialen Gesichtspunkten familiengerecht und einkommensabhängig ausgestaltet werden.

### 5. Nutzungs- und Gestaltungsspielräume sind zu erweitern

Es sind neue Rechtsformen im Neubau und Bestand zu entwickeln, die den Nutzungs- und Gestaltungsspielraum erweitern und den Mietern von Wohnungen von gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen die Möglichkeit geben, sich baulich und finanziell in ihren Wohnungen stärker als bisher zu engagieren.

### 6. Im freifinanzierten Mietwohnungsbau ist der staatliche Handlungsbedarf begrenzt

Der freifinanzierte Mietwohnungsbau hat seine Berechtigung bei der Wohnraumversorgung für diejenigen Nachfragegruppen, die aufgrund ihres besseren Einkommens ohne staatliche Förderung die Ansprüche des Marktes erfüllen können. Für die staatliche Neuförderung des freifinanzierten Mietwohnungsbau besteht nur ein begrenzter Handlungsbedarf. Soweit die konjunkturelle Entwicklung zusätzliche steuerliche Anreize notwendig macht, sind diese so auszugestalten, daß sie nur bei Investitionen in den Schwerpunkten des erhöhten Wohnbedarfs und gegen Einräumung kommunaler Belegungsrechte gewährt werden.

### 7. Eine sozial gerechte Bestandspolitik muß den Mieter schützen

Für die Wohnversorgung der unteren und mittleren Einkommensgruppen ist eine sozial gerechte Bestandspolitik unverzichtbar. Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum zu Lasten und gegen den Willen ihrer Bewohner muß eingeschränkt werden, denn Eigentumsbildung verliert ihre Berechtigung, wo sie gegen existentielle Belange der Mieter verstößt.

Der Bestand von etwa 4 Mio. Sozialwohnungen ist zu erhalten. Ebenso sind die Bindungen im Sozialwohnungsbestand zu erhalten.

Die Förderung für die Modernisierung von Mietwohnungen ist fortzuentwickeln und zu vereinheitlichen. Sie ist einkommensabhängig auszugestalten. Dabei müssen Voraussetzungen für eine Mietermodernisierung geschaffen werden, die sicherstellen, daß die Aufwendungen der Mieter zu einer bleibenden Verbesserung ihrer Rechtsposition auf der Grundlage eines gerechten Interessenausgleichs mit dem Vermieter führen. Deshalb sind die Initiativen der Bundes- und Landesregierung zu begrüßen, die zur rechtlichen Absicherung und zur Förderung der Wohnungsmodernisierung durch Mieter führen sollen. Ebenso sind die Initiativen der Bundesregierung zu begrüßen, die den Mieter vor Verdrängung schützen wollen bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sowie bei Modernisierungen, die zu untragbaren Mieten führen.

### 8. Das soziale Mietrecht darf nicht angetastet werden

Die Sicherung und weitere Ausgestaltung des sozialen Mietrechts ist unabdingbar erforderlich. Der Mieterschutz steht politisch nicht zur Disposition. Eine auch nur teilweise Freigabe der Mieten im Wohnungsbestand, z. B. durch stufenweise Mietanhebung, ist sozial nicht vertretbar; dahingehende Tendenzen zur „Liberalisierung des Wohnungsmarktes“ bedeuten Einbrüche in das soziale System, die nicht hingenommen werden können.

## 8. Behandlung der Anträge

### 9. Die Reform des Bodenrechts bleibt wichtige Aufgabe

Die Anfang der 70er Jahre von Sozialdemokraten beabsichtigte und vom Parteitag in Hannover 1973 beschlossene Reform des Bodenrechts konnte gegen den Widerstand anderer Parteien nicht verwirklicht werden. Die Folgen zeigen sich heute in der Bodenpreisentwicklung. Die Initiativen von Bundesregierung und Parteivorstand, die die Bodenrechtsdiskussion neu eröffnen, sind deshalb zu beschleunigen und in weitere konkrete Gesetzgebungsvorhaben umzusetzen. Dabei ist auch eine eigentumsrechtliche Lösung vorzusehen.

### 10. Das Bauordnungsrecht ist zu vereinfachen

Die notwendigen Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, das Bauordnungsrecht zu verbessern, werden begrüßt.

### 11. Im Wohnungs- und Städtebau muß Energie gespart werden

Energiepolitische Vorschläge, die den Wohnungsbau und Städtebau betreffen, finden sich im Antrag des Landesvorstandes zur Energiepolitik. Diese sind auch aus wohnungspolitischer und städtebaulicher Sicht zu unterstützen.

- Organisatorische und finanzielle Erleichterung für die Gründung von Zusammenschlüssen von Bauherren und Mietern, um verstärkt auch die Selbst- und Nachbarschaftshilfen (Muskelhypothek) zu ermöglichen.
- Senkung der Baukosten, Bodenpreise und Zinsen.
  - Schärfung der bodenrechtlichen Instrumente (Baugebot, kommunale Entwicklungsmaßnahmen) mit dem Ziel, mehr Bauland zur Verfügung zu haben und die Bodenpreise zu bremsen. Dieses Kurzfristziel macht jedoch eine grundlegende Reform des Bodenrechts nicht überflüssig.
- Ausweisung von zusätzlichem Bauland, insbesondere für den Mietwohnungsbau.
- Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht zu tragbaren Zinsen.
- Unverzichtbar ist die Förderung des Bergarbeiterwohnbaus.

Neben den Wohnungs-Neubau muß eine konsequente Strategie der Bestandssicherung und Bestandspflege treten.

Der Landesparteitag fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, bestehende Instrumente zu nutzen und nötige neue zu schaffen, die helfen können, den Bestand an Wohnungen zu sichern und so zu verhindern, daß durch Abbruch, Leerstand, Luxusmodernisierung und sonstige Nutzungsänderungen insbesondere preiswerter Althausbestand verlorengelht.

### Anhang als Material zu B/1

Antrag-Nr.: B/3  
Antragsteller: Bezirk Westliches Westfalen  
Betreff: Ohne einen verstärkten Wohnungs-Neubau lassen sich die Probleme der Wohnungsver-sorgung nicht lösen

Zu fordern und zu unterstützen sind:

Wir unterstützen die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, daß in einem Sonderprogramm zusätzlich 60.000 Mietwohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau gebaut werden. Diese Wohnungen müssen gezielt in den Bedarfsschwerpunkten und für die dringlichsten Nachfragefälle (Kinderreiche, junge Familien, sozial Schwache) gebaut werden. An der Finanzierung sollen sich Bund, Länder und Gemeinden angemessen beteiligen und zu diesem Zweck auch begrenzt Kredite aufnehmen. Das Bemühen um zusätzlichen Wohnungs-Neubau muß durch flankierende Maßnahmen gestützt werden; dafür kommen in Frage (bei Bund, Ländern und Gemeinden):

- Umlenkung von Teilen der bisher für den allgemeinen Wohnungsbau eingesetzten Mittel (insbesondere progressionsbedingter Mitnehmereffekte) zugunsten des Sozialmietwohnungsbaus für benachteiligte Gruppen.
- Erschwerung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, mindestens sofern nicht der Mieter der Käufer ist.
- Prämienrechtliche und steuerrechtliche Begünstigung der Mietermodernisierung.
- Schaffung eines Instandsetzungsgebotes.
- Einschränkung der Duldungspflicht der Mieter bei Modernisierungen; mieterverdrängende Luxusmodernisierungen sollen vom Mieter nicht hingenommen werden müssen und sollten auch nicht staatlicherseits gefördert werden.
- Verbot von vermeidbarem Wohnungsleerstand, insbesondere über strikte Handhabung von Zweckentfremdungsbestimmungen und erneute Ausdehnung des Anwendungsbereiches dieser Verordnungen auf möglichst viele Gemeinden.
- Eine gesetzliche Rechtsgrundlage für die Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotes ist zu schaffen.
- Gewährung von Umzugsprämien, wenn große Wohnungen für Familien mit Kindern freigemacht werden.

## 8. Behandlung der Anträge

Anhang als Material zu B/1

Antrag-Nr.: B/4  
Antragsteller: UB Dortmund  
Betreff: Sofortprogramm für Wohnungsbau

Der Landesparteitag begrüßt die beachtlichen Leistungen der Landesregierung für den Wohnungsbau. Diese bestehen darin, daß 1981 3.300 Wohnungen mehr gefördert werden als 1980, und zwar bezieht sich die Mehrförderung ausschließlich auf Mietwohnungen. Das bedeutet eine Steigerungsrate von insgesamt 16,5 Prozent (bezogen auf die Mietwohnungen 27,5 Prozent) und ein Gesamtvolumen von 23.300 Wohnungen. Damit leistet das Land Nordrhein-Westfalen einen großen Beitrag zur Behebung des Wohnungsmangels, indem es fast 2,5 Mrd. DM an Förderungs-  
mitteln aufwendet.

Trotzdem reichen auch diese – im Vergleich zu anderen Bundesländern hervorragenden Leistungen – nicht aus, um den akuten Wohnungsmangel zu beseitigen. Allerdings hilft hier nicht das allgemeine Geschrei nach mehr Markt und höheren Subventionen, sondern nur eine gezielte Objektförderung auf breiter Basis.

1. Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der Bund in einem einmaligen Sonderprogramm zusätzlich 100 000 Mietwohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau fördert. Die 1980 im ersten und zweiten Förderungsweg geförderten etwa 30 000 (geschätzt) Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern haben die Bedarfslücke eher größer werden lassen, als dazu beizutragen, sie abzubauen.
2. Darüber hinaus werden die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung aufgefordert, auf folgende flankierende Maßnahmen hinzuwirken:
  - Einführung von niedrigen Zinsen für Hypothekendarlehen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau (gespaltener Kapitalmarkt)
  - organisatorische und finanzielle Erleichterungen für die Gründung von Zusammenschlüssen von Bauherren und Mietern, um verstärkt auch die Selbst- und Nachbarschaftshilfen („Muskelhypothek“) zu ermöglichen
  - steuerliche Anerkennung von Mieterdarlehen für Altenwohnungen bzw. Altenwohnheimplätzen als Aufwendungen für die zusätzliche Altersvorsorge
  - Ermöglichung der steuerlichen Abschreibung von Mieter-Investitionen für die Modernisierung seiner Wohnung sowie prämiesteuerunschädliche Verwendung von Bausparmitteln und Aufnahme der Mietermodernisierung in die Förderung nach dem Bundesländer-Programm.

3. Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, die erforderlichen Initiativen auf Bundes- und Landesebene zu ergreifen, um das System des öffentlich geförderten Wohnungsbaus lastengerechter als bisher auszugestalten. In diesem Zusammenhang sollte auch das Problem der Mietverzerrung im Wohnungsbestand gelöst werden.

4. Die meisten Kommunen haben sich auch bisher schon finanziell am Wohnungsbau beteiligt. In der gegenwärtigen kritischen Situation sollten insbesondere die Kommunen mit besonderem Wohnungsmangel zusätzliche Anstrengungen unternehmen, dies könnte u.a. geschehen durch:

- Überprüfung der kommunalen Prioritäten mit dem Ziel, gegebenenfalls die finanziellen Anstrengungen zumindest vorübergehend zu erhöhen, bis die akuten Probleme der Wohnversorgung gelöst sind.
- Ausweisung von zusätzlichem Bauland, insbesondere für den Mietwohnungsbau.
- Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht zu tragbaren Erbbauzinsen oder Herabsubventionierung der Grundstückspreise auf das Niveau, das den sozialen Wohnungsbau überhaupt erst möglich macht.
- Konsequente Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung und anderer Instrumente wie u.a. Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot, Bau- und Nutzungsgebot, Vorkaufsrecht und Erhaltungssatzungen, um zu verhindern, daß Wohnraum ungenutzt oder aus spekulativen Gründen vernichtet wird. (Zur Unterstützung dieser Maßnahmen sollte auch die Möglichkeit zu einer unbürokratisch zu handhabenden Meldepflicht für leerstehende Wohnungen eingeführt werden.)
- Überlassung von Häusern, die in einigen Jahren abgerissen werden müssen, auf beschränkte Zeit mit niedrigen Mieten, ergänzt durch die Möglichkeit zur Förderung kleinerer Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen durch die Mieter.
- Gewährung von Umzugsprämien, wenn große Wohnungen für Familien mit Kindern freigemacht werden.

Anhang als Material zu B/1

Antrag-Nr.: B/5  
Antragsteller: UB Gelsenkirchen  
Betreff: Wohnungspolitik, Miet- und Bodenrecht

Eine Erhebung der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ in 30 Großstädten hat ergeben, daß bei den Wohnungsämtern rund 250 000 wohnungssuchende Haushalte gemeldet waren, wovon etwa 50 000 bis

## 8. Behandlung der Anträge

80 000 als akute Notfälle anzusehen sind. Das deckt sich mit dem Ergebnis einer Umfrage, die der „Deutsche Städtetag“ im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau durchgeführt hat. Es wird berichtet, daß die Zahl der gemeldeten, aber nicht untergebrachten Haushalte in den Jahren 1974 bis 1978 in allen Ortsgrößenklassen um mehr als 50 Prozent gestiegen ist, was insbesondere für die Großstädte gilt.

Die unverhältnismäßig hohen Mietpreissteigerungen haben zur Verschärfung der Situation beigetragen. Ein vierköpfiger Haushalt muß laut Angaben des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 11,7 Prozent seines Bruttoeinkommens für Miete aufbringen. Im Ruhrgebiet liegt dieser Durchschnittswert bei 14 Prozent. Für das Wohnen in einer freifinanzierten Wohnung ergibt sich eine monatliche Belastung von 23 Prozent des Bruttoeinkommens (für die Kaltmiete).

Die bedarfsgerechte Versorgung aller Bürger mit angemessenem Wohnraum wird zusätzlich erschwert durch die teilweise hohe Quote der „Fehlbelegung“ von preiswerten Sozialwohnungen, die von inzwischen besser verdienenden Mietern blockiert werden, während z. B. junge Familien mit geringerem Einkommen gezwungen sind, in eine teure Wohnung des freifinanzierten Wohnungsbaus auszuweichen. Bundesbauminister Dieter Haak schätzt die Fehlbelegungsquote auf insgesamt etwa 20 Prozent. Zu den Problemgruppen des Wohnungsmarktes zählen allgemein vor allem

- einkommensschwächere Schichten
- junge Familien
- kinderreiche Familien
- Behinderte, die eine behindertengerechte Wohnung brauchen,
- Senioren, die eine Altenwohnung benötigen,
- ausländische Mitbürger.

Der Wohnungsbedarf kann heute nicht mehr an dem bloßen Anspruch, ein Dach über dem Kopf zu haben, gemessen werden. Bedarfsgerechtes Wohnen, das als Grundrecht des Menschen angesehen werden muß, orientiert sich heute an einer ausreichenden Anzahl von Wohnräumen (z. B. genügend Kinderzimmer) und einer bestimmten Grundausstattung (z. B. Bad/WC und Heizung).

Daraus ergibt sich, daß nicht nur dem Neubau von Wohnungen, sondern vor allem auch der Modernisierung und Sanierung erhaltenswerter Bausubstanz besondere Bedeutung zukommt.

Ausreichender, preiswerter und gutausgestatteter Wohnraum ist ein Gebot der Daseinsfürsorge und damit ein wesentlicher Bestandteil vorbeugender Sozialpolitik. Die staatliche Städtebau- und Wohnungspolitik setzt entscheidende Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und Wohlbefinden der Menschen. Daraus folgt, daß Wohnungs-

baupolitik sich nicht allein an Marktprinzipien orientieren darf.

Der Versorgung mit preiswertem Wohnraum stehen jedoch Entwicklungen entgegen, die ohne erhebliche staatliche Gegensteuerung nicht zu bewältigen sind:

- Steigende Baukosten, Bodenpreise und schlechtere Finanzierungsbedingungen haben den Neubau von Sozialwohnungen erheblich reduziert.
- Die Veräußerung und Umwandlung von öffentlich geförderten Mietwohnungen und preiswertem Altbau in Eigentumswohnungen haben zur Verdrängung einkommensschwacher Mieter und erheblichen sozialen Folgeproblemen geführt.
- Die Ausweitung steuerlicher Begünstigungen und die veränderte Prioritätensetzung bei der Verteilung der Fördermittel begünstigen unverträglich die Bezieher höherer Einkommen und Spekulanten, während Mittel für den Mietwohnungsbau immer knapper werden. Es widerspricht sozialdemokratischen Grundsätzen, daß heute ca. drei Viertel der rd. 20 Mrd. DM des staatlichen Förderungsvolumens in die Eigentumsbildung gehen, obwohl der offensichtliche Mangel an preiswerten Mietwohnungen immer deutlicher in Erscheinung tritt und sozialen Konfliktstoff schafft.

### 1. Erhaltung bestehenden Wohnraums

Eine Neuordnung der Wohnungspolitik erfordert wirksame Instrumente gegen verantwortungsloses Gewinnstreben und Spekulantentum von Eigentümern:

- Die Zweckentfremdungsverordnung muß neu geregelt und zur Sicherung des Wohnraums in ganz Nordrhein-Westfalen anwendbar werden. Die Gemeinden müssen bei unbegründetem oder spekulativem Leerstehen von Wohnraum oder andersartiger Nutzung nach fünf Monaten das Recht auf Zwangsbelegung bekommen. Das Bußgeld ist gegenüber den heutigen Sätzen wesentlich zu erhöhen. Es ist eine Meldepflicht für leerstehenden Wohnraum einzuführen.

Über die Genehmigung von Nutzungsänderungen müssen die parlamentarischen Gremien öffentlich entscheiden. Mögliche Auflagen (z. B. Ausgleichszahlungen, Schaffung von Ersatzwohnraum) sind gesetzlich zu sichern.

- Über Abbrucharträge von Wohnraum sollten die parlamentarischen Gremien ebenfalls in öffentlicher Sitzung entscheiden. Es müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Abbrucharträge aus sozialen Gründen (z. B. Erhalt von preiswerten Mietwohnungen) und zur Verhinderung spekulativer Entwicklungen abgelehnt werden können.
- Durch gesetzgeberische Maßnahmen ist der Vorrang des Erhalts von preiswerten Mietwohnungen vor der Umwandlung in Eigentumswohnungen zu sichern. Dafür

## 8. Behandlung der Anträge

ist ein generelles Verbot für die Umwandlung von Sozialwohnungen sowie für preiswerten Altbaubestand in Bereichen mit erhöhtem Wohnbedarf sowie in Sanierungsgebieten vorzusehen.

- Von entscheidender Bedeutung ist eine Neufassung von Modernisierungs- und Instandsetzungsgeboten auf eindeutiger rechtlicher Grundlage. Dabei ist eine generelle Instandsetzungspflicht nach bestimmten Standards zu verankern.

Für die Modernisierung sind wesentlich ausgeweitete öffentliche Programme vorzusehen, die eine Luxusmodernisierung ausschließen. Bei der Modernisierung muß der Mieter gleichrangig einbezogen werden, d.h. auch er muß öffentliche Mittel abrufen können und in Verbindung mit seinen Eigenleistungen einen erheblich ausgeweiteten Mieterschutz erhalten.

### 2. Förderung des öffentlichen Mietwohnbaus

Zur Beseitigung der aktuellen Wohnungsnot ist der Bau von jährlich mindestens 100 000 öffentlich geförderten Mietwohnungen im Bundesgebiet, vor allem in den Ballungsgebieten, erforderlich. Angesichts der knappen finanziellen Möglichkeiten kann dies nur erreicht werden, wenn das Fördersystem geändert wird, und zwar durch

- Umschichtung eines erheblichen Teils der zur Verfügung stehenden Mittel für Eigentumsmaßnahmen zugunsten des Mietwohnbaus.
- Durchforstung aller steuerlichen Maßnahmen mit dem Ziel, sogenannte „Mitnahme-Effekte“ zu verhindern, wobei insbesondere der § 7b kritisch zu prüfen ist. Hierdurch freiwerdende Mittel sind für den öffentlich geförderten Mietwohnbaus insbesondere in Ballungsgebieten einzusetzen.

SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung NRW werden aufgefordert,

- bei der Verteilung der Wohnungsbaumittel von der örtlichen Problemlage der Gemeinden auszugehen. Dazu sind verschiedene Kriterien (z. B. Verhältniszahl der Wohnung/Zahl der Haushalte/Zahl der modernisierungsbedürftigen Wohnungen) neu zu ermitteln.
- Eine Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen dahingehend vorzunehmen, daß im Neubau Kostendämpfungen und damit einerseits niedrige Mieten und andererseits die Förderung von mehr Wohnungen erreicht werden. In Modellen sind die verschiedenen Möglichkeiten (z. B. durch Begrenzung der Bausumme, Einbringung von Mietereigenleistungen) zu erproben.
- Die öffentlich geförderten Wohnungen der Förderungszeiträume 1970 bis 1978 nachträglich zu subventionieren. Das künftige Förderungssystem soll wieder auf Zinssubventionierung umgestellt werden.

Zur Senkung der Gesamtkosten ist die Kreditaufnahme im sozialen Wohnungsbau aus dem allgemeinen Kreditmarkt zu lösen. Öffentliche Wohnungsbauaufwands sind einzurichten. Bei öffentlich gefördertem Mietwohnungsbau ist ein frühzeitige Rückzahlung der öffentlichen Zuschüsse ausgeschlossen, damit dem Wohnungsmarkt preiswerter Wohnraum nicht entzogen wird.

- Der sogenannte Dachausbau darf nicht auf Studentenwohnungen beschränkt bleiben.

### 3. Neuregelung des Boden- und Baurechts

Angesichts der wohnungs- und städtebaulichen Probleme in unseren Ballungsgebieten muß die SPD die Diskussion über die Reform des Bodenrechts wieder aufgreifen und Verbesserungen durchsetzen. Gleichzeitig ist das Bau- und Planungsrecht gemeindefreundlicher zu gestalten.

Dazu gehören:

#### Aufgaben von Bund und Land

- In dieser Legislaturperiode des Bundestages sind die bodenwertabhängigen Steuern zu überprüfen und die schon angekündigte Abschöpfung der leistungslosen Gewinne zu ermöglichen. Befreiungen von der Grunderwerbssteuer und der Grundsteuer sind zu beseitigen.
- Das Enteignungs- und Entschädigungsrecht ist neu zu regeln. Wenn die Ziele der Bauleitplanung hinlänglich konkret sind, können parallel dazu Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Über die bisherigen Möglichkeiten hinaus sollen Enteignungsverfahren auch eingeleitet werden können, um die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu sichern, spekulative Aufkäufe zu verhindern und Baugebote zu beschleunigen. Dafür ist eine an sozialen und städtebaulichen Kriterien orientierte Reform der Bewertungsprinzipien und -verfahren bei der Entschädigung notwendig.
- Zur Durchsetzung städtebaulicher Ziele und zur Verhinderung spekulativer Aufkäufe sollen die Gemeinden grundsätzlich ein preislimitiertes Vorkaufsrecht erhalten. Bei der Festsetzung der Entschädigung ist der Zeitpunkt der Einleitung des Enteignungsverfahrens anzusetzen, erwartete oder mögliche Wertänderungen müssen außer Betracht bleiben.
- Flankierend sind verstärkte Maßnahmen zum Abbau der Bodenhortung notwendig. Das Baugebot muß in seinen Anordnungsvoraussetzungen einfacher gefaßt werden, um vor allen Dingen die städtebaulich notwendige Schließung von Baulücken zu ermöglichen.
- Das Umlegerecht ist weiter zu entwickeln.
- Die Instrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen müssen für die Gemeinden (auch bei kleineren Maßnahmen) leichter anwendbar gemacht werden, d.h. insbesondere

## 8. Behandlung der Anträge

- Vereinfachung der Sanierungsmaßnahmen
- Verbesserung der kommunalen Berufsaufsichts- und Wohnungsaufsichtsrechte sowie der Wohnungspflegegesetze
- Ausweitung von Nutzungsgeboten
- Verbesserte Anwendungsmöglichkeiten von Erhaltungssatzungen mit erhöhtem Rechtsschutz für die Wohnsicherung
- Bessere Anwendbarkeit bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen durch die Rahmenfestsetzung für entsprechende Ortssatzungen.

### 4. Weiterentwicklung des Mietrechts

- Vorrangig muß bei der Weiterentwicklung des Mietrechts der Mieter ein durchgreifendes Mitspracherecht bei Modernisierung mit Vetorechten gegen „Luxusmodernisierungen“ sowie zur Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen bekommen. Ein „Hauskostenbruch“ mit Ausweisung über Höhe und Verwendung von Instandsetzungsmitteln muß dem Mieter jederzeit zugänglich sein.
- Die Lücken in der Praxis des heutigen Mieterschutzes sind zu beseitigen. Hier geht es insbesondere um einen verbesserten Schutz bei spekulativen Verdrängungen.

Für öffentlich geförderte Wohnungen soll ein einheitlicher Mietvertrag oder Dauernutzungsvertrag vorgeschrieben werden.

- Bei der Vergabe von Berechtigungsscheinen für eine öffentlich geförderte Mietwohnung sind die geltenden Einkommensgrenzen regional zu differenzieren und entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu überprüfen.

Der Zuschlag zur Einkommensgrenze für junge Ehepaare, Schwerbehinderte, Aussiedler, Zuwanderer und Gleichgestellte ist anzuheben und jährlich zu überprüfen.

Für Alleinstehende ist ein angemessener Zuschlag zur Einkommensgrenze zu gewähren.

Alleinstehende Personen sind hinsichtlich der Wohnraumbemessung Eltern mit Kindern gleichzustellen.

Für Alleinstehende soll als angemessene Wohnungsgröße von zwei Wohnräumen ausgegangen werden.

### 5. Wohngeld

Beim Wohngeld müssen die Mietobergrenzen und die Einkommensgrenzen jährlich der Entwicklung des Mietniveaus und der Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Die Heizkosten sind effektive Wohnkosten und, dem Sozialhilferecht vergleichbar, angemessen in die anrechnungsfähigen Wohnkosten einzubeziehen.

Die Vereinfachung der Wohngeldvorschriften und die Erläuterung des Gesetzes in eine für alle Bürger leicht verständliche Form ist kurzfristig sicherzustellen.

### Anhang als Material zu B/1

Antrag-Nr.: B/6  
Antragsteller: UB Oberhausen  
Betreff: Wohnungsbau

Eine Wohnung ist kein Gebrauchsgut, auf das der einzelne ganz oder teilweise verzichten kann. Die Versorgung mit ausreichenden und angemessenen Wohnungen zu tragbaren Mieten für alle Bürger kann im Rahmen der Marktwirtschaft nicht gewährleistet werden, auch nicht bei einem gut funktionierenden Wettbewerb. Deshalb ist der Staat zu einer aktiven Wohnungsbaupolitik aufgerufen.

Die Hauptziele der Wohnungspolitik müssen sein

- die Förderung des Neubaus von Wohnungen und
- die Bekämpfung der Kostenentwicklung im Wohnungsbau.

Zur Erreichung dieser Ziele sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Erhöhung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau durch Bund, Länder und Gemeinden;
2. Konzentration der Mittel auf einkommensschwache oder sonst besonders hilfsbedürftige Bevölkerungsgruppen;
3. Erschwerung der vorzeitigen Auflösung der Belegungsbindung von Sozialwohnungen;
4. Eröffnung der Abschreibungsmöglichkeiten von Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen auch für Mieter;
5. Beschränkung der Bausparförderung nur auf die Fälle, in denen die Bausparmittel auch für den Wohnungsbau eingesetzt werden;
6. Wegfall der Abschreibungsmöglichkeiten und sonstiger steuerlicher Vorteile für Immobiliengesellschaften und private Eigentümer, die aus dem Besitz mehrerer Wohnungen Profit erzielen. Dazu gehört auch die laufende Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugesellschaften.
7. Wegfall der enormen Gewinnmöglichkeiten beim Kauf und anschließender Modernisierung von Altbauten. Die Möglichkeiten, Kosten weiterzuwälzen, ist so zu beschränken, daß Luxusmodernisierung, die einkommensschwache Mieter vertreibt, verhindert wird. Das Interesse am Wohnungsneubau soll dadurch gefördert werden.

## 8. Behandlung der Anträge

8. Verpflichtung der Wohnungsbaugesellschaften, ihren Bestand an Sozialwohnungen zu halten. Bei Überführung in Wohnungseigentum muß Ersatz für öffentlich geförderte Sozialwohnungen durch Neubau geschaffen werden.
9. Abschöpfung der Wertsteigerungen von Baugrundstücken, die ohne eigene Leistungen der Eigentümer durch Bauleitplanungen entstehen;
10. Verschärfung der Baugebote durch eine jährliche Abgabe für baureife Grundstücke, um das spekulative Horten von Baugrundstücken nicht länger attraktiv zu machen. Auch Kommunen müssen baureife Grundstücke, die nicht konkret beplant sind für eigene Zwecke, zur Bebauung verkaufen oder in Erbpacht vergeben;
11. Unterstützung von Billigbauformen durch die öffentliche Hand, solange Mindeststandards an Hygiene und Sicherheit nicht unterschritten werden.

Initiativantrag-Nr.: 1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betreff: Abriß, Umwandlung und Leerstellenlassen von Wohnraum, Hausbesetzungen

Immer mehr Menschen machen die Themen Frieden und Gerechtigkeit für alle Lebensbereiche zu ihrem Anliegen. Die SPD ist nach ihrer Geschichte und ihrem Selbstverständnis aufgefordert, diese Entwicklung zu erkennen und zu verarbeiten.

Die von vielen in unserer Gesellschaft empfundene Machtlosigkeit, Abhängigkeit, Anonymität und Resignation trifft vielerorts zusammen mit einer angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wohnungsknappheit besonders in Ballungsgebieten auf der einen Seite und leerstehende Wohnungen auf der anderen Seite sind berechtigter Anlaß zur Kritik.

Mögen auch weitere unterschiedliche Motive hinzukommen, so sind dies doch die beiden Hauptursachen für Ausbrüche des Unmuts, die sich u.a. in Hausbesetzungen äußern. In Kenntnis und unter Berücksichtigung dieser Ursachen stellen die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fest:

Das Recht auf Eigentum wird im Grundgesetz durch das Gebot „Eigentum verpflichtet“ begrenzt. Diese Einschränkung muß insbesondere für das Eigentum an Wohnraum gelten. Die Wohnung ist kein Gut wie jedes andere. Als unverzichtbarer Mittelpunkt der menschlichen Existenz kann sie nicht durch andere Güter ersetzt werden. Die Verfügungsgewalt über Wohnraum darf deshalb nicht mißbraucht werden, indem Häuser zu Spekulationszwecken leerstehen gelassen, trotz Wohnungsmangels in Büro- oder Gewerberäume umgewandelt, heruntergewirtschaftet oder abgebrochen werden.

Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist für uns Sozialdemokraten untrennbarer Bestandteil des Eigentumschutzes. Mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist es unvereinbar, Wohnraum unvertretbar lange leerstehen zu lassen oder aus spekulativen Gründen zu modernisieren und in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Urbane Verödung und weitere soziale Benachteiligung sind die Folge für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind. Derjenige, der ein bewohnbares Haus leerstehen läßt, erzeugt in der gegenwärtigen Situation sozialen Unfrieden.

Die Verbesserung des Angebots preisgünstiger Mietwohnungen in den Ballungsgebieten erfordert neben dem Neubau öffentlich geförderter Wohnungen vor allem die konsequente Sicherung des Bestands an Wohnraum. Die Sozialdemokraten begrüßen deshalb die zunehmenden Bemühungen der Kommunen, die Vernichtung von Wohnraum zu verhindern und die ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente wirksam zu nutzen. Von diesen sind hervorzuheben:

- Die novellierte Fassung der Zweckentfremdungsverordnung, deren Geltungsbereich auf den größten Teil der Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens ausgeweitet wurde.
- Die Ausweisung der Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf durch die vorzeitige Ablösung der öffentlichen Bindung von Sozialwohnungen verhindert wird.
- Der Erlaß an die Träger von Sanierungs- und Stadterneuerungsmaßnahmen, Leerstellenlassen von Wohnraum für eine längere Zeit als drei Monate zu verhindern und Zwischennutzungen zu ermöglichen.
- Die verschiedenen Programme des Landes, durch Modernisierung, Um- und Ausbau die Wohnqualität im Altbaubestand zu erhöhen.

Initiativantrag-Nr.: I/5

Antragsteller: 6. Ordentlicher Landesparteitag

Betreff: Wohnrecht für derzeitige Mieter und Sicherung des Altwohnungsbestandes

Der Landesparteitag der SPD-NW nimmt mit Sorge zur Kenntnis, daß:

- die Ruhrkohle AG mittelfristig das Bewirtschaftungsrecht von rd. 14 000 Wohnungen im Ruhrgebiet zwischen Duisburg und Unna nach Auslaufen der Ruhrkohlegründungsverträge aufgeben muß.
- Estel Hoesch mehrere Tausend Wohnungen an Dritte verkauft hat oder verkaufen will.

Der Parteitag stellt fest, daß:

- trotz Anerkennung der Tatsache, daß sich aus der Verlagerung der Betriebsstandorte nach Norden oder des Zustandes von Wohnungen Konsequenzen für die Bewirtschaftung durch die RAG ergeben,

## 8. Behandlung der Anträge

- trotz Anerkennung der Tatsache, daß Estel Hoesch mit dem Verkauf von Grundeigentum die finanziellen Voraussetzungen zur Erhaltung der Stahlbasis Dortmund schaffen will,

die sich hieraus ergebenden Maßnahmen nicht zu Lasten der derzeitigen Mieter gehen dürfen.

Eine Veränderung dieser Menschen, die zu großen Teilen der Belegschaft angehören oder angehört, muß verhindert werden.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den betroffenen Städten und Gemeinden und in Abstimmung mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß:

- Zur Veränderung anstehendes Wohnungseigentum von Estel Hoesch oder anderen Bergbaualtgesellschaften entweder direkt an die derzeitigen Mieter verkauft wird oder daß anderenfalls das Wohnrecht der derzeitigen Mieter langfristig vertraglich festgeschrieben wird. Es ist hierbei zu prüfen, ob es möglich ist, diesen Wohnungsbestand durch eine landeseigene Gesellschaft gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit kommunalen/ gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften zu erwerben und zu sichern,
- die RAG nur dann auf ihr Bewirtschaftungsrecht verzichtet, wenn ein langfristiges Wohnrecht für die derzeitigen Mieter gesichert ist.

Hausbesetzungen sind kein geeignetes Mittel, einen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes zu leisten. Hausbesetzungen verletzen die Eigentumsrechte anderer, und zwar auch dann, wenn in ihnen berechtigte Kritik an Auswüchsen, Eigentumsmißbräuchen und sozial schädlichem Verhalten zum Ausdruck kommt.

Alle Auseinandersetzungen um den richtigen Weg zur Lösung der Probleme müssen sich im Rahmen der Rechtsordnung bewegen. Wo die bestehenden rechtlichen Vorschriften, insbesondere im Bereich des Wohnungsrechts, sich als mangelhaft oder veraltet erweisen, müssen sie geändert und dadurch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums konkretisiert werden. Dazu sind wir Sozialdemokraten bereit, dafür werden wir uns überall einsetzen.

Für Sozialdemokraten ist die gegenwärtige Situation Anlaß zum schnellen politischen Handeln. Das Recht auf angemessene Versorgung mit Wohnungen in einem humanen Wohnumfeld darf nicht privaten Gewinninteressen überlassen bleiben.

Durch politisches Handeln muß versucht werden, Hausbesetzungen zu vermeiden und Hausbesetzungen zu beenden. Staatliche Gewalt sollte immer nur das letzte Mittel sein. Der Einsatz polizeilicher Mittel darf politisches Handeln nicht ersetzen.

### Antragsgruppe D – Friedens- und Sicherheitspolitik

Antrag-Nr.: D/1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betreff: Friedens- und Sicherheitspolitik

Ausgehend vom Berliner Parteitagsbeschluß vom 5. Dezember 1979 zur Friedens- und Sicherheitspolitik beschließt der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD:

Die SPD in NRW unterstreicht die Entschlossenheit, die Politik der Friedenssicherung und Entspannung fortzusetzen, die von der sozial-liberalen Koalition entwickelt und im Einvernehmen mit den Bündnispartnern verfolgt worden ist.

Sicherheit und Zusammenarbeit in und für Europa müssen im gemeinsamen Interesse des Friedens ausgebaut werden. Sicherheit verlangt eine Politik des annähernden Gleichgewichts, nach sozialdemokratischer Auffassung auf möglichst niedrigem Niveau. Eine Position der Überlegenheit oder der Unterlegenheit macht Entspannungspolitik schwieriger, nicht leichter.

Sicherheit ist nur auf der Basis des Bündnisses und seiner Beschlüsse möglich.

Sie verlangt Vereinbarungen zwischen Ost und West mit dem Ziel, zu gegenseitigen und ausgewogenen Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu gelangen.

Die auf allseitige, gleichwertige und kontrollierte Abrüstung gezielte Politik der Entspannung, die von der Regierung Brandt begonnen und von der Regierung Schmidt fortgesetzt wird, ist auf Dauer die einzig friedenssichernde Politik.

Weltweit zunehmende Krisen und Spannungen zwischen den Blöcken gefährden den Frieden. Es ist die Aufgabe der SPD, in dieser Situation der Politik der Entspannung in unserem Lande und durch unser Land in der Welt neue Impulse zu geben und einer Politik des Wettrüstens und des Übergewichtes zu widerstehen.

Die SPD in NRW unterstützt Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinen Bemühen um Gleichgewicht der Kräfte, um Rüstungsbegrenzung und um friedliche Zusammenarbeit auch mit den östlichen Nachbarn.

Inner- und außerhalb der SPD sind verschiedene Aspekte der Sicherheitspolitik in letzter Zeit mit hohem Engagement und teils kontrovers diskutiert worden. Diese Diskussion war und ist in ihren sachlichen Teilen ein Zeichen für die politische Wachsamkeit breiter Kreise der Gesellschaft und für den Willen, daran festzuhalten, daß die Sicherheit unseres Landes gewährleistet und gleichzeitig intensive Bemühungen um Entspannung fortgesetzt werden müssen.

## 8. Behandlung der Anträge

Bei allen zu Tage tretenden Kontroversen über den Weg sind sich dabei Sozialdemokraten in dem Ziel einig, zu einer allseitigen, gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung zu gelangen.

Der Einsatz vieler Menschen in unserem Lande für den Frieden ist ein gutes Zeichen. Er macht deutlich, daß die Bürger nicht an eine Politik der Stärke glauben und nicht daran, daß allein Waffen Frieden sichern können. Die Sozialdemokraten werden sich an diesem Gespräch intensiv beteiligen.

Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie – möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa – eine Position der Stärke erlangen? Es bestehen auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses.

Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für sie lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen auf sowjetischer, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper (cruise missiles) auf amerikanischer Seite die Spirale des Wettrüstens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen.

Die SPD in NRW erwartet daher von der Bundesregierung und unseren Verbündeten, daß sie durch Verhandlungen mit der Sowjetunion weiterhin darauf drängen, daß die Sowjetunion keine weiteren Mittelstreckenraketen stationiert, daß bereits dort stationierte Mittelstreckenwaffen abgebaut werden und damit die in Aussicht genommene Nachrüstung in Westeuropa unnötig gemacht wird. Im Rahmen dieser Verhandlungen sind auch Zwischenlösungen denkbar, die Moratorien enthalten.

Die Sozialdemokraten haben in ihrem Berliner Parteitagbeschuß festgestellt, daß Verhandlungen zur Verhinderung der Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa unbedingt Vorrang haben. Sie lehnen daher im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung und im Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen einen von Verhandlungen unabhängigen „Prozeß der Modernisierung der euro-strategischen Atomwaffen“ ab.

Ein Verschleppen der politisch gebotenen Verhandlungen stünde im Widerspruch zum Nato-Doppelbeschuß vom Dezember 1979. Auf keinen Fall darf es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen, womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, kommen.

Die SPD in NRW bekräftigt die Aussage des Berliner Parteitagsbeschlusses vom 5. Dezember 1979: „Der Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse müssen es den Politikern der Nato jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig zu revidieren.“ Sie erwartet deshalb, daß auf dem Bundesparteitag 1982 eine Bestandsaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen als Grundlage für weitere sicherheitspolitische Schritte vorgelegt wird.

Die Bundeswehr hat im Rahmen des Nato-Bündnisses ausschließlich einen Verteidigungsauftrag. Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee und hat unser Vertrauen. Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst.

Antrag-Nr.: D/4  
Antragsteller: UB Essen  
Betreff: Entspannungspolitik – Gegen U-Boot-Lieferung nach Chile und Waffengeschäfte

Der Landesparteitag lehnt die Lieferung von U-Booten nach Chile, Lieferung der Panzer und anderer Waffen nach Saudi-Arabien entschieden ab. Er fordert die Bundestagsfraktion darüber hinaus auf, endlich von ihrem selbstbeschlossenen Anhörungsrecht bei allen Waffengeschäften Gebrauch zu machen, damit auch der heimliche Waffenexport unterbleibt.

Er fordert die Bundestagsfraktion auf, im Sinne des Berliner Parteitagsbeschlusses verstärkt zu kontrollieren, daß das Kriegswaffenkontrollgesetz eingehalten und soweit erforderlich ergänzt wird.

Er tritt dafür ein, daß

- keine Waffen außerhalb des Nato-Bereiches geliefert werden
- Kooperation beim Bau von Waffen mit Nato-Partnern nur dann zuzulassen ist, wenn der jeweilige Partner sich verpflichtet, die Waffen nicht an Länder außerhalb des Bündnisses zu liefern
- keine Lizenzen an Staaten außerhalb des Bündnisses vergeben oder verkauft werden
- ein Verbot der Rüstungswerbung verhängt wird
- die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung statistisch erfaßt und veröffentlicht wird.

Die Rohstoffinteressen der Bundesrepublik können weder durch Eingreiftruppen noch durch Waffenexporte an Rohstofflieferanten, sondern nur durch den sozialen Ausgleich, wie es von Willy Brandt formuliert wurde, zwischen Nord und Süd abgesichert werden.

### Antragspolitik E -- Bildungspolitik

Entschließungsantrag: I/2

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW  
Betreff: Gesamtschule

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, das Gesetzgebungsverfahren zur Gleichstellung der Gesamtschule so zügig zu betreiben, daß das Gesetz am 1. August 1981 in Kraft treten kann.

Dabei muß das Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl 1980 weiterhin verbindliche Zielvorgabe sein:

„Die SPD wird die Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule neben den bestehenden Schulformen ausbauen. Das bedeutet: Wir werden überall dort Gesamtschulen errichten, wo Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen. Wir halten die Gesamtschule für die Schulform, die am ehesten den Anforderungen der modernen Gesellschaft gerecht wird und in der sich Chancengleichheit und bestmögliche Förderung, humane Atmosphäre und vielseitige Bildung am ehesten verwirklichen lassen. Für uns Sozialdemokraten gilt in der Bildungspolitik: Fördern statt Auslese. Gegen die Gesamtschulen setzen die Konservativen die von sozialer Herkunft und Einkommen der Eltern abhängige Zuteilung von Bildungschancen.“

Bei der Erfüllung dieses Wahlversprechens sind für die SPD Nordrhein-Westfalen folgende Positionen unverzichtbar:

1. Die Gesamtschule wird aus dem Gesamtschulversuch entlassen.
2. Die Gesamtschule wird anschließend als integrierte Gesamtschule geführt.
3. Die Gesamtschule wird eine gleichberechtigte und gleichwertige Schulform.
4. Nachdem der Bedarf für Hauptschulen, Gymnasien und Realschulen in Nordrhein-Westfalen weitgehend erfüllt worden ist, ist die Erfüllung des Bedarfs nach Gesamtschulen jetzt eine Aufgabe hoher politischer Priorität. Der Wille der Eltern, die für ihre Kinder Gesamtschulen wollen, muß verwirklicht werden können.
5. Der Wille der Eltern, die ihre Kinder weiter auf herkömmliche Schulen schicken wollen, ist zu respektieren. Bestehende schulformspezifische Angebote herkömmlicher Schulen dienen dieser Elternnachfrage. Dabei gibt es auch in Zukunft keinen Bestandsschutz für Einzelschulen.
6. Damit die Gesamtschule ihre Aufgabe der sozialen Integration besser erfüllen kann, ist sie in der Regel als Ganztagschule zu führen.

7. Auch im ländlichen Raum muß es Gesamtschulen geben. Angesichts der geringer werdenden Schülerzahlen und um auch Schulträgern im ländlichen Raum die Möglichkeit zu geben, eine Gesamtschule zu errichten, soll die Gesamtschule die Hauptschule ersetzen können. Dies ist geboten, weil die Gesamtschule allein in der Lage ist, für ein wohnortnahes, vollständiges Schulangebot zu sorgen, in dem alle Bildungsgänge vorhanden sind und alle Abschlüsse erreicht werden können.
  8. Es ist zu prüfen, ob Kreise verpflichtet werden sollen, Gesamtschulen einzurichten, wenn in einzelnen kreisangehörigen Gemeinden kein ausreichendes Schüleraufkommen gegeben ist.
  9. Die Gesamtschule ist eine Schule der Sekundarstufen I und II. Die Sekundarstufe II wird in der Regel als gymnasiale Oberstufe geführt. Sie ist für weitere Entwicklungen offen zu halten (Kollegschule).
  10. Für die Gesamtschule sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen, ihre Aufgabe uneingeschränkt erfüllen zu können. Die Schüler-Lehrer-Relation muß der besonderen pädagogischen Aufgabe der Gesamtschule gerecht werden.
  11. Für die Gesamtschule muß eine Mindestgröße (Mindestzügigkeit) vorgesehen werden, damit sie allen fachlichen Anforderungen – insbesondere den Differenzierungsmöglichkeiten ab Klasse 7 – genügen kann.
  12. Es ist einer Entwicklung entgegenzutreten, daß durch zu kleine Schulen, die den pädagogischen und fachlichen Mindestansprüchen nicht genügen, die Errichtung leistungsfähiger Gesamtschulen verhindert wird.
  13. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Gleichstellung der Gesamtschule sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Gesetz in der Praxis verwirklicht wird. Dazu gehört die baldige Verabschiedung der Rechtsverordnung über die Schulentwicklungsplanung.
- Die SPD Nordrhein-Westfalen begrüßt, daß die Landesregierung die Gesetzesinitiative ergriffen und den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes (gesetzliche Gleichstellung der Gesamtschule) im Landtag eingebracht hat. Die SPD Nordrhein-Westfalen stimmt der Fassung des Gesetzes zu, die die SPD-Landtagsfraktion einstimmig beschlossen hat, nachdem deren Forderungen in den Gesetzentwurf aufgenommen waren. Die SPD Nordrhein-Westfalen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, den vorliegenden Gesetzentwurf, den die SPD Nordrhein-Westfalen als bedeutsamen Beitrag zur Herstellung eines sozial gerechten Bildungssystems ansieht, im Landtag zu verabschieden.
- Die SPD Nordrhein-Westfalen fordert, daß alle Beteiligten über die gesetzliche Gleichstellung der Gesamtschule umfassend informiert werden.

## 8. Behandlung der Anträge

Die SPD Nordrhein-Westfalen ruft die Gemeinden Nordrhein-Westfalens auf, das Gesetz so auszuschöpfen, daß möglichst viele Gesamtschulen gegründet werden. Ziel muß es sein, daß jeder Schüler in Nordrhein-Westfalen eine Gesamtschule in zumutbarer Weise erreichen kann.

Die SPD Nordrhein-Westfalen unterstützt und trägt die Elterninitiativen in den Gemeinden mit, die für die Errichtung neuer Gesamtschulen eintreten.

Die SPD Nordrhein-Westfalen wird verstärkt für die Gesamtschule werben und deutlich machen, daß die Gleichstellung der Gesamtschule das zentrale bildungspolitische Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode darstellt.

### Antragsgruppe H – Organisationspolitik

Antrag-Nr.: H/1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand

Betreff: Ergänzung der Landessatzung der SPD in  
Nordrhein-Westfalen

Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Name, Sitz, Tätigkeitsgebiet

§ 1

(1) Die Landesorganisation Nordrhein-Westfalen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führt den Namen SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. Der Landesverband ist weitere Organisationsgliederung im Sinne des § 8 Abs. 3 des Organisationsstatus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gebietsverbände der jeweils höchsten Stufe im Sinne des § 3 des Parteiengesetzes sind die Bezirke und der von ihnen gebildete Landesverband.

(2) Sein Tätigkeitsgebiet ist das Land Nordrhein-Westfalen.

(3) Der Sitz des Landesverbandes ist Düsseldorf.

Organe

§ 2

Die Organe des Landesverbandes sind

1. der Landesparteitag,
2. der Landesvorstand,
3. der Landesausschuß.

Landesparteitag

§ 3

(1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes.

(2) Er setzt sich zusammen

1. aus 300 von den Bezirksparteitagen gewählten Delegierten. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den voraufgegangenen vier Quartalen vor Einberufung des Landesparteitages Mitgliederbeiträge beim Parteivorstand abgerechnet worden sind. Die Bezirkssatzungen können bestimmen, daß die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten durch die Unterbezirksparteitage erfolgt.
2. aus den gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes.

(3) Mit beratender Stimme nehmen am Landesparteitag teil

die gewählten Mitglieder des Landesausschusses, die Mitglieder der Landeskontrollkommission, die vier Bezirksvorsitzenden, je ein Vertreter der auf Landesebene bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften, der Vorsitzende der SGK NRW e.V., der Vorsitzende und fünf weitere zu bestellende Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion NRW, die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundes- und des Landeskabinetts Nordrhein-Westfalen, die Geschäftsführer beim Landesverband, die Bezirksgeschäftsführer.

§ 4

(1) Der Landesparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer, wählt das Präsidium und bestimmt die Geschäftsordnung. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.

(2) Über die Verhandlungen des Landesparteitages wird ein Beschlußprotokoll angefertigt. Die Beschlüsse sind durch zwei Mitglieder des Präsidiums des Landesparteitages zu beurkunden.

§ 5

(1) Ein ordentlicher Landesparteitag findet alle zwei Jahre statt. Er ist vom Landesvorstand spätestens zwei Monate vorher mit Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung schriftlich einzuberufen.

(2) Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sind spätestens sechs Wochen vorher beim Landesvorstand einzureichen, der sie spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag mit einer Stellungnahme der Antragskommission in der gleichen Weise wie die Einberufung bekanntzugeben hat.

(3) Anträge aus der Mitte des Landesparteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Landesparteitag dem zustimmt. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.

## 8. Behandlung der Anträge

- (4) Die Antragskommission besteht aus je drei von jedem Bezirk und dem Landesvorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Landesvorstand einzuladen.

### § 6

Zu den Aufgaben des Landesparteitages gehören:

1. die Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Landesvorstandes, der Landeskontrollkommission und der Landtagsfraktion,
2. die Wahl des Landesvorstandes, der Landeskontrollkommission und eines Mitglieds für den Parteirat auf zwei Jahre,
3. die Beschlußfassung über die Berichte nach Nr. 1 und über die eingegangenen Anträge,
4. die Beschlußfassung über ein vom Landesausschuß und Landesvorstand vorzulegendes Wahlprogramm für die Landtagswahlen.

### § 7

- (1) Ein außerordentlicher Landesparteitag findet statt
  - a) auf Beschluß des Landesparteitages,
  - b) auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Landesvorstandes,
  - c) auf Beschluß des Landesausschusses,
  - d) auf Beschluß von zwei Bezirksvorständen.
- (2) Er ist spätestens zwei Wochen vorher einzuberufen. Anträge sind spätestens fünf Tage vor Beginn des außerordentlichen Landesparteitages bekanntzugeben.
- (3) Im übrigen gelten die §§ 3 und 4.

### § 8

Für die Beschlußfassung über die Landesreservelisten für Bundestags- und Landtagswahlen treten besondere Landesdelegiertenkonferenzen zusammen, die sich nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 zusammensetzen. Die Abstimmungen über die Landesreservelisten sind geheim.

### Landesvorstand

#### § 9

- (1) Die Leitung des Landesverbandes obliegt dem Landesvorstand. Der Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Landespolitik.  
Der Landesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und fünfzehn Beisitzern.
- (2) Die Wahl des Landesvorstandes erfolgt durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.

Nacheinander werden gewählt:  
der Landesvorsitzende,  
die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen,  
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.

- (3) Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.
- (4) Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.
- (5) Der Landesvorstand beschließt über die Teilnahme weiterer beratender Mitglieder.

### Landesausschuß

#### § 10

- (1) Der Landesausschuß besteht aus sechzig in den Bezirken in geheimer Abstimmung auf jeweils höchstens zwei Jahre zu wählenden stimmberechtigten Vertretern. Wiederwahl ist zulässig.

Jeder Bezirk entsendet fünf Vertreter; die Verteilung der restlichen vierzig Vertreter auf die Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen Mitgliederbeiträge beim Landesvorstand abgerechnet worden sind.

Gewählte Mitglieder des Landesvorstandes können dem Landesausschuß nicht als ordentliche Mitglieder angehören.

- (2) Mit beratender Stimme nehmen teil:  
die gewählten Mitglieder des Landesvorstandes,  
die Mitglieder der Landeskontrollkommission,  
die vier Bezirksvorsitzenden,  
je ein Vertreter der auf Landesebene bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften,  
der Vorsitzende der SGK NRW e. V.,  
der Vorsitzende und fünf weitere zu bestellende Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion NRW,  
die sozialdemokratischen Mitglieder des Landeskabinetts NRW,  
die Geschäftsführer beim Landesverband,  
die Bezirksgeschäftsführer.
- (3) Der Landesausschuß kann über die Teilnahme weiterer beratender Mitglieder beschließen.
- (4) Der Landesausschuß wählt einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter.
- (5) Der Landesausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen. Auf Antrag des Landesvorstandes oder eines Bezirksvorstandes muß er einberufen werden.

#### § 11

Der Landesausschuß ist anzuhören vor Beschlüssen des Landesvorstandes über grundsätzliche landespolitische und organisatorische Fragen sowie über die Vorbereitung der Landtagswahlen.

### Landeskontrollkommission

#### § 12

- (1) Der Landesparteitag wählt für die Dauer der Amtsführung des Landesvorstandes eine Landeskontrollkommission, die aus fünf Mitgliedern besteht. Die Mitglieder der Landeskontrollkommission dürfen dem Landesvorstand oder dem Landesausschuß nicht angehören.
- (2) Der finanzielle Teil des vom Landesvorstand dem Landesparteitag zu erstattenden Tätigkeitsberichtes ist vor der Berichterstattung durch die Landeskontrollkommission zu überprüfen.

#### § 13

- (1) Diese Landessatzung kann nur von einem Landesparteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.
- (2) Anträge auf Abänderung der Landessatzung können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die § 5 Abs. 2 vorschreibt, veröffentlicht worden sind. Abweichungen müssen auf dem Landesparteitag mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden.

#### § 14

Diese Landessatzung tritt mit der Beschlußfassung am 27. Juni 1981 in Kraft.



Der Vorsitzende der Antragskommission,  
Christoph Zöpel,  
während der Antragsberatung.

## Wortlaut der überwiesenen Anträge

Antrag-Nr.: A/9  
Antragsteller: UB Bottrop  
Betreff: Kohlevorrangpolitik

Landesvorstand, Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, die sich aus der Kohlevorrangpolitik ergebenden Notwendigkeiten für die Bergbaugemeinden festzustellen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Daher wird gefordert, daß

1. die im Gefolge des Steinkohleanpassungsgesetzes von Mai 1968 entstandenen finanziellen Benachteiligungen für die Bergbaugemeinden aufgehoben werden,
2. die in den Bergbaugemeinden aus dem Transport und der Aufhaltung von Bergematerial entstehenden zusätzlichen Belastungen gemildert und entsprechende Ausgleichszahlungen an die Bergbaugemeinden geleistet werden,
3. verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Bergbaugebieten durchgeführt werden,
4. die sich aus dem zum 1. 1. 1982 wirksam werdenden Bundesberggesetz ergebenden Einschränkungen in den Planungsrechten der Bergbaugemeinden in der Weise berichtigt werden, daß durch den Erlaß einer Rechtsverordnung der Landesregierung nach § 54 Abs. 2 des Bundesberggesetzes die Zulassung von Betriebsplänen über die Lagerung oder Ablagerung von Bodenschätzen, Nebengestein und sonstigen Massen an das Einvernehmen der jeweiligen Standortgemeinde gebunden wird.

Antrag-Nr.: A/10  
Antragsteller: UB Rhein-Sieg  
Betreff: Wirtschaftsförderung in besonderen  
Regionen

Am 15. 8. 1978 wurden die Richtlinien über die Gewährung von Investitionshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen (re-

gionales Wirtschaftsprogramm) neu gefaßt. Trotz mehrfacher Eingaben sowohl an die Landesregierung Düsseldorf als auch an die zuständigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, ist das Gebiet der Gemeinde Windeck nicht in das Fördergebiet aufgenommen worden.

Maßgebend für die Nichtaufnahme ist die Zuordnung der Gemeinde Windeck in die Arbeitsmarktregion Köln/Bonn. Die hier festgeschriebenen Werte werden auch auf die Gemeinde Windeck ausgedehnt und verwischen zwangsläufig das Gesamtbild.

Es ist unverständlich, daß für den Bereich des Oberbergischen Kreises eine Teilarbeitsmarktregion Gummersbach gebildet wurde, mit den Fördergebieten Waldbröl, Morsbach und Reichshof, jedoch eine Aufnahme von Windeck unterblieben ist.

Im übrigen werden in den unmittelbar angrenzenden Gemeinden des rheinland-pfälzischen Bereiches ebenfalls erhebliche Investitionszulagen gewährt und diese Gemeinden als Fördergebiete ausgewiesen.

Die Gemeinde Windeck ist demnach wie eine Zange von Fördergebieten umschlossen, ohne selbst eine entsprechende Wirtschaftsförderung vornehmen zu können. Bei näherer Betrachtung der gesamten Angelegenheit ist festzustellen, daß die Gemeinde Windeck mit Sicherheit die gleichen Strukturdaten aufweist wie die entsprechenden Nachbargemeinden. Durch die Gewährung von Investitionshilfen usw. im Bereich der Nachbargemeinden muß die Gemeinde Windeck in Zukunft immer im Wettbewerb bei Neuansiedlungen, Auslagerungen und Erweiterungen unterliegen. Die Betriebe erhalten in den genannten Fördergebieten erhebliche Investitionszulagen; weiterhin zu einem außerordentlich günstigen Preis erschlossene Baugrundstücke.

Bisher konnten die ansässigen Betriebe in zähen Verhandlungen dazu gebracht werden, ihren Betrieb innerhalb der Gemeinde Windeck beizubehalten. Aufgrund der fehlenden Wirtschaftsförderung war es nicht möglich, neue Betriebe anzusiedeln und dadurch verlorengegangene Arbeitsplätze (Konkurs Hermes - ca. 300 Arbeitsplätze) auch nur annähernd anzugleichen.

Es wird beantragt zu beschließen:

„Die Richtlinien sollen dahingehend geändert werden, daß die Gemeinden des östlichen Rhein-Sieg-Kreises (z.B. Windeck, Eitorf, Ruppichterath) in das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm durch Bildung einer Teilarbeitsmarktregion aufgenommen werden, damit verhindert wird, daß für die Zukunft zu erwartende Abwanderungen in die benachbarten Fördergemeinden erfolgen und einer dadurch erheblichen Verschlechterung der Finanzsituation dieser Gemeinden entgegengewirkt werden kann.“

## 8. Behandlung der Anträge

Antrag-Nr.: A/13  
Antragsteller: OV Mönchengladbach-Stadtmitte  
Betreff: Änderung der statistischen Erfassung von  
Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für  
Arbeit

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die statistische Erfassung der Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeit geändert wird.

Ziel der Änderung muß es sein, das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit durch diese Statistik darstellen zu können. Es darf zukünftig nicht mehr möglich sein, daß bestimmte Personengruppen, die in Wirklichkeit arbeitslos sind, von der Arbeitslosenstatistik nicht mehr erfaßt werden.



Während einer Beratungspause.



Die Stimmzettel werden eingesammelt.

# 9. Wahlen

**Die Wahlen wurden nach der angenommenen Geschäftsordnung durchgeführt.**

**Wahlergebnisse:**  
318 Stimmberechtigte

**a) Wahl des Landesvorsitzenden**

**Johannes Rau**  
318 abgegebene Stimmen  
316 davon gültig  
2 davon ungültig  
292 Ja-Stimmen  
20 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

**b) Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden**

**Antje Huber**  
315 abgegebene Stimmen  
313 davon gültig  
2 davon ungültig  
217 Ja-Stimmen  
82 Nein-Stimmen  
14 Enthaltungen

**Christoph Zöpel**  
314 abgegebene Stimmen  
311 davon gültig  
3 davon ungültig  
217 Ja-Stimmen  
81 Nein-Stimmen  
13 Enthaltungen

**c) Wahl der Beisitzer**  
312 abgegebene Stimmen  
306 davon gültig  
6 davon ungültig

**Franz-Josef Antwerpes**  
222 Ja-Stimmen  
**Friedhelm-Julius Beucher**  
184 Ja-Stimmen



**Friedhelm Farthmann**  
249 Ja-Stimmen  
**Reinhard Grätz**  
234 Ja-Stimmen  
**Helmut Hellwig**  
205 Ja-Stimmen  
**Waltraud Hessedenz**  
218 Ja-Stimmen  
**Werner Kuhlmann**  
237 Ja-Stimmen  
**Rainer Maedge**  
239 Ja-Stimmen  
**Horst Niggemeier**  
185 Ja-Stimmen  
**Diether Posser**  
288 Ja-Stimmen  
**Helga Schmedt**  
218 Ja-Stimmen  
**Hans Schwier**  
231 Ja-Stimmen  
**Hilmar Selle**  
193 Ja-Stimmen  
**Gerd Wendzinski**  
216 Ja-Stimmen  
**Fritz Ziegler**  
252 Ja-Stimmen

**d) Wahl der Mitglieder der Landeskontrollkommission**

293 abgegebene Stimmen  
289 davon gültig  
4 davon ungültig  
**Max Archimowitz**  
275 Ja-Stimmen  
**Hans Kalkbrenner**  
272 Ja-Stimmen  
**Karl Mirus**  
278 Ja-Stimmen  
**Wilfried Mittelberg**  
276 Ja-Stimmen  
**Rainer Verhoeven**  
280 Ja-Stimmen

**e) Wahl eines Mitglieds des Parteilates**

**Christoph Zöpel**  
293 abgegebene Stimmen  
289 davon gültig  
4 davon ungültig  
202 Ja-Stimmen  
75 Nein-Stimmen  
12 Enthaltungen

Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

# 10. Schlußwort Johannes Rau

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich will zum Schluß unseres Parteitages nur ein paar Bemerkungen machen.

Den Parteitag werden morgen, übermorgen und in den nächsten Tagen die Medien bewerten, das brauchen wir nicht zu tun. Aber wir sollten deutlich sagen: Diese Partei ist nicht so schlecht, wie sie von vielen gemacht wird. Ich will damit ausdrücken, wie wichtig es für mich heute war, wie Menschen argumentiert haben, wie Menschen andere überzeugt haben, wie daraufhin einige Positionen verlassen haben und das getan haben ohne Verlust ihrer Glaubwürdigkeit und ohne Verlust der uns gemeinsam bewegenden und hoffentlich in Zukunft antreibenden Ziele. Das scheint mir ein gutes Ergebnis dieses Parteitages zu sein.

Daß mich das Stimmenergebnis bewegt, will ich aussprechen. Ich habe, nachdem das Ergebnis bekannt wurde, den Weg ans Mikrofon nicht gemacht, weil ich der Meinung war, daß ich nicht ein Zwischenstück einlegen sollte. Aber ich will Euch sagen: Wenn man jetzt vier Jahre Vorsitzender hier im Land und fast drei Jahre Ministerpräsident ist, dann gibt es ja auch mal Situationen, in denen man sich selber sagt, das ist alles zu viel, oder, wo man von anderen gesagt bekommt, mach' nicht so viel, Du verschleißt Dich. Wenn man dann ein solches Ergebnis bekommt wie heute, dann ist das Anlaß zum Dank, und dann ist das eine Ermunterung für die nächste Etappe. Dafür möchte ich allen danken, und ich sage das auch für alle, die heute gewählt worden sind.



Wenn heute abend noch Gelegenheit zur Heiterkeit wäre, dann würde ich Euch gerne vorlesen, was die CDU unseres Landes zum Verlauf des Parteitages öffentlich erklärt hat. Das hat sie sinnvollerweise schon gemacht, bevor die Antragsberatungen begonnen hatten. Da sieht man: Die sind nicht nur vom Morgen, die sind vom Vormittag.

Ich zitiere: „Keine einzige Antwort haben wir gegeben. Jeder konkreten Antwort sind wir ausgewichen.“ Und die Jusos waren gar nicht hier, da steht nämlich: „In Abwesenheit der sich auf ihrem Kongreß in Lahnstein mit der Partei streitenden Jusos“. Und da bin ich natürlich „1. entscheidungsschwach und 2. der Feuerwehrmann der Bonner Baracke“.

– Wie gut, daß die nicht mehr aus Holz ist, daß wir die umgebaut haben!

Das geht da noch so weiter und dann kommt eine Sache, da kann man eigentlich schon nicht mehr mit Heiterkeit reagieren: „In diesem Zusammenhang muß es sich die CDU verbitten, daß die SPD die Friedenspolitik wieder einmal für sich allein reklamiert“.

Freunde, wenn solche Mißverständnisse möglich sind, dann müssen wir noch was tun an der politischen Kultur, denn kein Mensch hat gesagt, Friedenspolitik ist allein unsere Sache. Aber das möchte ich gern noch einmal wiederholen: Wenn die CDU die Not und die Angst unter jungen Menschen in der Frage der

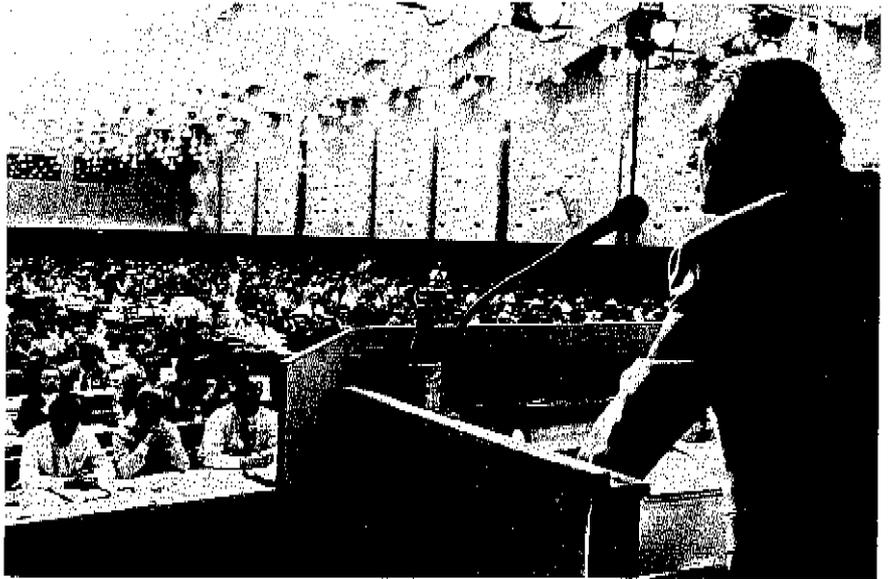
Rüstung nicht aufgreift, wie wir das hier in einer verantwortlichen Diskussion getan haben, dann hat sie nach meiner Meinung diese eigene Funktion, nämlich das Spektrum abzudecken jenseits unserer Wählerklientel verfehlt, und deshalb bin ich sehr froh darüber, daß wir so ernsthaft, so fair, so gut und mit einem so befriedigenden Ergebnis eine Diskussion geführt haben, bei der wir bei allen Beiträgen davon ausgehen konnten, hier sagen nicht nur Leute ihre Meinung, sondern hier versuchen Menschen, das, was ihnen an Nöten begegnet, einzubeziehen in politische Entscheidungsprozesse. Denn Parteien sind nicht für sich selber da, sondern für die Bürger, und das haben wir heute gezeigt.

Rudi Maerker ist gedankt worden. Ich will das nochmals wiederholen. Rudi, ich weiß nicht, ob die Blumen angekommen sind – ich habe schon wieder welche für Dich (es sind offenbar dieselben). Herzlichen Dank für Deine Mitarbeit, mach' weiter an den Stellen, an denen Du jetzt Verantwortung trägst. Wir freuen uns darüber, daß Friedhelm Beucher dazugekommen ist.

Wir sagen Dank an die gastgebende Stadt Köln, an den Bezirk Mittelrhein, vertreten durch den Vorsitzenden und die Delegierten, an den Unterbezirk Köln, vertreten durch viele, die hier geholfen haben, und an alle die, von denen man bei Parteitag immer leider nur im Schlußwort redet, die heute malocht haben, daß es eine Zumutung war: die unbekannt und ungenannten Helferinnen, die in den Büros sitzen.

Wir haben 38.000 Blatt Papier heute hier verbraucht. Hoffentlich wird einiges von dem, was auf dem Papier steht, zur Änderung der politischen Wirklichkeit, hoffentlich setzt sich davon etwas um in dem, was jetzt in den Ortsvereinen geschieht.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbüros, die ja nicht nur heute, sondern in den Wochen zuvor diesen Parteitag so vorbereitet haben, daß wir ihn trotz der Enge und trotz der Wärme so gut haben absolvieren können.



**Johannes Rau bedankt sich bei den Delegierten und Mitarbeitern des Parteitages für die intensive Arbeit in Köln.**

Und nun laßt mich am Schluß wirklich nur noch eins sagen, und das ist für mich keine Floskel: Rainer Maedgen scheidet mit dem Ende dieses Monats als Landesgeschäftsführer aus. Ich möchte ihm von Herzen danken für den Einsatz, den er erbracht hat, für die Hilfe, die er geleistet hat, und ich füge hinzu: ohne ihn hätten wir die Landtagswahl nicht so gewonnen, wie wir sie gewonnen haben. Ich möchte ihm auch danken für die persönliche Freundschaft und Loyalität, die er mir als dem Vorsitzenden entgegengebracht hat. Er bleibt im Landesvorstand, Ihr habt ihn heute wiedergewählt, aber daß er ein paar Jahre sich auf Zeit und dann mit ganzer Zeit und mit ganzer Kraft als Landesgeschäftsführer eingesetzt hat, dafür sollte nicht nur ich ihm danken, sondern der Parteitag sollte das tun, der ihn mitgetragen hat in diesen Jahren. Seine Arbeit wird nach einem Beschluß, den wir gestern gefaßt haben, Bodo Hombach tun, der bisher der zweite Mann im Landesbüro war, dem ich meine guten Wünsche sage, mit dem der ganze Landesvorstand loyal zusammenarbeiten wird. Er hat eine Aufgabe übernommen in einer

schwieriger werdenden Zeit auch für unsere innerparteiliche Diskussion, das haben wir heute gespürt. Aber wir haben auch gezeigt, gesehen und erlebt: Mit Solidarität und mit Toleranz kann man zusammenbleiben, braucht man sich nicht auf die Nerven zu gehen, und dabei meine ich Toleranz so, wie Carlo Schmid sie formuliert hat: „Toleranz heißt nicht, den anderen hinnehmen, sondern ihn so wollen, wie er ist.“ Da haben wir alle noch ein Stück zu lernen. Laßt uns das beginnen.

Grüßt die Ortsvereine und Eure Familien und sagt ihnen: Das war ein Tag fleißiger Arbeit, das war ein guter Tag, ein erfolgreicher Tag, und von diesem Tag kann Zuwachs an Vertrauen ausgehen.“

# Presseecho

Der Landesparteitag

Kommentar von Horst-Werner Hartelt im Deutschlandfunk 27.6.1981

Die Jungsozialisten mögen reden, was sie wollen, - auch die links-linken Bundestagsabgeordneten vom Schlage Karl Heinz Hansen können lamentieren, soviel sie nur wollen, die SPD, und dies heißt konkret, der stärkste Landesverband mit 300 000 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen, läßt sich nicht beirren, ja, er hat heute auf dem Messengelände in Köln Vertrauensbeweise für Bundeskanzler Schmidt, für den Parteichef Brandt und Ministerpräsident Rau geradezu manifestiert.

Der nun schon seit Monaten umstrittene NATO-Doppelbeschluß wurde auf diesem Landesparteitag eindeutig bestätigt, und dies nicht etwa, weil die Delegierten diesen Beschluß für die Ewigkeit richtig halten, nein, sondern weil sie, wie Johannes Rau, Antje Huber und Friedhelm Farthmann sagten, dem Bundeskanzler bei seinen weiteren Gesprächen innerhalb der westlichen Allianz und weil sie dem Parteichef Willy Brandt bei seinen unmittelbar bevorstehenden Konferenzen in Moskau den Rücken freihalten wollen.

Dies bleibt über den Tag hinaus festzuhalten; auch die SPD Nordrhein-Westfalens erkennt nicht etwa in der amerikanischen Formel "Abrüstung durch Aufrüstung" die einzige Politik für dieses zu Ende gehende Jahrhundert, auch die SPD an Rhein und Ruhr teilt die Sorgen, wie sie in der Friedensbewegung zum Ausdruck kommen, aber die SPD akzeptiert nicht den emphatischen und einseitigen Ruf "Frieden ohne Waffen". Was ja nach Lage der Dinge, nach Raketen-Lage der Roten Armee nur die Sowjets stärkte.

Es war sicherlich die beste Stunde dieses mit Spannung erwarteten Landesparteitages, als der robuste Arbeitsminister Friedhelm Farthmann und Ministerpräsident Johannes Rau die Sozialdemokratie gegen die Polemik von verschiedenen Seiten in Schutz nahmen, als sie sagten, es müsse endlich mit dem Unfug in bestimmten Diskussionszirkeln Schluss gemacht werden, wonach die Partei einer Aufrüstung das Wort rede, während die anderen draußen vor der Tür, die Grünen, die Blauen, die Roten, die Kunterbunten ganz allein die wahren Friedensbringer seien. Nach diesen Reden hatten die über dreihundert Delegierten Gelegenheit, ihrem Landesvorsitzenden Johannes Rau das Ja oder

Nein zu seiner Politik per Stimmzettel mitzuteilen, und es muß unter den gegebenen Umständen doch schon als eine Sensation gewertet werden, daß Rau 92 Prozent aller Stimmen auf sich vereinte. Gewiß, vor zwei Jahren noch waren es 95 Prozent, aber was alles ist seitdem geschehen! Die Landespartei steht mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag vor Problemen über Problemen, die Zeit, da Politik in erster Linie eine angenehme Beschäftigung des Geldverteilens war, da die Regierungsmitglieder Jahr um Jahr in allen Regionen das Füllhorn ausschütten und damit weitgehend gute Laune unter Wählern, unter den Parteimitgliedern verbreiteten, ist vorbei und fast möchte man hinzufügen auch - vertan!

Zudem ist es in der SPD Mode geworden, daß Einzelfiguren und kleinste Minderheiten den Streit mit der Mehrheit nicht mehr in der Partei selbst austragen, sondern daß sie sich der Medien bedienen. Da werden Konflikte wie Luftballons aufge-

blasen, bis es knallt, da werden Geschichten wie Lügen in die Welt gesetzt - oder wie die Jungsozialisten es gerade erst machten: Sie forderten den Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Rau auf, er möge auf der Stelle sein Amtsgelohalt um 3 000 Mark monatlich kürzen. Welch ein Betrag, Welch ein Mumpitz.

Fazit dieses Landesparteitages: Die SPD ist viel stärker, viel geschlossener, als draußen angenommen. Die SPD ist aber immer noch schwach wie bei Antritt der Regierungsverantwortung in Düsseldorf und in Bonn, wenn es zwischen den Parteitag und in der Zeit zwischen den Regierungserklärungen darauf ankommt, ihre Politik darzustellen und ihre Wenn und Aber zu vertreten. Die SPD läßt sich Krisen aufreden und steckt dann prompt in Vertrauenskrisen - weil der Wähler nicht mehr weiß, was er denken soll, weil die Mitglieder nervös werden und weil Krawallmacher die Organisation mißbrauchen. Und noch eins: Wäre heute Erhard Eppler in Köln zu Wort gekommen, der NATO-Doppelbeschluss wäre gewiß mit gleichem Votum bestätigt worden und dennoch hätte Eppler die Aufmerksamkeit der Partei gefunden, denn Sorge um die Zukunft haben sie alle und die Toleranz für den Nebenmann gibt es noch, wenngleich auch in diesem wunden Punkt die SPD insbesondere wegen der unsolidarischen Jusos weiter vor sich hin leidet.

"Ein eindrucksvoller Parteitag"

Ein Bericht von Wolf Bierbach u.a. mit Redeausschnitten von Ministerpräsident Johannes Rau in "Forum West", Westdeutscher Rundfunk, III. Programm (29.6.1981)

Moderatorin: Während sich die Jungsozialisten auf ihrem Bundeskongress in Lahnstein einstimmig gegen den Nachrüstungsdoublebeschluss der Nato aussprachen, hat Ministerpräsident Johannes Rau bei dem Landesparteitag seiner Partei in Köln das Ziel, das er sich gesteckt hatte, erreicht: Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist seiner Linie gefolgt, Bundeskanzler Schmidt den Rücken zu stärken. Daß dies nicht bedeutete, innerparteilich notwendige Diskussionen abzuwürgen, hat Wolf Bierbach in Köln beobachtet.

Bierbach: Es war ein fleißiger Parteitag und ein eindrucksvoller obendrein, der sechste ordentliche Landesparteitag der SPD, erst der sechste, weil es den Landesverband erst seit Ende der 60er Jahre gibt. Beeindruckend war natürlich zunächst das überragende Vertrauensvotum für Johannes Rau, der mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen zum dritten Male Landesvorsitzender wurde. Die Zustimmung für seine beiden Stellvertreter, für Christoph Zöpel und Antje Huber zielte zwar nicht ganz so deutlich aus, aber auch sie konnten zufrieden sein. Das eigentlich Bemerkenswerte dieses Parteitages war aber der Ernst der Diskussion über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aus der Sicht der Landespolitik mag man zwar bedauern, daß dadurch der Parteitag etwas kopflastig wurde, angesichts der innerparteilichen Diskussion über dieses Thema war es aber richtig, die großen Komplexe Bildungspolitik, mit Ausnahme der Gesamtschule, Medienpolitik und Umweltschutz einem Landesausschuß zu überweisen, das höchste Parteigremium zwischen den Parteitagen. Landespolitisch wichtig war die Annahme des Leitantes des Vorstandes zur Wohnungspolitik, Hausbesetzungen wurden als rechtswidrig eingestuft, und zur Energiepolitik, vorsichtiger Ausbau der Kernenergie, Vorrang der Kohle. Aber wie gesagt, Sicherheitspolitik stand im Mittelpunkt. Auch die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen boten in den letzten Monaten manchmal ein Bild der Zerissenheit, wenn es um den Nachrüstungsbeschluss der Nato ging. In seinem Grundsatzerferat verteidigte Rau, der ebenso wie sein Stellvertreter Diether Posser betonte, er komme aus der Friedensbewegung, gemeint war die ehemalige Zugehörigkeit zur Gesamtdeutschen Volkspartei, die innerparteiliche Diskussion.

Rau: Die Partei war immer dann stark, wenn in ihren Diskussionen deutlich wurde, daß wir uns gegenseitig übertreffen wollten an schöpferischen Ideen, an umsetzbaren Vorschlägen zur Besserung der Situation der Bürger. Und die Partei war immer dann schwach, wenn man den Eindruck hatte, wo die zusammenkommen, sind die so mit sich selber beschäftigt, daß unsere Sorgen nicht mehr stattfinden. Ich rede also keiner falschen Harmonielehre das Wort, ich rede nicht das Wort dem Einheitsbrei der Meinung. Aber ich rede das Wort der offenen Diskussion, an dessen Ende die geschlossene Haltung stehen muß, damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für Bürger annehmbar sind, denn unsere Annehmbarkeit, die ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.

Bierbach: Die CDU krisisierte Rau, weil sie die Friedensdiskussion nicht führe. Er erinnerte die Delegierten aber auch an das Godesberger Programm, mit dem sich die Sozialdemokratie sowohl zur Landesverteidigung wie zur Entspannung bekannt hat. Der breiten Friedensdiskussion müsse sich die SPD stellen, dürfe aber keiner Gegenkultur hinterherlaufen. Nach Rau verurteilten mehr als zehn Delegierte den Nachrüstungsbeschluss scharf, sprachen von einem Aufrüstungsbeschluss und zitierten immer wieder

aus Büchern von Helmut Schmidt, in denen dieser vor mehr als zehn Jahren vor Mittelstreckenraketen gewarnt hatte, und um eben diese geht es ja in der Diskussion um die Nachrüstung. Zu den schärfsten Kritikern in der Aussprache über Raus Grundsatzreferat gehörte der Delegierte Albert Wegmann.

Wegmann: Mich wundert es nur, daß Großfürsten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß die Bürger in diesem Lande offenbar mehr Sorge haben vor dieser Nachrüstung und vor diesem Doppelbeschuß, als vor dem, was die Sowjets mit der Stationierung oder angeblichen Stationierung ihrer Raketen auf der anderen Seite offensichtlich tun. Ich meine, das muß doch zum Nachdenken reichen.

Genossinnen, Genossen! Wir sprechen von Aufrüstung, wir sprechen von Nachrüstung, wobei wir doch ganz klar sehen müssen, daß die Nachrüstung doch im Grunde genommen eine ganz kalte Aufrüstung ist und daß das doch nur ein verwischendes Wort dafür ist.

Bierbach: Eine Kommission des Landesvorstandes unter Vorsitz von Finanzminister Diether Posser hatte einen Leit Antrag erarbeitet, mit dem man sich zum Nato-Doppelbeschuß bekannte, aber auch den Vorrang von Verhandlungen nachdrücklicher als in diesem unterstrich. Schmidt, so Rau, müsse gestärkt in die Verhandlungen über diesen Beschuß gehen.

Rau: Daß der Doppelbeschuß, der so viele Menschen im Lande ärgert, bewegt, stört, manche in Angst versetzt, daß dieser Doppelbeschuß, der kein Aufrüstungsbeschuß ist, sondern ein Doppelbeschuß, daß der die einzige Chance ist, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bekommen, und deshalb bin ich dafür. Ich will, daß Helmut Schmidt gestärkt durch seine Partei in die Verhandlungen geht und auf Verhandlungen drängt.

Bierbach: Noch in der Vorstandssitzung vom Freitag war der Antrag geändert worden, war eine Passage über die Friedensbewegung aufgenommen worden. Dem Parteitag lag dann eine Reihe von Anträgen, in denen der Doppelbeschuß entschieden verurteilt wurde, und ein geänderter Leit Antrag des Landesvorstandes vor. Währenddessen formulierte der Landtagsabgeordnete Peter Heinemann, ein Sohn des früheren Bundespräsidenten, einen Initiativ Antrag in dem die vieldeutigen Äußerungen der Amerikaner zum Verhandlungsbeginn mit der Sowjetunion entschieden kritisiert und die von vielen Rednern beschriebene Sorge artikuliert wurde, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen fordere einen sowjetischen Erstschiag heraus. Das Kriegsrisiko werde damit auf Europa verlagert. Ein Moratorium, also ein Einfrieren der Nachrüstung in Ost und West während der Dauer der Verhandlungen sei sinnvoll und außerdem müsse geprüft werden, ob seegestützte Raketen, also Mittelstreckenraketen auf U-Booten nicht die bessere Lösung seien. Für seegestützte Raketen hat sich ja auch Bundeskanzler Helmut Schmidt früher einmal ausgesprochen. Die Antragskommission übernahm wesentliche Teile dieses Antrages, so die Formulierung über ein Moratorium und die Besorgnis über den Verhandlungswillen der USA, verwarf dagegen den Vorschlag über seegestützte Raketen und mochte Heinemann und seinen Freunden auch nicht in der Formulierung folgen, die amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper sind auf dem Westen der UDSSR gerichtete Erstschiagwaffen, die den sowjetischen Erstschiag herausfordern können und so ohne Beteiligung der Europäer einen auf Europa, einschließlich des westlichen Teils der UDSSR begrenzten Atomkrieg ermöglichen. In dem schließlich mit 80 bis 90 Prozent der Delegierten gegen 21 Uhr verabschiedeten Antrag heißt es, daß Wettrüsten bekomme in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht eine neue Dimension, sowohl durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen wie durch die amerikanischen. Wichtig war auch eine Änderung der Definition der Aufgaben der Bundeswehr. Im ursprünglichen Leit Antrag des Vorstandes hatte es geheißen: Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee und hat unser Vertrauen. Die endgültige Fassung lautet, Die Bundeswehr hat im Rahmen des Nato-Bündnisses aus-

schließlich einen Verteidigungsauftrag. Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee und hat unser Vertrauen. Ingesamt wurde nach langen fairen Diskussionen, in denen viele überzeugt, aber keiner vergewaltigt wurde, ein Antrag verabschiedet, der Richtschnur auch für andere Landesverbände der SPD sein könnte.

Der Integrierte

Kommentar von Wolf Bierbach/Westdeutscher Rundfunk, I. Programm  
(29.6.1981, 17.25 Uhr)

Wer hätte das gedacht, 91,8, oder sagen wir es abgerundet, sage und schreibe 92 % der Delegierten haben am Wochenende Ministerpräsident Johannes Rau in seinem Amt als Landesvorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen bestätigt. Rau ist damit von einem Spezialisten für knappe Mehrheiten, als den er sich bezeichnete, als er 1977 auf dem vierten Landesparteitag in Duisburg erst im zweiten Wahlgang und nur mit drei Stimmen Mehrheit gegen Friedhelm Farthmann erstmals Vorsitzender des mit 300.000 Mitglieder größten Landesverbandes der SPD wurde, Rau ist inzwischen ein Spezialist für breiteste Mehrheiten geworden. Gewiß, 1979 erreichte er das schon fast unanständig zu nennende Ergebnis von 95 % der Stimmen, aber damals standen Wahlen ins Haus, wurde Geschlossenheit demonstriert. Am Wochenende war die Situation anders. Rau regiert seit mehr als einem Jahr in Düsseldorf mit einer absoluten Mehrheit und hat weiß Gott nicht alle Erwartungen der Parteibasis erfüllt, weil er fern aller Ideologie und angesichts der leeren Landeskassen einen eher behutsamen Kurs steuert, beispielsweise in der Gesamtschulfrage. Kritik von der vielbeschworenen Parteibasis bleibt da nicht aus. Angesichts dieser Situation wiegen die 92 % vom Samstag erheblich mehr als die 95 % von 1979. Raus Position in der SPD ist so unangefochten wie noch nie, wenn denn seit 1979 überhaupt noch eine Steigerung möglich war. Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen, zuvorderst sein Führungsstil und sein Naturell. Zu Unrecht hat man ihm in der Vergangenheit Zögerlichkeit und mangelnde Entscheidungsfreudigkeit vorgeworfen. Sein Führungsstil durch Diskussion wurde häufig nicht verstanden. Es wurde vielfach übersehen, daß er wie kein anderer erfolgreich das Gespräch mit allen Flügeln der Partei, mit der jungen Linken ebenso wie mit den Gewerkschaften gesucht und gefunden hat. Hinzu kommt, daß er bei der Auswahl seiner Minister und Berater Geschick bewiesen hat. Ob man Hans Otto Bäumer, Reimut Jochimsen, Christoph Zöpel, Herbert Schnoor, Friedhelm Farthmann oder Diether Posser nimmt, um nur einige zu nennen, alle haben hohe Qualifikationen, alle sind mehr als nur Verwalter ihres Amtes. Raus Kabinett sucht seinesgleichen in anderen Bundesländern. Hinzu kommt, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen, nicht zuletzt dank des Engagements der Bezirksvorsitzenden Bäumer, Schlatter, Heinemann und Junker, trotz gelegentlicher Querelen intakt und gesprächsfähig ist. Dies hat die Diskussion über den Nachrüstungsbeschluß auf dem Landesparteitag in Köln bewiesen. Das war ein Musterbeispiel innerparteilicher Demokratie und Vorbild für andere Parteien. Wer verfolgt hat, wie im Laufe stundenlanger Diskussionen ein Leitantrag des Landesvorstandes so verändert wurde, daß er für den linken Parteiflügel akzeptabel wurde, dennoch über wichtige Stütze für die Politik von Bundeskanzler Schmidt blieb, der kann nur den Hut ziehen. Eine Partei, die zu solchen Diskussionen noch fähig ist, in der niemand mit einem Rücktritt drohen muß, um bestimmte Ziele durchzusetzen, eine solche Partei hat ihre Zukunft noch nicht hinter sich. Der SPD ist in den letzten Wochen manchmal der Vorwurf der Zerrissenheit gemacht worden. Für einige Landesverbände trifft dies sicherlich zu. Für Landesverbände, in denen auch wegen mangelnder Führungsqualitäten kein Konsens zwischen den Flügeln gefunden wurde. Für die von Johannes Rau geführte SPD Nordrhein-Westfalen trifft dies nicht zu. Rau, dem Taktik zwar kein Fremdwort ist, dem Überzeugung aber am Herzen liegt, Johannes Rau, das haben die Auseinandersetzungen der letzten Wochen und vor allen Dingen auf dem Landesparteitag bewiesen, ist im Stande, höhere Aufgaben in der Partei zu erfüllen, könnte einmal Nachfolger von Willy Brandt werden. Ich halte ihn für fähig, nicht nur

*Fahrtsetzung*

Düsseldorf, 29.6.81

## SPD drängt auf Hilfe für die Hütten

waz KÖLN  
Größte Besorgnis über den drohenden Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie hat der SPD-Landesparteitag in Köln geäußert. Die jetzt bis 1985 erlaubte Subventionspolitik in den anderen europäischen Stahlländern bedeute weitgehende Arbeitsplatzvernichtung in der Bundesrepublik. Die Landesregierung wurde aufgefordert, bis Ende 1981 festzulegen, welche finanziellen Leistungen möglich sind, um die Arbeitsplätze zu sichern.

In der Debatte warf Wirtschaftsminister Jochimsen der EG-Kommission vor, sie hätte „versagt“. Doch habe auch die inkonsequente Europa- und Industriepolitik der Bundesregierung zu der Krise beigetragen. Sprecher der Revierstädte beschworen die katastrophalen Folgen, die ein weiterer Arbeitsplatzabbau vor allem in Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen haben würde. Auch die SPD müsse überlegen, daß die Stahlkrise ihre treuesten Wähler treffe, die ihr bisher noch immer vertraut hätten.

Westdeutsche Allgemeine

# NRW-SPD geschlossen hinter Schmidt und Rau

Ja zum Doppelbeschluß, aber Mahnungen an die USA

Von RALF LEHMANN

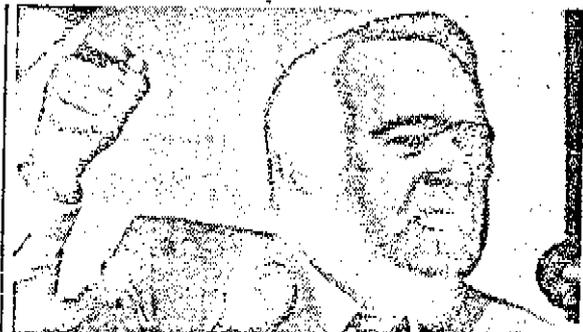
waz KÖLN  
Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht nahezu geschlossen hinter Bundeskanzler Schmidt. Bei nur wenigen Gegenstimmen sprach sich der Landesparteitag in Köln demonstrativ für die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung aus und bekräftigte den NATO-Doppelbeschluß. Der Parteitag zeigte sich aber besorgt über die Haltung der USA und forderte mit Nachdruck den Vorrang von Abrüstungsverhandlungen.

## Landeschef mit 92 vH wiedergewählt

Der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau baute damit seine Position innerhalb der Bundes-SPD weiter aus. Er steht auch weiter unangefochten an der Spitze der Landespartei. Mit 92 vH der Stimmen wurde er wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Wiedergewählt wurden mit je 217 von 310 Stimmen seine Stellvertreter Antje Huber und Zöpel. Von den Beisitzern erhielt Posser mit 289 die meisten Stimmen.

Der Abstimmung über den Leit Antrag zur Friedenspolitik ging eine lange, lebhafte, im Vergleich zu den Auseinandersetzungen in anderen SPD-Landesverbänden aber sehr sachliche Diskussion voraus. Dabei appellierten Rau ebenso wie die Landesminister Posser und Farthmann leidenschaftlich an die Delegierten, die Position des Bundeskanzlers nicht durch ein Nein zum Doppelbeschluß zu schwächen. Der Doppelbeschluß sei „die einzige Chance“, Ost und West an den Verhandlungstisch zu bringen, sagte Rau unter großem Beifall.

Män dürfe, ermahnte Rau in Bezug auf den Bundeskanzler die Delegierten, „Leute nicht hochjubeln und dann herun-



ERFOLGREICH am Steuer des mitgliederstärksten SPD-Landesverbandes: Johannes Rau auf dem Kölner Parteitag. Foto: Reeh

terholen.“ Die SPD dürfe nicht die eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinanderset-

der Bürger vor der Nachrüstung übergehe.

Die Aussagen der Landespartei zur Friedenspolitik wurden auf dem Parteitag noch wesentlich verändert. Ausdrücklich heißt es nun: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“ Die Europäer hätten Anspruch auf Klärung der lebenswichtigen Frage, ob die USA wirklich bald verhandeln oder, möglicherweise durch vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa, eine Position der Stärke erlangen wollten.

Vertrauen aus NRW  
KOMMENTAR SEITE 2

Das Ja von Köln  
Ist Raus Meisterstück  
BERICHT + HINTERGRUND

zung machen, sondern müsse sich mehr mit der CDU beschäftigen, die in unverantwortlicher Weise die Ängste

Westdeutsche Allgemeine

Fortsetzung

Der Integrator

Kommentar von Wolf Bierbach/Westdeutscher Rundfunk, I. Programm (29.6.1981, 17.25 Uhr)

seine Landespartei in Ordnung zu halten, sondern auch die Bundes-SPD wieder in Ordnung zu bringen. Für verfrüht und gefährlich halte ich dagegen Spekulationen, in denen er schon als möglicher Nachfolger von Helmut Schmidt genannt wird. Diese Stiefel sind zu groß, noch zu groß.

Neue Westfälische

**Ministerpräsident Rau: Wir brauchen mehr Gemeinschaftserlebnisse**

# Nordrhein-westfälische SPD präsentierte sich einig und stabil

Von unserem Redaktionsmitglied

Köln (Elg. Ber./som). In einer Zeit, in der Führungs- und Regierungsfähigkeit von Sozialdemokraten vielerorts harte Belastungsproben verkraften muß, wirken spätestens nach ihrem Landesparteitag am Samstag in Köln die nordrhein-westfälische SPD und ihr Landesvorsitzender, Ministerpräsident Johannes Rau, wie eine Insel der Stabilität im aufgewühlten Meer. Der mitgliederstärkste Landesverband der Sozialdemokraten präsentierte sich einig in Personal- und Sachfragen und offenkundig immun gegen den selbstzerstörerischen Bazillus unverhältnißlicher Anforderungen aus den eigenen Reihen.

Dabei hatte ein „Bulletin“ der Kölner Jungsozialisten der Patientin SPD noch „Influenza militaristica“ diagnostiziert, mit Symptomen wie „Kopfwackeln, Zittern der Extremitäten, Bewußtseinsverlust und Identitätskrise“. Die Delegierten der Landes-SPD fabrizierten jedoch nichts, was dieses Krankheitsbild bestätigte. Sie schenkten im Gegenteil ihrem Vorsitzenden mit 92 Prozent der Stimmen zum dritten Male das Vertrauen und eine etwa ebenso große Mehrheit schloß sich in der emotionsbeladenen Frage des NATO-Doppelbeschlusses der Vorstands-Linie an und unterstützte so auch die Politik des SPD-Bundeskanzlers in Bonn.

Johannes Rau hat Fraktion und Partei bisher nicht mit der Vertrauensfrage

drohen müssen. Wann immer er auftritt, predigt Rau Behutsamkeit und Nachdenklichkeit, mit einem Schuß Lebensfreude auch in schwierigen Zeiten. Der Pastorensohn („Man erwartet ja ständig Bibelsprüche von mir“) hat es bisher geschickt vermieden, dieser oder jener Parteigruppierung größere Reibungsflächen zu bieten. Er zögert lieber das „Einsetzen der Flöcke“ hinaus, um Kompromisse zu finden, in denen sich die Mehrheit der Partei wiederfinden kann. Hinzu kommen die Fähigkeit zum Ausgleich, um die ihn andere Spitzengegner beneiden, und taktisches Raffinement hinter den Kulissen.

Die Integrationskraft Raus wird auch dadurch begünstigt, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen angesichts der

prägenden Kräfte des Ruhrgebiets noch sehr stark den Strukturen und der historischen Erbmasse einer Arbeiterpartei verhaftet ist. An der Ruhr, wo Sozialdemokraten in erster Linie auch Mitglieder der IG Metall und der IG Bergbau sind und wo viele von ihnen noch Schweißen an den Händen haben, hätte ein Eppler oder ein Klöse nie eine Chance gehabt. Raus unkomplizierte Appelle werden fast begeistert angenommen: „Wir brauchen wieder mehr Gemeinschaftsgefühl, wir brauchen auch wieder mehr Gemeinschaftserlebnisse in der Partei.“

Daß die Frage Doppelbeschlusses — ja oder nein? nicht die wichtigste dieses Parteitages sein würde, war klar. Alle Argumente waren innerhalb der SPD seit Wochen ausgetauscht. Außerdem gibt der jetzt verabschiedete Antrag Verhandlungen eindeutig den Vorrang, zu einer automatischen Stationierung der Mittelstreckenwaffen dürfe es nicht kommen. Deshalb soll der nächste SPD-Bundesparteitag 1982 „eine Bestandsaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen als Grundlage für weitere sicherheitspolitische Schritte“ vorlegen. Wer es bis dahin noch nicht so recht verstanden hatte, dem hammerserte es Landesminister Friedhelm Farthmann ein: Der Nachrüstungsbeschluß sei keine Blankovollmacht für die Amerikaner. Der Doppelbeschlusses bedeute die Erhaltung der Verhandlungsposition von Schmidt und Brandt: „Wir halten uns aber offen, daß wir an einen Punkt kommen, wo wir den Amerikanern nicht mehr folgen können.“

Viel drängender bewegen die nordrhein-westfälische SPD Probleme der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Die Arbeitslosenziffern im Ruhrgebiet haben sich jetzt auf dem relativ hohen Niveau von sieben Prozent eingependelt, hervorgerufen hauptsächlich durch den Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie. Hier sei zwar eine freiwillige Regelung über Produktions- und Lieferquoten auf EG-Ebene anzustreben, gleichwohl setze die SPD wenig Hoffnung auf die Kompromißfähigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb fordert die Partei ein beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm, zu dem eine Senkung der Zinsen (wenn nicht weltweit, so durch die Bundesbank allein) und die Aufgabe der vom Finanzplanungsrat für Bund, Länder und Gemeinden gesetzten Begrenzung des Ausgabenwachstums für 1981 von vier Prozent.

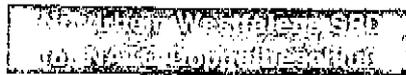
Sicherheit noch häufiger genannt wur-

Getreu dem Grundsatz unserer Zeitung, verleiht den Meinungen Raum zu geben, vermelden wir den Namen des Verfassers gezeichnete Beiträge auf dieser Seite die persönliche Auffassung des Autors. Sie möchten zur eigenen Urteilsbildung des Lesers beitragen.

den, wenn Nachfolgediskussionen für höchste Bonner Ämter abgehalten werden. Neben Brandt, Schmidt und dem Berliner „Notopfer“ Hans-Jochen Vogel gehört Rau spätestens seit dem Wochenende zum Top-Team der Bundes-SPD.

Rau redet nicht einer starren sozialdemokratischen Linie das Wort. Die in-nerparteiliche Diskussion ist unverzichtbar, am Ende muß für ihn aber selbstverständlich die geschlossene Haltung stehen. Außer Standpunkten sollte die SPD aber auch noch Horizonte und Perspektiven haben, Hoffnung vermitteln können, Tugenden, die nicht nur bei den Sozialdemokraten seit Jahren zu kurz kommen. Die SPD braucht sicherlich keine Diskussion um neue Grundwerte, sie hat anderen Parteien voraus, daß sie sich auf alte rückbesinnen kann.

Westfalen-Blatt



## Zweifel in Richtung Washington

Köln (WB). Die nordrhein-westfälische SPD steht zum NATO-Doppelbe-

schluß, ist aber gleichzeitig über die bislang unklare amerikanische Hal-

tung besorgt. Nach langer kontroverser Diskussion wurde am Wochenende auf dem Landesparteitag in Köln eine Entscheidung verabschiedet, die die Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützt.

Ziel von Verhandlungen müsse es sein, daß die Sowjetunion keine

Fortssetzung

Differenzen auf dem SPD-Landesparteitag in Köln

# »Wenn wir streiten Streit an Streit«

Westfalen-Blatt

Fortsetzung

weiteren Mittelstreckenraketen stationiere, bereits vorhandene abbaut und damit die in Aussicht genommene Nachrüstung in Westeuropa unnötig mache. Verhandlungen zur Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa müßten unbedingt Vorrang haben. Im Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen lehnt die SPD Nordrhein-Westfalens eine unabhängige Modernisierung eurostrategischer Atomwaffen ab.

## Große Mehrheit für Rau

Auf keinen Fall dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen, womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik kommen. Minister Friedhelm Farthmann betonte, es könnte sogar zu einem Punkt kommen, wo die Bundesregierung den USA nicht mehr folge. Was dann komme, wisse er noch nicht.

Rau war auf dem Parteitag mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen in

seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden.

Auf landespolitische Themen, die ganz im Schatten der kontroversen Nachrüstungsdebatte standen, eingehend, betonte Rau, daß er die FDP auch bei der Wahl 1985 am Einzug in den NRW-Landtag hindern wolle, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können.

Kommentar und Hintergrund

Von Hans Götzl

Köln (WB). Als Streitschlichter hat sich Ministerpräsident Johannes Rau auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Köln bemüht. Eindringlich erinnerte Rau seine zerstrittenen Genossen daran, was es für eine 20jährige »Plackerei« gewesen sei, bis Sozialdemokraten endlich in der Regierung gesessen hätten. Dies sei aber nur gelungen, weil man damals darauf verzichtet habe, immer die eigenen Quereien zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Rau gab zu bedenken, daß der Wähler sehr genau die Differenzen zwischen dem, was wir sagen und tun, feststelle. »Wenn man aber nur noch vom Streit hört, möchte man sich am liebsten verkrüchen.«

Ganz schlimm für die Partei werde es aber in dem Augenblick, wenn man die Menschen nicht mehr wiederfinden würde, um deren Sorgen wir uns streiten.

In einem Anflug kritischer Erkenntnis gestand Rau, daß immer mehr Menschen die SPD zweifeln lassen, ob sie außer ihrem eigenen Standpunkt auch noch neue Horizonte und neue Perspektiven aufzuweisen habe. Es gelte, so der Ministerpräsident, alle Mängel aufzuzeigen, »auch wenn sie bei uns selber liegen. Erst wenn wir neue Freiräume zum politischen Handeln finden, werden wir die Krise meistern«, betonte der Ministerpräsident.

Etwas handfester formulerte das Unbehagen, das mittlerweile die gesamte SPD erfaßt hat, ein alte-

dienter Betriebsratsangehöriger aus Lemgo: »Wir müssen wieder ins Land gehen, und die Vertrauenslücke schließen. Wir dürfen vor den Diskussionen über Arbeitslosigkeit und anderen brennenden Themen nicht kneifen. Wir müssen uns fragen lassen, welchem Kurs wir eigentlich folgen. Zur Zeit herrscht in der SPD nicht Wärme und Geborgenheit, sondern Kälte und Management. Wenn wir nur streiten »Streit an Streit«, können wir das Vertrauen der Wähler nicht gewinnen.«

Irritiert und wütend gebärdete sich ein junges SPD-Mitglied vor dem Rednerpult. Irritiert deshalb, weil seiner Meinung nach der Ministerpräsident die Resolution zum Nato-Doppelbeschluß weitgehend allein gefaßt habe, um so einer grundlegenden Diskussion über Frieden und Abrüstung aus dem Weg zu gehen. Er habe, so der erzürnte Juso, einen Pflasterstein parat, den er jedoch nicht werfen,

sondern nur präsentieren wolle, als Sinnbild eines moralischen Widerstandsrechts.

Da hielt es die Bundesfamilienministerin und stellvertretende SPD-Vorsitzende von NRW nicht mehr länger auf ihrem Sessel. Erbot und mit vibrierender Stimme maßregelte sie den verdutzten Jungsozialisten. »Uns könnt ihr in Eurem Friedenswillen nicht übertreffen. Wir haben genug Erfahrung und auch die besseren Rezepte.«

Auch der Arbeits- und Sozialminister von NRW, Friedhelm Farthmann, schlug in dieselbe Karte. »Der Vorsitzende muß schließlich eine Meinung vorgeben, dadurch werde doch die Diskussion nicht eingeschränkt. Die SPD war in den letzten Wochen ja doch nur deshalb todkrank, weil der nie endende Streit an die eigene Substanz ging.« Was das Widerstandsrecht angehe, so Farthmann, gelte dies doch nur gegen eine Diktatur, wir aber leben in einem freiheitlichen Rechtsstaat, wo jeder demonstrieren könne. Der Minister kündigte an, keine Diskussion mehr mit sogenannten »Berufsjugendlichen«, sondern nur noch mit unverfälschten »Kollektiven« wie z. B. Berufsschulen führen zu wollen.

Auch Ministerpräsident Rau wahrte sich gegen den Vorwurf, in seinem Grundsatzreferat kritische Themen vorwoggenommen - und zur Jugend nur noch ein taktisches Verhältnis zu haben. Der Vorsitzende werde doch noch sagen dürfen, was er für richtig hält. »Rau: »Macht er dies nicht, kommt er Vorwurf, der taugt ja weg.«



Kämpft um die Geschlossenheit der Sozialdemokraten: Ministerpräsident Johannes Rau

Westfalen-Blatt

## Nagende Zweifel

Viel Streit über den Streit um die Nachrüstung gab es auf dem sechsten ordentlichen Landesparteitag der Sozialdemokraten in Köln. Es fehlte nicht an Warnungen vor einem drohenden Vertrauensschwund der Wähler, nicht an dramatischen Appellen zur innerparteilichen Geschlossenheit.

Auch Bruder Johannes blieb seiner »höheren Bestimmung« als Prediger treu. Es gelte, so der Ministerpräsident, alle Mängel aufzuzeigen, »selbst wenn sie bei uns selber liegen sollten«. Welch eine Einsicht eines reinigen Sünders, denn Mängel und Fehler haben die Landes-SPD und ihre Regierung in Hülle und Fülle aufzuweisen!

Mit nichts kann nämlich die Anmaßung gerechtfertigt werden, daß die SPD die einzige, die alleinige Friedenspartei sei. Eine Bolschidigung aller, die den Frieden täglich praktizieren und nicht lauthals darüber streiten, wie es die Sozialdemokraten seit Monaten tun.

Former kann und darf die erfolgte Rückenstärkung Helmut Schmidts in Sache NATO-Doppelbeschluß, wie sie Rau dem Bundeskanzler wegen der letzten Landtagswahl schuldig zu sein glaubte, nicht der Erretzer für alle jene landespolitischen Probleme sein, die vergeblich einer Lösung harren. So gab es in Köln keine einzige Antwort darauf, wie man etwa das Problem der Arbeitslosen bewältigen könne oder wo man konkret einsparen könnte, um das Landesdefizit nicht noch weiter zu vergrößern.

Wegen der Erhaltung der Macht indessen macht sich die SPD in Düsseldorf jetzt schon Sorgen. Mit Recht! Denn wenn sie sich weiter intern so stark »zerrannt«, wird das Vertrauen vieler Wähler in diese Partei bald enttäuscht sein. Da nützt es auch wenig, wenn man »pro forma« einige Jusos »beuteilt«, die im Schoß der Partei nach wie vor viel zu viel ideologische Narrenfreiheit haben.

Der Zwist besteht nicht nur zwischen Jusos und Mutterpartei, er liegt in der Partei selbst. Was nützt zum Beispiel der Blankoscheck des Vertrauens für Helmut Schmidt, wenn im selben Atemzug Minister Farthmann unter dem frenetischen Jubel der Genossen feststellt, daß es nicht mehr auszuschießen sei, daß die Bundesrepublik den USA eines Tages die Gefolgschaft verweigern könnten. Schönes Bündnistreue!

Hans Götzl

Westfälische Nachrichten

Landesparteitag der SPD in Köln

# Einheit im Handeln

Von Hans Otto Bäumer

Verantwortung für unser Land. Das ist das Motto des 6. Landesparteitages der SPD heute in Köln. Er findet in einem SPD-geführten Land statt, das durch immer neue Schlechtwettermeldungen aus anderen Bundesländern beunruhigt wurde. Kurz: Es rumorte in Berlin, Hamburg, Hessen. Aber ist die Welt durch die SPD-Parteitage des letzten Wochenendes wieder in Ordnung? Sie haben dort jedenfalls die Chance eröffnet, neu zu beginnen.

Die SPD darf sich allerdings nicht dazu bereit finden, eine Partei zu werden, die mehr verwaltet, bürokratisch und als reines Machterhaltungsinstrument empfunden werden müßte. Das machen die Mitglieder, erst recht die Wähler der SPD nicht mit.

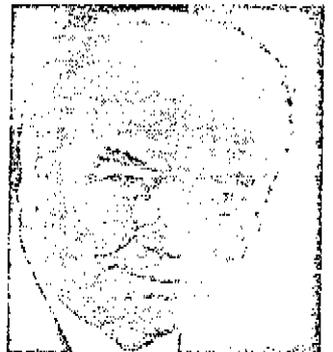
Auch mit persönlichen Kraftakten sind die jüngst erkennbaren Krisen nicht dauerhaft zu überwinden. Nicht durch die Ausgabe von Parolen, nicht durch Verordnung von Verhaltensweisen und schon gar nicht nach der Devise: „Alles herhören“ und „strammstehen“ kann die Partei mehr Geschlossenheit erreichen und Überzeugungskraft zurückgewinnen. Die Stärke einer politischen Kraft wie der SPD wird danach beurteilt, ob und wie es ihr gelingt, in einer kritischen Phase weltpolitischer Entwicklung, einer widersprüchlichen Einschätzung der europäischen Probleme und einer spannungsgeladenen sowohl innenpolitischen als auch innerparteilichen Auseinandersetzung den besten Weg zu finden, um im wahren Sinne des Wortes existentiell über die Runden zu kommen. Wie auch immer Diskussionen und Dialoge jedoch ablaufen, als ungeschriebenes Gesetz muß der Grundsatz gelten, bei aller Vielfalt im Denken zur Einheit im Handeln zurückzufinden.

Mit Ihrem Bekenntnis zur Verantwortung für unser Land zeigt sich die NRW-SPD offen für Mithören und Nachdenken, Argumentieren und Diskutieren, Miteinander- und Füreinander und will so Voraussetzung für Orientierung, Zusammenarbeit und Glaubwürdigkeit schaffen. Die Ergebnisse der Dialoge über die Existenzfragen, Friedens- und Sicherheitspolitik, Arbeitsmarkt und Wirtschafts- und Energiepolitik, Bildungspolitik und ganz sicher

Umweltpolitik werden das künftige Handeln der SPD in Nordrhein-Westfalen bestimmen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen unter der Führung von Johannes Rau zeichnet sich dadurch aus, daß klare Zielvorstellungen formuliert werden, daß sie sich auf ihrem Weg zur Entscheidung als Partner bewährt und nicht als Vorbeter gebärdet.

Die Haltung der NRW-SPD im weiten Feld gesellschaftspoliti-



Hans Otto Bäumer, Vorsitzender der SPD-Bezirks Niederrhein und Landwirtschaftsminister von NRW.

scher Entwicklungen hat erkennen lassen, daß Politik nicht nur als kühles Geschäft zu verstehen ist, sondern daß auch Gefühle, Ängste und Hoffnungen erfaßt werden.

Allerdings darf der Begriff „Zuwendung“, der ein Schlüsselwort für die Auffassung von Politik unseres Ministerpräsidenten Johannes Rau darstellt, nicht mißverstanden werden. Mit einem warmen Händedruck kann man Benachteiligte nur kurzfristig trösten. Mit dem Hinweis darauf, daß die helfende Hand den Behinderten mehr überzeugt als der behohrende Zeigefinger, sollte man sich ebensowenig begnügen wie mit der lobenswerten Formulierung: „Wir wollen die Randgruppen in unsere Mitte holen“.

Worauf es Johannes Rau ankommt, ist Handeln, Ändern, Bessern, Bewegung zum Guten.

★

Diese Rubrik dient der freien Meinungsäußerung von Politikern, Publizisten und Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Die hier vertretenen Ansichten stimmen nicht in jedem Fall mit denen der Redaktion überein.

## Süddeutsche Zeitung

### Der Rau-Effekt

Johannes Rau, der Düsseldorfer Ministerpräsident und Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, bewegt sich derzeit wie einer, der nicht von dieser sozialdemokratischen Welt ist. Nirgendwo in der Republik, schweigen wir von Bonn, scheint die SPD so harmonisiert wie an Rhein und Ruhr — keine Häuserkämpfe wie in Berlin, allenfalls ein paar biedere Besetzungen, keine Grabenkriege wie in Hamburg. Ein Jahr nach einer gewonnenen Landtagswahl ist kein Sozialdemokrat, zudem mit absoluter Mehrheit regierend, so unumstritten.

Nicht daß er viel bewegt hätte, seine Bilanz ist eher bescheiden. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und die Strukturkrise in Ostwestfalen hat Rau nicht bewältigt, und mit der Fernwärme kommt er auch nicht voran. Trotzdem gelingt es der CDU-Opposition nicht, ihm eine nachhaltige Kontroverse aufzuzwingen, in der Partei gibt es sowieso keine Widersprüche. Rau hat eine traumwandlerische Fähigkeit, Treiminen zu umgehen, sei es in der Schulpolitik, sei es in der Radika-

lenfrage. Wo immer sich ein Konflikt abzeichnen könnte, findet er eine Möglichkeit, zu neutralisieren, zu vermitteln. Was diesen Politiker so stark macht, was auch seine Stärke in der Partei bedeutet, sind nicht Ideen, sondern seine Integrationsfähigkeit. Kein Wunder, daß er neuerdings sogar für höchste Bonner Ämter gehandelt wird. Rau weist solche Ambitionen natürlich weit von sich, die einzugestehen würde nur die Chancen schmälern.

Seine eigene Stärke schätzt Rau als Parteichef inzwischen so hoch, daß er sie in den Dienst des bedrängten Kanzlers stellen will. Er werde, verspricht er vor dem Landesparteitag an diesem Wochenende in Köln, Helmut Schmidt ein Vertrauensvotum beschaffen, ihn in der umstritte-

nen Frage des NATO-Doppelbeschlusses stärken. Kein Zweifel, daß ein solches Votum des größten SPD-Landes (330 000 Mitglieder) Gewicht hat. Fraglich ist jedoch, ob Rau mit diesem fast gönnerhaften Angebot nicht die Schraube langsam überdreht.

Kr.

27. Juni 1981

Aachener Nachrichten

## Johannes Rau auf Erfolgskurs

Von KASPAR VALLOT

Das muß der Neid dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau lassen: Er hat Fortüne. Wenn es aber stimmt, daß nur der Tüchtige Fortüne hat, wovon ja Napoleon überzeugt war, dann ist Johannes Rau ein tüchtiger Politiker, ein tüchtiger Parteivorsitzender und ein tüchtiger Ministerpräsident. Sein „Laden“, die SPD des Landes, ist ordentlich geführt. Weit und breit sind Gegner nicht zu erkennen.

Dabei ist es keineswegs so, als gebe es gegen Johannes Rau keine innerparteiliche Opposition. Aber sie traut sich nicht hervor. Seit Johannes Rau im Kampf um den Parteivorsitz obsiegte und Professor Friedhelm Fathmann unterlag, hat er es verstanden, die verschiedenen Flügel der Landes-SPD unter einen Hut zu bringen, und sein anfangs ein wenig verspotteter Stil durch das Gespräch überzeugen und mit den besseren Argumenten regieren zu wollen, hat sich als richtig erwiesen. So kann er dem heutigen Landesparteitag der SPD, der in Köln stattfindet, gelassen entgegensehen. Auch nach diesem Parteitag wird der SPD-Landesvorsitzende Johannes Rau heißen.

Zu den Spitzenpolitikern, die Johannes Rau anfangs für ein politisches Leichtgewicht gehalten haben, zählt Bundeskanzler Schmidt. Aber auch der Kanzler hat sich revidieren müssen. Bald suchte er den freundschaftlichen Kontakt zu Rau, versäumte es nicht, zu „Bruder Hannes“, wie Schmidt ihn zunächst gerne nannte, Geburtstag artig zu gratulieren und fand schließlich für Johannes Rau das für Schmidt'sche Art, Gefühle zu zeigen, fulminante Kompliment, der Ministerpräsident sei ein „Glücksfall“ für sein Land.

Nun, der Kanzler weiß, was er dem Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes und Vorsitzenden des mitgliederstärksten SPD-Landesverbandes

des schuldig ist und verdankt. Rau zählt zu den wirklich einflußreichen SPD-Politikern, die dem Kanzler den Rücken stärken. Schmidt kann sicher sein, daß aus Rau kein Brutus wird.

Johannes Rau hat sich das Ziel gesetzt, den Kanzler von Köln aus in seiner Politik der Friedenssicherung zu unterstützen. Was die SPD dieses Landes morgen zum Doppelbeschuß erklärt, wird Gewicht haben.

Wer Johannes Rau kennt, weiß, welche Linie angesteuert wird. Es wird darauf hinauslaufen, daß die Landes-SPD den zweiten Teil des Doppelbeschlusses stark betonen, also feststellen wird, daß Verhandlungen absoluten Vorrang haben, daß aber die Nachrüstung nicht zu verhindern sein wird, wenn sich die Sowjets sperren. Der Ministerpräsident kann den Delegierten mitteilen, daß er zu den deutschen Politikern zählt, die, wie Willy Brandt, in Moskau die Lage vor Ort erkunden werden.

Die SPD unseres Landes wird sich aber auch mit anderen Themen befassen müssen. Dieses Land nimmt, was die Arbeitslosigkeit angeht, bundesweit eine Spitzenstellung ein - für eine Partei, die sich zuerst als Sachwalterin der Arbeitnehmer versteht, eine unerträgliche Situation. Die Bevölkerung dieses Landes wird Konkretes dazu wissen wollen, wie der Arbeitslosigkeit begegnet werden soll.

Mehr noch als das Ruhrgebiet ist die Region Aachen an der Antwort auf diese Frage interessiert. Denn Aachen ist innerhalb des Landes hinsichtlich der Arbeitslosigkeit Spitze, und die Region Aachen wird nicht in den Genuss der Milliardenbeträge kommen, mit denen die Regierung den Arbeitsmarktproblemen im Revier zu Leibe rückt.

So schön harmonisch in unserem Land auf den ersten Blick alles geordnet scheinen mag - es gibt Probleme, die nicht von schlechten Eltern sind. Man darf darauf gespannt sein, was die SPD heute an neuer Taktik entwickeln wird.

# Binnen zwei Stunden das Rüstungsthema abgehakt

Die nordrhein-westfälische SPD bleibt auf dem Kurs des Bundeskanzlers / Von Hasso Ziegler, Düsseldorf

Als am frühen Samstagabend überraschend ein gutes Dutzend freundlicher Kellnerinnen im Congress-Centrum Ost der Kölner Messehallen auftauchten und den 318 Delegierten des Landesparteitages der SPD in Nordrhein-Westfalen kostenlos Würstchen und Kartoffelsalat servierten - von soben wiedergewählten Landesvorstandsmitgliedern spendiert -, wußte wohl jeder im Saal, was die Glocke geschlagen hatte. Seit rund acht Stunden bereits saß man an diesem nicht gerade als entzückend zu bezeichnenden Ort, hatte diverse Reden gehört, diverse Wahlen hinter sich gebracht, die Stahlproblematik sowie die Kohlevorrangpolitik abgehakt und stockte nun mittendrin im Hausbesetzerthema, ein, wie es schien, schier unerschöpfliches Thema, zu dem noch viele, viele Wortumklungen vorlagen. Das eigentlich gravierende Thema des Parteitages, nämlich wie es die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr denn nun mit der Nachrüstung halten, dies Thema hatte offenkundig keine Priorität, war nicht so wichtig wie die Hausbesetzerzene, und Johannes Rau, Landesvorsitzender und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident, hatte am Vormittag in seiner knapp einstündigen Rede zum Parteivolk das Wort „Nato-Doppelbeschluss“ überhaupt nicht in den Mund genommen, nicht ein einziges Mal.

Ob da nun eine raffinierte Parteitagsgag zu Werke war oder ob sich die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr tatsächlich mehr für die Hausbesetzer interessierten als für amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, vermag ein bloßer Beobachter des Parteitages nicht zu sagen. Doch auffallend war, daß das Tagungspräsidium um 18.30 Uhr die Anre-

gung gab, sich über den weiteren Verlauf des Parteitages Gedanken zu machen, denn erst 15 Anträge seien erledigt, weitere 61 Anträge müßten noch diskutiert werden, darunter die Sicherheitspolitik, sprich Nato-Doppelbeschluss. Ob die Genossen denn bereit seien, die Nacht durchzudiskutieren, etwa bis Sonntagmittag?

Doch keiner der Delegierten hatte Zahnbürste und Pyjama dabei, niemand war auf ein Marathon eingerichtet, und die Ausichten, sich länger als 24 Stunden ausschließlich von Bockwürsten ernähren zu müssen, trug ebenfalls nicht zur Erheiterung bei. Ob es nun diese eher düster stimmenden Perspektiven wären oder ob sich schließlich die klugen Köpfe am Vorstandstisch durchsetzen, muß mangels verlässlicher Informationen ebenfalls dahingestellt bleiben, aber die Einsicht gewann zunehmend Oberhand, daß der Nato-Beschluss doch ein zu wichtiges Thema sei, um ihn noch länger vor sich herschieben zu können. Allseits akzeptierter Vorschlag: Frauen und Bildungspolitik fliegen raus, desgleichen Umweltschutz sowie die Medien- und Organisationspolitik, statt dessen jetzt Vortrag für die Sicherheitspolitik - bis Mitternacht müsse das doch zu schaffen sein.

Es wurde geschafft, und zwar bis exakt 20.44 Uhr, also binnen zwei Stunden. Für eine Rücknahme des Nato-Beschlusses über die Stationierung von neuen US-Raketen in Europa plädierten die Sprecher von zwei relativ kleinen Gruppen, die nicht gerade dafür bekannt sind, auch in anderen politischen Fragen innig zusammenzuarbeiten, nämlich die sogenannten „Jungen“, repräsentiert vornehmlich durch die Jusos, und die etwas respektlos „Mutti's“ genann-

ten, durchweg reiferen Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“. Beide Gruppen blieben allen Gegenargumenten zum Trotz hart und unnachgiebig, argumentierten vornehmlich auf der Linie, der Gesprächsbereitschaft der Amerikaner könne nicht getraut werden und abgesehen davon sei es ohnehin ein besserer Treppenwitz, zu behaupten, nur durch Aufrüstung könne man zu einer Abrüstung kommen. Und außerdem - so Marga Kuscharski von der ASF - sei es, Gleichgewicht hin, Gleichgewicht her, ohnehin Europa, das im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung die Zache zahlen müsse, ein Gleichgewicht also, von dem die Europäer nichts hätten, da sie dann längst mausetot seien.

Das Gros der Delegierten allerdings murkte am Samstagabend in Köln des öfteren vernehmlich, sei es, daß ihnen die vielen Bockwürste nicht bekamen oder sei es, daß sie nichts mehr von den leidigen Raketen hören wollten, und überließ es weitgehend der anwesenden „Prominenz“, für den Nato-Doppelbeschluss zu argumentieren. Der aus Bonn herbeigeleitete Ehmke, der Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten, Peter Heinemann, sowie die nordrhein-westfälischen Minister Dieter Posser und Friedhelm Farthmann argumentierten sehr engagiert, nannten die amerikanische Pershing II und die russische SS 20 selten bei ihren Namen, sprachen vielmehr vorzugsweise pauschal von „Teufelszeug“ und arbeiteten als Hauptargument heraus, daß der Nato-Beschluss, ungeliebt wie er nun einmal sei, trotzdem aufrechterhalten werden müsse als einzige reale Chance, um überhaupt mit den Russen verhandeln zu können. Insbesondere Dieter Posser, der-

## Frankfurter Rundschau

### Neue Umgangsformen

Das Ringen um innerparteiliche Stabilisierung steht in der SPD weiterhin an der ersten Stelle der Dringlichkeitskala. Die Parteitage am vergangenen Wochenende in Berlin und Köln bemüht sich, jeder auf seine Weise, jene Legende zu beschwören, die in der Sozialdemokratie eine gute Tradition hat: Solidarität. Um solidarisches Verhalten geht es nämlich, auch wenn es für diejenigen, denen das zu hausbacken klingen mag, als das Bemühen charakterisiert wird, neue Umgangsformen zwischen der SPD-Basis und den Regierenden zu finden.

Wenn es mehr Verständnis geben soll, dann müssen allerdings beide Seiten angesprochen werden. Das heißt: Die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung dürfen nicht immer gleich „Verrat“ schreiben, wenn in der Mitgliedschaft (wie etwa jetzt beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Lahnstein) Positionen vertreten werden, die sich mit der Regierungspolitik im SPD/FDP-Koalitionsbündnis nicht decken; ebensowenig gibt es einen Sinn, wenn die Jusos mit verbalen Kraftmeisereien den SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt wie einen Erzfeind behandeln, der bis aufs Messer bekämpft werden muß.

Während sich die Jungsozialisten in Lahnstein mit ihrer „Generalabrechnung“ in Kampfstimmung versetzten, konnte man beim Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD etwas

davon spüren, in welche Richtung die „Mehrheits-Sozialdemokraten“ in der nächsten Zeit marschieren werden. Der Nato-Doppelbeschluss - Kernstück der Kontroversen innerhalb der Partei - wird vermutlich die Stürme überstehen. Allerdings für den Preis, daß in den Beschlüssen mehr als bisher die Zustimmung an Vorbehalte gebunden wird, in denen die Ängste und Sorgen vieler Bürger zum Ausdruck kommen.

Und aus Berlin kam ein weiteres wichtiges Signal: Der neue SPD-Oppositionsführer im Schöneberger Rathaus, Hans-Jochen Vogel, hat seine Genossen mit Nachdruck davor gewarnt, das Vertrauen der „zentralen Gruppen“ (gemeint: die Stammwählerschaft) durch ein zu intensives Eingehen auf die „Randgruppen“ zu verlieren. Das Wort war zwar formal an die Delegierten des Berliner Parteitages gerichtet; aber dieser Appell. Resultat seiner Erfahrungen an der Sprcc, war wohl als ein ernstes Wort „an alle“ gedacht. Und es muß im Zusammenhang mit dem Engagement des SPD-Vorsitzenden Willi Brandt gesehen werden, der mit Blick auf ein wachsendes Protest-Potential die Partei-Palette so breit wie nur irgend möglich anlegen möchte. Ein Zeichen auch dafür, daß Hans-Jochen Vogel offensichtlich dazu entschlossen ist, seine politische Wirksamkeit nicht allein auf seine Funktion als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Stadtparlament zu beschränken. drz

zeit Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, der seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv ist und früher als Rechtsanwalt vornehmlich Zeugen Jehovas und Wehrdienstverweigerer vor deutschen Gerichten verteidigte, erhielt für seine Argumentation - Zustimmung zum Nato-Doppelbeschluss, wenn auch tränenden Auges - starken Beifall. Der Rest war Routine, wenn auch sehr gekonnte Routine, insofern, als der ursprüngliche Leitartikel des SPD-Landesvorstands wiederholt umgeschrieben und ergänzt wurde, um von einer breiten Mehrheit verabschiedet werden zu können.

In der endgültigen Fassung des schließlich „von einer großen Mehrheit bei einigen Gegenstimmen“ angenommenen Beschlusses - grundsätzliche Zustimmung zum Kurs des Kanzlers - heißt es aber nun ergänzend: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie - möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa - eine Position der Stärke erlangen? Es bestehen auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf baldige Klärung dieser für sie lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen auf sowjetischer, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper auf amerikanischer Seite die Spirale des Wettrüstens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen.“

29. Juni 1981

# Frankfurter Rundschau Vom Ende der Angst, „daß der Wind uns umwirft“

Beim Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD Von Reinhard Voss

## einigte man sich über den umstrittenen NATO-Beschluß

Eher beiläufig und nur in einem Absatz seiner von den Delegierten zwar gefeierten, von den Journalisten aber fast übereinstimmend als „schwach“ beurteilten Eröffnungsrede ließ Johannes Rau den sozialdemokratischen Katzenjammer der letzten Wochen erkennen. „In gelegentlichen kleinen Zirkeln“, gestand der Vorsitzende jenen 318 Delegierten, die über 300 000 Sozialdemokraten und damit fast ein Drittel der gesamten SPD repräsentierten, in nicht näher definierten kleinen Zirkeln also, habe man in jüngster Vergangenheit schon darüber geredet, „ob der Wind uns wohl umwirft“, der der Partei ins Gesicht bläst. Elf Stunden später hatte sich der Wind gedreht. In der Zwischenzeit waren 38 000 Blatt Papier von den Helfern hinter den Kulissen des Kölner Kongreßzentrums geschrieben, vervielfältigt und verteilt, von den Delegierten drinnen im fensterlosen Saal durchgelesen, war diskutiert, gewählt und angenommen worden. Und als alles vorbei war, gab es für Rau keinen Grund mehr für trübe Gedanken: „Diese Partei ist nicht so schlecht, wie sie von vielen gemacht wird“, bescheinigte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende sich selbst und seinen Anhängern.

Das Wort von den Anhängern ist mit Bedacht gewählt. Denn tatsächlich ist die Zustimmung, die Rau am Wochenende auf dem Parteitag seines Landesverbandes in Köln fand, nicht nur rationaler, sondern genau so stark auch emotionaler Natur. 292 von 318 Stimmen — welcher andere sozialdemokratischer Landesvorsitzender konnte in jüngster Zeit schon solch ein Wahlergebnis vorweisen? Johannes Rau ist das Kunststück gelungen, einen Hauch jenes alten — je nach politischem Standort — hochgeschätzten oder vielgeschmähten sozialdemokratischen Stallgeruchs im größten Landesverband der SPD zu bewahren. Daß die Anredeformel von den „lieben Genossen und Genossen“ bei den Sozialdemokraten von Rhein und Ruhr — noch nicht wie vielerorts sonst zur Leinwand verkommen ist, vielmehr noch jenes Gefühl der Solidarität und Kampfbereitschaft mitschwingen läßt, erwies sich bei den für die SPD zur Zeit umstrittensten Themen: dem Doppelbeschluß der NATO, dem Umgang mit der Friedensbewegung, dem Verhältnis zum Kanzler.

Natürlich gibt es auch in der nordrhein-westfälischen SPD Gegner des NATO-Doppelbeschlusses: viele Jungsozialisten, viele Frauen, auch manch älterer Genosse. Der Unterschied ihrer Argumentationen, beispielsweise zu den schrillen Tönen vom Juso-Bundeskongreß in Lahnstein, liegt nicht nur in der Wortwahl — obwohl auch hier der Ton die Musik macht. Der Unterschied dokumentierte sich in Köln vielmehr in der Bereitschaft der Delegierten zuzuhören, nachzudenken und daraus Konsequenzen zu ziehen. Die Fronten sind hier noch nicht völlig erstarrt.

Die Geschichte jenes Beschlusses, mit dem die nordrhein-westfälische SPD schließlich ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß festschrieb, ist dafür bester Beweis: Wochen vor dem Parteitag hatte der Landesvorstand einen Antrag „betreffend: Friedens- und Sicherheitspolitik“ für den Parteitag erarbei-

tet, der kurz und bündig und ohne Schnörkel ein „annäherndes Gleichgewicht der Bündnissysteme“ forderte und lapidar die „Entschlossenheit“ unterstrich, die Politik der Friedenssicherung und Entspannung fortzusetzen, die von der sozial-liberalen Koalition entwickelt und im Einvernehmen mit den Bündnispartnern verfolgt worden ist.

Dies war nun nicht nur den Jungsozialisten zu schlicht gedacht. Die Jusos werteten das Vorstandspapier als einen „Schlag ins Gesicht der Partei“, als ein „Sammelsurium“ erschreckender Plattheiten, das in keiner Weise die Ernsthaftigkeit der Diskussion in der SPD widerspiegeln würde. Im Landesvorstand sah man besonders nach Ablauf des Hamburger Kirchentages gerade noch rechtzeitig ein, daß man diesem Thema mit solch einem Hauruck-Papier denn aber doch nicht gerecht werden konnte. Unmittelbar vor dem Parteitag änderte der Vorstand seine Vorlage in wichtigen Passagen ab. Jetzt war in dem Papier auch von der Friedensbewegung die Rede, die als ein „grundsätzliches Zeichen“ und als ein Beweis dafür gewertet wurde, „daß die Bürger nicht an eine Politik der Stärke glauben und nicht daran, daß allein Waffen Frieden sichern können“.

Das war schon besser, aber nicht gut genug. Den Durchbruch schafften Peter Heinemann, der Sohn des früheren Bundespräsidenten, und Horst Ehmke, die

einen Änderungsvorschlag dem Parteitag präsentierten und in stundenlangem Ringen mit der Antragskommission in wichtigen Passagen als Beschlußgrundlage durchsetzten. Dort hieß es jetzt: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie — möglicherweise auch durch die vorherrschende Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen? Es besteht auch die Befürchtung einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für uns lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen auf sowjetischem, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper auf amerikanischer Seite die Spirale des Wettrüstens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen.“

Bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion, von deren erfolgreichem Verlauf Helmut Schmidt bekanntlich sein politisches Schicksal abhängig gemacht hat, seien „auch Zwischenlösungen denkbar, die Moratorien enthalten“, ließen Heinemann und Ehmke und ihre Mitstreiter zusätzlich noch in die Vorstandsvorlage schreiben — die Forderung also an die Supermächte nach einem rüstungspolitischen Stillhalteabkommen während der Verhandlungen. Eine wichtige Ergänzung des NATO-Doppelbeschlusses, der ja schon für 1983 die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa ins Auge faßt.

Auf dem Kölner Parteitag war das der Durchbruch. Mehrere Delegierte, die eigentlich ins Kongreßzentrum gekommen waren, die Vorstandsvorlage abzulehnen, bekundeten jetzt vom Rednerpult aus ihre Absicht, dem geänderten Papier zuzustimmen. Ihr Appell an die Skeptiker, sorgfältig zu lesen, nicht auf vorgefaßten Meinungen zu beharren, hatte Erfolg. Als abgestimmt wurde und das Präsidium feststellte, die Vorlage sei „mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen“ angenommen worden, gab es im Saal gegen diese Einschätzung keinen Widerspruch. Erlöster Beifall brauste auf, und Johannes Rau freute sich: „Das war ernsthaft und fair diskutiert mit einem befriedigenden Ergebnis.“

Mit einer absoluten Mehrheit im Landtag hinter und einer noch fast vierjährigen Legislaturperiode vor sich (in Nordrhein-Westfalen wird alle fünf Jahre ein neuer Landtag gewählt), sahen Rau und seine Mitstreiter die Gefahr für die SPD denn auch nicht von rechts, sondern eher aus der Mitte, aus den eigenen Reihen. In seiner bekannt drastischen Art hatte Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann in der allgemeinen Aussprache über den Raubericht eine wenig ermutigende Diagnose gestellt: „todkrank“ sei die Partei bis vor kurzem gewesen, weil mehr diffamiert als gestützt worden sei. Und wer noch nicht begriffen hatte, was da gemeint war, nannte Farthmann in seinem zweiten Beitrag des Übel beim Namen: Karlheinz Hansen. Nicht das Denken, sondern das Diffamieren werde bestraft in der Partei — und das, daran ließ Farthmann keinen Zweifel, sei auch nötig und richtig. Viel Beifall für den hemdsärmeligen Professor.

Der Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete war nicht in Köln. Auf Beschluß seines Bezirksvorstandes darf Hansen so lange nicht an der Willensbildung der SPD teilnehmen, bis über seinen Parteausschluß entschieden ist. Nach dem dünnen Beifall zu urteilen, der sich im Plenum regte, als Jungsozialisten für Hansen eine Lanze zu brechen versuchten, stehen die Aktien des Düsseldorfers bei den gewählten Repräsentanten der nordrhein-westfälischen SPD nicht besonders hoch im Kurs.

Nach diesem Kölner Parteitag kann es keinen Zweifel mehr geben: die Partei steht hinter Rau und Rau steht hinter Schmidt. Ob er sich nach diesem Wahlsieg als Kronprinz des Kanzlers fühle, wurde Rau nach seinem 92-Prozent-Ergebnis gefragt. Rau tat erstaunt: „Wiso Kronprinz? Diese Rolle hat mir noch nie gelegen.“ Das war nicht Bescheidenheit, sondern signalisierte Selbstbewußtsein. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident sieht sich nicht — hinter wem auch immer — als Kronprinz oder Nummer zwei. Er sieht sich ganz vorn. Zur Zeit — zunächst — in Düsseldorf.

# Johannes Rau — Superstar der SPD

## Düsseldorf-Express Blaue Augen

### Parteitagsang Loblied auf NRW-Regierungschef

Von ALFRED MERTA

exp Köln — Jahrelang wurde er als lau und unentschlossen geschildert. Seine innerparteilichen Gegner nannten ihn abfällig „Eruder Johannes“. Doch spätestens beim Landesparteitag in Köln hat sich Johannes Rau zum hitelichen Superstar der SPD gemauert. Daß er bald auch ganz oben in der Bonner Parteilspitze zu finden sein wird, scheint fest programmiert. „Ich selbst immer wieder erklärt: „Ich kollektive Ambitionen in diese Richtung.“

Mit 292 von 318 Stimmen wurde Rau in Köln als SPD-Landesvorsitzender wiedergewählt. Damit ließ er seine beiden Stellvertreter, den Landesminister Dr. Christoph Zöpel und die Bundesfamilienministerin Antje Huber, weit hinter sich. Beide bekamen nur 217 Stimmen.

Mehr noch als in diesem überragenden Stimmenergebnis zeigt sich Raus Stärke in der Art, wie er auch viele skeptische Mitglieder seines Landes-

verbandes in der Friedens- und Sicherheitspolitik auf den Kurs von Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Brandt brachte.

Mehrfach formulierte Rau seinen eigenen Leitansatz zur Unterstützung des

Nato-Doppelbeschlusses um und brachte dabei auch die Ängste vieler Bürger vor der Atomrüstung und

die Sorgen über manche amerikanische Irritationen zu Papier. Am Ende stimmten fast 90 Prozent der Delegierten für Raus Antrag. Der scheidende Landesgeschäftsführer Rainer Maedgen über diese Parteitagsstrategie: „Eine Glanzleistung.“

Rau selbst bleibt bescheiden, obwohl sein Landesverband seit Monaten der einzige ist, der die Bonner Zentrale nicht regelmäßig mit Schreckensmeldungen in Atem hält. Ein SPD-Spitzenmann zu EXPRESS: „Gäbe es eine Formtabelle der Politiker, wäre Johannes bei uns zur Zeit unangefochten in Führung.“

5 le standen im Ring und bezogen blaue Augen. Und wieder einmal verteilten Aufmüpfige die Hebe: Was für die SPD ihre Jucos, war für die Liberalen der Berliner Spaltpliz.

Viele mögen der Anti-Nato-Haltung der Jungsozialisten zustimmen. Ihre Wirtschaftsforderungen werden auf ebensowenig Verständnis stoßen wie ihre Aggressivität gegenüber allen Andersdenkenden. Und die Berliner FDP, die ihre Mitglieder im CDU-Senat buchstäblich verteilte, gab nicht der Veranort, sondern Untergangsstimmung Raum.

Für Schmidt und Genschler bleibt es ein Traum, Freunde anderswo so hinter sich zu wissen wie den Präsidenten Rau. nn

### Westfälische Nachrichten

#### Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD

## Kein „Erbauungstag“

Auch die nordrhein-westfälische ASPD ist in der für die Bundesrepublik existentiellen Sicherheitspolitik zerstritten. Ein tiefer Riß geht durch diesen Landesverband. Darüber kann auch das Ja einer deutlichen Mehrheit der Delegierten auf dem Kölner Landesparteitag zum NATO-Doppelbeschluß am Wochenende nicht hinwegtäuschen. Es ist ein bedingtes Ja, eine Zustimmung mit vielen Wenn und Aber. Nur so dürfte das Votum für die Unterstützung des Bundeskanzlers überhaupt mehrheitsfähig geworden sein.

Im Gegensatz zur bisherigen Haltung der Bundesregierung werden in dem mehrmals veränderten Landesvorstands-Papier ausdrücklich sogenannte Moratorien als Zwischenlösungen bei den Abrüstungsverhandlungen gutgeheißen. Und es wird der unbedingte Vorrang der Verhandlungen vor der Stationierung neuer US-Waffensysteme in Europa betont. Wenn auch in einem Frageforum den Amerikanern vorgeworfen wird, daß sie durch Stationierung neuer nuklearer Raketen eine Position der Stärke erlangten wollten.

Überhaupt konnten Beobachter bei der mehrstündigen Diskussion den Eindruck gewinnen, daß nicht etwa die Sowjetunion, sondern die Vereinigten Staaten das Welttrüsten Inszenierten, andere Länder besetzten und bedrohten. Der in vielen Diskussionsbeiträgen deutlich gewordene Anti-Amerikanismus war erschreckend. Jene Genossen haben offensichtlich die Nachkriegsgeschichte vergessen, sind blind auf einem Auge.

Man hätte erwarten können, daß sich Landeschef und Ministerprä-

sident Rau dazu zu Wort gemeldet hätte, doch er schwieg, wie er auch überhaupt während der ganzen kontroversen Doppelbeschluß-Debatte stumm blieb und sich lediglich später „zur Geschäftsordnung“ meldete. Mit diesem Lavieren durch die Blöcke eckt man zwar nirgendwo an — und erhält dann auch prompt 90prozentige Mehrheiten auf Landesparteitagen, aber von Führungsstärke kann da wenig die Rede sein. Anstelle des Landesvorsitzenden kämpften seine Parteifreunde Farthmann und Passer sowie der aus Bonn ange-reiste Ehmke um einen Konsens zwischen Bundesregierung und NRW-Parteibasis.

Wegen Zeitknappheit blieben ganze Antragspakete, wie zur Gesellschafts- und Sozialpolitik, zur Bildungs- und Medienpolitik (mit Ausnahme Gesamtschule) sowie zum Umweltschutz unerledigt. Sie wurden an den Landeshauptaus-schuß überwiesen. Und anstelle hoffnungsvoller Perspektiven in die Zukunft wurden die 318 Delegierten von Finanzminister Passer belehrt, daß die Düsseldorf SPD-Regierung angesichts des immer weiter wachsenden Schulden- und Zinsberges bald „keine Politik mehr machen kann für die Leute, für die wir bei der letzten Wahl angetreten sind“.

Es „rumort“ an der Parteibasis, wie Delegierte ihrer Führungsspitze berichteten. Und auch der dies-jährige Landesparteitag war für die SPD-Mitglieder kein „Erbauungstag“. Im Gegenteil. Viele der insgesamt auf 28.000 Blatt geschriebenen Anträge und Willens-erklärungen werden bald nur noch Makulatur sein.

JOCHEN JURITTKO, Düsseldorf

Westfälische Nachrichten

# Kein eindeutiges Ja in Köln zum Doppelbeschluß der NATO

NRW-SPD: Vorrang für Gespräche / Rau wieder Vorsitzender

-ju-Köln/Berlin (Eig. Ber.). Erst nach Zugeständnissen an die parteiinternen Gegner hat der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD am Wochenende in Köln dem NATO-Doppelbeschluß mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. In

einem vor der Annahme mehrmals abgeänderten Antrag des Landesvorstandes wird gefordert, daß im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen auch sogenannte Moratorien als Zwischenlösungen denkbar sein sollten.

Zuvor hatte der Landesparteitag mit 292 gegen 20 Stimmen bei vier Enthaltungen Ministerpräsident Johannes Rau als Landesvorsitzenden wiedergewählt. Er erhielt damit 92 Prozent der Delegiertenstimmen gegenüber 95 Prozent vor zwei Jahren. Seine beiden Stellvertreter, Bundesgesundheitsministerin Antje Huber und NRW-Landesentwicklungsminister Christoph Zöpel, erhielten jeweils 217 Ja- und 82 bzw. 81 Nein-Stimmen.

In dem Antrag zum NATO-Doppelbeschluß wird der „unbedingte Vorrang“ von Verhandlungen gegenüber der Stationierung neuer Waffensysteme betont und darauf hingewiesen, daß eine Verschleppung der Verhand-

Westfälische Nachrichten

## CDU: Rau nur Feuerwehrmann der Bonner Partei für Schmidt

Berliner SPD-Chef Glotz warnt vor „Rachefeldzügen“

Fortsetzung von Seite 1

nicht eingelötet habe. In einem von Parteitag angenommenen Antrag des Landesvorstandes wird gefordert, daß es auch im ländlichen Raum Gesamtschulen geben müsse.

Zu Beginn des Parteitages hatte Rau die Sozialdemokraten eindringlich davor gewarnt, ihre eigenen Querelen zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen zu machen. Zwar brauche die Partei das Streitgespräch, aber es müsse dann zu Entscheidungen und zum gemeinsamen Handeln führen.

Das CDU-Landespräsidium vertrat in einer Stellungnahme die Auffassung, der SPD-Parteitag habe keine einzige Antwort darauf gegeben, wie die Landesregierung die großen Arbeitsplatzsorgen und die dramatische Entwicklung der Staatsfinanzen in den Griff bekommen solle. Offensichtlich sehe der entscheidungsschwache Ministerpräsident Rau seine Arbeit für das Land darin erschöpft, als Feuerwehrmann der Bon-

ner Baracke in Sachen NATO-Doppelbeschluß die Genossen vielzünftig auf Duldungskurs für Helmut Schmidt zu halten.

Ähnlich wie Rau in Köln warnte auch der Berliner SPD-Vorsitzende Glotz die Delegierten des Landesparteitages ebenfalls am Wochenende in Berlin davor, Streitigkeiten in der Partei so auszutragen, daß sie zu Haß und Feindschaften führten. Es sei jetzt nicht die Zeit zu „innerparteilichen Rachefeldzügen“. Die Sozialdemokratie stehe in den nächsten acht bis zwölf Monaten vor der Entscheidung, ob die SPD die 80er Jahre als Regierungspartei gestalten oder als Opposition nur begleiten werde. Der Parteitag hatte ebenso wie das Kölner Treffen auch zum Problem des NATO-Doppelbeschlusses Stellung genommen und einstimmig eine Resolution beschlossen, die sich „sowohl gegen die anhaltende Aufrüstung der Sowjetunion wie auch gegen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten, die statt Gleichgewicht ein Übergewicht fordern“, wendet.

### Kein „Erbauungstag“

lungen im Widerspruch zum NATO-Eeschluß stünde. Auf keinen Fall dürfe es zu einer „automatischen Stationierung“ von Mittelstreckenraketen, „womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik“ kommen.

Der Verabschiedung war eine mehrstündige heftige und teils ins Persönliche abgleitende Debatte vorausgegangen, in der sich vor allem die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses zu Wort gemeldet und dessen Aufhebung verlangt hatten. „Selbst wenn die Russen weiter sterner aufrüsten, sollten wir den USA die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa verbieten“, so ein Delegierter.

Angesichts der vorgerückten Zeit wurde das Thema Gesamtschule nur kurz behandelt. Delegierte kritisierten, daß die Regierung trotz absoluter Parlamentsmehrheit die entsprechenden Parteitagbeschlüsse teilweise

Fortsetzung auf Seite 2:

CDU: Rau nur Feuerwehrmann...

Frankfurter Rundschau

## Sozialdemokraten quälen sich weiter

Ohne Erfolg um einheitliche Linie in der Rüstungsfrage bemüht

Von unseren Korrespondenten

vs KÖLN. Die nordrhein-westfälische SPD ist „mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung“ in der Frage der Rüstungsverhandlungen, unterstützt aber Bundeskanzler Helmut Schmidts Interpretation des NATO-Doppelbe-

schlusses. Auf ihrem 6. ordentlichen Landesparteitag in Köln lehnten die Sozialdemokraten dabei „im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung und im

Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen einen von Verhandlungen unabhängigen Prozeß der Modernisierung der euro-strategischen Atomwaffen ab“.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundeslagsfraktion, Horst Ehmke, der in Köln maßgeblichen Anteil an der Formulierung dieses mit großer Mehrheit verabschiedeten Beschlusses hatte, verlangte von der Sowjetunion, ihr „Teufelszeug“ abzurüsten. Ehmke lobte die Friedensbewegung, deren Kampf gegen den „Irrsinn des Overkills kein Zeichen von Defizienz“ sei.

# SPD verschärft die Kritik an Amerika

## Brandt hat aber keinen Zweifel am Verhandlungswillen

**Köln/Lahnstein.** (mar/ag) Die SPD hat ihre Kritik an den Amerikanern deutlich verschärft: Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten äußerten sich „sehr besorgt über die unklare amerikanische Haltung“ zu Abrüstungsverhandlungen, die Berliner SPD warnte US-Präsident Reagan vor einem Streben nach

Übergewicht, Erhard Eppler bezweifelte beim Bundeskongress der Jungsozialisten das amerikanische Interesse an den Verhandlungen mit Moskau. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bekräftigte am Vorabend seiner Moskau-Reise allerdings, er habe keinen Zweifel, daß die USA mit Moskau verhandeln wollten.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten stellten sich bei ihrem Landesparteitag in Köln zwar mit deutlicher Mehrheit hinter die Politik von Bundeskanzler Schmidt und bekräftigten den NATO-Doppelbeschuß. In einem kurzfristig in den Leitartikel eingeschobenen Zusatz drückt die SPD aber ihre Sorge über eine Risikoverlagerung im Atlantischen Bündnis aus. Verhandlungen müßten absoluten Vorrang haben, eine automatische Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen dürfe es nicht geben.

Die Berliner Sozialdemokraten wandten sich in einer Resolution gegen die anhaltende Aufrüstung der Sowjetunion wie auch gegen

Bestrebungen in den USA, die statt Gleichgewicht Übergewicht verlangen. Sie fordern ihre Partei auf, die Bemühungen um Abrüstung mit aller Kraft fortzusetzen.

Nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt hat die Bundesrepublik ein vitales Interesse daran, daß noch Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit es nicht zur Aufstellung der NATO-Waffen in der Bundesrepublik und Europa kommen muß. Eine gefährliche anti-amerikanische Strömung sieht der SPD-Chef allerdings nicht aufkeimen. Brandt betonte vor seiner heute beginnenden Moskau-Reise, er fahre nicht als Unterhändler. Er wolle sich nur informieren und auch seinerseits

Auskunft geben.

Die Unionsparteien äußerten sich deutlich besorgt über die Reise Brandts, der von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wiachnewski begleitet wird. Oppositionschef Kohl sieht die Gefahr, daß Brandt sich als Instrument der sowjetischen Politik mißbrauchen läßt.

In einer vielbejubelten Rede vor den Jungsozialisten erklärte das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, die USA hätten ein viel größeres Interesse an der Aufstellung ihrer Waffen, die die sowjetischen Machtzentren treffen könnten als an einem Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen, über die sie sich 20 Jahre lang nicht erreeht hätten. Kommentar

### Kölnische Rundschau

# Koalition im Zwielficht

VON JÜRGEN MERSCHMEIER

Die Bonner Koalitionsparteien haben sich am Wochenende wieder einmal und das gleich mehrfach — in jenem Zwielficht präsentiert, das die Szene beherrscht, seit die hellen Strahlen des SPD/FDP-Wahlsieges vom 5. Oktober 1980 mehr und mehr der Wirklichkeit düsterer Gegenwart weichen müssen.

Landesparteitage der SPD in Köln und Berlin, Kongress der Jungsozialisten in Lahnstein, Scherbengericht in der Berliner FDP — das sind mehr als regionale Ereignisse oder Vorgänge in Arbeitsgemeinschaften. Das sind Ergebnisse und Reflexe der Unsicherheit in beiden Bonner Koalitionsparteien, die nicht mehr nur im Zwielficht umhertappen, sondern zu Teilen bereits selbst zwielfichtig geworden sind.

Vergleichsweise harmlos ging es noch bei den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zu, die ihren Vornamen Johannes Rau mit überzeugender Mehrheit wiederwählten und zur Sicherheitspolitik einen Antrag verabschiedeten, der

auf den ersten Blick ganz passabel wirkt. Doch um den Entwurf für möglichst viele Genossen akzeptabel zu machen, wurde ganz zum Schluß noch ein Satz hereingenanommen, der dem Mißtrauen und der Skepsis vieler in der SPD gegenüber den Vereinigten Staaten Rechnung trägt.

Da nutzt es auch nichts, wenn SPD-Chef Willy Brandt kurz vor seinem Abflug zu Leonid Breschnew gefährlichen Anti-Amerikanismus kurzorhand abwiegend in Abrede stellt. Helmut Schmidt ist da anderer Meinung, von Hans-Dietrich Genscher ganz zu schweigen.

Anti-amerikanische Töne wurden auch bei den Berliner Sozialdemokraten laut, die in den USA Bestrebungen ausmachen, statt Gleichgewicht ein Übergewicht zu fordern, und die sich der Diskussion über eine Revision bisheriger Beschlüsse vorerst dadurch entledigen, daß sie eine Vertagung beschließen.

Die rüdeste Tonart schlugen allerdings die Jungsozialisten an,

nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber dem von der eigenen Partei gestellten Bundeskanzler, seiner Regierung und seiner Politik. Was da, teilweise nach den Notizen Erhard Epplers, an Beleidigungen, Verleumdungen und Verdrehungen ausgestoßen wurde, müßte selbst bei hartgesottene Christdemokraten dazu führen, voller Mitleid auf den Kanzler zu schauen.

Und die FDP stellte sich am gleichen Wochenende in einer Weise dar, daß sie sich auch nicht Gruppe unschuldiger Glühwürmchen vorkommen kann, die im Zwielficht hellen Schein verbreiten. Der Landesparteitag in Berlin will jenen den Stuhl vor die Tür setzen, die dem Rat der Bonner Strategen um Hans-Dietrich Genscher folgten und dem Senat Richard von Weizsäcker eine faire Chance einräumen wollten. Vor dem Hintergrund der blutigen Auseinandersetzungen fordern die jüngsten Beschlüsse der Berliner FDP nichts mehr „Vorfahrt für Vernunft“, sondern Vorrang für das Chaos, Chaos vor allem in den eigenen Reihen.

## Intakte Basis

Die Mahnung, die Johannes Rau in Köln an seine Genossen richtete, war überdeutlich: „Diese Partei will eine Arbeitnehmerpartei bleiben,“ rief der Regierungschef den Delegierten zu. Erschlug damit in die gleiche Kerbe wie der Kanzler, der vor einigen Wochen von der Gefahr sprach, die SPD drohe zu einer Seminarpartei zu verkommen.

In der (noch) intakten Basis, gerade im Revier, liegt das Geheimnis für die Ruhe in der nordrhein-westfälischen SPD. Ein Eppler hätte in Herne oder Gladbeck ebenso wenig eine Chance wie der smarte Matthiesen oder der gewandte Klöse.

Helmut Schmidt kann sich auf „seine“ SPD an Rhein und Ruhr verlassen. Und gerade deshalb sollte es ihn nachdenklich stimmen, wenn nur durch anti-amerikanische Töne eine Mehrheit für den NATO-Doppelbeschuß erreicht werden kann. Die rüden Angriffe der Jusos kann der Kanzler verschmerzen, die in Köln deutlich gewordene Tendenz muß ihm zu denken geben. (mar)

Stuttgarter Zeitung  
SPD außer Tritt

Von Joachim Worthmann

Die SPD habe die Talsohle durchschritten, verkündete Bundesgeschäftsführer Peter Glotz Mitte vergangener Woche. Klaus von Dohnanyi sei eindrucksvoll zum Hamburger Bürgermeister gewählt worden, Holger Börner könne sich auf ein deutliches Vertrauensvotum stützen, und in Berlin sammle die SPD unter der Führung Hans-Joachim Vogels neue Kraft. Gewiß, dies alles trifft zu, gleichwohl wird niemand ernsthaft behaupten können, die SPD habe nach den monatelangen Turbulenzen wieder Tritt gefaßt. Der Gesundheitsminister Grotz selbst mußte das am Wochenende auf dem Juso-Bundeskongreß leidvoll erfahren. In seinen Berliner Jahren noch als einer jener seltenen Politiker gefeiert, die den Dialog mit der kritischen Jugend nicht nur suchten, sondern auch bestanden, wurde er in Lahnstein von der eigenen Parteijugend ausgehöhlt. Sein „Fehler“ war, daß er sich solidarisch zu der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts bekannte und um Verständnis für den Nato-Nachrüstungsbeschluß vorkämpfte. Die traditionelle Spannung zwischen rechtem und linkem Flügel in der SPD droht angesichts des Streits um die Verteidigungspolitik in ein Freund-Feind-Verhältnis umzuschlagen. Erhard Eppler sah sich genötigt, die Jusos daran zu erinnern, daß man zwar Helmut Schmidts Kurs ablehnen könne, ihm aber nicht den Friedenswillen absprechen dürfe. Wenn ein Mann wie der als gemäßigter geltende Willy Piecyk seine Wiederwahl nur sichern kann durch grobe Ausfälle gegen die Linie der Bundesregierung, wenn selbst der frühere Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder sich Pfiffe gefallen lassen muß, dann kann es eigentlich keinen Zweifel mehr an der Feststellung geben, daß sich eine Partei in der Partei sammelt, die jeden Andersdenkenden zum verachtenswürdigen Gegner stempelt.

Sicherlich, die Juso-Delegierten sprechen nur formell für die über 300 000 jungen Leute in der SPD. Viele der unter 35jährigen Parteimitglieder verweigern schon seit Jahren die Mitarbeit in „ihrer“ Organisation. Dennoch signalisiert das Treffen von Lahnstein einen Trend, der über eine kleine radikale Minderheit hinausreicht. Die Rücktrittsdrohung Schmidts vermochte schließlich nicht einmal, daß ordentliche Bezirksparteitage oder der Kongreß der Frauenarbeitsgemeinschaft in der SPD von der Forderung abließen, der Doppelbeschuß müsse „gekippelt“ werden. Nun verbuchte der Kanzler an diesem Wochenende freilich auch einen Pluspunkt: Die nordrhein-westfälischen Genossen, an ihrer Spitze Ministerpräsident Johannes Rau, stärkten ihm den Rücken. Aber auch sie machten deutlich, wie sehr ihre Entscheidung vom zugleich in Frage gestellten Verhandlungswillen der Amerikaner abhängig sei. Die Vorbehalte gegen den Nachrüstungsbeschluß nehmen an jedem Tag zu, an dem nicht ernsthaft über eine Abrüstung gesprochen wird. Eines scheint schon jetzt sicher: Bis zum geplanten Bundesparteiabend im Frühjahr 1982 wird die Zeit kaum für vorweisbare Zwischenerfolge reichen. Wie will und kann Schmidt dann vor die Partei treten? Es sei denn, die Sowjets „helfen“ ihm durch einen Einmarsch in Polen. Und es ist ja keineswegs nur der Rüstungsstreit, der die SPD in eine Zerreißprobe stürzt. Die anstehenden Entscheidungen zur Haushaltsanpassung verstärken die Belastungen und könnten womöglich auch den Arbeitnehmerflügel an die Seite der Kanzlerkritiker treiben.

SPD an Rhein und Ruhr bleibt  
verlässliche Basis für Helmut Schmidt

Johannes Rau hat die  
Partei fest im Griff

VON HARTMUT KACZMAREK  
Köln. Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Jürgen Wischniewski blätterte deutlich verärgert in einem Stapel von Tageszeitungen. „Jusos attackieren den Kanzler“ und „Jusos gehen mit Schmidt ins Gericht“, stand dort zu lesen. Der Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD mußte dem bewährten Feuerwehrmann des Kanzlers angesichts der Pfiffe und Buhrufe für das Parteistabli-ment bei den Jungsozialisten in Lahnstein und den Genossen-Anfeindungen andernorts wie eine Oase der Ruhe und des Friedens erscheinen. 90 Kilometer Luftlinie trennen Köln und Lahnstein - für die SPD waren es am Wochenende Welten.

Die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr bestätigten einmal mehr ihren Ruf, eine verlässliche Basis für den Bundeskanzler zu sein. Keine Personalquerelen wie in Hamburg, keine Rücktrittsdrohungen wie in Hessen und das alles obwohl auch die Jungsozialisten - anders als eine voreilig verteilte Pressemitteilung der CDU es wissen wollte - in der Domstadt mit an Bord waren. Johannes Rau hat im Verein mit den mächtigen Bezirksfürsten Hermann Heinemann (Westliches Westfa-

len) und Hans Otto Bäumer (Niederrhein) die Partei fest im Griff. Schon in seiner Eröffnungsrede hatte er Beharrlichkeit und Geschlossenheit gepredigt. Seine Gestik und Mimik erinnerten dabei an den Parteichef Willy Brandt. Auch das Bemühen, alle Strömungen in der Partei zu integrieren, hat er mit diesem gemeinsam. Nicht ohne Grund wird Rau in Bonn als möglicher Nachfolger des SPD-Chefs gehandelt.

„Wir wollen diskutieren, aber am Ende muß die geschlossene Haltung stehen.“ dieses Rezept, mit dem Rau bisher seinen Landesverband aus der SPD-weiten Krise herausgehalten hat, gilt für ihn auch in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses. Entgegen der ursprünglichen Parteitage-Regie beherrschte das Thema auch die Debatte in Köln. Der verzweifelte Appell des Siegerer Landtagsabgeordneten Loke Memizka, mit deutlichen Aussagen zur Arbeitsplatzsicherheit in die Schlagzettel zu kommen, war vergeblich.

Vier Stunden hatte der Landesvorstand am Vorabend an dem ursprünglichen Leitort der Pösser-Kommission herumgebastelt und herumkorrigiert, bis es selbst dem duldsamen Johannes Rau zuviel wurde. „Dieser Antrag

ist nicht mehr veränderbar.“ erklärte er verärgert der Juso-Chefin Heika Peters, die mit immer neuen Änderungsanschlüssen kam.

Sein letztes Wort in dieser Angelegenheit war es nicht: Der Druck der Delegierten auf der einen und der Wille zur möglichst großen Geschlossenheit auf der anderen Seite wurden so stark, daß noch ein kräftiger Tritt vor das Schienbein der Amerikaner

aufgenommen wurde: Die SPD teilt die Besorgnis vieler Teile der Bevölkerung über die unklare amerikanische Haltung.

Der Antrag wurde so häufig re-daktionell geändert, daß zum Schluß selbst der neu gewählte Landesgeschäftsführer Bod Hombach Mühe hatte, die einzelnen Passagen noch in der richtigen Folge aneinanderzureihen. „Parteitagsdramaturgie“ nannte

er das. „Verwässern“ nannte es eine Delegierte aus Wuppertal-Oberbarmen. Die engagierte Parteigenossin aus der Geburtsstadt Johannes Raus meinte denn auch: „Mit diesem Antrag kann Rau sowohl für wie gegen die Nachrüstung argumentieren.“ Ein kräftiges Sowohl als auch, ganz ähnlich dem Parteivorsitzenden Brandt also. Und sie fügte nachdenklich hinzu: „Ja, ja er ist schon ein kluges Kerlchen, unser Johannes.“

Aachener Nachrichten 27. Juni 1981



Girgensohn, NRW-Kultusminister, hat davor gewarnt, die schulische Integration der Ausländerkinder durch zusätzliche Forderungen zu erschweren. Wer für ihre volle Integration in der Bundesrepublik eintrete, gleichzeitig aber meine,

Ausländerkinder mußten hier so erzogen werden, daß sie auch jederzeit wieder in das Schulsystem ihres Heimatlandes eingliederbar, also „reintegrationsfähig“ seien, überfordere die jungen Menschen.

tionsfähigkeit der Partei, die Jungwähler aber für die entscheidenden resultieren. Je stärker aber die Partei mit Schmidt identifiziert wird, desto weniger Chancen hat sie nach Lage der Dinge gegenwärtig bei jungen Leuten. Umgekehrt gilt freilich auch: Je mehr die Partei von Schmidt abbrückt, desto weiter entfernt sie sich von der FDP und damit zugleich von der Regierungsmacht.

# Rote Nelken und dunkler Anzug „Wo ist eigentlich der Sekt?“

Köln SPD-Landesparteitag stärkte Johannes Rau und dem Kanzler den Rücken

VON BERND MATHIEU

Köln, 28. Juni. - Genosse Johannes konnte ganz in seiner Rolle als Strahlmann aufgehen. 92 Prozent der Delegierten hatten die drei Buchstaben auf ihre Stimmzettel geschrieben: Rau. Antje Huber überreichte dem wiedergewählten Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen SPD einen dicken Strauß roter Nelken. Rau selber dankte „für das Vertrauen“, erkundigte sich nach dem Sekt; und Horst Ehmke spöttelte: „Dafür zieht der sich sogar den dunklen Anzug an.“ Der Junggeselle Rau weiß eben, was sich gehört. Und die Krawatte kann er sich allemal noch alleine zurüchtrücken. Das Messezentrum-Ost war eine Oase in der Parteiparteieller Ruhe: Selbst die Demonstranten draußen vor der Tür verharren in relativer Stille. Ein Flugzeug hatten sie gebastelt und ein paar Raketen aus Pappe. Stummer Protest gegen die Nachrüstung. Hektik herrschte in der

Stadt des Karnevals und des kölschen Klüngels nur vor dem Würstchenstand. „Bon appetit“ hätte man da sagen können - einer Aufschrift auf den neuesten Grillschürzen aus der SPD-Werbe-Retorte folgend, wasch- und kochecht zum Sonderpreis.

Das meiste Papier gab es zur Gesamtschule. Die bildungspolitische Arbeitsgemeinschaft hatte vor dem Eingang in den Saal einen Stand aufgebaut. Den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion konnte hier jeder in beliebiger Anzahl wegnehmen. Am Abend war er dann offizieller Punkt der Tagesordnung. Einige Delegierte fühlten sich „irritiert“. Von der Bestandsgarantie für Gymnasium und Realschule hielten sie herzlich wenig. Aber wie in allen anderen Punkten stärkte die Mehrheit dem Landeskabinett und vor allem dem Landesvater den Rücken.

Starken Beifall hatte Rau am Morgen erhalten, als er sagte: „Eine Partei ist krank, die ihre führenden Funktionäre

so beschäftigt, mit Sitzungen und Gremien und Arbeitsgruppen, daß von Montagmorgen bis Sonntagabend die Gefahr einer Begegnung mit dem Wähler nicht mehr besteht.“ Aber die armen Delegierten mußten an diesem Samstag elf Stunden ausharren. Die Debatte über die Nato-Nachrüstung endete zwar mit breiter Zustimmung zum Doppelbeschluss, verhinderte aber die Beratung anderer Anträge zur Gesellschafts- und Sozialpolitik, zum Umweltschutz und zur Medienpolitik.

Rau will Menschen gewinnen für den Ausstieg aus der Angst. Und darüber müsse diskutiert werden. „Mit aller Betroffenheit sage ich hier, daß es mich bedrückt, daß in der CDU nicht gestritten wird über den richtigen Weg zum Frieden. Ich bin für Geschlossenheit nach der Diskussion und nicht für Geschlossenheit statt Diskussion.“ Diskutiert wurde natürlich in Köln: Auch wenn die meisten Jusos weit weg in Lahnstein waren. Da wollte sogar einer der Jungsporne dem Parteivorstand einen Plasterstein präsentieren. „Habt Ihr das Rumoren unter den Jugendlichen nicht gemerkt?“ fragte der. Die Antwort blieb aus, weil der junge Mann zu lange geredet hatte. „Ich entziehe Dir das Wort“, so kurz und bündig können auch Tagungspräsidenten sein.

Nur Farhmann durfte länger reden, der Kumpel-Minister in aufgekrempeelten Herdärmeln. Der Professor will das Gespräch führen mit den Jugendlichen, „aber nicht mit den OX Hausbesetzern. Messen wir an denen eigentlich unsere Jugendpolitik oder an den 99 Prozent, die keine Schlagzeilen machen?“ In Köln lief am Ende alles glatt, alles für Johannes und alles für Bonn. Von Hessen und Berlin, von Hamburg und Lahnstein sprach hier keiner. Aber von Paris. „Wir sollten uns freuen über Frankreich“, sagte Rau. „drei Sonntage sozialistische Siege. Und Mitterrand hat nicht gesagt: Weg mit dem Doppelbeschluss.“ Ausgerechnet so stärkte Rau dem Kanzler den Rücken: mit Blick auf die heile sozialistische Welt an der Seine. Wer war eigentlich Giscard?, könnte man fragen.

Aachener Volkszeitung

## Musterschüler und Statthalter

VON BERND MATHIEU

Keiner der hohen Bonner Herren hatte sich nach Köln verirrt: Der Kanzler erholte sich im Segelboot, Parteichef Brandt packte die Koffer für Moskau, und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ließ sich in Lahnstein von den Jungsozialisten auspeifen. Die Bonner wissen, daß allein Nordrhein-Westfalen zur Zeit eine sichere sozialdemokratische Burg ist, ein SPD-Wunderland ohne den Bazillus selbstzerstörerischer Diskussionen. Das i-Tüpfelchen auf das verhältnismäßig wohlgeordnete SPD-Familienleben an Rhein und Ruhr setzte dann Johannes Rau mit einem Wahlergebnis, das für SPD-Verhältnisse wo is Traumresultat gelten darf.

1977, noch war Rau mit dem hauchdünnen Vorsprung von zwei Stimmen an die Spitze des größten Landesverbandes gewählt worden. Das übergroße Vertrauensvotum von Köln konnte man so uneingeschränkt nicht erwarten. Rau steht nicht außerhalb jeder Kritik. Viele werfen ihm Zaudern und auch Nachgiebigkeit gegenüber der CDU vor, was sich vor allem im Gesetzentwurf zur Gesamtschule äußere.

Rau begründet dieses und anderes mit faktischen Überlegungen. Er will auch die 4,9 Prozent, die als FDP-Wähler die Koalition in Düsseldorf wollten, ganz herüberziehen. Mit einer betont liberalen Politik, so lautet seine

Rechnung, sollen diese Wähler 1985 nicht mehr den Umweg und also direkt zur SPD gehen.

Dennoch hat Rau ein Gespür entwickelt für das, was er einem Parteitag zumuten kann. Nachdem Friedhelm Farhmann mit seiner These, die Partnerschaft zur USA habe auch Grenzen, viel Beifall gefunden hatte, schallote der Landesvortand um und änderte den eigenen Antrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik ab.

Daß die Geschlossenheit nicht lupenrein ist, wurde auch an kritischen Delegiertenstimmen über Raus bedingungslosen Kanzlerkurs deutlich. Nicht alle nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten wollen in erster Linie Bonner Statthalter in Düsseldorf sein. Rau selber fühlt sich dabei offensichtlich wohl: Er ist in höchsten Parteikreisen zum Musterschüler avanciert. Willy Brandt hält schützend seine Hand über den einzigen sozialdemokratischen Landesfürsten, der die letzten Monate ohne Blessuren überstanden hat. Rau wird sogar zur heißen Spekulation, wenn über Nachfolger für Schmidt oder Brandt gesprochen wird.

Das Ganze ist nicht mehr als eine Momentaufnahme. Wie schnell aus einem vermeintlichen Musterlande ein Problemgebiet wird, haben andere Bundesländer wie Hessen und Hamburg atemberaubend schnell vorgezeigt.

Bild-Zeitung

## NRW: SPD-„Musterknaben“ stärken Schmidt den Rücken

Das hat die SPD schon lange nicht mehr erlebt: Während in anderen Bundesländern seit Wochen regelmäßig die „Fotzen fliegen“, hat die nordrhein-westfälische SPD bei ihrem Landesparteitag am Samstag im Kölner Congress-Centrum die große Geschlossenheit demonstriert. Ministerpräsident Johannes Rau wurde wieder zum Landesvorsitzenden gewählt - mit überlegender Mehrheit: Von den 318 Dele-

gation, die Bundeskanzler Helmut Schmidt den Rücken stärken soll: Abrüstung im Osten, damit im Westen nicht nachgerüstet werden muß. Johannes Rau: „Der NATO-Doppelbeschluss ist die einzige Chance, beide Seiten an einen Tisch zu bringen.“

Kölnische Rundschau

29. Juni 1981

## Doppelbeschluß war beherrschendes Thema des SPD-Landesparteitags

# Auf Gegner nahm man Rücksicht

Dem Kanzler nun den Rücken gestärkt

VON GERLIND SCHAIDT

Köln. Die drei amerikanischen Botschaftsangehörigen mußten viel Geduld aufbringen, ehe sie das hören konnten, was sie hören wollten. Als Beobachter verfolgten sie den Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, der am Samstag im Kölner Congress-Centrum über die Bühne ging.

Sicher interessierte sie nicht so sehr, was die nordrhein-westfälischen Genossen zur Hausbesetzer-Szene meinen, wie NRW-Finanzminister Diether Posser und Parteitag zur Haushaltspolitik in den Clinch gingen oder wie es um die Gesamtschulgesetzgebung an Rhein und Ruhr bestellt ist.

### Kritik an US-Beamten

Die drei Diplomaten waren mehr auf Nato-Doppelbeschluß eingerichtet. Immerhin hatte der SPD-Landeschef des mitgliederstärksten Landesverbandes und Ministerpräsident Johannes Rau dem Bundeskanzler in Bonn ein Vertrauensvotum für dessen Friedens- und Sicherheitspolitik zugesichert. Den Originalton der dazugehörigen Debatte wollten sich die drei Herren nun in Köln zu Gemüte führen.

Zunächst einmal ging es, wie nicht anders zu erwarten, sehr moderat zu, als der Regierungschef in seinem Grundsatzreferat betonte: „Immer wieder hatten wir den Eindruck, die Entspannungspolitik ist gefährdet, die Friedens- und Abrüstungsdiskussion kam international nicht in Gang. Deshalb reden wir vom Vorrang für Verhandlungen. Und wer den Vorrang für Verhandlungen wirklich will, der muß auch deutlich sagen, wo Verbündete sind.“

Mit einem leichten Unterton der Kritik fuhr Rau fort: „Da muß auch ein offenes Wort gesagt werden. Das heißt, vieles von dem, was uns amerikanische Beamte gelegentlich und in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermütigung, sondern bringt Irritationen.“

Dann war in Sachen Nachrüstung erst einmal Pause. In der Aussprache um den 61 Minuten und 47 Sekunden langen

Grundsatzbeitrag des Landeschefs wurde der nur sehr sanft gezaust. Allerdings hatte er zur Sache auch nicht allzuviel Konkretes gesagt, sondern vielmehr die 300 Delegierten in Freundschaft und Kameradschaft eingebunden.

Während nostalgisch berockte und mit Schwarz-weiß-Rüschchen besetzten Schürzen gewandete Kellnerinnen pappige Brötchen, Würstchen und Getränke feilboten, ahnte der SPD-Bezirkschef Mittelrhein, Günter Schlatter, wohl schon das Bilderbuch-Wahlergebnis voraus, mit dem Johannes Rau am Nachmittag in seinem Amt als Landeschef bestätigt wurde.

Richtig zum Hauptthema des Parteitags, dem Nachrüstungsbeschluß, ging es dann wieder, als NRW-Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann mit aufgekrempten Hemdsärmeln an das Mikrofon trat und seine Sorgen kundtat: „Der Nachrüstungsbeschluß ist kein Blankoscheck für Amerika“, und noch deutlicher: „Ich weiß nicht, ob wir nächstes Jahr noch mit Amerika gehen können.“ Er erhielt tosenden Beifall.

Erst nachdem Farthmann dem Parteitag den in der Nachrüstungsfrage einzuschlagenden Weg gewiesen hatte — ein klares Bekenntnis zu Bundeskanzler Schmidt und dessen Politik, aber auch ein deutliches Artikulieren der Sorgen über die US-Politik — fand auch Regierungschef Rau ein paar akzentuiertere Töne zu diesem Thema.

Nach dem Erbsensuppen-Mittagessen fledderte sich — wenn auch gemäßigt — der Parteitag über den Antrag zur Steuerung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und der Beseitigung von Wachstumshemmnissen. Konkret ging es darum, ob mehr Schulden gemacht, mehr Steuern erhoben und Subventionen abgebaut werden können.

### Ungünstige Finanzlage

NRW-Finanzminister Diether Posser warnte: „Die Finanzlage in NRW ist prozentual noch ungünstiger als im Bund“, und: „Wenn das so weiter geht, können wir 1985 keine Politik mehr machen für die Leute, für die wir angetreten sind.“ Dennoch wurde der Antrag, der eine zusätzliche Kreditaufnahme

vorsieht, mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Antrag über die Hausbesetzerzone war Innenminister Herbert Schnoor gefordert. Er hatte sich mit dem Münsteraner Professor Erich Küchenhoff auseinanderzusetzen, der die Auffassung vertritt, nicht jede Hausbesetzung sei unbedingt ein „strafwürdiges Delikt“. Man einigte sich auf die Forderung, daß Hausbesetzungen „kein geeigneter Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des Wohnbestandes“ sei. In einem Beitrag bekräftigte Schnoor dann aber doch noch einmal, daß er sie schlicht für „rechtswidrig“ halte.

Zur Sache ging es dann erst wieder ab 18.40 Uhr, nachdem der Parteitag beschloß, bis auf die Gesamtschulfrage die gesamte übrige Themenpalette aus Zeitnot schlicht dem Landesausschuß zu überweisen. „Dann kam man zu den unter der Antisiggruppe „D“ zusammengefaßten Anträgen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Es wurde sachlich, aber kontrovers gestritten.“

Ein vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Diether Posser erarbeiteter Leitartikel des Landesvorstandes war bereits im Vorfeld des Parteitages im Sinne der Doppelbeschlußgegner abgeschwächt worden. Auf dem Parteitag selber erarbeitete die Antragskommission dann eine noch weiterreichende Passage in der sich die „SPD mit weiten Teilen der Bevölkerung“ besorgt zeigt über die bislang unklare US-Haltung“.

Der schließlich zustande gebrachte Antrag ist ein etwas verwaschener und ausgelaufter Kompromiß mit dem Schmidt in Bonn leben kann und gleichzeitig die nordrhein-westfälischen Linken, die Jusos und „offen“ weiten Teil der kritischen Basis, geschickt eingebunden werden.

Neben Farthmann stritten vor allem der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Horst Elmke, Diether Posser und Antje Huber für den gefundenen Kompromiß. Hauptdiskussionspunkt war, inwieweit die USA überhaupt bereit sind zu verhandeln oder inwieweit sie durch eine vorüberige Stationierung neuer Waffensysteme ihre Politik der Stärke erreichen wollen.

Eindringlich mahnte Posser die Genossen zur Annahme des Antrages: „Er ist der einzige Hebel mit dem wir das Teufelszeug wegkommen.“ Nach zweistündiger Debatte war man dann soweit: Der Parteitag stellte sich mit überzeugender, weit über drei Viertel der Delegierten liegenden Mehrheit hinter den Nato-Doppelbeschluß und damit die Politik des Bundeskanzlers. Der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Landesparteichef — er erhielt 92,4 Prozent — hatte in dieser Diskussion etwas enttäuschend nur einmal noch das Wort genommen: zur Geschäftsordnung.

### Neue Erkenntnis?

Mit welchen Erkenntnissen die drei diplomatischen Herren nach diesen vielen Ja, Ja aber, aber auch und schließlich Ja — doch nach Bonn zurückgekehrt sind, war nicht zu erfahren.

## Ruhr Nachrichten

### Johannes Rau

## Die Nummer 1

Nach dem Kölner Landesparteitag ist Johannes Rau mehr denn je die unumstrittene Nr. 1 der SPD in Nordrhein-Westfalen. Das wurde zum Beispiel deutlich bei seiner nahezu einstimmigen Wiederwahl zum Landesvorsitzenden und bei dem Votum der großen Parteitagmehrheit für den NATO-Doppelbeschluß, wofür sich Rau nachdrücklich eingesetzt hatte.

Das wichtigste landespolitische Thema, nämlich die Strukturkrise in der Stahlindustrie, sparte Rau nicht aus. Ob allerdings die vom Parteitag verabschiedeten Forderungen in konkrete Hilfen umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. Ebenso ungewiss ist, ob solche Hilfen ausreichend sind, die Stahlkrise zu beenden. Auf konkrete Maßnahmen des Landes konnte sich der Ministerpräsident allerdings nicht festlegen. Beifall fand er jedoch für seine allgemein gehaltene Versicherung, man werde es nicht zulassen, daß Stahl-

unternehmen in Nordrhein-Westfalen im internationalen „Vermittlungskampf unter die Räder“ kommen.

Deutlicher als Rau formulierten Delegierte aus Stahlstädten, daß die Bewältigung der Strukturprobleme im Zusammenhang mit der Stahlindustrie auch für die Partei entscheidende Bedeutung hat. Das Wort vom „Herauskatapultieren aus der Verantwortung“ wurde mehrfach aufgegriffen und macht die Befürchtungen in der SPD deutlich: Ohne schnelle und wirkungsvolle Lösungen wird die SPD Wähler unter den Stahlarbeitern verlieren, was zum möglichen Verlust der Macht in Bonn und Düsseldorf beitragen könnte.

Landesregierung und Landes-SPD sind sich laut Rau ihrer Mitverantwortung für die Bewältigung der Strukturprobleme bewußt. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage schrieb er anderen zu: Den Unternehmen, der Europäischen Stahlindustrie, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung.

Ludger Audick

Kölner Stadt-Anzeiger

29. Juni 1981

Klare Mehrheit für Rau auf dem Kölner Parteitag

# Landes-SPD zeigt sich geschlossen

Bonner Sicherheitspolitik und Nato-Beschluß gebilligt

Von unserem Redakteur Karlsgon Halbach

Kölner Stadt-Anzeiger

## Mit Kratzern

— Erwartungsgemäß haben die Sozialdemokraten in NRW auf ihrem Kölner Parteitag dem Bundeskanzler Rückendeckung für sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluß gegeben. Zwar fiel die Resolution nicht ganz so aus, wie sich der Landesvorsitzende Rau und wohl auch Schmidt dies gewünscht hätten, weil in ihr auch deutliches Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Verbündeten artikuliert wurde; doch die überaus breite Zustimmung der Delegierten machte die kritischen Zusätze zu Raus vorgefertigtem Papier beinahe wieder wett.

Alle Beteiligten innerhalb der SPD könnten mit dem Kölner Beschluß leben, ließ es hinterher von der Spitze der Landespartei. Nun, die Jungs sind nicht. Aber auch Rau hat auf seinem glänzenden Schild SPD-interner Erfolge ein paar Kratzer abbekommen. Zum erstenmal, seit er in die vorderste Linie gerückt ist, erfuhr Rau massiven Widerstand und mußte ihm auch nachgeben. Der unter Raus Federführung vom Landesvorstand verfaßte Entwurf galt als nicht mehrheitsfähig und wurde denn auch gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

In Raus 70-Minuten-Rede fand sich auch kein Wort zur angespannten Etatlage in NRW, vermied man Perspektiven zur Landespolitik für die nächsten Jahre, wurden die Arbeitsplatzsorgen nur am Rande gestreift. Raus Parteifreunde trugen es mit Gleichmut, daß akute Probleme unter dem Teppich blieben.

Von Köln sollte an die bundesweit zertrittene Partei ein Zeichen der Solidarität und Einigung ausgehen. Das ist gelungen.

Köln — Zu einem klaren Vertrauensbeweis für Ministerpräsident Johannes Rau und seinen auf „Harmonie durch Dialog“ abgestellten Kurs bei der Führung der Düsseldorf-Landesregierung und der 300 000 Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr wurde der SPD-Landesparteitag am Wochenende in Köln. Rau wurde mit 92,4 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesvorsitzender bestätigt. Von den 318 Wahlmännern stimmten 292 für Rau, 20 gegen ihn, vier enthielten sich, und zwei gaben ungültige Stimmzetteln ab.

Bei nur wenigen Gegenstimmen verabschiedete der Parteitag eine Entschließung, welche die Friedens- und Sicherheitspolitik des Kanzlers ausdrücklich unterstützt und den Nato-Doppelbeschluß bekräftigt. Der unter dem Einfluß von Rau vom SPD-Landesvorstand ausgearbeitete Beschlußvorschlag, der eine uneingeschränkte Unterstützung der Linie von Bundeskanzler Schmidt vorgesehen hatte, galt auf dem Parteitag allerdings als nicht mehrheitsfähig. Er wurde deshalb durch den Zusatz erweitert, die SPD sei mit weiten Teilen der Bevölkerung „besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung“,

despolitiker meinten, mit dem „gelundenen Kompromiß“ könnten „Rau und Schmidt ebenso leben“ wie die SPD-Landespartei, die sich „nicht bedingungslos auf Kanzlertrüge“ habe einschwenken lassen wollen.

Den Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 — Nachrüstung des Westens bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot an die Sowjetunion zur Abrüstung — hatte Rau zuvor als „einzige Chance“ bewertet, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen. Deshalb müsse Bundeskanzler Schmidt „gestärkt durch seine Partei“ in die Gespräche mit Washington und Moskau gehen können.

Eine eindeutige Mehrheit gab es auch für die gemäßigte Haltung des Ministerpräsidenten in der Gesamtschulfrage mit Bestandsgarantie für das gegliederte Schulwesen und der Einführung der Gesamtschule als Angebot, über das Elternwille und Schulträger entscheiden. Rau kündigte an, der Regierungsentwurf werde noch vor den Parlamentsferien von der SPD-Mehrheit im Landtag verabschiedet, auch wenn die Opposition nicht mitziehe. Die CDU forderte er auf, die Erweiterung des Bildungswesens zu einer „Sache des ganzen Landes“ zu machen und „weiteren jahrelangen Streit“ zu vermeiden.

Siehe dazu auch den Bericht

die die Frage offenlasse, ob die USA bereits vor Verhandlungen mit der UdSSR die neuen Waffensysteme in Europa stationieren wollten, um eine „Position der Stärke“ zu erlangen. Außerdem bestünden auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses, wenn auf sozialistischer wie auf amerikanischer Seite die „Spirale des Wettrüstens“ quantitativ und qualitativ weitergedreht werde.

Der erweiterte Beschluß wurde nach langen Debatten mit etwa 90prozentiger Mehrheit verabschiedet. Führende Lan-

Aachener Volkszeitung

# Klares Votum für Rau und den Kanzler

VON REDAKTIONSMITGLIED BERTHOLD STRAUCH

Köln, 28. Juni. — Eine breite Zustimmung fand auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Köln die Politik von Ministerpräsident Johannes Rau. Am Samstag wurde er als alleiniger Kandidat mit dem überwältigenden Ergebnis von fast 92 Prozent der Stimmen für zwei Jahre als Parteichef bestätigt. Mit diesem Votum stützten die Delegierten auch Raus Eintreten für die „Friedens- und Sicherheitspolitik“ von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Bei nur wenigen Gegenstimmen wurde ein entsprechender Antrag des Landesvorstandes, den Nato-Doppelbeschluß der SPD zu bekräftigen, ohne große Probleme absegnet.

292 der 318 Delegierten des Kölner Landesparteitages, der unter dem Motto „Verantwortung für unser Land“ stand, gaben Rau ihre Stimme. Ebenfalls bestätigt wurden seine beiden Stellvertreter, die Bundesfamilienministerin Antje Huber und der NRW-Minister für Stadtentwicklung, Christoph Zöpel.

In dem angenommenen Antrag zur Sicherheitspolitik wurde die Besorgnis über die bislang noch unklare amerikanische Haltung geäußert, ob nun baldige Verhandlungen oder eine neue Position der Stärke angestrebt werde (Bericht Kommentar).

29. Juni 1981

## Kölner Stadt-Anzeiger Rau's Harmonie-Kurs fand auch Kritiker

Mehr Auseinandersetzung mit der CDU gefordert

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Köln — Die nordrhein-westfälische SPD müsse sich mehr mit der CDU beschäftigen als mit sich selbst. Sie dürfe dem politischen Gegner nicht erlauben, vor den „großen Fragen auszuweichen“, sich „liberale Mäntelchen“ umzuhängen und die „alte Politik in neuen Schläuchen“ zu verkaufen. Mit dieser Marschrichtung versuchte der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Rau, auf dem Kölner SPD-Landesparteitag am Wochenende die Genossen von der innerparteilichen Diskussion über die Nachrüstung wegzubringen und sie stärker auf landespolitische Themen zu konzentrieren.

In einer finanziell und konjunkturell schwierigen Situation in der der SPD der Wind ins Gesicht blase, gehe es neben der Unterstützung des Bundeskanzlers in seinem Bemühen um Friedenssicherung vor allem darum, NRW als „soziales Land“ zu erhalten und für alle die einzutreten, die in Abhängigkeit leben. Wenn jetzt der Zwang zum Sparen vorherrsche, müsse sozialgerecht gespart werden, forderte Rau. Deshalb habe er Zweifel daran, daß die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages ein richtiger Ansatz sei. Zusätzliche Belastungen seien den Arbeitnehmern nur dann zuzumuten, wenn „auch die anderen dran sind“, die Selbständigen, die Unternehmer und die, die kein Arbeitsplatzrisiko hätten.

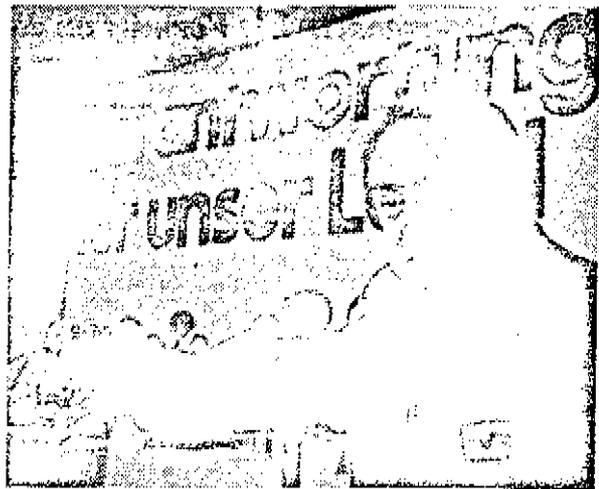
Rau habe „einen Pflock gesetzt, um den die Ziege Parteitag

kreisen soll“, kritisierte ein Delegierter. Bei denjenigen die auf Rau's „Harmonie durch Dialog“ nicht eingeschworen waren, war denn auch Enttäuschung über die Beschwichtigungsversuche Rau's unverkennbar.

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Mittelrhein, Schlatter, bescheinigte der Landespartei jedoch, sie sei „nicht im Zustand geschlossener Sprachlosigkeit“, wie dies von außen behauptet werde. Zwar sei „herausgekehrte Harmonie“ allein kein Konzept zur Lösung der Probleme, es sei aber ein positives Faktum, daß die SPD an Rhein und Ruhr sich in Zeiten innerparteilicher Krisen als „runder Pol“ erweise. Hierzu habe Rau wesentlich beigetragen.

Sprecher der jungsozialisten zeigten sich „irritiert und wütend“ darüber, daß der „Ministerpräsident von Düsseldorf ausgibt, was die Partei zu denken hat.“ Das „Rumtören in der Jugend und bei den Arbeitslosen“ werde übergangen, die Diskussion eingeschränkt. Statt sichtbarer sozialdemokratischer Politik gebe es „meist nur Vertretungen auf morgen.“

Nach Ansicht der NRW-CDU hat der Parteitag „keine einzige Antwort“ auf die Frage gegeben, wie die SPD-Landesregierung die „großen Arbeitsplatzorgen und die dramatisch schlechte Entwicklung der Staatsfinanzen“ in den Griff bekommen wolle.



SEHR ENGAGIERT stellte sich NRW-Ministerpräsident Rau auf dem SPD-Landesparteitag in Köln hinter die Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Mit 92,4 Prozent der Delegiertenstimmen wurde er als Landesvorsitzender bestätigt. Bild: Klose

Kölnische Rundschau

## NRW hält zu Schmidt

dt Köln. Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten haben sich in der Nachrüstungsfrage mit überzeugender Mehrheit hinter die Friedens- und Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Schmidt gestellt.

Während ihres Landesparteitages am Wochenende in Köln verurteilten die 300 Delegierten bei der Annahme eines abgeschwächten Leitartikels jedoch auch ihre Befürchtungen nicht. Sie stellten klar: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“

NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann hatte während der zweistündigen, sehr gegensätzlich geführten Debatte betont: „Der Nachrüstungsbeschluss ist kein Blankoscheck für Amerika.“

Ebenso wie der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und NRW-Finanzminister Dieter Poser sowie der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Horst Ehmke setzte er sich jedoch vehement für die Annahme des Parteitagbeschlusses ein, da der Nato-Doppelbeschluss die einzi-

ge Möglichkeit sei, um die USA zu Verhandlungen zu zwingen.

Ministerpräsident Johannes Rau wertete zuvor den Doppelbeschluss als „einzige Chance“, um Ost und West an den Verhandlungstisch zu bringen.

In der Diskussion nach der Grundsatzrede von Rau war ihm zunächst vorgeworfen worden, er habe durch Äußerungen im Vorfeld des Parteitags versucht, die nordrhein-westfälischen Genossen auf „Kanzlerkurs zu trimmen“.

Daß die Genossen an Rhein und Ruhr insgesamt mit ihrem auf Ausgleich und Verständigung bedachten Landesvorsitzenden Rau zufrieden sind, machte die überzeugende Wiederwahl Raus deutlich. Der Landesparteichef erhielt 92,4 Prozent der Stimmen. Von 318 Delegierten stimmten 292 für Rau, 20 votierten gegen ihn, vier enthielten sich der Stimme, zwei Stimmzettel waren ungültig. Auch die beiden Rau-Stellvertreter Bundesfamilienminister Antje Huber und NRW-

Stadtentwicklungsminister Christoph Zupel wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Bohr Nachrichten

## Die SPD fordert Hilfen des Staates für den Stahl

„Sonst verschwinden Unternehmen vom Markt“

Düsseldorf. (L. A.) Für die von der Stahlkrise betroffenen Unternehmen hat der SPD-Landesparteitag eine zeitlich befristete staatliche Investitionsförderung gefordert, die mit Auflagen verbunden werden soll. Nur dadurch und durch weitere Maßnahmen könne verhindert werden, daß die deutsche Stahlindustrie in den nächsten Jahren weitgehend vom Markt verschwinde. heißt es in einem vom Parteitag verabschiedeten Antrag.

Insbesondere für die Stahlstandorte Dortmund, Bochum, Witten, Hattingen, Hagen, Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Siegen seien „wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie und zur sozialen Flankierung des notwendigen strukturel-

len Anpassungsprozesses“ erforderlich. Folgende Maßnahmen wurden u. a. genannt: Eine Aufstockung des Stahlforschungsprogramms des Bundes sowie ein Sonderprogramm des Bundes und der Länder für arbeitsplatzschaffende Investitionen außerhalb der Stahlindustrie in den Stahlstandorten. Weiter soll geprüft werden, ob die Investitionen von Hoesch in Dortmund zur Strukturpassung möglichst sofort von Bund und Land vorfinanziert werden können. Ferner soll mit dem Neubau der Schleuse Henrichenburg unverzüglich begonnen werden. Für Arbeitsmarktförderung und Sozialpläne wurden mehr Mittel von Bonn und Brüssel gefordert.

Siehe Kommentar

## Rückenstärkung für Bonn aus Düsseldorf

Nordrhein-westfälische SPD stellt sich hinter die Sicherheitspolitik des Bundes

Von unserer Redaktion Rhein-Ruhr

29.6.81

Köln, 28. Juni

Mit deutlicher Mehrheit hat sich die nordrhein-westfälische SPD auf ihrem Landespartei-tag am Wochenende in Köln hinter die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung gestellt. Ministerpräsident Johannes Rau hatte schon im Vorfeld des Parteitags dem Bundeskanzler ein Vertrauensvotum versprochen, das die Partei nun erfüllt hat. Allerdings wurde in der Debatte — die sich der amerikanische Generalkonsul in Düsseldorf simultan übersetzen ließ — auch Kritik an den USA deutlich. Die SPD teile die Besorgnis weiter Kreise der Bevölkerung gegen die unklare Haltung der Amerikaner zu Verhandlungen mit der Sowjetunion. Ein Verschleppen dieser Verhandlungen stünde im Widerspruch zum NATO-Doppelbeschluss von 1979. Keinesfalls dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik kommen.

In seiner Grundsatzrede hatte Ministerpräsident Rau das Taktieren der amerikanischen Regierung gerügt. „Vieles von dem, was uns amerikanischen Beamte in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermütigung, sondern bringt Irritationen.“ Die amerikanischen Freunde sollten doch mit einer Stimme reden, mit Zitatensammlungen lasse sich keine Politik machen.

Die Durchsetzung des Parteitagsvotums war zu keinem Augenblick gefährdet. Nur vereinzelt artikulierten überwiegend junge Parteimitglieder ihre prinzipielle Gegnerschaft zu einer „Abrüstung durch Aufrüstung“, wie sie der NATO-Doppelbeschluss vorsieht. Johannes Rau setzte

dagegen die Formel, daß einseitige Abrüstung ebenso gefährlich sei wie einseitige Aufrüstung. Mit Blick auf die neue Friedensbewegung, in der er persönlich viele Freunde habe, sagte Rau, daß die Partei des Friedens in der deutschen Geschichte immer die SPD gewesen sei.

Bundesgesundheitsministerin Antje Huber, Raus Stellvertreterin an der Spitze der Landespartei, rief sichtlich bewegt den jüngeren Parteimitgliedern zu: „Uns, die wir im Bombenhagel gegessen haben, könnt ihr mit eurem Friedenswillen nicht übertreffen.“

Geschlossenheit zeigte die nordrhein-westfälische SPD auch in der Gesamtschulfrage. Mit der Annahme eines Grundsatzantrags, den der Vorstand noch am Vortag formuliert hatte, dürfte die Kontroverse innerhalb der SPD beendet sein. Danach wird die Gesamtschule neben dem bestehenden Schulsystem etabliert; ausschlaggebend soll der Elternwille sein. Das Kapitel Gesamtschule als Versuchsschule ist damit für die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten endgültig abgeschlossen.

Die nordrhein-westfälische SPD verurteilt Hausbesetzungen und hält sie für rechtswidrig. In einem bei nur wenigen Gegenstimmen angenommenen Antrag heißt es, Hausbesetzungen seien kein geeignetes Mittel, einen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes zu leisten.

Mit 292 von 318 abgegebenen Stimmen wurde Rau als Vorsitzender der Landespartei wiedergewählt. Die höchste Stimmenzahl bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder erreichte Justizminister Diether Posser.

Süddeutsche Zeitung

29.6.81

## Bochum beschäftigte auch SPD-Parteitag

### Schnoor für „gewaltfreie Lösungen“

waz KÖLN

Auch auf dem SPD-Landespartei-tag in Köln spielten die Bochumer Ereignisse eine Rolle. OB Eikelbeck und Innenminister Schnoor eilten von Besprechung zu Besprechung. Delegierte, die am Morgen die WDR-Nachrichten gehört hatten, verlangten Auskunft. Innenminister Schnoor erläuterte die Linie der Landesregierung: Eskalationen vermeiden, gewaltfreie Lösungen suchen, aber jeden Rechtsbruch verfolgen. Schnoor: „Sonst regiert das Faustrecht und zum Schluß haben wir den Ruf nach Bürgerwehr und nach dem starken Mann.“

Das Wort vom Faustrecht — offensichtlich Schnoors Handschrift — stand auch im Leitartikel des Landesvorstands zum Thema Hausbesetzungen. Der Vorstand selbst modifizierte seinen Text. In der schließlich angenommenen Fassung steht nicht mehr wörtlich zu lesen: „Hausbesetzungen sind rechtswidrig, selbst dann, wenn Häuser besetzt werden, die zu Spekulationszwecken herestehen.“ Es heißt nun: „Hausbesetzungen sind kein geeignetes Mittel, einen Beitrag zur Verbesserung des Wohnungsbestandes zu leisten... Hausbesetzungen verletzen das Eigentumsrecht

anderer und zwar auch dann, wenn in ihnen berechtigte Kritik zum Ausdruck kommt.“

Daß in diesem Zusammenhang nicht von einem „Widerstandsrecht“ der Besetzer gesprochen werden könne, verteidigte Minister Farthmann vehement: „Im Widerstand gegen die Diktatur sind unsere Väter gestorben. Aber Widerstand gegen den demokratischen Staat — da faß ich mich an den Kopf!“ Und unter lebhaftem Beifall: „Wird Jugendpolitik eigentlich nur noch an den nullkommanullnull Prozent Hausbesetzern gemessen?“

SPD Nordrhein-Westfalen

# Genossen liebäugeln mit Steuern und Schulden

Von NORBERT MIDDEKE

HANDELSBLATT, Sa./So., 27./28.6.1981

Daß der 6. ordentliche Landesparteitag der NRW-Sozialdemokraten am Samstag in Köln nach zum Teil hitziger Diskussion schließlich doch den Nato-Doppelbeschluß über die Nachrüstung bei gleichzeitigen Verhandlungen mit großer Mehrheit verabschiedet hat, wird den Bundeskanzler freuen. Zwar meldet die SPD Nordrhein-Westfalens Bedenken gegen das Verhalten mancher Politiker der USA an und will sogar Moratoriumslösungen in der Abrüstungsfrage nicht ausschließen, doch ist der Kölner Beschluß in der Substanz voll auf der Kanzlerlinie — ganz anders als das Lohnsteiner-Juso-Verdikt, den Doppelbeschluß einfach als Makulatur wegzuerufen.

Freuen kann sich auch NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, der in Köln mit 292 von 318 Delegierten Stimmen (nahe 92 %) für weitere zwei Jahre zum SPD-Chef in NRW gewählt wurde. Dieses glänzende Wahlergebnis steht indes in einem

etwas merkwürdigen Verhältnis zu dem Rechenschaftsbericht Rau's vor dem Kölner Parteitag. In pastoralen Tönen beschwor er zwar die Verantwortung, die seine seit Mai 1980 mit absoluter Mehrheit in Düsseldorf ausgestattete Partei für Nordrhein-Westfalen trage. Doch ersparte in seiner Rede handfeste konkrete Hinweise darüber aus, wie er die Finanzkrise im volkreichsten Bundesland zu beheben gedenke.

Konkret ist da vielmehr der Kölner Parteitagbeschuß über die allgemeine NRW-Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Steuerzahler an Rhein und Ruhr heißt es da recht unerfreulich: „Zur Förderung eines qualitativen Wachstums ist es unumgänglich, die öffentlichen Haushalte in Zukunft noch mehr als bisher zugunsten von Zukunftsinvestitionen und Investitionsfördernden Maßnahmen umzustrukturieren. Dabei sind sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene und verteilungspoli-

tisch gerechte Anhebung der Steuerquote und auch eine Überprüfung von Transferzahlungen/Subventionen geeignete Ansatzpunkte.“

Die Delegierten waren wohl schon zu sehr auf die später anstehende Nachrüstungsdebatte fixiert, als daß sie die Brisanz dieser schließlich gebilligten Antragsformulierung erkannt hätten. Erkannt hat sie wohl der NRW-Finanzminister Dr. Dieter Posser, der in der ihm eigenen Offenheit auch in Köln wieder betonte, wie sehr ihn die Verschuldung des Landes plage. Dem Sparkommissar Posser hat das Wort von der zusätzlichen Kreditaufnahme gewiß ritterlich in den Ohren geklungen als jenes von der Anhebung der Steuerquote.

Aufgehoben wird nach dem Kölner Parteitag jedenfalls die notleidende Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Die Delegierten haben nämlich etwas beschlossen, was Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff meidet wie der

Teufel das Weihwasser: „Sofortigen Einsatz einer zeitlich befristeten staatlichen Investitionsförderung, die mit Auflagen für die Unternehmen verbunden werden muß.“

Der Wiederwahl-Sieg des Johannes Rau und der schließlich doch noch über den NATO-Doppelbeschluß gefundene Konsens hat in Köln die nach wie vor brennenden wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme Nordrhein-Westfalens überlagert. Doch auch nach Köln ist Nordrhein-Westfalen keine Insel der Seligen und schon gar kein Musterländle. Johannes Rau muß indes in den Augen mancher Sozialdemokraten in anderen Bundesländern als wahrlicher Wunderknabe erscheinen, dem Parteiqueren — wie in Hamburg, Hessen oder Berlin — Bilanz erspart geblieben sind. Macht ihm dieses Glück allein schon zum Mitglied der „ältesten Führungsgarnitur der Bundes-SPD“ Wohl kaum.

## Die Welt

# Rau will Schmidt den Rücken stärken

SPD in NRW unterstützt NATO-Doppelbeschluß, aber mit Bedingungen

G. BADING/DW, Köln

In der „bundespolitisch schwierigen Situation“, in der „mitunter der Wind uns ins Gesicht bläst“, erinnerte Ministerpräsident Johannes Rau seine Genossen auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD daran, was es für eine „20jährige Plackerei gewesen ist“, bis Sozialdemokraten in der Regierung gesessen hätten. Das sei nur gelungen, weil damals darauf verzichtet worden sei, immer die eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zu machen.

Mit diesen Worten ihres Regierungschefs im Ohr stellte sich die nordrhein-westfälische SPD in demonstrativer Geschlossenheit hinter Bundeskanzler Schmidt und ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau. Auf dem Parteitag des mitgliederstärksten SPD-Landesverbandes wurde in Köln bei nur wenigen Gegenstimmen eine Entschloßung verabschiedet, die die Friedens- und Sicherheitspolitik des Kanzlers ausdrücklich unterstützt und den NATO-Doppelbeschluß bekräftigt. Die Delegierten zeigten sich jedoch besorgt über die — ihrer Meinung nach — bisher unklare amerikanische Haltung.

Rau, der mit 92 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, rief seine Partei auf, als mitgliederstärkster Landesverband einen Beitrag zur bundesweiten Konsolidierung der Partei zu leisten. An die Adresse der Kanzler Kritiker gerichtet sagte er: „Die Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes war

und ist immer die sozialdemokratische Partei! Man dürfe nicht „Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern muß mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen“. Es sei bedrückend und zum Schaden des ganzen Volkes, daß sich die CDU diesem zentralen Thema verweigere.

Nach langer kontroverser, aber sachlicher Diskussion wurde ein stark veränderter Antrag zum NATO-Doppelbeschluß befürwortet. Darin heißt es, daß Verhandlungen Vorrang haben müßten, keinesfalls dürfe es zu einer „autonomen“ Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa unabhängig vom Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen kommen.

Nach stundenlangen Diskussionen setzten die Delegierten durch, daß in dem vom Landesvorstand eingebrachten Antrag ein zusätzlicher Absatz aufgenommen wurde, in dem es heißt: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung.“ Offen sei, ob die USA wirklich zu baldigen Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit seien, oder ob „sie — möglicherweise auch durch die vorheftige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen“ wollten. Dies würden die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten ablehnen, denn „eine Position der Überlegenheit oder der Unterlegenheit macht Entspannungspolitik schwieriger, nicht leichter“.

Der Parteitag folgte Rau, der in

den langwierigen Vorverhandlungen mit den Parteigremien über den Leitantrag darauf bestanden hatte, einen Passus aufzunehmen, in dem die Unterstützung des Kanzlers ausdrücklich genannt wird. „Die SPD unterstützt Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Bemühen um Gleichgewicht der Kräfte, um Rüstungsbegrenzung und um friedliche Zusammenarbeit auch mit den ostlichen Nachbarn“, heißt es in dem Beschluß.

In der Diskussion hatten sich vor allem die beiden Minister Farthmann und Posser energisch für den Leitantrag eingesetzt. Sozialminister Farthmann versicherte den wenigen, vor allem bei den Jusos angesiedelten Gegnern des Beschlusses, daß eine Zustimmung zum Nachrüstungsbeschluß „keinesfalls eine Blankovollmacht an die USA für alle Zeit“ sei.

So energisch sich Rau in der Frage der Nachrüstung hinter Schmidt und dessen Politik stellte, bei der Stahlpolitik und der Sozialpolitik übte er allerdings zurückhaltende Kritik an der Bundesregierung. Es gehe in Stahlbereich nicht an, daß das Land Nordrhein-Westfalen seinen Verpflichtungen stets nachkomme, sich aber in Europa nichts ändere. Schuld an der Stahlkrise seien sowohl die Unternehmen, als auch deren europäische Grenzen, die EG-Kommission und auch die Bundesregierung. Zu den geplanten Sparmaßnahmen sagte Rau, sie dürften nicht die ohnehin stark belasteten Arbeitnehmer allein treffen.

# Ein Bekenntnis zum Nato-Doppelbeschluss

Doch die SPD in Nordrhein-Westfalen zweifelt an Washington

L. B. KÖLN, 28. Juni. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich als der mit Abstand stärkste Landesverband unter der Führung des wiedergewählten Vorsitzenden, Ministerpräsident Rau, am Wochenende in Köln auf ihrem Parteitag mit deutlicher Mehrheit zum Doppelbeschluss der Nato bekannnt. Die Partei will dies, wie außer Rau auch Ehrhke, Posser und Farthmann in der langen, kontroversen Debatte über das Beschlüsspapier bekräftigten, als Unterstützung der Politik der Koalitionsregierung in Bonn interpretiert sehen.

Der Wortlaut des Leittrags, den die Landesführung mehrfach verändern und erweitern mußte, um ihn vor den 318 Delegierten mehrheitsfähig zu machen, verlangt in seiner Schlußfassung aber den „unbedingten Vorrang“ von Verhandlungen vor der Stationierung neuer Waffensysteme in Europa und lehnt jeden „Prozess der Modernisierung eurostrategischer Atomwaffen“ unabhängig von Verhandlungen ab. Moratorien als Zwischenlösungen werden ausdrücklich akzeptiert. Schließlich erklärte die SPD die amerikanische Haltung als „unklar“, wobei sie sich mit weiten Teilen der Bevölkerung einig glaubt. In Frageform unterstellt der Beschluß, die Vereinigten Staaten wollten durch Stationierung neuer Waffensysteme in Europa vor Verhandlungen eine „Position der Stärke“ erlangen, was die Risiken Europas im Bündnis vergrößere.

Viele Delegierte machten deutlich, daß sie auch diesem Beschluß nur unter starken Bedenken zustimmten. Ursprünglich war in mehreren Anträgen von amerikanischen Erstschatlagwaffen

die Rede, die den sowjetischen Erstschatlag herausfordern könnten. Ferner wurde die Zurücknahme des Doppelbeschlusses, zumindest seine Revision, verlangt und behauptet, die Regierung Reagan wolle nur aufrüsten, aber nicht verhandeln.

Bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender erhielt Rau 92 Prozent der Delegiertenstimmen. Er beschwor, ohne inhaltlich an dieser Debatte teilzunehmen, die Partei, den Kurs „mit Schmidt und Brandt“ zu halten. Auch seine Stellvertreter Züpel und Frau Huber wurden in ihren Ämtern bestätigt. Rau ermahnte die Partei, durch innere Zerrissenheit nicht alles zu gefährden, was man „nach zwanzigjähriger Plackerei“ im politischen Kampf gegen die CDU erreicht habe. Die SPD werde krank werden, wenn sich ihre Funktionsträger nur noch mit sich selbst beschäftigen und man den Wählern im Lande nicht mehr bezeuge. Er warnte davor, in der Gegenkultur nachzulaufen. Die SPD müsse „die Friedensbewegung in der Jugend“ in die Partei integrieren, zugleich aber die Grenzen klarmachen: Hausbesetzungen seien rechtswidrig, einseitige Abrüstung lebensgefährlich.

Im landespolitischen Teil ihrer Beratungen sprach sich die SPD trotz eindringlicher Warnungen ihres Finanzministers Posser dafür aus, noch mehr Schulden zu machen und die Steuern zu erhöhen, um bestehende und künftige Probleme zu lösen. In dem neuen Parteibeschluss zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik heißt es: „Für die achtziger Jahre muß weiterhin mit einem großen Bedarf an Staatsausgaben zur Lösung der Beschäftigungsprobleme gerechnet werden.“

27. Juni 1981  
Westfälische Rundschau  
ZITIERTE der Woche

„Bis an mein selig Ende und ewiglich.“

Johannes Rau, bibel- und gesangbuchlesender NRW-Regierungschef, auf die Frage, ob er in Bonn Karriere machen wolle und wie an noch in Düsseldorf bleibe.

Neue Rhein Zeitung  
JENS FEDDERSEN

27. Juni 1981

## Rau und NRW

Das Land stützt Bonn

In NRW ist die Welt noch in Ordnung – die Welt der SPD, gemessen am Zustand dieser Partei in Berlin, in Hamburg und anderswo.

Selbstbewußt haben sich die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr für ihren heute in Köln stattfindenden Landesparteitag das Motto gegeben: „Verantwortung für unser Land!“ In die politische Praxis übersetzt kann dies nur dreierlei bedeuten:

1) Volle Unterstützung und Rückendeckung für das sozialliberale Bündnis in Bonn.

2) keinerlei Zweifel an der Bereitschaft und Fähigkeit zum Regieren aufkommen zu lassen – und sich eben nicht selbst in die Opposition schieben und

3) schließlich dem Bundeskanzler Helmut Schmidt demonstrativ zu beweisen, daß der mit Abstand stärkste Landesverband der SPD den Bonner Kurs stützt.

### Kein Schulkampf

Das alles bedeutet nicht, daß die Delegierten in Köln nur Beifall klatschen. Im Gegenteil: Auch in NRW wird die Sicherheitspolitik kontrovers diskutiert, und in der Schulfrage wollen manche SPD-Abgeordnete den Düsseldorfer Regierungschef auf den Kurs der „reinen Lehre“ zwingen.

Aber Johannes Rau hat mehr als einmal klargestellt, daß er keine Neuaufgabe der unseligen Schulkämpfe in unserem Land will, ihn darin zu

bestärken, ist notwendig. Manche Sozialdemokraten glauben, daß absolute Mehrheiten Freibriefe sind. Johannes Rau weiß, daß sie eher zu einem behutsamen Einsatz der Macht und der Möglichkeiten verpflichten.

### Leistung und Fleiß

Als erster Bürger des Landes und als Spitzenmann der SPD ist Johannes Rau unumstritten. Sein Platz ist Düsseldorf. Daß ihm von Zeit zu Zeit immer wieder „höhere Weihen“ in Bonn nachgesagt werden, als Parteichef oder gar als Kanzler, kann getrost als reine Phantasie bezeichnet werden. Aber es zeigt eben die Wunschträume mancher außerhalb Nordrhein-Westfalens stark gebeutelter Sozialdemokraten. Von Johannes Rau selbst jedenfalls kommt diese Art der Posten-Koketterie nicht.

NRW ist kein Land der „Aussteiger“, und auch für „Grüne“ und für „Alternative“ gibt der Boden nichts her. Der Menschenschlag ist industriebewußt, ohne das Umwelt-Denken beiseite zu schieben. Hier zählt Leistung, und das Wort „Fleiß“ hat keinen negativen Beigeschmack.

Johannes Rau wird in Köln einen überzeugenden Vertrauensbeweis erhalten. So selbstverständlich ist das heutzutage nicht, aber umso stärker ist das politische Gewicht dieses Mannes und des von ihm repräsentierten Bundeslandes.

## Wie Rau den Kurs des Kanzlers durchsetzt

Vom Parteitag der SPD in Köln berichtet Lothar Bewerunge

KÖLN, 28. Juni. Wenn die Lage schon so betrüblich ist, dann wollen wir wenigstens fröhlich sein. So könnte man den Eindruck zusammenfassen, den Johannes Rau am Wochenende im Kölner Messezentrum seiner nordrhein-westfälischen SPD vermittelte und für den er ebenfalls das Vertrauen von mehr als neunzig Prozent der Delegierten erhielt.

Rau und sein Landesvorstand halten beträchtliche Mühe, den Parteitag auf den Kurs des Bundeskanzlers zur Nato-Politik zu bringen. Es bedurfte mehrerer Anläufe, immer wieder korrigierter Antragspapiere, vielstündiger Kompromißberatungen hinter verschlossenen Türen. Auch in der Schulpolitik bleibt Rau dem linken Flügel zu laich, in der Stahlpolitik zu untätig, obwohl er hier keine Kompetenzen hat. Die Partei Le schloß in Köln, künftig seien noch mehr Staatsschulden und weitere Steuererhöhungen nötig. Der Finanzminister Posser und der Sozialminister Farthmann widersprachen. Rau jedoch griff in die Debatten kaum ein, er ließ für sich streiten. Es ist schon ein Bravourstück, wie dieser Ministerpräsident Konflikte austragen läßt, ohne sie durch eigene Stellungnahmen an seine Person zu binden.

Dieses Land, gesteht Rau, sei in schwieriger Lage. Es werde kaum noch Zuwachs geben bei Produktion und Einkommen, immer härtere Vertei-

lungskämpfe stünden bevor. Es werde noch mehr Druck geben auf den Arbeitsmarkt, und auch wegen der Landesfinanzen habe er Sorgen. Doch derselbe Rau sagt zugleich, es werde auch Lösungen geben, man könne zuversichtlich sein, man werde „es schaffen“, gemeinsam mit Schmidt und den Gewerkschaften und den Betriebsräten und den Bürgern und sogar einer irrenden Jugend, die viel mehr väterlicher und brüderlicher Liebe bedürfte.

Rau will eine SPD als Lebensgemeinschaft, die auch wieder Feste feiert. Vielleicht ist das alles nur ein Amalgam aus jenen bürgerlich-pietistischen Zirkeln, aus denen er selbst gekommen ist, und einer Arbeiterfamilienbewegung des späten 19. Jahrhunderts, die in vergilbten Fotoalben weiterlebt. Doch die Tatsache, daß Johannes Rau einstweilen erfolgreich jene Verquickung von Zuneigung, Dialog, Hoffnung, fast trotziger Fröhlichkeit als Politik betreibt, kann man nicht verkennen. Wenn derzeit nahezu alle Politiker ihre Sorgen um das „soziale Netz“ vortragen, ihre Punct begründen, man müsse Leistungsgesetze abbauen, vom Sparen, Einschränken, Verzichten reden, Johannes Rau nicht aus jeder schlechten Nachricht eine gute: „Notwendige Einschränkungen schaffen neue Freiräume. Es besteht kein Grund zum Pessimismus.“

Nordrhein-Westfalens SPD besorgt über Amerikas Rüstungspolitik

„Keine Blanko-Vollmacht für die USA“

Fortsetzung von Seite 1  
 Köln. (kle) Der Einsatz vieler Menschen in der Bundesrepublik für den Frieden ist für die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten „ein gutes Zeichen“. Dieser Einsatz mache deutlich, heißt es in ihrem Kölner Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik, daß die Bürger „nicht an eine Politik der Stärke glauben und nicht daran, daß allein Waffen den Frieden sichern können“. Die SPD werde sich an dem Friedensgespräch „intensiv beteiligen“.

Die SPD teile mit weiten Teilen der Bevölkerung die Sorge über die US-Haltung, heißt es weiter. Es bestünden auch Befürchtungen einer „Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses“. Die SPD: „Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für sie lebenswichtigen Frage“. Es bestehe die Gefahr, daß durch die sowjetischen SS20- und amerikanischen Pershing-2-Raketen sowie Marschflugkörper „die Spirale des Wettlaufens in quantitativer

wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht“ werden.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen erwarte daher von der Bundesregierung und den Verbündeten, daß sie in Verhandlungen mit der UdSSR weiterhin darauf drängen, daß Moskau keine weiteren Mittelstreckenraketen stationiere, bereits stationierte abbaue und damit die „in Aussicht genommene Nachrüstung in Westeuropa unnötig gemacht“ werde. Verhandlungen hätten „unbedingt Vorrang“ vor Nachrüstung. Deshalb lehne die SPD „im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung und im Widerspruch zu einigen amerikanischen Stimmen“ einen von Verhandlungen unabhängigen „Prozess der Modernisierung der eurostrategischen Atomwaffen“ ab.

Weiter heißt es, ein Verschleppen der „politisch gehotenen Verhandlungen“ stehe im Widerspruch zum NATO-Doppelbeschluß. „Auf keinen Fall“ dürfe es zu einer automatischen Stationierung von Mittelstreckenraketen,

„wohlmöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland“, kommen. Schließlich verlangt die SPD in NRW eine Überprüfung des Doppelbeschusses auf dem SPD-Bundesparteitag im Frühjahr 1982.

Dem Beschluß des Landesparteitages war eine mehr als dreistündige Diskussion vorausgegangen, in der von allen Teilnehmern US-skeptische Äußerungen gemacht wurden (Arbeitsminister Farthmann: „Keine Blanko-Vollmacht für die USA“). Der Landesvorstand, hatte sich tags zuvor auf einen neuen Antragsskizzen verstanden, um, so Johannes Rau auf dem Parteitag, „einen wirklich für alle tragbaren, einen konsensfähigen Text“ zu finden. Ein Initiativ-Antrag des Essener Landtagsabgeordneten Peter Heinemann wurde nach während des Parteitages nach langem Tauziehen hinter den Kulissen weitgehend eingebaut. Auf Heinemann gehen wesentliche Passagen des Beschlusses zurück. Lediglich seine These, es handle sich bei den US-Raketen um auf

den Westen der UdSSR „gerichtete Erstschlagwaffen“, wurde gestrichen.

Rau hatte zuvor als Ziel der breiten Friedensdiskussion die Parole ausgegeben, es gelte eine Politik zu stützen, für die Helmut Schmidt und Willy Brandt in Bonn stehen und wir bei uns im Land. „Friede, der sicher bleiben sollte, bedeute: „das streitige Gespräch führen“ und danach den Rücken stärken, denen wir Verantwortung übertragen haben“. Es gehe darum, „nicht Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern selbst mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen“.

Scharf griff Rau in diesem Zusammenhang die CDU an. Ihn bedrücke, „warum es eigentlich den Streitpunkt des Friedens überhaupt in einer Partei nicht gibt, die sich als Sammlung der Christen versteht“. Wenn sich aber eine große Partei wie die CDU den „Fragen aller Generationen“ verweigere, dann sei das nicht mehr Sache dieser Partei allein, „dann leidet das ganze Volk“.

Frankfurter Allgemeine

Brandts Reisegepäck

Mc. Mit dem innerparteilichen Streit über die Sicherheitspolitik hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands abermals ein Wochenende hingebracht. Der nordrhein-westfälische Landesparteitag war noch die erfreulichste Veranstaltung — gemessen am Berliner Landesparteitag und zumal am Bundeskongreß der Jungsozialisten. Aber auch in Köln verbanden die Delegierten ihre weitere Zustimmung zum doppelteiligen Nachrüstungsbeschluß der Nato mit anti-amerikanischen Tönen und vor allem mit dem Pochen auf den Vorrang für Rüstungskontrollverhandlungen, die nur im Gleichrang mit der Raketenachrüstung erfolgreich sein können. Für die Reise des Parteivorsitzenden, der in dieser Woche in Moskau mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef unter vier Augen über alles dies sprechen will, sind die Willensbekundungen seiner Partei von zusätzlicher ominöser Vorbedeutung. Die Moskauer Führung wird den Willen der Bundesrepublik als des wichtigsten amerikanischen Verbündeten, der sowjetischen Hochrüstung die Spitze zu nehmen, im Lichte der Wünsche sozialdemokratischer, nicht zuletzt jungsozialistischer Delegierter einschätzen, daß der Nachrüstungsbeschluß der Nato „gekkippt“ werden müsse. Dann braucht sie sich nicht zu rühren.

Rheinische Post

Hannes im Glück

Von Helmut Breuer

Auf verblüffende Weise hat der Parteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Köln wieder einmal bewiesen, wie wettwendisch es in der Politik zugehen kann und wie schnell die Spitzenmänner in der Gunst der Öffentlichkeit steigen und fallen. Vor kaum anderthalb Jahren war es Helmut Schmidt, der 100 Tage vor der Landtagswahl an Rhein und Ruhr seine Genossen aufrief, „Hannes“ Rau zu unterstützen, weil man sich mit diesem Mann „gut bedient fühlen“ müsse, wie der Bundeskanzler damals in Bochum herablassend formulierte. Am vergangenen Wochenende dagegen konnte Johannes Rau, den der sich nur noch mühsam an der Macht haltende Kanzler längst respektvoll mit dessen Taufnamen anredet, seiner Partei fast nebenbei den Auftrag geben, Schmidt zu unterstützen, weil man ja schließlich „nicht Leute erst hochjubeln und dann herunterholen“ könne. Denn angesichts der Zustände in Berlin, Hamburg, Hessen und Bonn sowie des linksradikalen Feldgeschreis der Jungsozialisten muß Schmidt froh sein, zumindest noch in Nordrhein-Westfalen sichere Mehrheiten zu haben und es sich gefallen lassen, daß man hierzulande Rau als seinen Nachfolger ins Gespräch bringt.

Denn im Gegensatz zu allen führenden Sozialdemokraten dieser Republik in Regierungsamtern steht der Nachfolger Kuhns heute unangefochten an der Spitze einer sich nach außen geschlossen präsentierenden Partei und kann Wahlergebnis-

se wie stolze Trophäen sammeln. Der früher spöttisch als „Bruder Johannes“ apostrophierte Predigersohn blieb bisher immer mit seiner behutsamen Politik des Dialogs erfolgreich, weil er nach miserabilem Start eine Glückssträhne erwischte, die bis heute anhält. Trotz hoher Arbeitslosigkeit und eines drohenden Stahlgewalters über der Ruhr steht die einzige SPD-Alleinregierung in einem Flächenland nicht vor den Problemen, die anderswo die Partei spalten. Trotz einer so auch an Rhein und Ruhr lautstark artikulierenden „Friedensbewegung“ und einer virulent gewordenen Hausbesetzerzene blieb die SPD in diesem Industrieland bis heute stabil, wozu die Anlehnung an die Gewerkschaften ebenso beitrug wie die Verwurzelung in der realitätsbezogenen Arbeitnehmerschaft, in der die Hansens und Epplers bisher kein Echo fanden. Zudem hat Rau das Glück, in Kabinett und Partei über Männer verfügen zu können, die für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen und sich — wie am Samstag in Köln — mit den Gegnern des Doppelbeschusses anlegten, während Rau diplomatisch schweigen konnte.

Diese Politik des Moderierens schafft keine Feinde, solange Sozialdemokraten wie Farthmann oder Posser zur Stelle sind, wenn es brenzlig wird. Und diese Politik bleibt mehrheitsfähig, solange Bezirksvorsitzende wie Bäumer oder Heinemann hinter den Kulissen Machtworte sprechen und Weichen stellen. Doch der Moderator Rau wird eines Tages auch beweisen müssen, daß er kämpfen kann. Erst diese Bewährungsprobe wird ausweisen, ob er das Zeug für höhere Aufgaben hat. Parteitags-Stimmungen sind dafür kaum ein Indiz.

Rheinische Post

29. Juni 1981

**SPD in Nordrhein-Westfalen: „Trotz Unklarheit über Verhandlungswillen der USA“**

# Sicherheitspolitik Schmidts gebilligt

## Minister Posser: Schlechteste Finanzlage

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Düsseldorf – Trotz massiver Zweifel am Verhandlungs- und Friedenswillen der Vereinigten Staaten hat die nordrhein-westfälische SPD am Wochenende mit großer Mehrheit die Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Schmidt und damit den NATO-Doppelbeschluß gebilligt. Zuvor war auf dem Parteitag des größten SPD-Landesverbandes in Köln

der Landesvorsitzende Ministerpräsident Rau erneut mit fast 92 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden. In der fast zwölfstündigen Diskussion zog Finanzminister Posser eine dramatische Bilanz der Haushaltslage des Landes und traf die Feststellung, daß die Finanzlage Nordrhein-Westfalens noch schlechter als die des Bundes sei.

Rheinische Post

# Sicherheitspolitik gebilligt

(Fortsetzung von Seite 1)

auch in der Beurteilung anderer politischer Probleme geschlossen. So wurde sowohl der Kurs der SPD-Landtagsfraktion in der Schulpolitik gebilligt als auch die Energiepolitik der Landesregierung bestätigt, die sowohl den Vorrang für die Kohle als auch die Option für die Kernenergie betont.

Vergeblich versuchte Finanzminister Posser eine Resolution zu verhindern, die in seiner Abwesenheit vom Landesvorstand empfohlen worden war und auf dem Parteitag von Rau-Stellvertreter Zöpel unterstützt wurde. In ihr wird eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte gefordert. Dafür seien „sowohl eine zusätzliche Kreditaufnahme als auch eine angemessene Anhebung der Steuerquote und auch eine Überprüfung von Subventionen geeignete Ansatzpunkte“. Posser argumentierte, beim Schuldenstand Nordrhein-Westfalens, dessen Kreditfinanzierungsquote Spitzenreiter sei, sei eine noch weitere Verschuldung nicht mehr zu verantworten. NRW habe 1974 eine Gesamtverschuldung von vier Milliarden Mark gehabt und benötige bereits im kommenden Jahr allein diese Summe, um nur die Zinsen zahlen zu können. Bei Neuverschuldungen von jährlich acht und mehr Milliarden Mark müsse das Land schon 1985 über sechs Milliarden Mark nur für Zinszahlungen aufbringen. Die SPD könne dann „für diejenigen, für die wir angetreten sind“, kaum noch etwas tun, da der Haushalt dies nicht mehr zulasse.

In seiner als wenig eindrucksvoll empfundenen Rede forderte Rau seine Partei auf, den Bundeskanzler zu stärken und noch mehr Geslossenheit zu zeigen. Im Zusammenhang mit Schmidt sagte Ministerpräsi-

dent Rau: Man dürfe nicht Leute hochjubeln und dann herunterholen. Die nordrhein-westfälische SPD müsse einen Beitrag zur bundesweiten Festigung der Partei leisten. Zur Rolle der Sozialdemokraten in der aktuellen Friedensdiskussion erklärte der SPD-Landesvorsitzende: „Die Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes war und ist immer die Sozialdemokratische Partei“.

Als überraschend wurde empfunden, daß Rau in seiner Rede auch deutlich machte, daß er die Freien Demokraten auch bei der Landtagswahl 1985 um Wiedereinzug in den Düsseldorf Landtag hindern will, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können. Seine Politik zielt darauf ab, sagte Rau, auch jene knapp fünf Prozent der Wähler für die SPD zu gewinnen, die im Mai 1980 noch für die FDP gestimmt hatten.

Bei den Vorstandswahlen wurden die bisherigen Stellvertreter Raus, Bundesfamilienminister Antje Huber und NRW-Stadtentwicklungsminister Zöpel, mit jeweils 217 von rund 330 Stimmen bestätigt. Das mit Abstand beste Ergebnis bei den Wahlen zum erweiterten Landesvorstand erhielt Finanzminister Posser.

Der Sprecher des Präsidiums der nordrhein-westfälischen CDU, von den Driesch, erklärte für die Opposition, die SPD habe auf ihrem Parteitag keine einzige Antwort gegeben, wie die Landesregierung die großen Arbeitsplatzsorgen und die dramatisch schlechte Entwicklung der Staatsfinanzen in den Griff bekommen wolle. Der „entscheidungs-schwache“ Rau habe sich lediglich bemüht, seine Genossen „vielzünftig auf Duldungskurs zu Schmidt“ zu halten.

Der von Rau in seinem Rechenschaftsbericht erbetenen Zustimmung zum sicherheitspolitischen Kurs der Bundesregierung folgte der Parteitag nach länger und kontroverser Debatte, in der sich vor allem Finanzminister Posser, Arbeitsminister Farthmann und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ehmke, stark engagierten. Zuvor hatte der Landesvorstand seinen ursprünglichen Leitartikel zur Friedens- und Sicherheitspolitik stark verändert und im neuen Papier „eine automatische Stationierung von Mittelstreckenraketen, womöglich nur auf dem Boden der Bundesrepublik“ eindeutig verneint. Doch auch dieser Änderungsantrag

SEITE 2:

■ Mannes im Glück

Leitartikel von Helmut Breuer

wurde vor allem auf Initiative von Ehmke und dem Essener Landtagsabgeordneten Heinemann, einem Sohn des früheren Bundespräsidenten, erneut geändert und um einen Absatz ergänzt, in dem die Verhandlungsbereitschaft und der Friedenswille der Amerikaner massiv in Zweifel gezogen werden.

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung. Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit und wollen sie – möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa – eine Position der Stärke erlangen? Es bestehen auch Befürchtungen einer Risikoverlagerung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses.“ Außerdem ist in dem Vorstandspapier von „Zwischenlösungen, die Moratorien enthalten“, die Rede.

Obwohl die Mehrheit der zahlreichen Redner zu diesem Thema gegen den von der Bundesregierung übernommenen NATO-Doppelbeschluß sprach, stimmte der Parteitag mit großer Mehrheit für den Antrag, indem die Hoffnung geäußert wird, daß durch Verhandlungen der Abbau der sowjetischen SS-20-Raketen erreicht und die westliche Nachrüstung überflüssig gemacht werden kann. Bundeskanzler Schmidt hatte diese Zielvorstellung wiederholt als „theoretischen Idealfall“ bezeichnet.

Der Parteitag, der aus Zeitmangel die Beratung zahlreicher Anträge an den Landeshauptauschuß überwies, zeigte sich

(Fortsetzung auf Seite 2)

# Das Ja von Köln ist Raus Meisterstück

Der Parteitag ohne Narben - Possers großer Augenblick

Von RALF LEHMANN

aus KÖLN

Es war ganz still im Saal und mancher wurde doch sehr nachdenklich. Das war, als Johannes Rau, der für die SPD im Mai 1980 die erste absolute Mehrheit ihrer Landesgeschichte gewann, an andere Wahljahre erinnerte: an 49, an 53, an 57, an 51 - lauter Jahre, in denen die SPD, um Rau zu zitieren, glaubte, daß sie eingemauert und ausgesperrt sei von der politischen Verantwortung in Düsseldorf und in Bonn. Und Rau sagte auch, warum er diese alten Geschichten aufwärme: Weil viele der Jüngeren gar nicht mehr wüßten, und viele der Älteren vergessen hätten, „was das für eine zwanzigjährige Plackerei“ gewesen sei, die SPD an die Regierung zu bringen.

Nicht schwer zu begreifen, was Rau, inzwischen auch schon ein Fünfzigjähriger, den 318 Delegierten seiner Landespartei im Kölner Congress-Centrum damit sagen wollte: Wer will, daß das so bleibt, darf nicht den Weg der Selbstzerstörung gehen. Die SPD, das ist Rau Überzeugung, muß vor allem für den Wähler „annehmbar“ bleiben. Der Wähler, so Rau in Köln, darf nicht den Eindruck gewinnen: Wo die Sozialdemokraten zusammenkommen, sind sie so mit sich selber beschäftigt, daß die Sorgen, die die Leute wirklich haben, gar nicht mehr stattfinden.

Für alles, was auf diesem Parteitag behandelt werden soll, die heiß umstrittene Friedenspolitik, die Schulfrage, die Stahlkrise, ist dies Rau sehr einfaches Motto und Credo: Strittet Euch, diskutiert alles aus, aber am Ende muß die geschlossene Haltung stehen, „damit wir erkennbar, auffindbar, für den Bürger annehmbar bleiben“. Rau in beiderlei Gestalt: Der „Dialog-Präsident“, der alle ausreden läßt und niemanden vor den Kopf stößt. Und der Parteichef, der zum Ziel kommt, ohne daß er wie Börner die Vertrauensfrage stellen müßte.

Auch der erfahrene Politiker, der etwas von Strategie und Taktik versteht, Nicht nur durch breite Diskussion an der Basis, auch durch geschickte Handhabung hinter den Kulissen kommt es in Köln so, wie es kommen soll. Noch am Frei-

tag hat sich der Landesvorstand stundenlang mit dem Leittrag zur Friedensfrage herumgequält. Am Samstag ist der Initiativantrag, den Peter Heinemann, der Sohn des verstorbenen Bundespräsidenten, dem Parteitag präsentiert. Was die Zweifler und Besorgten umtreibt, und was sie im Leittrag des Vorstands vermissen, wird noch hineinge-

## Die Linke hat keinen Eppler

Auch auf seine „Verbündeten“ kann sich Rau verlassen. Posser hat einen großen Augenblick, als er daran erinnert, daß er selber aus der Friedensbewegung der fünfziger Jahre gekommen ist. Aber den Frieden erscheinen, das ist nun einmal eine Sache, Realpolitik hertreiben eine andere. Posser erinnert an Carters Vorleistungen, an den Abbau des amerikanischen Militäretats. Die sowjetische Antwort war die gewaltige Flottenaufrüstung, die SS-20-Stationierung, der Einmarsch in Afghanistan. „Ich bin“, sagt Posser, „gegen die Pershing-Raketen, aber ich bin auch gegen die SS 20, die uns bedroht. Wir müssen die Tatsachen ins Auge fassen. Und wir dürfen die Amerikaner nicht hinstellen als die, die nicht für den Frieden sind.“

Furthmann, immer ein paar Grade schärfer, schlägt in dieselbe Kerbe. „Wir rüsten doch nicht aus Jux und Dollerei, sondern weil die Sowjetunion so gerüstet ist.“ Er formuliert aber auch am deutlichsten die

schrichen: Ob die Amerikaner denn nun endlich verhandeln wollen, oder ob sie mit den neuen Raketen in Europa eine Politik der Stärke anstreben? Schlatter vom Mittelrhein gibt das Signal: So kann man der Vorstandslinie zustimmen! Der Doppelbeschluß als der „Zipfel Hoffnung“, daß es zu Verhandlungen kommt, darauf kann man sich einigen.

Bedenken gegenüber der Reagan-Administration. Stürmischen Beifall bekommt der Arbeitsminister, als er klarstellt, daß der Parteitag keinen Blankoscheck für die Amerikaner ausstellen soll. Jetzt gehe es um die Stärkung der Position von Schmidt und Brandt. Aber der Augenblick könne kommen, an dem die Bundesrepublik den USA sagen müsse: Da machen wir nicht mehr mit.

Im übrigen auf der langen Rodnerliste mehr Zweifler und Gegner als Befürworter der Rau-Linie. Hier kommt jeder zu Wort: Auch die Jusos sind du, trotz des Bundeskongresses in Lahnstein. Manches hört man mit Betroffenheit, auch wenn es politisch nicht realistisch ist: Wie kann man über Pazifismus erschrecken? Muß man nicht laut aufschreien, wenn die sozialdemokratische Regierung der Rüstung Milliarden in den Rachen steckt? Auch wenn wir auf die Nachrüstung verzichten, stehen wir doch nicht nackt da. Es geht doch nicht um pazifistische

Schwarmerei oder um totale Abrüstung, sondern um ein Nein, das die Rüstungsspirale endlich einmal stoppt.

Heike Peters, die Juso-Vorsitzende, Chucholowski und Amonett, der heilige Lake Meritzka aus Siegen, Harald Swik vom Mittelrhein gehören zu den Rednern, die Gegenpositionen von unterschiedlicher Schärfe beziehen. Aber es ist ganz klar: Einen Eppler hat dieser Flügel der SPD in Nordrhein-Westfalen nicht.

Es gibt aber nicht die Verfeindungen, die die Diskussion in anderen Landesverbänden vergiften. Selbst wenn mal gezischt wird, geschieht dies eher freundlich. Diese Debatte wird keine Narben hinterlassen.

## Westdeutsche Allgemeine Friedensdiskussion auch auf Katholikentag

Die Friedens- und Abrüstungsdiskussion wird, ähnlich wie beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg, auch auf dem Deutschen Katholikentag im kommenden Jahr in Düsseldorf - einen thematischen Schwerpunkt bilden. Das erklärte das Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken am Sonntag.

gleichwertige Ereignisse. In Wirklichkeit ist es ein großer Unterschied, ob sich die ordentlichen Delegierten der größten Parteivverbände äußern, oder ob es sich um die Vertreter einer eher lockeren Arbeitsgemeinschaft handelt, die weder für die jungen Mitglieder der SPD noch gar für die Jugend allgemein repräsentativ ist.

Es wäre falsch, Arbeitsgemeinschaften wie den Jusos (oder den sozialdemokratischen Frauen, die auch eine „Friedens“-Entschließung verabschiedet hatten) die öffentliche Diskussion zu verbieten. Die Mutterpartei wie die von ihr getragene Regierung müssen das aushalten. Sie können nicht von der Pflicht entbunden werden, ihre Politik zu rechtfertigen. Sie bedürfen der Kritik. Es ist auch unvermeidlich, daß Unruhe in der Gesellschaft oder in ihren Teilen in die Partei hineingetragen wird.

Wichtiger ist jedoch, wie die regulären Organisationen der SPD entscheiden. So wie die hessische SPD zuvor, hat jetzt auch die nordrhein-westfälische gezeigt, daß die Partei hinter besonnenen Männern wie Börner und Rau, daß sie vor allem hinter Bundeskanzler Schmidt steht. In beiden Ländern wurden die Entscheidungen nicht vernebelt. Wie Börner sagte auch Rau unmittelbar, um was es geht. Das vermittelte Vertrauen. Es wurde mit Vertrauen erwidert.

SIEGFRIED MARUHN:

## Vertrauen aus NRW

In Lahnstein sprachen sich die Jungsozialisten einstimmig gegen den NATO-Doppelbeschluß aus, nachdem sie vorher darin wittert hatten,

Bundeskanzler Schmidt zu beschimpfen. In Köln unterstützen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten mit großer Mehrheit die NATO-Po-

litik und wählten mit noch größerer Mehrheit Johannes Rau wieder, der es als Hauptaufgabe der Partei bezeichnet hatte, jetzt Helmut Schmidt Rückhalt zu geben.

Wer spricht für die SPD? Wie es in manchen Medien, auch im Fernsehen dargestellt wurde, konnte man meinen, es handele sich zumindest um

# SPD in NRW steht voll zum Kanzler

## Hohes Votum für Rau als Landesvorsitzender

Von NRZ-Redakteur HORST-WERNER HARTELT

**KÖLN.** Die Politik des Bundeskanzlers, vor allem jedoch der seit Monaten umrittene NATO-Doppelbeschluss, ist am Wochenende durch die SPD Nordrhein-Westfalens ausdrücklich bestätigt worden. Auf dem Landesparteitag ergaben sich bei einer Vielzahl von Anträgen, besonders bei der Entschließung der Sicherheits- und Friedenspolitik, überwältigende Mehrheiten.

In dem Beschluss wurde jedoch auch die von dem stellvertretenden Bundestagsfraktionschef Ehmke aufgeworfene Frage eingebracht: „Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit, oder wollen sie möglicherweise durch die vorherige Stationierung der neuen Waffen-

Blick auf die Öffentlichkeit allein Grund habe, dem Bundeskanzler demonstrativ den Rücken zu stärken.

Bei seinem Ausblick gab Rau zu verstehen, daß die SPD die absolute Mehrheit im Landtag

auch bei der nächsten Wahl eringen wolle, um nicht dann etwa wieder auf die FDP angewiesen zu sein. - 92 Prozent der Delegierten (292 von 318) bestätigten Rau in seinem Amt als Landesvorsitzender.

27. Juni 1981

Westdeutsche Allgemeine

**Zitat des Tages**

Es wäre nicht auszudenken, wenn die SPD so aussähe, als besäße sie vor lauter Rädern kein Zentrum mehr. In der SPD als linker Volkspartei darf Pluralität zwar kein Fremdwort, aber Schieflegung auch keine Dauerstellung sein.

Der niederrheinische SPD-Chef und NRW-Landwirtschaftsminister Bäumer.

Westfälische Rundschau

„Eine Kommentar von JOHANNES FEDDERSEN im Bericht im Magazin von Horst-Werner Hartelt

systeme in Europa eine Position der Stärke erlangen?“

Der SPD-Landesparteitag bestätigte auch die Schul- und Energiepolitik der Landesregierung, wonach Gesamtschulen eingerichtet werden und die Option für Kernkraftwerke voll erhalten bleibt. In seiner Rede hatte Johannes Rau verdeutlicht, daß die SPD mit

SPD-Landesparteitag in Köln

**Johannes Superstar**

Johannes Rau schwimmt innerparteilich auf einer Welle der Zustimmung. Das kommt nicht von ungefähr, ist aber nur zu einem geringen Teil mit dem Respekt vor dem Wahlsieger vom 11. Mai 1980 zu erklären. Denn die Bilanz der Landespolitik ist seitdem eher bescheiden. Rau personifiziert vielmehr seine Partei. Er tut das in weit größerem Maß, als das führenden Sozialdemokraten anderswo gelingt. Nicht zufällig werden Vergleiche zu Willy Brandt gezogen, nicht zufällig gehört Rau insgeheim zu seinen Nachfolgefavoriten.

Rau ist der Garant der Geschlossenheit, der scharf-kontroversen Diskussion ohne tödliche Verletzungen, der „Zuwender“, als den er sich selbst gerne sieht. Er beschert ununterbrochen auch einer zerstritten erscheinenden, hart diskutierenden Partei, das heimelige Gefühl der Geborgenheit und daß es sich - mit ihm - dennoch aushalten läßt. So verhilft er anderen zu Gelassenheit, sich selbst zu Stärke.

Johannes Rau, Superstar - er hat es, so stark ist sein Selbstbewußtsein, längst nicht mehr nötig, seine Rolle durch die Anwesenheit von Bonner Parteiprominenten aufzuwerten und weihen zu lassen. Er gehört selbst zur Prominenz.

Was die nordrhein-westfälische SPD etwa in Sachen NATO-Doppelbeschluss verlangt, stützt zwar - und nicht nur formal - den Kanzler, ist aber ebenso unmißverständlich kritisch gegenüber den USA und der Genscher-FDP. Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten lassen sich nicht bedingungslos disziplinieren. Sie mahnen ihrerseits vielmehr Sozialdemokratisches an. Dazu gehört auch die Bemerkung, daß die SPD die „Friedenspartei in der Geschichte unseres Volkes“ (Rau) sei.

Dieser Identitätsfindung hat der Kölner Parteitag gedient. Er hat zugleich versucht zu formulieren, was weite Teile der Bevölkerung bedrückt. Das vor allem macht Köln wichtig.

Bernd Kloffner, Düsseldorf

Westdeutsche Zeitung

**Rau und seine Partei**

Von Werner Freitag

Das heißt derzeit was bei der SPD: Nicht mit dem Rücktritt drohen und trotzdem von 92 Prozent aller Delegierten wiedergewählt werden. Nordrhein-Westfalens SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident Johannes Rau hat dieses am Wochenende auf dem Landesparteitag geschafft. Stauen ist erlaubt. Auch die Frage: Wie macht dieser Mann das bloß, dem zunehmend seltener die Plakette aufgeklebt wird, ein Zauderer und Zögerer, ein bloßer „Dialogpräsident“ des größten Bundeslandes und ein „Meister im Wegtauchen“ zu sein?

Sein und seiner Landespartei Naturell ergänzen sich glücklich. Hierzulande ist die SPD überwiegend noch mit der Arbeiterschaft und den großen Gewerkschaften verzahnt. Die Bergarbeiter in der die Kernkraft befürwortenden IG Bergbau, die als „Bullen“ beschimpften oder als Allheil-Einsatztruppe überforderten Polizeibeamten, die krisenbedrohten Stahlarbeiter: Ihre Sorgen und Nöte, Hoffnungen und Wünsche finden weder ein lebenswirkliches Verständnis noch Niederschlag etwa bei den Jungsozialisten. Aber um so mehr bei einer stetigen, unradikalen SPD. Die greift unter Rau nicht nach ideologischen Sternen (oder Scheuklappen) und wird nur energisch, wenn es für sie ans traditionell Eingemachte geht.

Bei der SPD ist das derzeit Bohne Beispiel, wie der Landesparteitag bei so heißdiskutierten Fragen wie Friedenssicherung, Gesamtschulpolitik, Hausbesetzungen, Kernenergiepolitik immer zu weit über 80 Prozent dem Landesvorstand folgte - nicht weil der autokratische Allüren, sondern im Gegenteil ganz offene Verfahren an den Tag legt. Gewiß doch: Das ist mit großem taktischen Geschick gepaart, was ja nicht verboten ist. Ohne profilierte Weg- und Parteigenossen wie die Landesministerriege könnte Rau das so nicht schaffen. Aber er schart eben solche Leute um sich.

Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann beherrscht Rau diese Kunst in seiner Partei, dem mit 288 000 Mitgliedern bei weitem größten SPD-Landesverband, vollendet. Vor zwei Jahren, als Europa-, Gemeinde- und Landtagswahl bevorstanden, bekam er 95 Prozent der Parteidelegierten-Stimmen. Jetzt, wo Stobbe in Berlin und Klose in Hamburg zurücktraten, Schleswig-Holsteins und Baden-Württembergs SPD ihr Ächzen haben, Bärner den Knüppel der Vertrauensfrage schwingen mußte, haben seine „nur“ 92 Prozent einen noch höheren Rang.

Der „Bruder Johannes“ hat spätestens seit dem Wochenende außerhalb seiner Partei zunehmend den Platzvorteil verloren, als nutter, aber eben doch harmloser Mann zu gelten.

29. Juni 1981

Neue Rhein Zeitung

Neue Rhein Zeitung  
JENS FEDDERSEN

## Die Kanzler-SPD Für Schmidt, für Rau

Es gab und gibt örtliche und regionale Veranstaltungen und Parteitage der SPD, auf denen viele Stunden lang über die kompliziertesten Probleme im letzten Winkel der Welt diskutiert wird, doch niemand die Frage stellt oder gar eine Antwort gibt, mit wieviel Wohnungen für junge Schichtarbeiter die Städte Duisburg, Essen und Oberhausen rechnen können. Auch das Erteilen von Zensuren an Groß- und Supermächte, an Diktaturen aller Schattierungen wird immer wieder als unverzichtbar empfunden; oft nur deshalb, weil die Schelte nach außen der noch einzige gemeinsame Nenner ist.

### Glaubwürdig

Der Kölner SPD-Parteitag, der Jings hat bestätigt, was man ihm erwartet worden war: Die Sozialdemokraten in NRW legen zwar die gegenwärtige bundesweite Haupt- und Staatsfrage, den NATO-Doppelbeschluss, keineswegs unter den Teppich. Aber sie wissen, daß sie sich vor Ort mit einer Vielzahl anderer Fragen zu beschäftigen haben.

Im Land an Rhein und Ruhr wird nun mal Praxisnähe erwartet. Die Politik für Nordrhein-Westfalen, so Johannes Rau, muß glaubwürdig, berechenbar und durchschaubar sein. Das ist sie - alles in allem. Hier wird eben noch über Wohnungsmangel und Arbeitslosigkeit, über die Stahlindustrie und über den Türken-

Anteil in Schulklassen diskutiert. Aus den Reden der Minister Riege klingt ein optimistischer Grundton, Stolz auf die Leistung, Stolz auf NRW. Die Polizisten unseres Landes werden nicht verteuert und die Hausbesetzer nicht zu einer von staatswegen noch zu fördernden Jugendbewegung hochstilisiert.

### Eindeutig

In NRW und in der Düsseldorfer Regierung stimmen die Proportionen und Gewichte. Da ist die Vernunft noch das wichtigste Mittel praktischer Politik. Da gilt Augenmaß, und der Begriff Sicherheit hat einen höheren Stellenwert als jede Vision.

So gesehen, haben in Köln nicht die Beschlüsse und Bestätigungen als solche über rascht, sondern die Eindeutigkeit.

Die volle politische Unterstützung der Bonner Regierung, die Rückendeckung für Helmut Schmidt und das so gut wie einmütige Bekenntnis zum Doppelbeschluss der Al-

# Delegierte honorierten Wahrheit und Klarheit Johannes Rau mit 92 Prozent wiedergewählt

Von NRZ-Redakteur HORST-WERNER HARTELT

KÖLN. Nachdem am Tresen der Bank für Gemeinwirtschaft nicht weniger als 500 Liter Kaffee gratis ausgeschenkt waren, und die 300 Delegierten des SPD-Landesparteitages noch immer nicht nach Hause gingen, wurde die spendable Präsentation eingestellt. Es war an diesem letzten Samstag inzwischen 18 Uhr geworden und worauf alles wartete, darunter Frankreichs Generalkonsul, Pierre Kauffmann mit vielen anderen Beobachtern aus dem In- und Ausland, kam erst neun Stunden nach Kongreßöffnung zur Sprache: Der NATO-Doppelbeschluss.

Teils unter Gelächter produzierten sich noch nie so viele selbsternannte Raketenexperten, teilweise Jungpolitiker, die bislang nur als Pazifisten bekanntgeworden waren. Als der ehemalige Juso-Vorsitzende Vollmann besonders wichtig und mit schneidender Stimme die von ihm erkannte Raketenstrategie der Weltmächte darzulegen versuchte, brüllte ihn der ganze Parteitag wie ein Mann an: „Mensch, nicht so laut!“ Mit der ganzen Wucht

### Hinter den Kulissen

seiner Person warf sich Minister Farthmann ins Wortgetümmel und Dr. Possers brillante Analyse kühlte zusätzlich die Hitzköpfe ab, denen der Kongreß teils murrend, teils teilnahmslos zugehört hatte. Der zäheste Delegierte in der fensterlosen Halle von Rauch und Dunst kämpfte hinter den Kulissen: Dr. Peter Heinemann, Sohn des früheren Bundespräsidenten. Dieser Landtagsabgeordnete aus Essen ließ nicht eher locker, bis in die Entschließung der Pas-

sus aufgenommen wurde ... besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung ...

In einer bisher nicht bekannten Lautstärke wurde der Doppelbeschluss in Form einer Entschließung mit Applaus bedacht. Danach erst bemerkten die Kulturpolitiker, daß sie auf der Strecke geblieben waren, denn kurz vor 21 Uhr blieb für sie nicht mehr viel Zeit. Viele Delegierte packten bereits ihre Sachen. Das Thema Gesamtschule, von vielen erschüttert, von manchem befürchtet, wurde kurz und bündig abgehakt. SPD-Fraktionschef Denzer trat energisch allen Versuchen entgegen, am Gesetzentwurf zur Einführung der Gesamtschule herumzubasteln, und in den Bankreihen der Experten wurde schon geflüstert, daß gar die einzige Hauptschule demnächst auf dem Lande eine Chance haben soll.

Keine Chance hatte übrigens auch Prof. Küchenhoff bei seinem Versuch, zugunsten der Hausbesetzer in das geltende Recht eine Bresche zu schlagen. Innenminister Dr.

Schnoor und Justizminister Inge Donnepf trafen ihm frontal entgegen. Von 315 Delegierten stimmten 298 gegen Küchenhoffs Antrag.

Ein Parteitag der Klarheit und der Wahrheit, die Dr. Possner auch in seiner Eigenschaft als Finanzminister mit Blick auf die leeren Landeskassen schonungslos offenbarte. Wer geglaubt hatte, diese Offenheit würde ihm schaden, sah sich getauscht. Wiederum erhielt Possner die höchste Stimmen-

### Keine Begründung

zahl (208) bei der Landesvorstandswahl. 92 Prozent der Delegierten hatten Johannes Rau zum Landesvorsitzenden gewählt, 91 Prozent Dieter Possner zu seinem Beisitzer. Die offiziellen zwei Stellvertreter von Johannes Rau, Frau Antje Huber und Dr. Christoph Zopel strahlten allerdings nicht so glücklich drein, denn beide mußten bei ihrer Wiederwahl mit je nur 217 Stimmen zufrieden sein. Warum, wieso - eine Begründung blieben die Delegierten schuldig.

Westdeutsche Zeitung

## 92 Prozent gaben Rau ihre Stimme

### NRW-SPD demonstrierte Geschlossenheit

Köln/Berlin (dpa). In der SPD stellte sich in Köln monstrationen Bekenntnissen entschieden hinter ihren Landes- und Appellen stand am desvorsitzenden, Ministerpräsidenten Johannes Rau, und am parteitag der Sozialdemokraten in Berlin und Nordrhein-Westfalen die Geschlossenheit der Partei im Mittelpunkt. Die nordrhein-westfäl-

lianzen.

Das extrem hohe Maß an Vertrauen für Johannes Rau - ein Beweis dafür, daß dieser Ministerpräsident innerhalb seiner Partei ohne Einschränkung akzeptiert ist.

Noch mehr war in Köln nicht zu erwarten - und für die SPD nicht notwendig. Ein solcher Parteitag zeigt, daß die SPD in NRW die eigentliche Kanzler-SPD der Bundesrepublik ist.

über durchgehaltene Geschlossenheit der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten stand in deutlichem Gegensatz zu anderen SPD-Landesverbänden. Ihrem Landesvorsitzenden Rau lieferten die Delegierten einen geradezu überwältigenden Vertrauensbeweis, als sie ihm bei seiner Wiederwahl zu 92 Prozent ihre Stimme gaben. Zu Beginn und am Schluß des Parteitages hatte Rau seiner Partei den „Auftrag“ erteilt, den Kanzler zu stärken „und noch mehr Geschlossenheit zu zeigen“.

Auch Rau rief dazu auf, eigene Querelen nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zu machen, sondern sich mehr mit der Union zu beschäftigen, die in „unverantwortlicher“ Weise die Ängste der Bürger vor der Nachrüstung übergehe. Er machte deutlich, daß er die FDP auch bei der Landtagswahl 1985 am Einzug in das Düsseldorfer Parlament hindern will, um weiter mit einer absoluten SPD-Mehrheit regieren zu können.

Siehe Kommentar und Hier und Heute

29. Juni 1981

Westfälische Rundschau

**Rau mit großer Mehrheit als Landesparteichef bestätigt**

**SPD: Ohne Verhandlungen keine**

**neuen Atomwaffen nach Europa**

Köln. (da) Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten sind mit überwältigender Mehrheit der Meinung, daß Abschlagsverhandlungen „unbedingt Vorrang“ vor weiterer Aufklärung haben. Dieses Verhandlungsziel es keine Stationierung neuer Atomwaffen in Europa geben. Mit einem sensationell großen Wahlergebnis ist zugleich der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau, in seinem Parteiamt bestätigt worden.

Auf dem SPD-Landesparteitag am Wochenende in Köln gab es nur klare Mehrheiten:

• Für Rau, der sich zum zweiten Mal zur Wiederwahl stellte, stimmten 232 von 318 Delegierten, lediglich 20 entschieden sich mit Nein. Klar bestätigt wurden auch Raus Stellvertreter Bundesgesundheitsministerin Anja Huber und Landes-Wohnungsbauminister Christoph Zöpel.

• Gegen eine Minderheit von etwa 30 Delegierten bestätigte der Parteitag auch den NATO-Doppelbeschluß. In ihrer Entscheidung betont die SPD seinen Verhandlungsteil. Sie äußert sich zugleich „besorgt über die bislang

unklare amerikanische Haltung.“ Man will vor allem wissen, ob die USA zu „baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit“ sind.

Auf dem Weg zur Abrüstung seien „auch Zwischenlösungen denkbar, die Moratorien enthalten“. Einen solchen Vorschlag des sowjetischen KP-Chefs Breschnew hat bislang die Bundesregierung auf Druck von FDP-Chef Genscher abgelehnt.

Bericht Seite 3

Westdeutsche Zeitung

**Unter Rau zog die SPD geschlossen durchs Ziel**

**Starke Mehrheit für seinen Kurs in allen strittigen Fragen**

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Freitag

Köln. Mit der überzeugenden Mehrheit von 91,7% haben die 318 nordrhein-westfälischen SPD-Delegierten am Wochenende in Köln ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau wiedergewählt. Und durch Überarbeitung noch am Vortag, schließlich mit einer Ergänzung wenige Stunden vor der Diskussion und Abstimmung, polierte der Parteivorstand seinen Antrag zur Friedens- und Si-

cherheitspolitik so um und auf, daß ihm nur etwa zehn Prozent die Zustimmung verweigerten: Anerkennung des NATO-Doppelbeschlusses zum derzeitigen Moment bei gleichzeitig geäußertem Zweifel am unbedingten Verhandlungswillen der USA. Um das Maß der Geschlossenheit vollzumachen, bestätigten rund 85% auch die (Gesamt-)Schulpolitik der SPD-Regierung und Landtagsfraktion.

Vor seiner Wiederwahl hatte Rau in einer einstündigen Rede die Devisen ausgegeben, daß nach einer offenen Diskussion die Geschlossenheit stehen muß, „damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für den Bürger annehmbar sind.“ Dann der Grundsatz seines politischen Handelns: „Denn unsere Annehmbarkeit ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.“

So war denn auch der Landesvorstandsantrag zum NATO-Doppelbeschluß für die überstarke Mehrheit der Delegierten annehmbar gemacht worden: Die Zustimmung zum Doppelbeschluß hatte man am Vortag mit der Erinnerung an den Berliner Parteitagsschluß angereichert, wonach „Verhandlungen zur Verhinderung der neuen Waffensysteme in Europa unbedingt Vorrang haben“ müssen.

In enger Zusammenarbeit mit der Antragskommission des Parteitags wurde dann anderntags noch die besorgte

Frage hinzugefügt: „Sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit, oder wollen sie — möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa — eine Position der Stärke erlangen? ... das kann dem Frieden nicht dienen.“

Über zwei Stunden lang gingen 25 Delegierte ans Rednerpult. Einer bekannte, durch die neue Endfassung sei der Vorstandsantrag für ihn akzeptabel geworden. Der war es dann für gut und gerne neun Zehntel der 318 Delegierten.

Ohne Nachschiebungen kam es auf dem Parteitag ferner zu überaus starken Mehrheiten der Delegierten für die auch innerparteilich so lautstark diskutierte Schul- und die Energiepolitik. Es blieb bei dem behutsamen Ja des Landesparteitags von vor zwei Jahren zur Kernenergie, über deren umfanglicheren Einsatz oder Nichteinsatz voraussichtlich erst 1990 zu entscheiden

sei. Und ebenso beim Thema Hausbesetzungen bekam der Parteivorstand seinen Antrag mit rund 90% der Delegiertenstimmen bestätigt: Hausbesetzungen sind in jedem Fall unrechtmäßig.

Die Diskussion des Parteitags war absolut offen, ausführlich und gegensätzlich, dabei nahezu frei von Verdächtigungen andersdenkender Genossen. Die Gegner der Landesvorstandsanträge kamen ausgiebig zu Wort, so beispielsweise sieben von 15 Disputanten nach Raus Rede, zwei von fünf Rednern zur Frage der Hausbesetzungen, 12 von 25 zum NATO-Doppelbeschluß.

Zuvor hatte es Rau bedrückend genannt, daß „es eigentlich den Streitpunkt der Friedenssicherung in einer Partei überhaupt nicht gibt, die sich als Sammlung aller Christen versteht“. Die CDU kontierte: Sie eben „könne ihre Politik ohne internen Streit gestalten“.